ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 1 (89) JANUAR 2022 / Tewet – Schwat 5782 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,90 €

Arabischer Antisemitismus in Friedrichshain

Neue Hass-Graffitis im linken Szenekiez

SEITE 26-27

Israels neuer Botschafter

Ron Prosor ist der neue Vertreter des jüdischen Staates in Deutschland

SEITE 13

Auschwitz: Zum 77. Jahrestag der Befreiung

Ein Porträt des jüdischen KZ-Malers David Olère

SEITE 42-43

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
den Jahreswechsel zum Jahr 2022 haben Sie hoffentlich trotz aller Erschwernisse friedlich und fröhlich und vor allem wohlbehalten und ohne Infektion oder sonstige Vorkommnisse überstanden.

Das ist keinesfalls mehr selbstverständlich und geht auch nur noch bedingt in unserer vormals so friedlichen, lebens- und liebenswerten, säkularen, Religions-toleranten und Religions-getrennten Nachkriegs-geläuterten Bundesrepublik Deutschland, die sich nunmehr ohne jede äußere Not von Jahr zu Jahr mit zunehmender Geschwindigkeit selbst abschafft und entleibt.

Dafür hat bereits die Merkel-Regierung zumindest seit Mitte des letzten Jahrzehnts massiv gesorgt, und dafür wird noch erheblich verstärkt die neue rot-grüne Regierung sorgen. Dass diese zu allem Überfluss von einer sich zur Steigbügelhalterin des rot-grünen Systemchange degradierenden, die liberal-westlichen Werte ihrer Wähler verratenden FDP und einer suizidal unter Aufgabe ihrer bürgerlich-konservativen Werte mit den grünen Klimahysterikern in puncto Grünheit wetteifernden, Bäume-umarmenden CDU in den Sattel gehoben wurde, entbehrt nicht einer gewissen Ironie und könnte als Teil des in unserer Republik seit Jahren gespielten politischen Schmierentheaters belächelt werden, wenn es denn nicht derart dramatische Konsequenzen für dieses Land und seine Bürger hätte.

Von ihrer bislang weltweit bewunderten und beneideten Lebensart jedenfalls, ihren demokratischen Grundwerten, ihrem freiheitlichen egalitären Rechtssystems und ihrem überaus erfolgreichen liberalen Marktwirtschafts-Modell bleibt dank der gegenwärtigen, offensichtlich von jedem letzten Funken politischer Vernunft und

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €

4 198807 003907 01

Deutschland von Sinnen: Die Schande der fehlenden Opposition

Tobias SCHWARZ / AFP

Von Jaklin Chatschadorian

Nein, um Corona geht es in den nächsten Zeilen nicht, jedenfalls nicht vorrangig, und das macht die Sache vielleicht sogar noch etwas bedenklicher. Die aktuelle Politik stimmt in ihrer Gänze nicht. Sie ist nicht schlüssig, nicht gut, widersprüchlich und verschiebt das Grundgerüst dieser Gesellschaft mit erstaunlichem Schwung und ohne Widerspruch zu fürchten.

Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der aktuellen Politik ist seit jeher eine komplizierte Frage und bestenfalls nur in Teilen zu bejahen. Widersprüche vor und nach der Wahl, Bestechungsskandale und Staatsaffären, Inkompetenzen oder die Unterwanderung politischer Gremien sind uns allen nicht neu, und das auch nicht erst seit der Ära Merkel. Und doch beschleicht einen nicht nur ein „früher war alles besser"-Gefühl, sondern die Gewissheit, dass die politische Landschaft noch nie so verheerend gewesen sein kann.

Fangen wir mit einer vermeintlich positiven Beobachtung an: Die merkwürdige Freude des kleinen Parteimitgliedes. Mit dem Eintritt in eine Partei wird aus dem Bürger ein aktiver Unterstützer. Natürlich ist das nicht verwunderlich, geht man doch aus Überzeugung diesen Schritt und freut sich über den Austausch mit Gleichgesinnten. Merkwürdig wird es jedoch, wenn man in jedem Punkt auf Parteilinie ist und freudig blind alles gut findet, nichts zu kritisieren vermag, weil man schlicht den Blick von oben verloren hat. In den etablierten Parteien ist seit geraumer Zeit Uniformität im Denken angesagt, obgleich wir in einer Gesellschaft leben, die sich ihrer endlosen Pluralität rühmen will. Wir schreiben mit der Gender-Ideologie sogar den Menschen vor, wie sie was sagen und denken sollen. Die Zeit, in der gerade Volksparteien unter dem Dach fester Werte und Prinzipien verschiedene Meinungen und Lager mit dem Mittel der Aussprache und des Kompromisses zusammenbrachten, ist vorbei. Es geht nur noch um die aktuell herrschende Meinung. Wer ausschert, wird politisch ruiniert.

Die SPD befindet sich im Freudentaumel, frei von jeder internen Kritikfähigkeit. Endlich Kanzler. Endlich Gesundheitsminister! Endlich wichtig! Mit ihr feiern die Medien, in guter alter Tradition der Hofberichterstattung. Dass der neue Kanzler jede rote Linie von sich weist, und damit im Tonfall einem Verfassungsfeind gleicht, stört niemanden. Die Sache mit Wirecard, diese lästige kleine Angelegenheit, ist überstanden. Seine Nähe zum politischen Islam in Hamburg hat noch nie interessiert. Auch Gesundheitsminister Karl Lauterbach ist Quell der Freude! Dass er mehr einer regelmäßig und ausschließlich Unheil voraussagenden „Glaskugel-Lesenden" gleicht, stört des Genossen Freude über das Amt ebenso wenig wie die Anerkennung der Tatsache, dass er endlich keine Fliege mehr trägt.

Die Plagiatorin und die Wahlverlierer, die nichts gelernt haben

Eine ähnlich totalitäre Botschaft ist auch in der neuesten Aussage der Berliner Bürgermeisterin „mit ohne" Doktortitel zu hören. Sie plädiert für das Beschneiden von Grundrechten, dazu gehören z.B. die Beschränkungen im Bereich der Gastronomie. Wo bleibt der Aufschrei, wenn die Sozialdemokratie plötzlich vermittelt, der Zweck heilige jedes Mittel?

Die CDU ist noch immer in ihrem Hamsterrad. Sie hat aus der immensen Wahlschlappe nichts gelernt. Zwar wird der Öffentlichkeit erzählt, man versuche nach der Ära Merkel, einer Zeit, in der die politische Unzufriedenheit im Land Rekordwerte erreichte, und nach der kurzen, innerparteilich bissigen, und doch extrem erfolglosen Ära Laschet (Annegret Kramp-Karrenbauer ist bereits vergessen und wegen ihrer Bedeutungslosigkeit sogar entlastet) einen Neuanfang. Die Erneuerungsabsichten aber sind das Papier, auf dem sie festgehalten werden, nicht wert. Allein beim Thema Meinungsvielfalt, geht es wie auch unter Merkel, um eine beißfreudige Ausgrenzung jener, die nicht mitgehen wollen. Die CDU versucht etwa mit Hans Georg Maaßen das, was die SPD mit Thilo Sarrazin versuchte. Helge Braun träumt mit Serap Güler noch immer von jung, weiblich, bunt. Friedrich Merz, das Murmeltier der CDU, jener der immer wieder antritt, wagt erneut den Schritt auf die Bühne. Nur neu sind eben weder Kandidatur noch Inhalte. Die Union weigert sich in Opposition zu treten und will in vielen Dingen lediglich ein Vielfaches dessen, was die aktuelle Regierung will. Vermutlich ist sie noch immer getrieben von Angst, bloß nichts zu fordern, was von der AfD unterstützt werden könnte.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Deutschland von Sinnen: Die Schande der fehlenden Opposition

Die CDU und die FDP stützen die unsägliche Präsidentschaft des Sozialisten Steinmeier. Die öffentlich-rechtlichen Sender drücken einen irrwitzigen Genderismus gegen die Mehrheit der Bevölkerung durch. Die Liberalen machen grüne und rote Politik möglich. Berlin winkt eine Plagiatorin zur Bürgermeisterin durch und der 6. Januar 2021 wird medial aufgebläht, um die BLM-Gewaltexzesse des Sommers 2020 in den USA vergessen zu machen.

Die sich erneuernde CDU will Merkel mit einer eigenen Migrationsstiftung ehren, obgleich Merkel mit ihrer Migrationspolitik den Untergang der Partei ebenso eingeläutet hat wie sie den Untergang des Landes beschleunigt hat. Die sich „erneuernde“ CDU, jene die „konservative Kräfte wieder einbinden“ will, geht mit der Schlagzeile „Merz setzt auf Frauen-Power“ („Bild“ 7.01.2022) an die Öffentlichkeit. Wieder einmal geht es also um Erfolg durch Geschlechtsteile, ganz ohne Quote, aber per Linksruck. Mit Julia Klöckner geht es sogar um eine Frau, die Angela Merkel aktiv unterstützte und mit Karin Prien um eine, die noch im Oktober die Frauenquote propagierte. Nicht einmal einen eigenen Kandidaten für die nächste Bundespräsidentenwahl traut sich die CDU zu benennen – nicht einmal aus Prinzip. Vielmehr unterstützt sie, gemeinsam mit der sie aktiv ablehnenden SPD-Regierung, den langjährigen SPD-Mann Frank Walter Steinmeier. Dieser Schritt, dieses Klüngeln mit Rot-Grün, erklärt sich nicht mit strategischen Überlegungen. Es zeigt schlicht die Unterwürfigkeit gegenüber dem, der gerade das Sagen hat. Eine Unterwürfigkeit, die Merkel nicht nur den eigenen Parteimitgliedern, sondern auch großen Teilen der Gesellschaft und der Medien antrainiert hat.

Pro-Islam unter dem Deckmantel des Antirassismus

Die Grünen fallen weniger mit einer Unterwürfigkeit nach außen als mit einer nach innen gerichteten auf. Sie bestimmen, was moralisch richtig ist, zwar frei von Sachverstand, dafür aber mit den Mitteln der Ausgrenzung und Verfemung. Etwas, dass sie nicht nur mit Angela Merkel, sondern gar mit dem politischen Islam, für den sie sich leidenschaftlich unter dem Deckmantel des Antirassismus einsetzen, gemeinsam haben. Diese Grünen haben ihr Haus dermaßen unter Kontrolle ihrer Glaubenssätze, dass sich hier gar kein Ungläubiger finden lässt. So kommt es etwa, dass vor der Kulisse der Gleichberechtigung der Frauen, eine Frau gleich zwei Männern die Posten nimmt, ohne dass diese in der Lage sind, hiergegen aufzubegehren. Annalena Baerbock hat sich nicht nur zur Völkerrechtlerin verklärt, sondern gleichzeitig ihren Mitstreiter (sic!) Robert Habeck zum Schweinehirten mit Melkerfahrung. Mit dieser und anderen Dreistigkeiten, wie dem Umstand, im Vergleich zur Konkurrenz im Besitz anderer Geschlechtsteile zu sein, hat sie ihm, trotz der Unfähigkeit zur freien Rede, die Kanzlerkandidatur weggeschnappt und es hat ihr nicht geschadet, nicht zur Kanzlerin gewählt worden zu sein. Vielmehr hat sie zudem auch dem Genossen, der seit Jahren als grüner Außenminister gehandelt wird, Cem Özdemir, den zugedachten Posten abgemeiert und ihn, der zu den ältesten Grünen gehört, zum für Schweinehirten zuständigen Minister gemacht. Weder Özdemir noch Habeck scheinen eine Lobby gehabt zu haben. Ihnen reicht die Beschenkung mit Ämtern, in denen sie nicht ungeeigneter sein könnten.

Die FDP ist leider kein Lichtblick innerhalb der Parteienlandschaft. Wer auf liberale Restvernunft in der Ampel hoffte, sieht sich bitter enttäuscht: Zu mehr als zum prinzipienlosen Steigbügelhalter des rot-grünen Gesellschaftsumbaus reicht es bei der alten Partei von Theodor Heuss heute nicht mehr. Auch von Wolfgang Kubicki, dem neben Lindner bekanntesten Freidemokraten, kommen konservative Worte, aber nur linke Taten. Und gerade in diesen Zeiten, wo sich die Liberalen als Vorkämpfer für freiheitliche Bürgerrechte profilieren könnten, verpassen sie auch diese Gelegenheit.

Das wiederum lässt auf die AfD blicken. Wo ist sie, die unbeliebte Opposition? Hat sie noch Themen außerhalb der Ablehnung der Maske und der Impfpflicht? Kämpft sie noch um oder gegen die Abgrenzung zum Rechtsextremismus? Hat der politische Islam Sendepause, so dass auch insoweit nichts mehr von der AFD zu hören ist?

Um dem ganzen Irrsinn die Krone aufzusetzen, müssen sich die deutschen GEZ-Zahler auch noch für dumm verkaufen lassen: Linke Reporter des öffentlich-rechtlichen Fernsehens blähten kürzlich den 6. Januar 2021 zum außerordentlichen Katastrophentag der USA auf, um gleichzeitig den opferreichen, von den Democrats befeuerten BLM-Plünder- und Mordsommer von 2020 mit seinen zig Toten vergessen zu machen.

Deutschland hätte Besseres verdient – aber Besserung ist nicht in Sicht.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

gesunden Menschenverstandes verlassenen hiesigen Politik zunehmend weniger übrig.

Kaum nötig zu erwähnen, dass auch hier wieder der Zusammenhang mit der verfehlten Migrationspolitik und der personell stetig wachsenden Unkultur der von unserer, ausgerechnet an dieser Stelle ideologisch zahnlosen Justiz leichtgemachten islamischen Rechtsverachtung und rassistischen islamischen Gewalt gegen alle und jeden, besonders aber gegen die Juden entgegen besserem Wissen krampfhaft und dogmatisch von unserer links-grünen Politik und ihren bestens alimentierten Staats-Medien geleugnet oder zumindest kleingeredet wird. „Früher war einfach weniger Messer“, titelte einer unserer Autoren seinen Artikel in einer unserer Ausgaben. Tja, in der Einfachheit der Worte liegt zuweilen sehr viel Wahrheit.

Dabei ist für jeden, der diese Erkenntnis nicht vorsätzlich erblindet verweigert, vollkommen offensichtlich: Es ist genau die Vernunft-verlassene Politik unserer Regierung und ihrer Staats-gelenkten medialen und sonstigen Unterstützer, die nicht nur den jüdischen Bevölkerungsanteil, sondern uns alle in diese unseren Lebensalltag zunehmend negativ beeinträchtigende Situation gebracht hat.

Verdeckt durch Corona und ihre Omicron-Variante spielt sich in unserer Republik ein politisches Drama ab, von dem dieses Land nur schwerlich genesen wird. Selbst Gregor Gysi von den Linken – und ich stehe nun wirklich nicht in Verdacht mit ihm zu sympathisieren – stellt berechtigt fest, dass über 30 Prozent der wahlmündigen Bürger der Politik zutiefst misstrauen.

Damit – darf ich hinzufügen – misstrauen sie auch unserer Noch-Demokratie in ihrem gegenwärtigen erbärmlichen Zustand eines linken McCarthyismus, in dem nach neuen Erhebungen nahezu ein Drittel der Bürger es wegen zu Recht befürchteter beruflicher und gesellschaftlicher Nachteile nicht mehr wagt, offen seine Meinung zu sagen, wenn diese nicht in dümmlichem Einklang steht mit dem von links-grün und ihren Echomedien in Richtung des bereits am Ende des letzten Jahrhunderts grandios gescheiterten Sozialismus. Gleiches gilt für das unduldsam-aggressive Klima-religiöse Verbots-Dogma der Zeugen Gretas, den sprachzerstörenden Gender-Blödsinn oder den kaum zu ertragenden irrwitzigen Cancel-Culture-Angriff auf unsere abendländischen Kulturwerte und -Inhalte.

Und der Rest der Wähler – wenn auch einige durch das kaum nachvollziehbare Verhalten von FDP und CDU um ihre Stimme betrogen – verschafft den radikalen Sozialisten um Kühnert und Esgen sowie der grünen „Verbote für alles außer für ihr eigenes Wohlergehen“-Partei Zugang zu Regierungsämtern.

> Wirkliche Freunde Israels findet man heutzutage ohnehin nicht in Westeuropa. Dort findet man nicht einmal wirkliche Freunde Europas und seiner abendländischen Kultur.

Nun ja, der deutsche Wähler hat ja bereits in der Geschichte ein seltenes Gespür für die falschen Entscheidungen bewiesen. Eine asiatische Redenswendung sagt dazu sinngemäß – einmal betrogen zu werden, ist Schuld des Betrügers. Ein weiteres Mal betrogen zu werden ist Schuld des Betrogenen. Jedes Wahlvolk erhält eben die Regierung, die es verdient.

Happy New Year 2022! Wir sollten alle versuchen das Beste draus zu machen – die in diesem Jahr weiter fortschreitende Dekade der „alles andere als Roaring Twenties“ dieses Jahrhunderts wird, wie es nach der Regierungsbildung des letzten Dezembers aussieht, noch weit mehr Unbill für dieses Land bringen als die vor einem Jahr hinter uns gelassenen Zehner-Jahre.

Wie lange helfen die Gerichte noch?

Dazu kommt, dass jede Kritik an der gegenwärtigen Politik der regierenden Wahlstimmenminderheit – denn das ist sie in Wirklichkeit – nach rechts verortet wird und man die Kritiker daran als „rechte Hardliner“ diffamiert. Selbst Ur-Liberale und unmittelbare Nachkommen von Holocaust-Überlebenden wie Broder oder ich, werden diffamiert, massiv von der linken Seite gemobbt oder von Social-Media-Plattformen wie YouTube in Broders Falle oder Facebook wie bei mir geblockt. Ob die Gerichte sich die Unabhängigkeit werden bewahren können, wie bei Broder und mir die Sperrungen aufzuheben, dürfte alles andere als gesichert sein.

Gestützt von der FDP stellt nunmehr die SPD einen ehemals ganz linksaußen bei den Jusos aktiven Kanzler im Biedermann-Kostüm, dessen Verstrickungen in wirtschaftliche Affären im Falle Österreichs mehrfach ausgereicht hätten, ihn zum Rücktritt zu veranlassen. Überhaupt wird die Position der Jusos, die ja immerhin vor nicht allzu langer Vergangenheit die Judenmord-Terrororganisation Fatah zu ihrer politischen Schwester erkoren haben, in der Person des Enteignungsbefürworters, ehemaligen links-außen Juso-Vorsitzenden und jetzigen Generalsekretärs gestärkt. Außenministerin im Einverständnis mit den Liberalen wird eine Plagiatorin und hochstapelnde Lebenslauflügnerin.

Und in der Hauptstadt Berlin setzt eine frisch gewählte Doktorarbeits-Plagiatorin auch in den nächsten fünf Jahren die ideologischen Wiedervereinigung mit der SED-Nachfolgerin „Die Linke“ fort, obwohl die Unregelmäßigkeiten bei den dortigen Wahlen Kuba und Nordkorea alle Ehre gemacht hätten.

Wahnsinn ohne Zukunft

How dare you? Das hätte ich gern mal junge Leute in Bezug auf ihre Zukunfts-Vernichtung schreien hören. Aber die werden mit Gender-Müll und Schulentzug verdummt. Und die Eltern sind entweder genauso gepolt oder haben schon für den Fall der Fälle woanders etwas vorbereitet. Können natürlich nur die, die es können. Der Rest muss dann hinnehmen, was er bis zum bitteren Ende gewählt und durch Feigheit, Neid und Dummheit mit herbeigeführt hat.

Ist es schon für die Bundesrepublik grauslich, so darf man das Bundesland und die Hauptstadt Berlin unter der rot-rot-grünen Führung getrost als failed state bezeichnen. Von der Stadt geförderte Drogen-Parks, Bürgerkriegs-ähnliche Gewalt in Islam- und Antifa-dominierten

▶▶ Fortsetzung auf Seite 14

Die Schattenseiten des Israel-Hassers Desmond Tutu

Von unseren Medien weitgehend ausgeblendet, verband Tutu sein politisches Engagement wie die Vertreter der BLM-Bewegung mit stark anti-israelischen Positionen und Verharmlosungen des Holocaust.

Von Jonathan S. Tobin

Desmond Tutu wird der Nachwelt vor allem wegen seiner Rolle als Anführer im Kampf gegen die südafrikanische Apartheid in Erinnerung bleiben. Als anglikanischer Bischof, der sich mutig gegen die weiße Minderheitsregierung seines Landes und deren grausame Unterdrückung der schwarzen Mehrheit aussprach, war der Friedensnobelpreisträger von 1984 das Gesicht der Anti-Apartheid-Bewegung zu einer Zeit, als die meisten ihrer Führer – wie der spätere südafrikanische Präsident Nelson Mandela – inhaftiert waren.

Seine Kampagne, mit der er die Welt dazu brachte, das Apartheidregime als moralischen Paria zu betrachten, trug nicht nur dazu bei, Unterstützung für den Boykott Südafrikas zu gewinnen, sondern war auch Teil des Prozesses, der die Ereignisse in Gang setzte, die zum Untergang der Apartheid führten.

Nachdem die Apartheidregierung Mandela 1990 freigelassen und die Macht nach den ersten völlig freien Wahlen 1994 an den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) abgegeben hatte, führte Tutu den Vorsitz der „Wahrheits- und Versöhnungskommission", die sowohl von Weißen als auch von Schwarzen begangene Gräueltaten untersuchte, obwohl sie gegen beide wenig unternahm und einige Übeltäter unverdientermaßen freisprach.

Nicht nur Gutes

Während dies von den meisten Menschen als bloße Fußnote in seiner Biografie betrachtet wird, ist es Tutus Haltung gegenüber Israel, die vielen Juden im Gedächtnis haften bleibt. Wer Tutus Leben betrachtet, sieht sich mit einem Dilemma konfrontiert, das eine unangenehme Tatsache darstellt.

Das viele Gute, das er getan hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass er zu Unterstützung der antisemitischen Israelboykott-Bewegung BDS beigetragen hat, und dass seine Rhetorik über Juden und den jüdischen Staat oft die Grenze zum Stereotypenhaften und zur Delegitimierung überschritten hat.

Dies in einem Moment zu erwähnen, in dem die Welt sein Andenken feiert, mag von einigen als geschmacklos empfunden werden. Dennoch sollte es möglich sein, die Wahrheit über jeden Menschen zu sagen; selbst über jemanden, der so eng mit einer gerechten Sache verbunden ist, wie Tutu es im Kampf gegen die Apartheid war.

Und in seinem Fall trifft das ganz besonders zu, denn der Einsatz des Geistlichen, der seine Berühmtheit nach der Apartheid gegen Israel einsetzte, war nicht nur zutiefst schädlich, sondern beruhte größtenteils auf irreführenden Behauptungen und glatten Unwahrheiten.

Noch wichtiger ist, dass es auch veranschaulicht, wie die immer populärer werdenden Ideen über Intersektionalität – die Vorstellung, dass alle Kämpfe auf der Welt sauber in Unterdrücker und Unterdrückte eingeteilt werden können und dass alle, die in die Reihen der letzteren Gruppe eingeordnet werden, sowohl stets im Recht als auch alle Teil derselben allgemeinen Bemühungen seien, die Welt zu einem besseren Ort zu machen – dazu beigetragen haben, den Mythos zu untermauern, der „palästinensische" Krieg zur Beseitigung des einzigen jüdischen Staates auf dem Planeten sei moralisch gleichwertig ist mit dem Kampf gegen die Apartheid oder die „Jim Crow"-Gesetze in den USA in der Zeit vor den Bürgerrechten.

Dass Tutu die Welt durch das Prisma seiner Erfahrung der südafrikanischen Apartheid betrachtete, ist verständlich. Aber seine Annahme, die Notlage der „palästinensischen" Araber unterscheide sich nicht von der der Nicht-Weißen in Südafrika, war nicht nur falsch, sondern gab der großen Lüge der Antizionisten, Israel sei ein „Apartheidstaat", unverdiente moralische Unterstützung.

Schlimmer noch, ein Blick auf Tutus Äußerungen über Juden im Laufe der Jahre offenbart einen Mann, der Haltungen eingenommen hat, die mit seinem Status als Führer der Menschenrechtsbewegung nicht vereinbar sind.

Antijüdische Ressentiments

Wie der Harvard-Rechtsprofessor Alan Dershowitz in einer Kritik vor einem Jahrzehnt feststellte, gehörte die Wiederholung traditioneller christlich-antijüdischer Topoi zu Tutus Repertoire. „Die Juden dachten, sie hätten ein Monopol auf Gott", was berechtigte Kritik von Jesus verdient und nach sich gezogen habe, „weil sie andere Menschen ausgeschlossen haben". Als Tutu über den Holocaust sprach, behauptete er, „die Gaskammern" hätten zu einem „schöneren Tod" geführt, als die Opfer der Apartheid ihn ertragen mussten, obwohl die südafrikanische Regierung trotz all ihrer Schrecken nicht versucht hatte, Nicht-Weiße auszurotten, sondern sie unterjochte.

Als weiteres Beispiel für seine Ahnungslosigkeit in dieser Frage forderte Tutu, dass die Juden „den Nazis den Holocaust verzeihen". Er schien jedoch nie in der Lage zu sein, den Juden das zu verzeihen, was er fälschlicherweise als die „Unterdrückung der Palästinenser" bezeichnete.

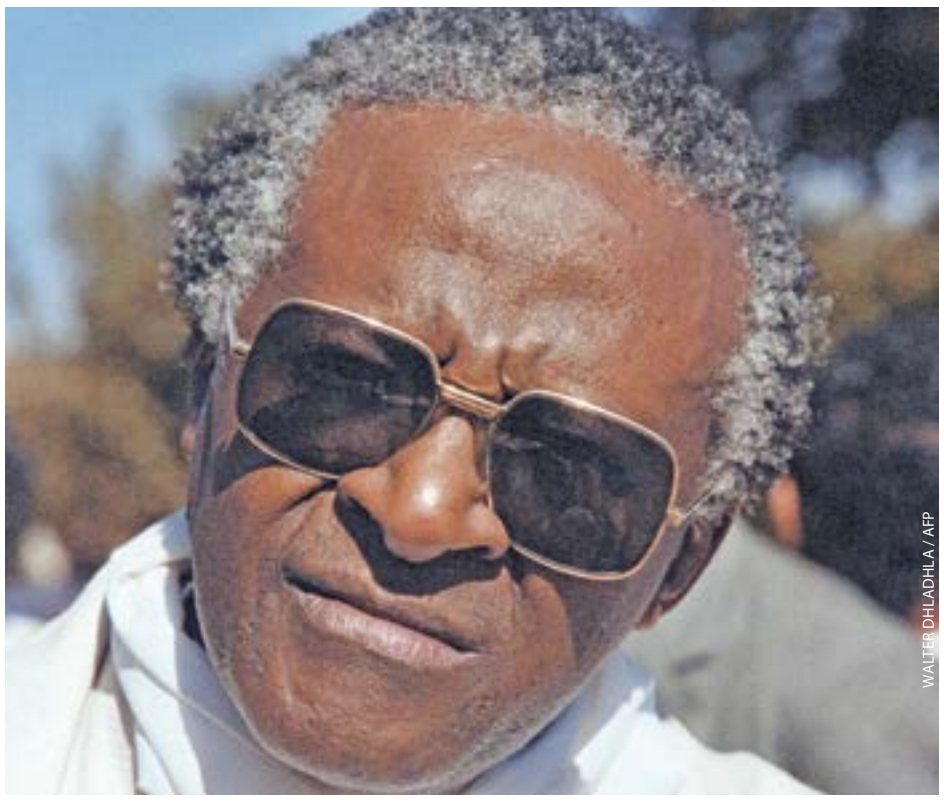
Nicht vergleichbar

Dass Tutus Behauptungen, die israelischen Politik sei mit der Apartheid vergleichbar, falsch sind, ist für alle außer für antizionistische Propagandisten offensichtlich. Im Widerspruch zu diesem lächerlichen Vergleich wird den Arabern in Israel nicht die Gleichberechtigung vor dem Gesetz verweigert; es wird ihnen nicht verboten, mit Juden zusammenzuleben oder auch nur mit ihnen zu reisen, wie dies bei den Schwarzen in Südafrika der Fall war.

Arabische Israelis haben die vollen Rechte von Bürgern in einer Demokratie. Heute sitzt eine arabische Partei, die in der Vergangenheit selbst das Recht der Juden auf einen eigenen Staat bestritt, in der israelischen Regierung und übt die Macht aus, auch wenn ihr Führer von diesem antizionistischen Standpunkt abzurücken scheint.

Die „palästinensische" Bevölkerung im Westjordanland wird von der antidemokratischen „Palästinensischen Autonomiebehörde" autonom verwaltet. Wenn die „Palästinenser" keinen unabhängigen Staat an der Seite Israels erlangt haben – abgesehen von der Hamas-Tyrannei in Gaza, die nur dem Namen nach ein unabhängiger Staat ist –, so liegt das nicht an den zionistischen Bemühungen, sie auf einen rechtlich minderwertigen Status zu verweisen.

Vielmehr liegt es daran, dass ihre Führung in den letzten 100 Jahren des Konflikts das Recht der Juden – die heute eine Mehrheit aller in Israel, dem Westjordanland und dem Gazastreifen lebenden Menschen darstellen und nicht nur eine kleine Minderheit der Gesamtbevölkerung, wie es bei den Weißen in Südafrika der Fall war – auf einen Staat abgelehnt haben, ganz gleich, wo seine Grenzen gezogen werden.


WALTER DHLADHLA / AFP

Desmond Tutu, früherer Erzbischof von Kapstadt

Und es liegt daran, dass diese Führung noch jedes Kompromissangebot abgelehnt hat, das eine Zwei-Staaten-Lösung bedeutet hätte.

Tutu weigerte sich anzuerkennen, dass das „palästinensische" Ziel immer die Beseitigung der jüdischen Souveränität im ganzen Land war und nicht nur die Vertreibung der Juden aus dem Westjordanland und Jerusalem.

Völlig realitätsfern

Selbst wenn Tutu über konkrete Ereignisse sprach, war seine Rhetorik über das Leben in Israel völlig realitätsfern. So sprach sich Tutu beispielsweise gegen die Entscheidung der Cape Town Opera Company aus, 2010 in Tel Aviv aufzutreten, und sagte, dies solle erst dann geschehen, wenn „sowohl israelische als auch palästinensische Opernliebhaber in der Region die gleichen Möglichkeiten und einen ungehinderten Zugang zu den Aufführungen haben."

Aber natürlich hatten Araber das gleiche Recht, Karten für eine Aufführung zu kaufen wie Juden. Und wenn „palästinensische" Araber im Westjordanland – im Gegensatz zu israelischen Staatsbürgern – Sicherheitskontrollen und Beschränkungen unterworfen sind, dann nicht aufgrund einer Ideologie wie der Apartheid, sondern wegen der Terrorkampagnen gegen israelische, die solche Vorsichtsmaßnahmen erfordern.

In der Tat sind es viel zu viele „Palästinenser" und die „palästinensische" Führung, die die Anwesenheit von Juden in einigen Teilen des Landes als unverzeihliche Sünde betrachten, die nicht geduldet werden kann. Diese „Palästinenser", die wollen, dass diese Gebiete – wenn nicht sogar das ganze Land – judenrein sind, d. h. völlig frei von jüdischen Bewohnern; diese „Palästinenser" sind es, deren Vorstellungen den rassistischen Vorstellungen des Südafrikas der Apartheid-Ära am ähnlichsten sind; und nicht etwa die Zionisten.

Doch Tutu hielt nicht nur an seiner Unterstützung des rassistischen Boykotts des jüdischen Staates fest, sondern weigerte sich auch zu akzeptieren, dass die Ziele der Hamas nichts mit denen seines ANC gemein haben.

Simplifizierende Weltanschauung

Tutu ist ein Beispiel für die Art und Weise, wie die Intersektionalität falsche Narrative im Namen einer zweifelhaften Vorstellung von der Einheit der Kämpfe aller nicht-weißen Menschen fördert. Er sprach sich dafür aus, den Juden die Selbstbestimmung in ihrem historischen Heimatland zu verweigern, obwohl die Mehrheit der Israelis ebenfalls „People of Color" sind, da sie ihren Ursprung im Nahen Osten und in Nordafrika, und nicht in Europa haben.

Warum hatte Tutu einen solch blinden Fleck, wenn es um Israel und Juden ging? Er mag sich selbst nicht als Antisemit gesehen haben. Aber als jemand, dessen ganzes Leben von der Idee geprägt war, dass Minderheiten gegen Unterdrücker kämpfen, fiel es ihm leicht, wie es die Intersektionalität verlangt, alle Konflikte als gleich zu betrachten.

Israel ist nicht perfekt, aber es hat Tutus Schmähungen nicht verdient. Es gibt keine Entschuldigung dafür, dass Tutu seine eigenen Erfahrungen mit der Sache einer „palästinensischen" Nationalbewegung verwechselte, deren Identität untrennbar mit einem Krieg zur Auslöschung Israels verbunden ist und nicht mit einem Kampf für Gerechtigkeit. Damit hat er sich auf die Seite von Hass und Intoleranz gestellt.

Wir sollten uns an Tutus heldenhaften Kampf gegen die Apartheid erinnern. Aber das entschuldigt nicht seine Bemühungen, den Hass gegen Israel und die Juden zu rechtfertigen.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS-Jewish News Syndicate. Der Artikel „Archbishop Tutu and the disturbing power of intersectionality" ist zuerst beim Jewish News Syndicate erschienen. Übersetzung von Alexander Gruber.

Der schändliche Afghanistan-Rückzug scheint nicht zu reichen: Biden-Regierung lobt jetzt auch noch das „offene Ohr“ der Taliban ausgerechnet für die Rechte der Frauen

Wer geglaubt hat, Biden-Amerika hätte Afghanistan endgültig hinter sich gelassen, der irrt gewaltig. Eine aktive Abwehr gegen den dortigen Terror ist offenbar kaum noch geplant. Stattdessen versucht die Biden-Administration Terror-Regime mit Schutzgeld in Form von „Entwicklungshilfe“ ruhigzustellen. Das den amerikanischen Steuerzahlern entzogene Geld fließt weiterhin in Strömen nach Afghanistan – dieses Mal zu den Taliban-Herrschern.

Von Daniel Greenfield

Mohd RASFAN / AFP

Nach dem Truppen-Abzug von Biden kamen die Taliban in Afghanistan sofort wieder an die Macht.

2001 sprengten die Taliban die riesigen Buddha-Statuen. Jetzt verlangen sie von Touristen jeweils fünf Dollar, um die Statuen zu sehen, die gar nicht mehr da sind. In Anbetracht des islamischen Talents, Statuen, Gräber, historische Gebäude und alles, was keine Moschee ist, zu zerstören, kann der Tourismus manchmal schwierig sein. Glücklicherweise können die Taliban aber auf das Opiumgeschäft zurückgreifen.

Während die Taliban offiziell Drogen ablehnen, wurde ihre Machtübernahme zu Teilen von den Drogenbossen des Landes unterstützt, die darauf bedacht waren, den amerikanischen Krieg gegen Drogen zu beenden. Die Pflanzsaison ist da und alle erwarten, dass eine Menge Drogengelder in die Terrorkassen der Taliban fließen.

Entwicklungshilfe für Opium-Verzicht

Die Reaktion der Taliban auf internationale Beschwerden: „Wenn die internationale Gemeinschaft unsere Regierung anerkennt und wir Hilfe und Entwicklungshilfe erhalten, dann wird der Mohn definitiv verschwinden“, sagte ein Taliban-Gouverneur gegenüber den Medien. Frühere US-Regierungen hatten im Gegenzug für die Einstellung des Drogengeschäfts Hilfe angeboten. Und während Afghanistans einziger echter Geldsegen nicht verschwand, waren die dschihadistischen Bosse der Opium-OPEC bereit, die Produktion im Austausch gegen Bargeld von Uncle Sam gelegentlich zu reduzieren.

Die Biden-Regierung gibt mehr als hundert Millionen Dollar an Hilfe für Afghanistan, aber was die Taliban wirklich wollen, sind die 9 Milliarden Dollar der ehemaligen Regierung, die sie gestürzt hatten. Dazu gehören die 1,3 Milliarden US-Dollar in Gold, die in Manhattans Tresoren in der Nähe von Ground Zero liegen. Die Taliban würden dieses Gold gerne haben, aber auch die Familien der Opfer, die am 11. September von den al-Kaida-Verbündeten der Taliban getötet wurden. Die 9/11-Familien hatten die Taliban verklagt und 7 Milliarden Dollar Schadenersatz zugesprochen bekommen. Aber damals hatten die Taliban keinen Zugriff auf das Geld, das in Downtown Manhattan herumlag.

Doch das ist möglicherweise bald nicht mehr der Fall. Bidens Problem ist das bekannte, mit dem schon die Obama-Regierung wegen Urteilen konfrontiert war, die Terroropfer gegen den Iran und die PLO errangen. Wie schleust man den Terroristen Geld zu, ohne dass ihre Opfer es in die Hände bekommen? Die Antwort ist, dass Sie heimlich Lösegelder zahlen oder „humanitäre Hilfe“ schicken. Geld von Terroropfern einzubehalten, um Terrorbosse zu bezahlen, sieht nicht gut aus, also verwandeln sie das Geld einfach in Lösegeld für amerikanische Geiseln oder Medizin für weinende Kinder vor Ort.

Bidens Jungs kungelten mit den Taliban in Katar

Und trotz der Tatsache, dass die Taliban mit allen Glaubensrichtungen außer ihrer eigenen hinterhältig verhandeln, verhandelt die Biden-Regierung immer noch mit den Terroristen, die alle vorherigen Abkommen gebrochen haben. Eine Woche nach Thanksgiving flogen einige von Bidens Jungs aus dem Außenministerium, USAID, dem Finanzministerium und assoziierte geheime Gestalten los, um mit den Taliban in Katar Tacheles zu reden.

Die Zusammensetzung der Abteilungen und Dienststellen in der Delegation, die zu den Terroristen geschickt wurde, war aufschlussreich. Die Diplomaten des Außenministeriums lieben es, Terroristen zu beschwichtigen, USAID ist da, um „humanitäre Hilfe“ zu verteilen, die geheimen Gestalten sind da, um die Terroristen nach Informationen über die anderen Terroristen zu fragen, und das Finanzministerium ist da, um über Wirtschaftssanktionen zu diskutieren. Und wie man sie umgeht.

Man muss lediglich bescheinigen, dass die Taliban jetzt nette Leute sind, und dass es an der Zeit ist, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um das afghanische Volk zu ernähren und zu kleiden, ganz zu schweigen von der Bildung für die Mädchen in Afghanistan.

Eine Woche, nachdem die Taliban Frauen aus dem Fernsehen verbannt hatten, veröffentlichte Bidens Außenministeriums-Sprecher, Ned Price, eine Erklärung, in der er die „Offenheit der Taliban für die Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft für den uneingeschränkten Zugang zu Bildung“ lobte.

Price behauptete weiter, dass die islamistische Terrorgruppe, die die meisten Schulen für Mädchen zumachte, tatsächlich „Bemühungen begrüßt habe, die Fortschritte bei der Einschulung von Frauen und Mädchen auf allen Ebenen zu überprüfen und zu überwachen“.

Die Taliban hätten offenbar auch „um Unterstützung im Bildungsbereich gebeten“. Am besten in Form von Bargeld, Heroin oder Black-Hawk-Helikopterteilen. Laut Taliban gehen 75 % der Mädchen wieder zur Schule. Und wenn Sie das glauben, arbeiten Sie wahrscheinlich für das Außenministerium.

Der Feminismus der Taliban

Der neu entdeckte Feminismus der Taliban ist ebenso verdächtig wie der von Andrew Cuomo, Bill Clinton, Ted Kennedy und Joe Biden, aber sie wollen Geld, und Joe Biden will es ihnen geben. Die Hebel, um dieses Geld abzuschöpfen, sind eine Kombination aus Erpressung und Opferrolle. Die Taliban werden am Opium abkassieren, während die Menschen hungern. Und dann um Geld bitten, um den Drogenhandel zuzumachen und den Leuten dann etwas zu essen zu besorgen. Die verbleibenden Amerikaner und afghanischen Visaempfänger sind ebenfalls Geiseln, die gegen weitere Dollars eingetauscht werden können.

Dies ist ein weiterer Grund, warum es so wenige der Visumempfänger jemals zum Flughafen geschafft haben. Und warum die Mehrheit derer, die es taten, kein Visum und keine Überprüfung hatte, aber wahrscheinlich die Taliban ausbezahlten. Die Taliban können nur beschränkt Geld damit machen, Touristen abzukassieren, die die nicht mehr vorhandenen Buddhas besichtigen gehen wollen.

Das letzte Jahr hätte ein umfassender Lehrgang darüber sein sollen, warum man den Taliban nicht trauen kann. Nachdem sie zugestimmt hatten, Afghanistan nicht zu erobern, taten sie es doch. Dabei versicherte die Biden-Regierung, die fast so vertrauenswürdig ist wie die Taliban, den Medien, die fast so vertrauenswürdig sind wie die Biden-Regierung, dass alles in Ordnung sei. Jetzt ist wieder alles in bester Ordnung.

Wenn die Taliban nicht gerade Mitglieder weiblicher Sportmannschaften enthaupten, zeigen sie viel „Offenheit“ für das „Engagement der internationalen Gemeinschaft“ in Bezug auf ihren Feminismus.

Die Biden-Regierung versprach, Afghanistan zu verlassen, aber die Vereinigten Staaten gehen niemals nirgendwo raus. Abgesehen davon, dass wir Zehntausende Afghanen in unser Land aufnehmen, hängen wir immer noch am Haken, um die Afghanen im Talibanland zu ernähren, zu kleiden und zu erziehen, ganz zu schweigen von Pakistan. Selbst wenn die Taliban ihre Milliarden und ihren UNO-Sitz bekommen, werden wir ihnen immer noch Hilfe zukommen lassen.

Schutzgeld, das von den amerikanischen Steuerzahlern gestohlen wurde

Im Dezember 2000 rühmte sich das Außenministerium, 113 Millionen US-Dollar an „humanitärer Hilfe für das afghanische Volk“ bereitgestellt zu haben. Es prahlte weiter damit, dass „die Vereinigten Staaten der größte einzelne Geber von Hilfe für Afghanen sind und eine lange Tradition in der Bereitstellung solcher Hilfe haben.“ Und das, während sie die ganze Zeit einräumten, dass die Taliban üblerweise Osama bin Laden beherbergten.

Dieses Geld, das den amerikanischen Steuerzahlern gestohlen wurde, deckte „Nahrung, Wohnung, Gesundheits- und Bildungsprogramme“ für die Afghanen ab. Und das Außenministerium prahlte beschämend damit, dass „von zehn Dollar“ an Hilfsgeldern „neun Dollar ein Beitrag der Vereinigten Staaten sind“. Im Jahr darauf steuerten die Taliban vier Flugzeuge bei, die darauf abzielten, Tausende von Amerikanern zu töten.

Nachdem sie in zwanzig Jahren nichts gelernt haben, erwarten die Biden-Regierung und ihre Karrierediplomaten, dass die Amerikaner weiterhin einen Taliban-Wohlfahrtsstaat finanzieren.

Diesmal glauben die Taliban wirklich an den Feminismus, beharren sie. Diesmal engagieren sie sich wirklich für den Kampf gegen den Terrorismus. Und dieses Mal werden sie sicherlich keinen weiteren Terroranschlag auf Amerika veranstalten.

Solange wir ihnen genug bezahlen.

Daniel Greenfield ist ein Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel ist zuvor im Front Page Magazine des Centers erschienen.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

In Chile regieren jetzt die Israelhasser

Eine Regierung aus sogenannten „Palästinensern“ und Kommunisten: Der neue Präsident nennt Israel einen „Mörderstaat“ und sein voraussichtlicher Innenminister wurde 2020 vom Simon Wiesenthal Center zum „Antisemiten des Jahres“ erklärt. Diese linksradikale Regierung erntet großen Beifall in der linken Filterblase Deutschland.

Javier TORRES / AFP

Chiles neuer Präsident Gabriel Boric nannte Israel einen „Mörderstaat“.

Von Collin McMahon

Deutsche Medien feiern den neuen Präsidenten Chiles, den 35-jährigen Sozialisten Gabriel Borić Font. Gleichzeitig verteufeln sie seinen Gegner José Antonio Kast als „Rechtspopulisten“ oder gar „rechtsextrem“. Zum Antisemitismus und Israelhass der Borić-Regierung schweigen sie dagegen.

Der „Studentenführer“ Borić beteiligte sich nicht nur über zwei Jahre lang an vorderster Front bei den gewaltsamen linksextremen Ausschreitungen in Chile, bei denen seit 2019 mindestens 30 Menschen gestorben sind – er ist auch ein erklärter Israelhasser und Terrorunterstützer, der Israel des „Völkermordes“ beschuldigt.

Sein voraussichtlicher Innenminister und zweiter Mann im Staate, Óscar Daniel Jadue, ist „palästinensischer“ Abstammung, seit den 1980ern in PLO-nahen Organisationen tätig und wurde 2020 vom Wiesenthal-Zentrum zu einem der „Antisemiten des Jahres“ ernannt.

Als die jüdische Gemeinde in Chile Gabriel Borić vor zwei Jahren zum jüdischen Neujahr ein traditionelles Geschenk aus süßem Honig machte „um eine tolerantere, sozialere und respektvollere Gesellschaft zu unterstützen“, antwortete Borić: „Vielen Dank, aber Sie könnten damit anfangen, zu verlangen, dass Israel das illegal okkupierte palästinensische Land zurückgibt.“ Borić unterstützt den Boykott von Juden in Judäa und Samaria.

„Borić hat jeden Antrag gegen Israel unterstützt, Israel im öffentlich-rechtlichen Fernsehen einen Mörderstaat genannt und unterstützt stets den Boykott von Israel“, so Gabriel Colodro, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Chile. „Wir werden ihn an seinen Taten und nicht seinen Worten messen.“

Sein Innenminister Óscar Daniel Jadue ist der Vorsitzender der Chilenischen Kommunistischen Partei und Enkel „palästinensischer“ Einwanderer. In Chile lebt die größte „palästinensische“ Exilgemeinde der Welt, mit ca. 400.000 Menschen.

Jadue wurde 1967 geboren. Seine Klassenkameraden bezeichneten ihn in ihrem Jahrbuch 1983 als „Antisemiten“, immer auf der Suche nach „jüdischen Zielen.“ Als Karriereziel prophezeite man ihm „Chef der PLO“. 2020 forderte die chilenische Deputiertenkammer Jadue auf, sich von dem Jahrbucheintrag zu distanzieren, was er verweigerte.

Seine politische Karriere begann er in den 80er Jahren in Organisationen aus dem Umfeld der PLO, die damals eine blutige Terrorkampagne gegen Juden und Israelis in aller Welt führte. Zwischen 1987 und 1991 war er Präsident der Generalunion „palästinensischer“ Studenten in Chile, und 1991-1993 Generalkoordinator der „Palästinensischen“ Jugendorganisation Lateinamerikas und der Karibik. 1992 wurde er Bürgermeister von Recoleta, 1993 trat er in die Kommunistische Partei ein.

2020 wurde er vom Simon-Wiesenthal-Center auf die Liste der zehn schlimmsten Antisemiten des Jahres gesetzt, nachdem er sagte, „Agenten Israels“ wollten „den Konflikt nach Chile tragen“. Er nannte die „Palästinenser“ Chiles „Opfer einer bewussten Kampagne von Terror und Gewalt durch bewaffnete zionistische Gruppen“ und behauptete, dass die Alternativen Medien Chiles „durch die Zionisten aufgekauft werden“.

Die Anführer der chilenischen „palästinensischen“ Gemeinde hätten sich zunehmend radikalisiert und sympathisierten mit der Hamas, so das Wiesenthal-Center. Viele der etwa 18.000 Juden in Chile bangen nun um Ihre Zukunft. Das kommunistische Regime in Venezuela arbeitet bereits eng mit der Hisbollah und dem Iran zusammen.

In der ersten Jahreshälfte 2021 emigrierten bereits 80 Juden nach Israel, viermal soviel wie im Vorjahreszeitraum, viele aus Sorge um einen Wahlsieg Jadues. Deshalb genoss der „rechte“ Kandidat José Antonio Kast breite Zustimmung unter chilenischen Juden, und gewann die Mehrheit der Stimmen der Exilchilenen in Israel, obwohl sein Vater Wehrmachtssoldat und NSDAP-Mitglied war. Kast hat dazu erklärt, sein Vater sei zwangsrekrutiert worden.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Das nach links gedriftete und vollständig verarmte Venezuela wird immer mehr zur Operationsbasis von Iran und Hisbollah

Die Hisbollah plante offenbar, in Venezuela geschulte Terroristen der kolumbianischen Drogen-Guerilla FARC einzusetzen, um in Bogota Terroranschläge auf israelische Diplomaten zu verüben. Wahrnehmbare Kritik daran ist weder von Bidens Democrats noch von der EU zu hören. Eigentlich müsste US-Präsident Joe Biden – wie es sein Vorgänger Trump ganz gewiss getan hätte – dringend handeln, um diesen neuen Terror-Sumpf auf dem amerikanischen Kontinent trockenzulegen.

Von Stefan Frank

Das sind Kernpunkte eines aufrüttelnden Gastbeitrags, den Jeb Bush, der frühere Gouverneur des US-Bundesstaates Florida, am 4. Dezember in der Tageszeitung „Miami Herald" veröffentlichte. „Unter der unrechtmäßigen Herrschaft von Nicolás Maduro", so Bush, sei Venezuela „näher denn je an die Islamische Republik Iran herangerückt".

Ohne eine „robuste Reaktion" von Präsident Biden, um beide Regime „wirtschaftlich und militärisch voneinander zu isolieren", könnte Venezuela für iranische Streitkräfte zu einer „vordersten Operationsbasis in der westlichen Hemisphäre" werden, um „die nationale Sicherheit der USA zu untergraben", warnt der ehemalige Politiker, der sich 2016 – letztlich erfolglos – um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner bemühte.

Die Kooperation von Caracas und Teheran unter Einbeziehung der libanesischen Terrororganisation Hisbollah wurde von Mena-Watch seit Jahren in zahlreichen Beiträgen beschrieben. Sie besteht aus zwei Komponenten: die öffentliche Zusammenarbeit und die verdeckte.

Öffentlich bekannt ist die Zusammenarbeit im Ölsektor. Hintergrund ist, dass Venezuela nach zwei Jahrzehnten Misswirtschaft seine Raffinerien zerstört hat und nicht mehr in der Lage ist, sein Erdöl, das stark schwefelhaltig ist – das heißt: schlecht für Anlagen, die Umwelt und die Gesundheit der Menschen –, auf eine für den Verkauf auf dem Weltmarkt akzeptable Qualität zu bringen.

Der Iran hilft hier auf doppelte Weise: Zum einen schickt er Ersatzteile und Experten, um die Raffinerien wieder instandzusetzen; zum anderen liefert er schwefelarmes Erdöl, mit dem das venezolanische Öl verschnitten wird, um so einen insgesamt niedrigeren Schwefelgehalt zu erreichen.

Das Regime in Venezuela revanchiert sich – und das ist der verdeckte Teil der Zusammenarbeit –, indem es die Hisbollah aus Kolumbien kommendes Kokain nach Beirut und Damaskus schmuggeln lässt, Angehörigen der Hisbollah und der iranischen Streitkräfte echte Reise- und Diplomatenpässe ausstellt, ihnen bei der Geldwäsche hilft und sie überhaupt in Venezuela ungehindert schalten und walten lässt.

All das wurde von US-Behörden und lateinamerikanischen Journalisten immer wieder publik gemacht. Auch „palästinensische" Terroristen trainieren Medienberichten zufolge seit einiger Zeit in Venezuela, zudem wird über Uranschmuggel spekuliert.

Hisbollah-Terror in Südafrika

Jeb Bush warnt in seinem Gastbeitrag, in den letzten 18 Monaten habe es eine „Reihe von Ereignissen" gegeben, die die US-Geheimdienste, das Militär und die Diplomatie als „ernsthafte Bedrohung" betrachten sollten.

Dazu zählt er die oben genannte Kooperation im Ölsektor und Goldverkäufe Venezuelas an den Iran. „Am alarmierendsten" sei jedoch „das Eingeständnis von Maduros ehemaligem Sicherheitschef, dass die vom Iran unterstützte Hisbollah – die vor dem 11. September mehr Amerikaner tötete als jede andere Terrorgruppe – in Venezuela frei operiert". Die Hisbollah nutze Venezuela, um durch illegale Geschäfte Geld für Terroroperationen zu sammeln, so Bush.

Bemerkenswert sei, dass die Hisbollah in Caracas ihre „freundlichste" Operationsbasis vorfinde:

„Die Hisbollah hat in Argentinien und im Dreiländereck zwischen Argentinien, Brasilien und Paraguay eine weitaus längere Geschichte. Doch nur in Venezuela kann die Hisbollah auf eine gastfreundliche Regierung zählen. Unter Maduro hat Venezuela angeblich den Hisbollah-Agenten Aufenthaltsdokumente gewährt, die es ihnen ermöglichen, sich frei durch Lateinamerika zu bewegen."

Das Maduro-Regime wiederum profitiere von der „iranischen Expertise bei der inländischen Überwachung [von Kommunikation; S.F.] und Drohnentechnologie", die der Iran „eifrig an terroristische Stellvertreter im gesamten Nahen Osten exportiert" habe. Laut venezolanischen Oppositionspolitikern, so Bush, helfe der Iran Maduro beim Aufbau eines „Abhörpostens im Norden Venezuelas zum Abhören von Luft- und Seekommunikation."

Bush verweist zudem auf eine Aussage des kolumbianischen Präsidenten Ivan Duque, der im August 2020 öffentlich erklärt hatte:

„Es gibt Informationen von internationalen Geheimdiensten, die mit uns zusammenarbeiten, die zeigen, dass die Diktatur von Nicolás Maduro Interesse daran hat, einige Mittel- und Langstreckenraketen über den Iran zu erwerben."

Seit langem sind auch Juden und Israelis in Lateinamerika im Visier der Hisbollah. Im März 1992 wurde mit einem Pickup ein Bombenanschlag auf die israelische Botschaft in Buenos Aires verübt, 29 Menschen wurden getötet, 242 verletzt. Es ist wahrscheinlich, dass der Anschlag von der Hisbollah verübt wurde, als Rache dafür, dass die israelische Armee im Monat zuvor Hisbollah-Chef Abbas al-Mussawi getötet hatte.

Zwei Jahre später wurde ein LKW-Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindezentrum AMIA in Buenos Aires verübt. 87 Menschen wurden dabei getötet, über hundert weitere verletzt. Als Sprengstoff wurde eine Mischung aus Ammoniumnitrat und Heizöl verwendet. Irans derzeitiger Innenminister war laut Interpol an der Planung des Anschlags beteiligt.

Präsident Maduro von Venezuela und Scheich Nasrallah, Chef der libanesischen Hisbollah

WIKIPEDIA

Einen Tag später stürzte in Panama ein kleines Passagierflugzeug ab, an Bord waren 21 Passagiere, darunter zwölf jüdische Geschäftsleute. US-Behörden prüfen gehen auch in diesem Fall inzwischen Hinweisen nach, dass es sich um einen Terroranschlag der Hisbollah gehandelt haben könnte.

Der argentinische Staatsanwalt Alberto Nisman führte zehn Jahre lang Ermittlungen durch, um die Terroranschläge auf die israelische Botschaft und das AMIA aufzuklären und die Urheber vor Gericht zu bringen. Er wurde am 18. Januar 2015 von Unbekannten ermordet, nachdem er die argentinische Präsidentin Christina Fernández de Kirchner und andere Politiker beschuldigt hatte, aus Rücksicht auf den Iran die Aufklärung der Anschläge zu verhindern.

Am 19. Januar 2015 hätte Nisman diese Vorwürfe einer Parlamentskommission vorstellen sollen. Laut Nismans 675-seitiger Anklageschrift handelte der Selbstmordbomber Ibrahim Hussein Berro, der den Anschlag auf das AMIA verübte, auf Befehl aus dem Iran.

Es war, so Nisman, „eine Entscheidung, die ausführlich diskutiert und letztendlich im Einvernehmen der seinerzeit höchsten Vertreter der iranischen Regierung getroffen wurde, im Kontext einer Außenpolitik, die durchaus gewillt war, Gewalt anzuwenden, um die Ziele der Islamischen Republik zu erreichen".

Ausbreitung des Iran stoppen

Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass Jeb Bush in seinem Beitrag auf einen Bericht der kolumbianischen Tageszeitung „El Tiempo" vom 14. November hinweist, der bislang kaum zur Kenntnis genommen wurde.

Demnach plante die Hisbollah, ehemalige Mitglieder der marxistischen Guerilla Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC), die in Venezuela ausgebildet wurden, einzusetzen, um Angehörige der israelischen Botschaft in Bogota zu ermorden.

Zudem habe die Hisbollah Amerikaner in Kolumbien ausspioniert – möglicherweise in Vorbereitung eines zukünftigen Terroranschlags, sollte sich eine Situation ergeben, in der das iranische Regime entscheidet, dass ein solcher in seinem Interesse liegt; also etwa im Rahmen einer militärischen Konfrontation mit den Vereinigten Staaten.

Die jüngst erfolgte Auslieferung des kolumbianischen Geschäftsmanns Alex Saab an die USA – der als einer der wichtigsten Devisenbeschaffer Maduros gilt und am 12. Juni 2020 auf dem Weg vom Iran nach Venezuela bei einem Tankstopp seines Jets auf den Kapverdischen Inseln aufgrund eines Interpol-Haftbefehls verhaftet wurde – sei ein wichtiger Schritt, so Bush, ebenso wie die in der Amtszeit von Präsident Trump erfolgte Beschlagnahmung von vier iranischen Tankern auf dem Weg nach Venezuela.

Doch die von den USA derzeit benutzten Mittel reichten nicht aus, um den Einfluss des Iran auf Venezuela einzudämmen:

„Es ist an der Zeit, dass Präsident Biden dem ein Ende setzt, indem er es dem Maduro- und dem iranischen Regime erheblich schwerer macht, sich gegenseitig zu unterstützen."

Human Rights Watch: Auch im Jahre 2021 ein gefährlicher Initiator und Treiber des linken und islam-verbundenen Antisemitismus

Die New Yorker Organisation mit ihren über 2,7 Millionen Followern auf Facebook betreibt eine gezielte und zunehmend aggressiver werdende Rufmordkampagne gegen den jüdischen Staat.

(Israel Heute) Ein selbst bezeichneter „Blockbuster"-Bericht von Human Rights Watch (HRW), der „die Verbrechen der israelischen Behörden in Form von Apartheid und Verfolgung von Millionen von Palästinensern [sic] detailliert aufzeigt", war der meistgelesene Artikel der NGO im Jahr 2021.

Laut einem Tweet des Geschäftsführers der Organisation, Kenneth Roth, stieß „Israels Apartheid" auf mehr Interesse als Chinas völkermörderische Behandlung seiner uigurischen Muslime, die Misshandlung von Frauen unter den Taliban, Massaker in Äthiopien und außergerichtliche Hinrichtungen von Drogenhändlern auf den Philippinen.

Für die Ungebildeten oder Unwissenden: Die Apartheid war ein System des institutionalisierten Rassismus, das von einer ausschließlich weißen südafrikanischen Regierung den entrechteten schwarzen Bürgern Südafrikas aufgezwungen wurde. Keine dieser Eigenschaften trifft auf Israel zu, eine Demokratie, deren Bürger – Juden, Araber, Schwarze, Weiße, Muslime, Christen – vor dem Gesetz alle gleich sind, wo alle das Wahlrecht haben, alle in der Knesset vertreten sind, alle leben können, wo sie wollen, alle gleichen Zugang zu Bildung und Beschäftigung haben und alle die gleichen Freiheiten und den gleichen Schutz genießen.

Der HRW-Bericht, der in diesem Jahr weltweit regelrecht verschlungen wurde, missbraucht dieses einprägsame Etikett, um das Denken über Israel zu manipulieren, ohne sich um diese Wahrheit zu kümmern. Vom ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter bis hin zur UN-Generalversammlung und der Europäischen Union wird diese moderne antisemitische Rufmordkampagne weithin gegen den jüdischen Staat erhoben.

Kenneth Roth ist Geschäftsführer von „Human Rights Watch".

Die HRW-Website prahlt damit, dass ihre Berichte täglich von „Millionen von Social Media- und Online-Followern" gelesen werden und dass die Medienberichterstattung über ihre Arbeit ihre Reichweite unermesslich vergrößert.

Man kann sehr leicht erkennen, dass Nachrichtenorganisationen solche Berichte gewöhnlich nachplappernd verbreiten und die Bigotterie nur selten in Frage stellen. Sollten die Berichte tatsächlich jeden Tag weltweit gelesen werden (wer weiß ob das wahr ist, im Gegensatz zur Behauptung der Apartheid in Israel?), dann wäre Human Rights Watch von allen großen Anti-Israel-Hetzern in den Medien und Scharfmachern des globalen Antisemitismus einer der schuldigsten, die es derzeit gibt.

Die Kämpfer gegen Antisemitismus haben jahrelang den starken Anstieg von Judenhass weltweit aufgezeichnet und dokumentiert, der durch eine verzerrte und aus dem Zusammenhang gerissene Medienberichterstattung über den Konflikt zwischen Israel und den „palästinensischen" Arabern geschürt wird.

Der israelbesessene und lächerlich einseitige Fokus von HRW spiegelt die Gewohnheit der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen und anderer selbsternannter pro-„palästinensischer" Nichtregierungsorganisationen wider, darunter Amnesty International, Christian Aid und, in Israel, Yesh Din und Hamoked.

Unter der Leitung von Roth – einem amerikanischen Anwalt und assimilierten Juden (seine Eltern flohen vor dem Holocaust und er wurde in einer anglikanischen Kirche getraut) – leistet die Organisation nach eigenen Angaben „Forschungsarbeit vor Ort in etwa 100 Ländern, indem sie die Fakten aufdeckt, die eine unbestreitbare Bilanz der Menschenrechtsverletzungen ergeben", und die Regierungen dazu drängt, ihre Gesetze, Politik und Praktiken zu ändern.

Beobachter stellen fest, dass der tatsächliche Effekt einer solchen verunglimpfenden und böswilligen Berichterstattung darin besteht, den internationalen Druck auf Israel zu erhöhen, das sich mit der Gründung eines „palästinensischen" Staates auf dem angestammten Land des jüdischen Volkes einverstanden erklären solle.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.
Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!
Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!
Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.
Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Der nicht endende Rufmord der UNO gegen Israel

Die UNO hat gegen alle Fakten beschlossen, eine Untersuchungskommission zu finanzieren, die laut „Jerusalem Post" eine sogenannte „ergebnisoffene" Untersuchung von vermeintlichen Kriegsverbrechen Israels anstellen soll. Tatsächlich aber gehört die IDF zu den moralischsten Armeen der Welt, die selbst ihre Feinde vor Angriffen warnt, um gegnerische Zivilisten zu schonen.

Von Phyllis Chesler

Es wird immer schlimmer, viel schlimmer. Jetzt ist er fast überall präsent, in den meisten Publikationen, in so vielen Sprachen, in den Lehrplänen von Schulen und Universitäten, auf Konferenzen, bei Demonstrationen, in unzähligen Petitionen, in den Mündern von Prominenten und bei den Vereinten Nationen.

Ich spreche von Judenhass, Antizionismus und sehr großen Lügen. Das kann nicht gut ausgehen; zumindest ist es das in der Vergangenheit noch nie.

Wir wissen, dass die Protokolle der Weisen von Zion eine Fälschung sind, ein von den Russen gefälschtes Pamphlet, das 1903 veröffentlicht wurde und eine jüdische Verschwörung zur Beherrschung der Welt behauptet. Dennoch glauben die Menschen immer noch daran, vor allem in der arabischen und muslimischen Welt oder auch innerhalb der schwarzen Community in den USA. Wir wissen, dass es sich um eine große Lüge handelt. Aber gut, vergangen ist vergangen.

Institutionalisierung des Juden- und Israelhasses

Doch jetzt, im Jahr 2021, bin ich fassungslos über das, was Navi Pillay und die Vereinten Nationen derzeit vorhaben. Wie wir alle wissen, hat die UNO nie einen einzigen Völkermord verhindert oder eine einzige Menschenrechtsverletzung beendet.

Das Einzige, was sie wirklich getan hat, besteht in der Legalisierung und Institutionalisierung des Juden- und Israelhasses. Navanethem Pillay, ehemalige hohe UN-Kommissarin für Menschenrechte, leitet jetzt eine gut finanzierte „Untersuchungskommission". Die „Jerusalem Post" beschrieb die Kommission als „eine noch nie dagewesene, ergebnisoffene Untersuchung von Kriegsverbrechen gegen Israel".

Pillay war eine Befürworterin des Goldstone-Berichts, in dem Israel verurteilt wurde, weil es sich gegen die Angriffe der Hamas auf israelische Zivilisten im Jahr 2008 verteidigt hatte. Im Laufe der Zeit drückte der Richter Richard Goldstone sein Bedauern darüber aus, dass sein Bericht „möglicherweise ungenau war". Goldstone enthüllte, dass Israel nicht aus Prinzip auf Zivilisten zielt. 2011 schrieb Goldstone: „Wenn ich damals gewusst hätte, was ich heute weiß, wäre der Goldstone-Bericht ein ganz anderes Dokument gewesen."

Professor Anne Bayefsky, Direktorin des „Touro Institute on Human Rights and the Holocaust", bezeichnet diese jüngste UN-Initiative als „Pillays Pogrom" und das „feindseligste und gefährlichste Anti-Israel-Gremium, das die UNO je geschaffen hat".

Die Lüge von der Apartheid

In Berichten, Reden und Resolutionen werfen die Vereinten Nationen Israel seit langem vor, „Apartheid" zu praktizieren. Es ist eine Parole, die Israel mit dem südafrikanischen Rassismus in Verbindung bringen soll. Es ist jedoch nicht Israel, das Apartheid praktiziert, sondern die arabischen und muslimischen Länder. So werden heute in den meisten muslimischen Ländern Ungläubige wie zum Beispiel Christen heftig verfolgt, ausgegrenzt und zunehmend ermordet.

Was die geschlechtsspezifische Apartheid betrifft, so wurden muslimische Frauen in der Vergangenheit ausgegrenzt, zur Gesichtsverschleierung gezwungen, als Kinder verheiratet, in polygame Ehen gezwungen, der weiblichen Genitalverstümmelung unterworfen und von ihren Familien „ehren"-gemordet. Die meisten muslimischen Frauen leben getrennt von allen Männern, mit Ausnahme enger männlicher Verwandter.

Dennoch hat die UNO mehr als 50 Jahre damit verbracht, diese große Lüge zu legitimieren. Die U.N. und der gerade verstorbene Erzbischof von Südafrika.

Ja, Erzbischof Desmond Tutu, der vielleicht einflussreichste Juden- und Israelhasser seiner Zeit. Sein Tod wurde in der „New York Times" mit 6.444 Worten gewürdigt. Er wurde nie für seinen Vergleich der südafrikanischen Apartheid mit der angeblichen israelischen Apartheid zur Rechenschaft gezogen; natürlich nicht. Aber nachdem sie amerikanische LGBT-Unterstützer und die jüngste Tochter von Reverend Dr. Martin Luther King zitiert hat, stellt die „Times" fest:

„Auch palästinensische Führer trauerten um Erzbischof Tutu, der Israels Vorgehen gegenüber den Palästinensern scharf kritisierte."

„Seine Unterstützung für Palästina war eine Umarmung aus Liebe und Empathie", sagte Hanan Ashrawi, eine ehemalige „palästinensische" Friedensunterhändlerin, und lobte sein Engagement für „unseren gemeinsamen Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit".

Auch dies impliziert eine Blutrache gegen Juden mit potenziell erschreckenden Folgen.

Schande der Niederlage nicht zu ertragen

Dieser jüngste Versuch der UNO, den jüdischen Staat durch Pillays Untersuchung zu dämonisieren und zu delegitimieren, ist ebenfalls eine große Lüge. Wir müssen sie im Zusammenhang mit einigen anderen tödlichen Lügen verstehen.

In der Mitte des 20. Jahrhunderts war das angebliche Massaker von Deir Yassin eine weitere Erfindung – eine, die immer noch geglaubt wird, zumindest in der islamischen Welt und bei einigen westlichen Eliten.

Doch mittlerweile gibt es ein wunderschön aufgemachtes und hervorragend dokumentiertes Buch darüber: „The Massacre That Never Was: The Myth of Deir Yassin and the Creation of the Palestinian Refugee Problem". Das Buch wurde von Eliezer Tauber, Professor an der Bar Ilan Universität, verfasst und dokumentiert akribisch, was tatsächlich geschah.

Männer kämpften, und aus verschiedenen Gründen gewannen die Juden. Die Zahl der Beteiligten war gering. Laut Tauber gab es „etwa 120 (jüdische) Angreifer und 70-80 (arabische) Verteidiger". Die Araber wurden „getötet, nicht massakriert". Aber sie haben verloren. Das arabische Dorf kämpfte allein, ohne Verstärkung und ohne Unterstützung durch benachbarte arabische Dörfer. Die meisten der Araber, die in Deir Yassin getötet wurden, waren Kämpfer, Männer im kampffähigen Alter, nicht Frauen, Kinder oder ältere Menschen, wie behauptet wurde.

Die UNO-Vollversammlung in New York

Doch die Schande der Niederlage war für die Araber nicht zu ertragen. Was die Araber aus Deir Yassin und fast überall sonst vertrieb, ähnelte auf unheimliche Weise dem, was viele Araber beziehungsweise „Palästinenser" heute tun. Sie verstecken sich und ihre Waffen unter ihren Frauen, Kindern und älteren Menschen. Sie umgeben sich mit verletzlichen menschlichen Schutzschilden und behaupten dann, wenn Israel terroristische Abschussrampen und Infrastrukturen ins Visier nimmt, es habe es auf Frauen und Kinder abgesehen.

„Beschleunigungsfaktor" für den arabischen Exodus

Solche Täuschungsmanöver sind im Gazastreifen des 21. Jahrhunderts Realität. Aber im April 1948 verbreiteten die Araber beziehungsweise „Palästinenser" Gerüchte über ein schreckliches, wahrhaft grauenhaftes Massaker in Deir Yassin, das nie stattgefunden hat – und sie behaupteten wild und fälschlicherweise, dass auch Vergewaltigungen stattgefunden hätten, was nach Taubers Ansicht zum arabischen Massenexodus führte. Tauber schreibt:

„Die Auswirkungen von Deir Yassin gingen weit über Jerusalem und die umliegenden Dörfer hinaus und verbreiteten sich in ganz Palästina, verursachten Angst und trieben die Menschen dazu, das Land zu verlassen. Eine Frau aus Safad berichtete, sie habe von den Vergewaltigungen und Morden in Deir Yassin gehört. Eine andere Flüchtlingsfrau begründete die Flucht aus Haifa mit der Angst davor, was die Juden den Frauen antun würden, da sie hörte, dass in Deir Yassin Frauen und Mädchen vergewaltigt und schwangeren Frauen und Mädchen die Bäuche aufgeschlitzt wurden."

Das Aufschlitzen schwangerer Bäuche ist charakteristisch für christliche Pogrome und muslimische Farhuds gegen Juden; nichts, was umgekehrt von Juden verübt wurde.

Laut Tauber bestand Husayn Fakhri al-Khalidi, Sekretär des Arabischen Höheren Komitees, 1948 jedoch darauf, dass „25 schwangere Frauen, 50 stillende Mütter und 60 andere Mädchen und Frauen wie Schafe (in Deir Yassin) geschlachtet wurden". Ein Einwohner der Stadt „schrieb an einen Bekannten in Ägypten, dass die Juden in Tiberias und Deir Yassin Äxte benutzten, um Männern und Kindern Hände und Beine abzuhacken und den Frauen ‚schreckliche Dinge' antaten".

Noch einmal: Araber, Muslime, Christen und Kosaken haben dies bislang Juden bei Pogromen und Farhuds angetan. Juden sind nicht dafür bekannt, solches umgekehrt zu tun.

Scham in einer Kultur der Scham und Ehre

1948 analysierte der israelische Geheimdienst die Gründe für die „palästinensische" Flucht und stellte fest, dass solche falschen Gerüchte und übertriebenen Vorstellungen ein „entscheidender Beschleunigungsfaktor" für den arabischen Exodus waren.

Israel hat die Araber nicht vertrieben. Nur arabische Gerüchte, „Big Lies", taten dies. Sie provozierten Scham in einer Kultur der Scham und Ehre, und das funktionierte. Taubers Arbeit muss noch in all den Gremien besprochen werden, die den Glauben an dieses angebliche Massaker unterstützt haben. Entweder wird seine Arbeit über Deir Yassin nicht breit rezensiert werden oder sie wird verrissen werden. Ich hoffe, dass ich falsch liege.

Ich bin keine Gelehrte auf diesem Gebiet, aber mir scheint, dass der Mythos dieses angeblichen Massakers genauso funktioniert hat wie der Al-Dura-Mythos des 20. Jahrhunderts in unserem heutigen Jahrtausend. Die ganze Welt wollte glauben, dass Israelis absichtlich, mutwillig und bösartig ein arabisches Kind töten würden, das in den Armen seines Vaters Schutz suchte. Das ist nicht geschehen.

Und doch hört die Blutrache gegen die Juden nie auf, sie scheint ewig weiterzuleben.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Investigative Project.

Linke Heuchelei: Kaum merklich verschwand die Putin-Schelte von der Agenda der US-Democrats

Offenbar beziehen jene Trump-Gegner, die Präsident Trump zu Unrecht seinerzeit der Vorteilnahme aus Russland beschuldigten (was sie nie beweisen konnten), nun selbst nachweislich Geld aus Russland.

Von Daniel Greenfield

Jemal Countess / GETTY IMAGES NORTH AMERICA / Getty Images via AFP

Senator Charles Schumer

„Eine einzige, unheilvolle Frage schwebt jetzt über dem Weißen Haus: Was könnte Präsident Trump dazu veranlassen, die Interessen Russlands über die der Vereinigten Staaten zu stellen?“, unterstellte der Senator Schumer anno 2018.

Doch warum stellt Schumer selbst die Interessen Russlands über die der Vereinigten Staaten, indem er die Sanktionen gegen Putins Lieblingspipeline nach Europa, Nord Stream 2, blockiert?

Schumer, gemeinsam mit anderen hochrangigen Democrats, ist ein Profiteur von Wahlkampfspenden des demokratischen Top-Fundraisers Vincent Roberti, dessen Lobbying-Firma über 8,5 Millionen Dollar von Nord Stream 2 erhielt, welches sich im Besitz von Putins staatlichem Energiemonopol Gazprom befindet.

Roberti, ein ehemaliger Politiker der Demokraten, hat seine Spenden an Schumer und an den Abgeordneten Eric Swalwell aufgestockt und dem Wahlkampfkomitee der Demokraten (DCCC) großzügige 171.000 Dollar zukommen lassen, die Teil der über 545.000 Dollar sind, die der politischen Maschinerie der Demokraten gespendet wurden. Der Mäzen der Democrats betreibt Berichten zufolge Lobbyarbeit zu „Fragen im Zusammenhang mit der Position der USA gegenüber der Nord Stream 2-Pipeline, einschließlich möglicher finanzieller Sanktionen, die das Projekt betreffen“.

Plötzlich weigerte sich Schumer, der einst die Republikaner und Trump beschuldigt hatte, mit Putin unter einer Decke zu stecken, und Sanktionen gefordert hatte, seinerseits für Russland-Sanktionen zu stimmen.

„Millionen von Amerikanern werden sich weiterhin fragen, ob die einzige mögliche Erklärung für dieses gefährliche Verhalten die Möglichkeit ist, dass Präsident Putin über schädliche Informationen über Präsident Trump verfügt“, hatte Schumer damals geschmäht. Welche schädlichen Informationen hat Putin demnach über Charles, genannt Chuck Schumer?

Präsident Trump hatte damals darauf gedrängt, dass „wir sofort eine Untersuchung“ über Schumers Verbindungen zu Russland einleiten sollten, und ihn als „totalen Heuchler“ bezeichnet. Und das ist noch eine Untertreibung: Vor drei Jahren schimpfte Schumer, dass die Aufhebung von Sanktionen gegen Russland „eine extreme Pflichtverletzung von Präsident Trump ist, der mehr darauf bedacht zu sein scheint, die Rechtsstaatlichkeit dieses Landes zu untergraben, als Putin die Stirn zu bieten.“ Das beschreibt Schumer selbst heute perfekt.

Die Heuchelei der Nancy Pelosi

Doch nicht nur Schumer: „Bei ihm führen alle Wege zu Putin“, hatte Pelosi geschimpft. „Ich weiß nicht, was die Russen gegen den Präsidenten in der Hand haben, weder politisch, noch persönlich, noch finanziell.“

Roberti hat 46.100 Dollar in Pelosis Fond gesteckt. Zudem spendete er die in den USA als Obergrenze für Direktspenden definierten 5.000 Dollar an ihr Wahlkampfteam.

Das ist nicht allzu schockierend, denn Pelosi hat auf Roberti und seine Frau bei deren Hochzeit einen Toast ausgesprochen. Man kennt sich.

„Trumps Leugnung der russischen Absprachen ist im Kern verrottet und dazu verdammt, sich aufzulösen“, hatte Senator Richard Blumenthal getwittert. „Erwarten Sie mehr schwere Verurteilungen und Anklagen Anfang 2018, wenn der Sonderberater die Leiter der Schuldfähigkeit erklimmt.“

Die schwerwiegenden Verurteilungen und Anklagen, zusammen mit der kriminellen Schuld, haben sich in Luft aufgelöst. In der Zwischenzeit hat Roberti seine Spenden an Blumenthal aufgestockt.

„Ein weiterer Grund, einen unabhängigen Staatsanwalt zur Untersuchung der #TrumpRussia-Verbindungen zu fordern“, twitterte Senatorin Catherine Cortez Masto, nachdem sie Präsident Trump beschuldigt hatte, die nationale Sicherheit zu gefährden. Auch für Frau Masto hat Roberti seine Spenden aufgestockt.

Senatorin Patty Murray hatte „einen Sonderstaatsanwalt zur Untersuchung der Verbindungen der Trump-Kampagne zu Russland“ gefordert. Murray erhielt wie Schumer und Mastro den Höchstbetrag von dem Nord Stream 2-Lobbyisten, ebenso wie Senatorin Maggie Hassan, die ebenfalls einen Sonderstaatsanwalt für Trump gefordert hatte.

Senator Cory Booker warf Präsident Trump vor, seine Rolle „verraten“ zu haben und gegenüber Putin „schwach und unterwürfig“ zu sein. Der Schreiberling aus New Jersey, der stets und gern die Hand aufhält, erhielt von Roberti einen kühlen Tausender.

Doch die eigentliche Lobbyarbeit zur Verhinderung der Nord Stream 2-Sanktionen kommt aus dem Weißen Haus von Biden, wo hochrangige Mitarbeiter des notorisch korrupten Politikers die Demokraten im Senat dazu drängen, Putin seine Pipeline zu überlassen. Und das, nachdem Biden die Keystone XL-Pipeline für Amerika stillgelegt hat.

Biden behauptete fälschlicherweise, der Verzicht auf Sanktionen gegen Putins Pipeline liege im „nationalen Interesse der USA“.

Roberti ist ein langjähriger Freund Bidens, der sich rühmt, ihn bei seiner Präsidentschaftskandidatur 2008 beraten zu haben, und der ihn Berichten zufolge während des Wahlkampfs in seine Heimatstadt einflog.

Ein anderer Spender Bidens und Lobbyist, der für ausländische Unternehmen arbeitet, die an Nord Stream 2 beteiligt sind, unterzeichnete einen Scheck an Bidens Kampagne, den die Demokraten nicht zurückgeben wollten, bis sie von der „New York Post“ öffentlich unter Druck gesetzt wurden, dies zu tun.

„Wo sind die Republikaner, die in ihrem Herzen wissen, dass der Präsident den Laden an Wladimir Putin verschenkt?“, hatte Schumer gefordert.

Putin wird von den Democrats kaum noch kritisiert

Wo sind indes die Demokraten, die wissen, dass Biden den Laden verschenkt? Sie lösen ihre Schecks ein. Außenminister Blinken behauptete, die Weigerung, Putins Pipeline zu sanktionieren, würde „die Beziehungen zu unseren Verbündeten und Partnern in Europa wiederherstellen“.

Hätte sich ein Kabinettsmitglied der Trump-Regierung in diese Richtung geäußert, wären wir bereits inmitten von drei Ermittlungen, eine durch das FBI, eine weitere durch die CIA und eine dritte durch den Poolboy des Abgeordneten Adam Schiff, aber das interessiert heute niemanden mehr.

Nach Jahren, in denen Schumer über nichts so sehr sprechen zu können schien wie über Putin, hat er im vergangenen Jahr kaum etwas über den russischen Machthaber zu sagen. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, dass Biden Putins halbgaren Rüstungspakt beigetreten ist, was Präsident Trump seiner Zeit nicht tun wollte, und sich anschließend weigerte, Nord Stream 2 zu sanktionieren. Wenn Schumer jetzt etwas über Putin zu sagen hat, dann ist es: „Da, Genosse!“

Verstummt ist das Gerede über Sonderstaatsanwälte und Andeutungen, Putin würde Wahlen manipulieren. Vor allem, wenn ein Lobbyist eines Schweizer Unternehmens, das dem Putin-Regime gehört, die Schecks unterschreibt. Es gibt keine von Schumers „ominösen Fragen“ mehr, wenn die Antworten nur allzu klar sind.

Lehren aus 9/11: Der Westen und der Islamismus

Verdeckt durch Corona und ausgeblendet durch linkslastige Medien und Politik: Der Islam stellt eine massive Gefahr für unsere westlichen Gesellschaften und Lebenswerte dar. Zwei Jahrzehnte nach 9/11 analysieren 20 internationale Autoren den Umgang des Westens mit dem Islam. Sie warnen vor allem davor, dem vermeintlich konzilianteren politischen Islam und den sogenannten „moderaten" Muslimen auf den Leim zu gehen.

Von Claudio Casula

Ein Wendepunkt der Geschichte: Der 11. September 2001

Dieser Tage war zu lesen, dass die deutschen Behörden es im Jahr 2021 geschafft haben, immerhin 18 der etlichen hundert bekannten und mehr oder weniger gut beobachteten islamistischen Gefährder außer Landes zu schaffen.

Ein hübscher Anlass, danach zu fragen, wie es um den Umgang mit dem Thema Islamismus in Deutschland, Europa und den USA 20 Jahre nach den Terroranschlägen von 11. September 2001 bestellt ist. In dem Buch „Lehren aus 9/11. Zum Umgang des Westens mit Islamismus" beschäftigen sich 20 Autoren mit der Gefahr, die vom Islamismus ausgeht und auf zwei Ebenen stattfindet.

Da ist zum einen der Dschihadismus, der bis 2001 hauptsächlich ein Problem der arabisch-muslimischen Welt war, seither aber auch Europa bedroht. Terroranschläge u.a. in Madrid, London, Paris, Brüssel, Berlin, Nizza, Manchester und Barcelona kosteten hunderte von Menschen das Leben. Seit 9/11 verübten Dschihadisten weltweit etwa 90.000 Terroranschläge, über 180.000 Zivilisten wurden dabei getötet. In Teilen Iraks und Syriens errichtete der Islamische Staat ein grausames Kalifat und konnte erst nach jahrelangen Kämpfen wieder zurückgedrängt werden. Die Kopfabschneider von Daesh erhielten dabei eifrig Zulauf aus Europa, etwa 30.000 ausländische Dschihadisten reisten in den „Heiligen Krieg", darunter ca. 1.000 aus Deutschland.

Indes greift die Fokussierung auf den Dschihadismus zu kurz, sind doch der offene Terror und die legalistische Variante nur zwei Seiten derselben Medaille. Tatsache ist, dass der legalistische Zweig zentrale Ziele mit den Dschihadisten teilt: eine theokratische Staats- und Gesellschaftsordnung gemäß fundamentalistischer Islaminterpretation, die nicht mit freiheitlich-demokratischen Rechtsstaatsprinzipien vereinbar ist, eine totalitäre, im Kern antisemitische Ideologie mit klaren Feindbildern. Der Unterschied zu den Dschihadisten ist lediglich ein strategischer. Der politische Islam agiert unter dem Radar der Öffentlichkeit, verschleiert seine Kontakte, tritt vermeintlich konziliant auf und bietet sich im Westen, auf dessen Klaviatur man schlau zu spielen vermag, als Ansprechpartner an.

Allein 1.300 Anhänger der Muslimbruderschaft in Deutschland

Haben Europas Sicherheitskräfte die islamistischen Gefährder, denen Terroranschläge jederzeit zugetraut werden, noch halbwegs im Griff, entzieht sich der legalistische Islam jeglicher Kontrolle. Wie die Autoren aufzeigen, reichen die Wurzeln des politischen Islam bis ins Ägypten des Jahres 1928 zurück, als Hassan al-Banna die Muslimbruderschaft gründete („Gott ist unser Ziel. Der Prophet unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Dschihad ist unser Weg. Der Tod für Gott ist unser edelster Wunsch."), die Ableger überall in der arabischen Welt bilden sollte und auch ihren Weg nach Europa fand. Mit der iranischen Revolution 1979 begann dann die Re-Islamisierung der arabischen Welt, sie brutalisierte sich, wie Michael Wolffsohn schreibt, und trug den Terror in den Westen. Gleichzeitig bauten die legalistischen Islamisten ihre Netzwerke weiter aus, gründeten soziale und religiöse Begegnungsstätten und Koranschulen, um junge Muslime in Europa in ihrem Sinne zu indoktrinieren, wurden auch sozial und karitativ tätig. Mit dem Aufbau einer religiösen Infrastruktur wurde schon parallel zum Anwerbeabkommen mit der Türkei in den 1970er Jahren begonnen, in den 80er und 90er Jahren wurde Europa zum islamistischen Missionsgebiet. Allein das Netzwerk der Muslimbruderschaft in Europa umfasst mehr als 200 Organisationen, 1.300 ihrer Anhänger leben in Deutschland.

Dass der Westen nur zwischen gewalttätig und gewaltfrei unterscheidet, ermöglicht den Legalisten, sich als gemäßigte, demokratiekompatible Alternative zu gerieren. Auch ihr Marsch durch die Institutionen war erfolgreich, sie wissen, wie man mit Politik und Medien spielt, sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen und in der Lage, über Vereine und Organisationen Einfluss auf Regierungen und Institutionen auszuüben. Politische Macht zu erlangen, ist für sie ein langfristiges Projekt, man setzt auf den Faktor Zeit. Auch hier soll nach ihrem Willen letztlich ein islamischer Staat entstehen: „Der Islam wird Europa erobern, ohne Schwert und ohne Kampf", so der islamische Rechtsgelehrte und TV-Prediger Yusuf al-Qaradawi. Da sie über die europäischen Schuldkomplexe im Bilde sind, wissen sie Kritik mit dem prompten Vorwurf der „Islamophobie" oder des „antimuslimischen Rassismus" abzubügeln. Dabei teilen sie ideologische Grundlagen mit den terroristischen Brüdern; wie Heiko Heinisch schreibt: „Muslimbruderschaft und Milli Görüs sind keine pazifistischen Organisationen. Sie pflegen vielmehr ein taktisches Verhältnis zur Gewalt."

Ein Beispiel für den Pakt mit den Terroristen ist die Ermordung Präsident Sadats 1981 in Kairo, aber auch der „Karikaturenstreit" 2006, die Ermordung der Charlie-Hebdo-Redakteure 2015 oder die Enthauptung des französischen Lehrers Samuel Paty 2020: Die Legalisten markieren das Ziel, die Dschihadisten verüben die Tat. Folge: Angst, die unsere pluralistischen und demokratischen Gesellschaften unterminiert. Sehr richtig schrieb die Journalistin Nina Scholz nach dem Terroranschlag in Wien im November 2020: „Nach fast 20 Jahren islamistischen Terrors in Europa ist es an der Zeit, den Blick nicht mehr nur auf den Dschihadismus zu richten, sondern die dahinterstehende Ideologie eines politischen Islamverständnisses zu diskutieren und sie genauso ernst zu nehmen wie andere totalitäre Ideologien auch."

Islamische Legalisten sind Teil des Problems, nicht der Lösung

Stattdessen wird der Dialog mit dem politischen Islam gesucht, werden die Legalisten als Teil der Lösung gesehen und nicht als Teil des Problems – auch in den USA, wo Präsident Bush persönlich behauptete, die Terroranschläge vom 11. September hätten „nichts mit dem Islam zu tun". Wie Ayaan Hirsi Ali sagt: In diesem Kulturkampf hat der Westen keine Antwort auf den Islam im Krieg der Ideen, weil er in einem Dilemma gefangen ist: Wie geht man gegen den Islamismus vor und schont dabei die Muslime? Zudem steckt der Westen bis zur Halskrause in Schuldgefühlen, trägt schwer an der „Bürde des weißen Mannes". Ayaan Hirsi Ali konstatiert: Die USA und Europa haben noch immer nicht die richtigen Lehren aus 9/11 gezogen.

Vordergründig mag es scheinen, als stritten die Legalisten lediglich für ihre legitimen religiösen Rechte, dabei dient der Kampf für das Kopftuch vor allem dazu, ihrer Agenda vor allem in Institutionen zur Sichtbarkeit zu verhelfen. Und der Staat kooperiert mit den Islamverbänden, während Kritiker wie Seyran Ates, Necla Kelek oder Hamed Abdel-Samad als Störenfriede gelten. De facto, schreibt etwa Necla Kelek in ihrer Philippika, leistet die Deutsche Islamkonferenz muslimischer Identitätspolitik Vorschub, die Regierung wolle mit den offiziellen muslimischen Verbänden im Gespräch bleiben, die aber keine Kompromisse und keine Diskussion über Probleme wie islamistische Gewalt akzeptieren und sich stattdessen über einen angeblichen Generalverdacht beklagen. Dies führe dazu, dass die Migrationsforschung „Islamophobie" und „antimuslimischen Rassismus" erschöpfend thematisiere, Missstände und Probleme wie mangelnder Spracherwerb, Gewalt in der Ehe, Zwangsverheiratung, Kinderehen und Genitalverstümmelung hingegen nicht. Appeasement-Strategie und Nichtbeharren auf westliche Werte haben, so Kelek, dazu geführt, dass der Einfluss islamischer Identitätspolitik

heute stärker ist als vor 20 Jahren. Die eigene Identität wird auf dem Altar identitätspolitischer Ideologien geopfert.

Trotz einiger Skandale wird etwa die DITIB in den bekenntnisgebundenen islamischen Religionsunterricht eingebunden, Diyanet entsendet Imame in die Moscheen der DITIB, gibt Freitagspredigten vor und twittert auch schon mal antisemitische Parolen wie „Babymörder Israel“. Durch die Anerkennung der islamischen Verbände werden Abweichler unter den Muslimen an den Rand gedrängt und faktisch zu Geiseln der Ideologen, die als ihre „rechtmäßigen Vertreter“ anerkannt und gefördert werden. Rebecca Schönenbach weist darauf hin, dass es in Deutschland kaum Forschung über frauenverachtende religiöse Gewalt, Ehrenmorde etc. gibt und dass die Opfer oft alleingelassen werden; oft bliebe ihnen nur die Flucht ins Ausland. Indem man das Narrativ stützt, Diskriminierungserfahrungen begegne man am besten durch muslimische Gruppenidentität, werde faktisch Segregation befördert. Individualrechte von Frauen, die sich muslimischer Gruppenidentität verweigern, werden geringer geschätzt, Organisationen, die solchen Frauen helfen wollen, wird eine auch noch so schmale finanzielle Förderung verweigert, verfassungsmäßig fragwürdige Organisationen jedoch mit öffentlichen Geldern versorgt.

Terror kein „Missbrauch“ des Islams, sondern eine Interpretation

Der Begriff der Islamophobie, schreibt Ruud Koopmans, sei irreführend, es gibt sehr wohl Gründe, sich vor dem Islam zu fürchten, insbesondere für Frauen, Juden, Homosexuelle, oder Säkulare. Berechtigte Sorgen und Ängste seien keine irrationalen Formen des Hasses, und dass nach 9/11 eine Debatte über den Islam eingesetzt habe, sei kein Wunder:

„Sicherlich hat nach den Anschlägen vom 11. September 2011 und den nachfolgenden Gewalttaten wie der Ermordung Theo van Goghs, den Anschlägen von Madrid und London und hunderten anderen Terrorakten auf der ganzen Welt die Bedeutung des Islam in der öffentlichen Debatte erheblich zugenommen. Das ist jedoch kaum verwunderlich. Wenn Menschen Flugzeuge in Gebäude lenken, Busse, Züge und U-Bahnen in die Luft jagen, Lastwagen in Menschenmengen steuern, Massaker in Diskotheken, Synagogen und Konzertsälen verüben, dabei Gott anrufen und erklären, dass sie im Namen ihrer Religion handeln, liegt es nahe, dass Politiker und Medien auf diese Religion sowie auf die religiösen Überzeugungen und Quellen, von denen die Täter sagen, dass sie von ihnen inspiriert wurden, aufmerksam werden. Wenn „Ehebrecherinnen“, Homosexuelle und „Gotteslästerer“ von Scharia-Gerichten in Namen des Islam verurteilt werden und weltweit Bürgerkriege zwischen Gruppen wüten, die alle glauben, ein Monopol auf den wahren Islam zu haben, ist es nicht überraschend, dass dieser Glaube in schlechtes Licht gerät.“

Eigentlich gebe es in Europa aber viel Verständnis für muslimische Anliegen, wie etwa die Debatten über Moscheebau, Kopftuch und Halal-Schlachtung gezeigt hätten. Nichtsdestotrotz pflegen die Islamisten ihr Narrativ, dass sie den Glauben gegen Nichtmuslime und Verräter aus den eigenen Reihen verteidigen müssten.

Kristina Schröder stellt klar, dass der Islam ist, was die Muslime daraus machen. Terror sei kein „Missbrauch“ des Islams, sondern eine Interpretation. Als weitere problematische Punkte nennt sie die fehlende Aufklärung im Islam, die Kern des Problems sei; die Unvereinbarkeit der Scharia mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung; das mit Gewalt verknüpfte muslimische Verständnis von männlicher Ehre; das Tragen von Kopftuch und Burka als politische Aussage, weshalb es zu recht im Staatsdienst verboten sei. Und dass Integration auch Assimilation bedeutet, auch wenn Erdogan diese als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ anprangere. Schröder meint: besser keine Ansprechpartner für den Staat als die falschen, zu denen etwa DITIB und Milli Görüs gehören, nicht aber die sehr kooperativen Aleviten. Wir bräuchten einen aufgeklärten Islam, sonst komme es zum clash of civilizations.

Je religiöser, desto extremistischer

Mit dem Problem des Islamismus in der Schule beschäftigt sich Joachim Wagner. In sozialen Brennpunkten und Vierteln mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil sei der „kein Randphänomen, sondern ein echtes Problem“. Nach Umfragen wünscht sich ein Drittel der befragten Muslime eine Gesellschaft wie zu Mohammeds Zeiten, für knapp die Hälfte sind Gebote der Religion wichtiger als Gesetze des Landes; 37 Prozent halten den Islam für die „einzig wahre Religion“. Und auch bei uns seien die muslimischen Communities religiöser geworden, es würden Wertvorstellungen gepflegt, die sich von den toleranten, pluralistischen des Westens abwenden, eine Rückbesinnung auf Kultur und Tradition ihrer Heimatländer fände statt. Keine gute Entwicklung, denn die Faustregel laute: je religiöser, desto extremistischer.

Es überrascht nicht, dass die Reaktionen muslimischer Schüler auf islamistischen Terrorismus teils besorgniserregend ausfallen, Themen wie den Holocaust und den Nahostkonflikt mit ihnen nicht vernünftig zu besprechen seien und die Lehrer kapitulierten. Auf Schulhöfen seien Beleidigungen wie „Du Kurde!“, „Du Schiit!“, „Du Schweinefleischfresser / Kartoffel!“ gang und gäbe. Islamisten versuchen Einfluss auf Lehrinhalte und Schulbetrieb auszuüben, etwa bei Themen wie Schwimmunterricht, Sexualkunde, Klassenfahrten, Fasten, Zwangsheiraten und Kopftuch; dieser gefährde den Schulfrieden und verhindere Integration. Das Gefahren- und Konfliktpotenzial des Islamismus, der auch zunehme, weil ein Großteil der Schüler nebenbei Koranschulen besuche, sei weiter virulent, mehr Mut im Umgang mit den Schattenseiten des Islam vonnöten. Wagner hält den bekenntnisgebundenen Religionsunterricht für keine gute Idee.

Die Gefahr des legalistischen Islamismus wird weiter unterschätzt, stellen die Herausgeberinnen Sandra Kostner und Elham Manea fest; stattdessen werde er mit Projektgeldern gepampert. Ihre Ratschläge: Aufwertung legalistischen Islamismus vermeiden, keine Kooperation, auch und erst recht nicht gegen Dschihadisten, Finanzierung unterbinden, vor Gericht aufpassen, dass ein Recht auf Religionsfreiheit nicht andere Rechte aushebelt, kritische Auseinandersetzung mit problematischen Glaubensinhalten nicht scheuen, dabei aber nicht den Fehler machen, den Islam per se angreifen. Religiöse Vereine müssten schneller verboten, extremistische Moscheen früher geschlossen werden – nicht wie die berüchtigte al-Quds-Moschee in Hamburg erst viele Jahre nach 9/11. Und: Ein theologisches Gegennarrativ sei chancenlos, so lange Imame aus dem Ausland kommen und Progressive keinen Einfluss erhalten.

Noch verhindern Kulturrelativismus und blinde Fremdenliebe eine echte Auseinandersetzung mit dem politischen Islam, man scheut die Kritik schon aus Angst vor dem „Beifall von der falschen Seite“. Hinzu kommt: Die Angst vor und die Beschwichtigung des legalistischen Islam führen zu einer Cancel Culture, die es extrem schwierig macht, das Problem des Islamismus auch nur noch zu erwähnen. Dieser aber versteht nun einmal den Islam als konstitutive und primäre Legitimationsgrundlage für eine staatliche Ordnung, die mit Demokratie, Individualität, Menschenrechten, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität nicht in Einklang zu bringen ist. Eine neue, mutige Debattenkultur ist dringend notwendig.

Sandra Kostner, Elham Manea (Hg.): Lehren aus 9/11. Zum Umgang des Westens mit Islamismus, Ibidem, 22,00 €

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(03222) 13 24 601** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.
Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(03222) 13 24 601

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ☒ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Berliner Polizei setzt den radikal- antisemitischen Krawallaufmarsch „Al Quds-Tag“ in ihren neuen „Kalender der Vielfalt“

Der vom iranischen Mullah-Regime initiierte Hasstag gegen Israel wird neuerdings offizialisiert und auf eine Stufe mit Gedenktagen wie etwa dem Jom haScho'a, dem Tag des Holocaust-Gedenkens, gestellt.

Von Miriam Sofin

Teilnehmer des Al-Quds-Tages

Die Berliner Polizeibehörde hatte zum Anfang des Jahres 2022 für ihre rund 25.000 in Berlin angestellten Polizisten einen internen „Kalender der Vielfalt“ im Intranet zum Download zur Verfügung gestellt. Verstörend erschien für viele, dass darin der antisemitische Al-Quds-Tag (am 29. April) in einer Reihe aufgelistet wurde mit Weihnachten, dem jüdischen Neujahrsfest der Bäume Tu biSchevat (am 17. Januar) und dem hinduistischen Lichterfest Divali (am 24. Oktober).

Der Al-Quds-Tag, der jedes Jahr am letzten Freitag des Ramadans, dem islamischen Fastenmonat, von Israel-Hassern und Antisemiten aller Couleur – vor allem jedoch von radikalen Muslimen – hauptsächlich in europäischen und islamischen Ländern zelebriert wird, wurde somit auf eine Stufe mit friedlichen Feiertagen gestellt. Hinzu kommt, dass er in diesem Jahr ausgerechnet einen Tag nach dem israelischen Holocaust-Gedenktag Jom haScho'a stattfinden soll.

Ins Leben gerufen wurde der fragwürdige Gedenk- und Protesttag einst vom iranischen Revolutionsführer Ajatollah Ruhollah Chomeini im Jahre 1979. Seitdem wird an ihm jährlich im Iran, aber auch andernorts öffentlich zur Eroberung Jerusalems und Vernichtung Israels aufgerufen. „Al-Quds“ ist der arabische Name für Jerusalem. Das iranische Mullah-Regime und mit ihm Millionen von Muslimen quer über den Erdball betrachten Israel als eine illegitime Besatzungsmacht, deren Zerschlagung sie zugunsten eines neuen Staates Palästina fordern. Zudem werden die USA als imperialistischer „verlängerter Arm“ Israels begriffen und ebenfalls zum Gegner der „Palästinenser“ und somit aller Muslimen weltweit erklärt, da Muslime sich als eine Ummah – eine Gemeinschaft – betrachten, die über Landesgrenzen hinaus geht. Dadurch ist der Al-Quds-Tag nicht nur antisemitisch, antizionistisch und anti-israelisch, sondern auch offen antiamerikanisch.

Der Al-Quds-Tag wird gemäß einem Beschluss der sogenannten „Organisation für islamische Zusammenarbeit“, einer international agierenden Organisation von 56 Staaten, in denen der Islam entweder Staatsreligion ist oder eine muslimische Mehrheitsgesellschaft vorherrscht, seit 1988 offiziell auch in anderen islamischen Ländern gefeiert. Im Libanon veranstaltet die Hisbollah, eine islamisch-schiitische Miliz, beispielsweise jährlich eine militärisch anmutende Parade in Beirut, an der sich vor allem sog. „Palästinenser“ aus Flüchtlingslagern beteiligen. Hierzu muss man wissen, dass im Libanon selbst „Palästinensern“ der dritten und vierten Generation die libanesische Staatsangehörigkeit verwehrt wird und sie ihren Flüchtlingsstatus von einer Generation an die nächste weitervererben. Somit soll der Opfermythos eines angeblich unrechtmäßig vertriebenen „palästinensischen Volkes“ aufrecht erhalten werden.

Auch in den USA, Kanada, Österreich und Großbritannien wird alljährlich am Al-Quds-Tag gegen Israel demonstriert. In Deutschland findet die Demonstration seit Mitte der 1990er Jahre traditionell in Berlin statt. Aufgrund von Corona war sie in den letzten beiden Jahren jedoch ausgefallen. Noch ist unklar, ob sie dieses Jahr zustande kommen wird.

Linke Politiker, die selbst die Islamisierung fördern, äußern sich empört

Einige Politiker, darunter auffällig viele aus dem linken Lager, äußerten sich entsetzt über das Auftauchten des Al-Quds-Tages im „Kalender der Vielfalt“ der Berliner Polizei. So bezeichnete der Innensenator Andreas Geisel (SPD) den Al-Quds-Tag als „eine der widerlichsten antisemitischsten Veranstaltungen überhaupt“ und der Grünen-Politiker und Geschäftsführer des Tikvah-Instituts, Volker Beck, twitterte: „Der Al-Quds-Tag hat anders als Aschura, Opfer- oder Ramadanfest in einem Kalender der Vielfalt nichts verloren. Es ist ein Tag von Hass und Hetze. Israelhass und Antisemitismus dürfen nicht als Teil der Vielfalt Akzeptanz erfahren!“

Auch Kai Wegner, Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion Berlin, erklärte: „Der Al-Quds-Tag ist kein Tag der Vielfalt. Ein menschenverachtender Aufmarsch, der dem jüdischen Staat Israel das Existenzrecht abspricht, gehört in keinen Kalender der Vielfalt. Dieser Tag des Hasses hat weder auf Berlins Straßen noch in den Kalendern etwas zu suchen.“

Bei aller Freude über die berechtigte Kritik der obengenannten Politiker, fragt man sich doch, warum sie sich dann ausgerechnet in Parteien engagieren, die sich offen für die weitere massenhafte Aufnahme von Migranten aus der islamischen Welt und die Islamisierung Deutschlands einsetzen, wenn ihnen der Kampf gegen Antisemitismus doch offensichtlich am Herzen liegt. Ist ihnen denn gänzlich unbekannt, dass Antisemitismus in islamischen Ländern die Regel, und nicht etwa die Ausnahme darstellt? Wissen sie denn nicht, dass schon der Gründer des Islams, Mohammed, die arabische Halbinsel juden- und christenrein machte und unzählige jüdische Stämme brutal massakrieren und ihre Frauen und Kinder versklaven ließ? Wissen sie tatsächlich nichts davon, dass nach islamischer Lehre der jüngste Tag erst dann kommen wird, wenn die Muslime den letzten Juden vernichtet haben und selbst die Steine und Bäume ihnen dabei behilflich sein und rufen werden: „Oh, Muslim! Oh, Diener Gottes, ein Jude versteckt sich hinter mir. Komm und töte ihn!“ (Sahih Muslim, Hadithnr. 5164/Kapitel 53)? Man könnte es glatt meinen…

Neben linken Politikern kritisierte aber auch die AfD den umstrittenen Kalender. So sagte der Berliner AfD-Innenpolitiker Karsten Woldeit: „Allein die Herausgabe eines ‚Kalenders der Vielfalt‘ durch die Polizei ist eine schwer erträgliche Instrumentalisierung der Polizeibehörde für eine dubiose Vielfaltsideologie“. Die Angabe des israelfeindlichen und antisemitischen Al-Quds-Tages setze dem Ganzen noch die Krone auf. Er forderte die Polizei dazu auf, den Kalender zurückzuziehen.

Immerhin: Die Berliner Polizeibehörde hat mittlerweile genau das getan und eine Überarbeitung des Kalenders angekündigt. „Das war ein Fehler, der nicht hätte passieren dürfen“, sagte Polizeisprecher Thilo Cablitz. Nach seinen Worten sollte der Kalender „zum einen alle relevanten Gedenk- und Feiertage abbilden und zum anderen alle einsatzrelevanten Tage aufzählen.“ Jetzt solle es einen „Kalender der Vielfalt“ geben und einen separaten Kalender mit einsatzrelevanten Tagen. Unter letzteren falle traditionell auch der Al-Quds-Tag.

Es kann nur besser werden: Botschafter-Wechsel in der israelischen Auslandsvertretung in Berlin

Der als linker Total-Ausfall und Merkel-Unterstützer aufgefallene israelische Botschafter Issacharoff wird abgelöst von dem erfahrenen Diplomaten Ron Prosor, der als guter Kenner Deutschlands und der deutschen Politik gilt.

Von Ulrich W. Sahm

Ron Prosor wurde 11. Oktober 1958 in Kfar Saba geboren. Er ist Absolvent des IDF-Bataillonskommandos und erreichte als Offizier in der Artilleriedivision der IDF den Rang eines Majors. Nach einem erfolgreichen Studium der Politikwissenschaft begann seine diplomatische Kariere 1986 als Pressesprecher der israelischen Mission in Westdeutschland. Der redewandte Prosor wurde dann israelischer Chefdiplomat in der UNO und in Großbritannien sowie Leiter des Abba Eban Institute for International Diplomacy an der IDC Herzliya Lauder School of Government, Diplomacy & Strategy. Zudem war Prosor Generaldirektor des israelischen Außenministeriums und politischer Konsul an der israelischen Botschaft in Washington.

Für Prosor bedeutet dieser künftige Posten die Schließung eines Kreises, zumal sein verstorbener Vater in Deutschland geboren wurde:

„Ich bin zutiefst begeistert, als Israel-Botschafter in Deutschland, an den Geburtsort meines Vaters Uri, zurückzukehren. Möge seine Erinnerung ein Segen sein," schrieb Ron Prosor auf Facebook, nachdem ihn der israelische Außenminister Yair Lapid zum nächsten israelischen Botschafter in Deutschland ernannt hatte.

Es ist in mehrfacher Hinsicht denkwürdig: Bertold Proskauer, der Großvater des Diplomaten Ron Prosor, diente noch 1933 in der Reichswehr während der Weimarer Republik. Sein Sohn Uri erzählte später, der Vater sei ein deutscher Patriot gewesen. Nur, weil seine Frau die Hasstiraden der Nazis ernst nahm, quittierte Proskauer den Dienst und siedelte nach Palästina. Dort hatte er es schwer, anzukommen. Er wollte weder auf seinen deutschen Pass, noch auf die deutsche Sprache verzichten. Nach der Niederlage der Nazis weigerte sich der alte Proskauer zunächst auch, die Berichte über die Schoah zu glauben. Erst die Filmaufnahmen aus den KZ überzeugten ihn. Bertolds Sohn Uri wurde in Israel Marineoffizier und Diplomat. Er diente dem jungen jüdischen Staat, so wie der Vater noch Deutschland diente. Einem Deutschland, das seine Juden verraten und ermordet hatte. Und nun geht also der Enkel Ron Prosor nach Berlin. „Begeistert", wie er selbst schreibt. Auch wenn Deutschland inzwischen längst wieder demokratisch wurde, ist Prosors Wille zur Versöhnung alles andere als selbstverständlich. Wir können als Deutsche nur dankbar sein. Dabei kennt er auch die neuere deutsche Geschichte so gut wie wenig andere.

Während seiner Tätigkeit als Sprecher der Botschaft in Bonn erlebte Prosor hautnah die „Wende" und den Fall der Mauer in Berlin. Er war er einer der ersten israelischen Vertreter, der Beziehungen zu Ostdeutschland aufnahm. Nach der Vereinigung mit Westdeutschland bemühte er sich um die Aufnahme von Beziehungen zu den neuen Bundesländern.

Prosor ist bekannt für seine klare und deutliche Verteidigung der israelischen Positionen. Er veröffentlichte Artikel in der britischen Presse und trat in Fernsehsendungen wie BBC und Sky News auf. Als 16. Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen war er Vizepräsident der Generalversammlung (8. Juni 2012) und Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen. Prosor rief die allererste Sitzung der Generalversammlung zum Thema Antisemitismus ein und überwachte die Verabschiedung von zwei Resolutionen zu Unternehmertum und Landwirtschaft, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurden.

Prosor hat sehr klare Positionen im Nahostkonflikt und sieht die Rolle der EU kritisch. Er wirft den europäischen Staaten vor, einseitig einen „palästinensischen" Staat anzuerkennen und damit die Botschaft auszusenden, dass „die Palästinensische Autonomiebehörde in einer Regierung mit Terroristen sitzen und zur Gewalt gegen Israel aufstacheln kann, ohne dafür einen Preis zu zahlen." Darüber hinaus verteidigt Prosor aber auch eine Zweistaatenlösung und fordert die internationale Gemeinschaft auf, „die Palästinenser zu ermutigen, direkte Verhandlungen ohne Vorbedingungen aufzunehmen, um einen historischen Friedensprozess zu erreichen, in dem ein entmilitarisierter palästinensischer Staat den jüdischen Staat anerkennt". Im „Telegraph" betonte Prosor 2009 das Versagen der internationalen Gemeinschaft, dem Fundamentalismus und der Gewalt der Hamas gegen „Palästinenser" und Israelis entgegenzutreten. Er sagte klar, dass extremistische Regime wie die Hamas eine Bedrohung für den Wohlstand und die Stabilität im Nahen Osten darstellen.

Und er schrieb 2012 angesichts der Bedrohung durch den Iran: „Unsere Pflicht ist klar. Es reicht nicht aus, gut zu sein. Wir müssen wissen, was zu tun ist, wenn wir dem Bösen gegenüberstehen."

Neuanfang: Ron Prosor übernimmt in Deutschland

Die UNO heizt den Konflikt sogar an

In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung im November 2014 beschuldigte Prosor die internationale Gemeinschaft, den israelisch-„palästinensischen" Konflikt anzuheizen, weil sie die Geschichte der Region nicht verstehe. Er klagte die arabischen Staaten für ihre Kriege gegen Israel an und schloss seine Rede mit der Feststellung, dass die internationale Gemeinschaft sich entscheiden müsse, entweder Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes anzuerkennen oder Palästina zu erlauben, den rechtmäßigen Anspruch Israels auf sein Land zu leugnen.

Prosor verurteilt öffentlich auch die brutalen Praktiken der Hamas – von der Inhaftierung von Frauen, die ihren Schleier ablegen, über das Werfen politischer Gegner von Gebäuden bis hin zur Propagierung von Völkermord in Schulen und im Fernsehen, während die Organisation vorgibt, „gemäßigt" und „reformorientiert" zu sein. In jedem seiner Kommentare wird die Hamas für ihren Einsatz von Raketenangriffen und den Beschuss mit Handfeuerwaffen kritisiert, bei dem häufig Zivilisten getötet und Gebäude zerstört werden.

Als Israel sich 2016 auf Yom Hazikaron vorbereitete, den Tag, an dem der Staat seine gefallenen Soldaten ehrt, sagte Prosor: „Es ist für Israel und die Palästinenser zu unserem eigenen Besten wichtig, unseren langjährigen Konflikt zu lösen. Die Wahrheit ist jedoch, dass Konflikte in Syrien, Jemen, Ägypten, Bahrain und vielen anderen Teilen des Nahen Ostens nichts mit Israel zu tun haben."

Und er fuhr fort: „Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts wird die Verfolgung von Minderheiten in der gesamten Region nicht stoppen, die Unterwerfung von Frauen beenden oder sektiererische Spaltungen heilen. Die Besessenheit von Israel hat Assads Panzer nicht davon abgehalten, ganze Gemeinden platt zu machen."

In einer Rede, in der es auch um die iranische nukleare Bedrohung, den Siedlungsbau und die „palästinensische" Weigerung ging, „Israels Existenzrecht als Nationalstaat des jüdischen Volkes anzuerkennen", wies Prosor Behauptungen zurück, dass Hilfsgüter und zivile Güter nicht in den Gazastreifen gelangen könnten. „Es ist eine einfache Gleichung", sagte er und stellte fest, dass der Sicherheitsrat keine Raketenangriffe aus Gaza verurteilt habe. „Wenn es in Israel ruhig ist, wird es in Gaza ruhig sein. Aber die Menschen in Gaza werden mit Not konfrontiert sein, solange Terroristen sie als menschliche Schutzschilde benutzen, um Raketen auf israelische Städte herabregnen zu lassen."

850.000 unerzählte Geschichten

Er betonte auch die „850.000 unerzählten Geschichten" in den vielen Dokumenten, die die Vereinten Nationen über Israel und die „Palästinenser" geschrieben haben, von Juden, die „in den letzten 64 Jahren aus ihren Häusern in arabischen Ländern entwurzelt wurden. Dies waren lebendige Gemeinschaften, die 2.500 Jahre zurückreichen", sagte er. „Die Seiten, die die UNO über die palästinensischen Flüchtlinge geschrieben hat, könnten Fußballstadien füllen, aber kein Tropfen Tinte wurde über die jüdischen Flüchtlinge verschüttet."

Prosor stellte auch klar, dass direkte Verhandlungen „das einzige Werkzeug und der einzige Weg seien, um zwei Staaten für zwei Völker zu schaffen. Es ist an der Zeit, dass dieser Rat (die UN) die Spinnweben alter Illusionen ausfegt – und den Samen für eine wirklich offene Debatte über den Nahen Osten legt".

„Die Berufung von Prosor nach Berlin signalisiert die Bedeutung der israelischen Beziehungen zu Deutschland und die weitere Stärkung der Zusammenarbeit mit der neuen Regierung in Berlin", erklärte denn auch Außenminister Lapid. In einem Artikel von „Times of Israel" heißt es gestern abschließend, dass Lapid kein Wort dazu gesagt habe, wieso der jetzige Botschafter in Berlin, Jeremy Issacharoff, abgesetzt wird. Issacharoff dient in Berlin seit 2017. Dessen Ernennung zum Botschafter in Deutschland führte zu Protesten im israelischen Außenministerium, weil er damals kein Wort Deutsch verstand. Ernennung Prosors wird dagegen als ein deutlich anderes Signal wahrgenommen.

Es wartet viel Arbeit auf den neuen Botschafter Israels in Berlin. „Spinnweben alter Illusionen" gibt es auch in Deutschland noch genug.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Kay Nietfeld / POOL / AFP

Auch der weitgehend vom Staat bezahlte Zentralrat der Juden ist schon lange keine Stimme der Vernunft mehr: Statt entschieden Einspruch gegen die nicht zuletzt für Juden schädliche Politik einzulegen, gefällt sich Präsident Schuster als Multiplikator der Regierung und Gast bei deren unaufrichtigen Gedenktags-Veranstaltungen.

No-Go Areas, arabische Clan-Kriminalität, Klima-Hysterie, Wirtschaftsfeindlichkeit, Enteignungs-Gelüste, Dauerkrieg gegen die Autofahrer und nahezu 2.000 kaum noch berichtete Messerattacken pro Jahr mit wachsender Tendenz.

Vor dem Hintergrund des vorsätzlichen Versagens der bestens Zwangs-alimentierten Staatsmedien ist das jede Menge Aufklärungsarbeit für die Jüdische Rundschau.

Jüdisches Leben in Deutschland, das war, nach dem schrecklichen deutschen Massenmord und der nahezu vollständigen Vernichtung der deutschen und europäischen Juden – angefangenen bei nahezu Null – eine Erfolgsgeschichte des Wiederaufbaus einer fast verschwundenen jüdischen Population, die nicht zuletzt auch das Ansehen und das politische Gewicht Nachkriegs-Deutschlands in der Welt erheblich aufgewertet hat.

Jüdisches Leben in Deutschland, das bedeutete eine – auch die Bundesrepublik Deutschland auf vielen Gebieten wiederbelebende – kulturelle und kreative Vielfalt, die angesichts der nach dem Nazi-Genozid kaum noch existenten deutschen Judenheit, besonders auch der gelungenen Integration von Demokratie- und Rechtstaats-bejahenden, unserer freiheitlich-westlichen Werteordnung vorbehaltlos zugetanen jüdischen Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu verdanken ist.

Dieses jüdische Leben wurde ganz besonders in den letzten Jahren der Merkel-Regierung und bis zur steigenden Verunmöglichung durch deutlich zunehmende, hauptsächlich Islam-generierte Anfeindung zumindest schwieriger und unsicherer. Frau Merkel soll wohl auch noch dafür, sowie für ihre gesamte so trefflich „geglückte" Migrationspolitik nach dem Willen ihrer suizidal irregeleiteten Partei in naher Zukunft ausgezeichnet werden.

Mehr noch – die eigentlich bürgerlichen Parteien FDP und CDU lobhudeln und empfehlen einen ehemals als Linken vom Verfassungsschutz beobachteten Bundespräsidenten, der regelmäßig den atomaren Genozid am jüdischen Volk vorbereitenden Mordmullahs zu ihrer jahrzehntewährenden Unterdrückung ihres eigenen Volkes gratuliert und sich posthum vor dem Judenmörder und Terroristen Arafat verbeugt, aber es nicht schafft Israel zum Frieden mit arabischen Gegnern zu gratulieren.

Und niemand widerspricht. Überhaupt ist die Sache mit dem politischen und parlamentarischen Gegengewicht in unserem Lande ein echtes Armutszeugnis: CDU und FDP fallen als Opposition zu dem für unsere Republik massiv schädlichen linken und grünen Treiben faktisch aus und überbieten sich in der Adaptation linker und grüner Inhalte, während die einzige nennenswerte Opposition zu der Regierungspolitik einer sich an radikalen Corona-Positionen und teilweise völkischem Irrweg selbst zerlegenden AfD überlassen bleibt.

Auch diese Entwicklung wird sich, wie sich – besonders mit Rückenwind aus Übersee nach dem offensichtlich geglückten, mehr als dubiosen Wahlsieg Bidens und der Democrats – aus den gegenwärtigen Statements unserer Politik, Kirchen und anderen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppierungen leider deutlich erkennen lässt – auch im Jahre 2022 und der noch frischen Dekade nicht wirklich verlangsamen, sondern eher noch an Geschwindigkeit zunehmen. Auch hier, wie in vielerlei anderer Hinsicht war das Jahr 2021 ein Jahr der nicht nur wegen Corona vertanen Chancen.

> Die eigentlich bürgerlichen Parteien FDP und CDU lobhudeln und empfehlen einen Bundespräsidenten, der regelmäßig den atomaren Genozid am jüdischen Volk vorbereitenden Mordmullahs zu ihrer jahrzehntewährenden Unterdrückung ihres eigenen Volkes gratuliert.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, dass der ZDF-Trump-Hasser vom Dienst Elmar Theveßen den Tag der unschönen Ereignisse von Washington am 6. Januar des letzten Jahres als „schwärzesten Tag der amerikanischen Geschichte" benannt hat und nicht etwa den Beginn des amerikanischen Bürgerkrieges, Pearl Harbour, die Ermordung Präsident Kennedys oder ganz naheliegend den brutalen islamischen Terroranschlag mit über 3000 Toten vom 11. September 2001.

Der fast suizidale faktische Verzicht unserer politischen Führung auf eine wirksame, rechtsstaatliche Ahndung der vorwiegend islamischen Integrationsunwilligkeit des wachsenden und sich wachsend fundamentalisierenden islamischen Populationsanteils in unsere bislang noch säkulare, Religions- und Minderheiten-tolerante demokratische Gesellschaft, ist in höchstem Maße gegenüber allen Bürgern dieses Landes verantwortungslos. Er stellt unfraglich eine eklatante Verletzung zumindest des politischen, wenn nicht sogar des gesetzlichen Auftrages unserer Politik zum Schutz unserer Verfassung dar.

Die von unseren Rechts- und Exekutivorganen besonders gegenüber Muslimen vielfach praktizierte bewusste Nicht- oder zumindest Minder-Anwendung von bestehenden Gesetzen, besonders bei Toleranz-defizitären Straftaten der zumeist muslimischen Täter gegenüber Andersdenkenden und ganz besonders bei rassistischer Hass-Kriminalität gegenüber Juden – führt zu einer massiven Aushöhlung unseres freiheitlich-demokratischen Rechtssystems.

Besondere Sorge bereitet die nahezu achselzuckende Akzeptanz unserer staatlichen Organe, der Lehrerkollegien und der Elternvertreter beim zwischenzeitlich zur Norm gewordenen Mobbing und körperlicher Bedrohung jüdischer Schüler in den stetig an der Zahl wachsenden Schulen und Sportstätten mit erhöhter und häufig schon dominierender islamischer Präsenz.

Gedenktags-Mimikry und herumgereichte Integrations-Ausnahmen

Dabei dienen die zum Krokodiltränen-behafteten Alibi degenerierten Gedenktags-Rituale wie der in diesem Monat anstehende Holocaust-Gedenktag nur noch als Mimikry einer vorgetäuschten Judenfreundlichkeit unserer Politik und Presse.

Statt sich um den Erhalt unserer demokratischen Lebensweise zu sorgen, wird die hauptsächlich von islamischer Gewalt ausgehende Bedrohung unserer Lebenswelt Einzelfall-kleingeredet, während die zweifelsohne vorhandenen, aber in der Summe erschreckend wenigen Integrations-geglückten islamischen Lebensläufe trotzig von Talkshow zu Talkshow weitergereicht werden, um uns gegen jede Evidenz eine vermeintlich geglückte großflächige Integration des muslimischen Bevölkerungsanteils vorzugaukeln.

Ein Übriges zur Ausgrenzung von Juden und zur Dämonisierung des demokratischen Staates Israel tragen unsere Mainstream-Politik und ihre Medien selbst bei. Dabei stünde sympathisierende Nähe wohl eher zu der mittlerweile kaum noch ohne entwürdigendes Identitäts-Mimikry oder massiven Schutz im öffentlichen Raum überlebensfähigen jüdischen Bevölkerungsminderheit gerade dem Land der Schoah sehr gut zu Gesicht.

Zum Glück für Israel und das jüdische Volk hat auch die EU im Nahen Osten nicht viel zu sagen. Ihre Glaubwürdigkeit hat sie bereits damit verloren, dass sie sich weniger dem demokratischen Staat der Juden als der massiven Finanzierung arabischer Judenmörder und Terroristen, dem Atombomben-gegen-Israel-Bereiter Iran sowie den Israel-hassenden linken NGOs verbunden sieht.

Wirkliche Freunde Israels findet man heutzutage ohnehin nicht in Westeuropa. Dort findet man nicht einmal wirkliche Freunde Europas und seiner abendländischen Kultur. Die Freunde Israels saßen in der Trump-Administration, der als erster US-Präsident bereit war unter anderem auch die Verteidigungs-erforderliche israelische Souveränität über die Golanhöhen anzuerkennen.

Die historischen von Präsident Trump und Ministerpräsident Netanjahu erzielten Abkommen mit bisher feindseligen arabischen Staaten belegen es deutlich: Die Zahl der Freunde Israels wird von Jahr zu Jahr größer. Der Staat Israel ist wirtschaftlich erfolgreich und führend im IT-Bereich.

Für das Jahr 2022 und sehr viele weitere dürfen wir allen hiesigen und weltweiten Feinden der Juden zum Trotz optimistisch in das nächste Jahr, die nächste Dekade und die weitere Zukunft blicken.

Unsere Redaktion und ich wünschen dem Staat Israel, auch bei seinen Wahlen in diesem neuen Jahr eine glückliche Hand, dem mittlerweile allenthalben gegen Corona geimpften jüdischen Volk und allen unseren Lesern und Freunden einen angenehmen Jahreswechsel und ein friedliches und glückliches Jahr 2022 in Sicherheit, Erfolg, Wohlergehen und vor allem Gesundheit!

Am Israel Chai!

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Im neuen Jahr nicht mehr schweigen

Gerade jetzt, da es in den Zeiten eines linken McCarthyismus in Deutschland gesellschaftlich und beruflich zunehmend gefährlich wird, offen seine Meinung zu sagen, hat sich der Autor vorgenommen in keinem Falle stumm zu bleiben.

Von Chaim Noll

Patrick T. Fallon / AFP

Das Leben ist zu kurz, um sich den Mund verbieten zu lassen.

Wieder ist es überall in Deutschland zu Demonstrationen gegen die Politik der Regierung gekommen. Widerwillig berichten die offiziellen Medien von Kundgebungen bundesweit, in Ost und West, Nord und Süd: in Bautzen und Schweinfurt, Rostock und Freiburg, in Halle, Saarbrücken, Halberstadt und Braunschweig, in Wittenberg, Trier, Bitterfeld, Ravensburg, Kaiserslautern, Idar-Oberstein, Dresden, Fulda, Koblenz oder Leipzig – man kann sagen: kreuz und quer durchs Land.

Die „Bild"-Zeitung verbreitet die offiziellen Zahlen der deutschen Polizei, danach wären es „Zehntausende", die auf die Straße gingen. Leider kann man den Zahlen deutscher Polizei-Direktionen nicht mehr trauen (wenn man zum Beispiel an die Taschenspielertricks in den Jahresberichten des Bundeskriminalamts zum Herunterspielen des islamischen Judenhasses denkt), es können also auch Hunderttausende sein und Millionen Sympathisanten. Und die Protest-Szene erstreckt sich – trotz aller Versuche, die Demonstranten als „Rechtsradikale", „Querdenker" und Abartige abzutun – wiederum quer durch alle Gesellschaftsklassen und Altersstufen.

Auch der Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken seitens der Polizei deutet auf eine gewisse Nervosität der Regierenden hin. Die Gesellschaft sei nicht gespalten, behauptet der neue Bundeskanzler. Doch die Gereiztheit, die Pejorative der Medien, der zunehmende Hass zwischen „Geimpften" und „Ungeimpften" sprechen eine andere Sprache. Es geht längst nicht mehr um die Impfung als solche. Es geht um das Recht des Einzelnen, sich einer behördlich empfohlenen Maßnahme zu entziehen. Um den Versuch des Staates, diese Maßnahme von der Empfehlung zur Verordnung zu erheben, schließlich zum Gesetz, dessen Nichtbefolgung für strafbar erklärt wird. Es geht um das Recht des Staates, diese Maßnahme gegebenenfalls mit Zwang durchzusetzen. Und es geht um das Recht jedes Einzelnen, solchem Ansinnen Widerstand entgegenzusetzen.

Traumbild eines unerschütterlich erfolgreichen Deutschlands

Olaf Scholz hat von seiner Vorgängerin das Vertuschen von Problemen gelernt, er spricht wie sie mit wispernder, verwischter Stimme und leugnet, was offensichtlich ist – ein sicheres Rezept für einen Kurs in den Niedergang. Angela Merkel hat sechzehn Jahre lang die sich auftürmenden Probleme Deutschlands kleingeredet und mit Durchhalte-Parolen aus ihrer FDJ-Karriere („Wir schaffen das!") beschönigt. Ihre Getreuen in „Spiegel", „stern", „Süddeutsche" etc. beschwören weiterhin das Traumbild eines unerschütterlich erfolgreichen Deutschlands: Das lichtarme Land sei für die nächsten Jahrhunderte durch Sonnenkollektoren und Windräder mit Energie versorgt, noch in 20 und 50 Jahren würden die Chinesen nicht ihre eigenen, sondern deutsche Autos kaufen, „die Wirtschaft brummt", wir haben alles Geld der Welt, unser Ruf im staunenden Ausland ist legendär.

„Die Bundesfinanzen befinden sich in einer kritischen Situation", teilte in seinem letzten Bericht (im November 2021) der Bundesrechnungshof dem Bundestag mit. Es bedürfe „eines ehrlichen Kassensturzes, wirksamer Strukturreformen und einer entschlossenen Prioritätensetzung", um, wie es im Bericht warnend heißt, „die nachfolgenden Generationen vor einer überbordenden Schuldenlast zu bewahren". Konkret empfehle der Rechnungshof der neuen Regierung, schreibt die Hamburger Wochenzeitung „Zeit", „eine mutige Ausgabenkritik mit dem Ziel der Konzentration auf die drängendsten, dem Bund vom Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben". Was ist gemeint? Die unerbittliche Umstellung eines einst technologisch führenden Landes auf Windräder? Der mit Milliarden finanzierte, die Bevölkerung spaltende „Kampf gegen Rechts"? Die Erhöhung der Zahlungen an korrupte Regimes oder an das Hamas-kontrollierte „Hilfswerk" UNRWA?

Die neue deutsche Regierung hat große Ambitionen. Weltweit. Bei der Verteilung der Gelder geht es weniger logisch zu als ideologisch. Wahrscheinlich wird gerade das nicht getan, was der Bundesrechnungshof so dringend empfiehlt. Wo die Kompetenz fehlt oder einfach der gesunde Menschenverstand, blühen die ehrgeizigen Träume. Dieser Politiker-Generation geht es um Höheres: Deutschland soll es wieder einmal allen übrigen Völkern vormachen, wieder einmal der Welt Vorbild sein. Es ist peinlich und erinnert an frühere Pleiten. Man möchte wegsehen und schweigen. In der Stille, erklärt Rabbi Jehuda im Talmud-Traktat Megilla, liege „die allerbeste Medizin". Und Rabbi Shimeon, Gamliels Sohn, erinnert sich: „Alle meine Tage bin ich unter den Weisen aufgewachsen, und habe nichts Besseres für einen Menschen gefunden als Schweigen".

Macht deformiert den Verstand

Auch mir ist in diesen Tag danach. Die Demokratie wird demontiert, immer noch unter einigem Lärm. Und obwohl dieser Lärm eigentlich ein gutes Zeichen ist, denn er kündet von Kämpfen und letztem Widerstand, überkommen mich Unlust und Resignation. Zu viele Menschen machen mit oder nehmen es hin. In frecher Verdrehung der Tatsachen berufen sich die von Minderheiten gewählten Politiker auf eine Mehrheit, die ihr Treiben billige. Macht deformiert den Verstand, und die erfolgreiche Entmündigung der Bevölkerung anlässlich der Corona-Viren treibt auch scheinbar vernünftige Leute in den Wahnsinn. „Beugehaft" fordert der grüne Bürgermeister von Tübingen für „Impfgegner". Eine Bundestagsabgeordnete derselben Partei, einst unter dem Banner der Bürgerrechte angetreten, hetzt die Polizei dazu auf, gegen ihre demonstrierenden Landsleute „Schlagstöcke" einzusetzen. Der YouTube-Kanal der Achse des Guten wurde gesperrt, unter einem dürftigen Vorwand – einerseits ein Kompliment, andererseits ein dreister Eingriff in die vom Grundgesetz garantierte Freiheit der Meinung.

Es ist wahr: Gerade jetzt wird es gefährlich, in Deutschland offen seine Meinung zu sagen. Gerade jetzt kann man sich um Kopf und Kragen reden. Deshalb nehme ich mir für das kommende Jahr nichts Hochmoralisches vor, nicht die Lösung der dringenden Probleme der Menschheit, die Befreiung der Unterdrückten, die Rettung des Klimas oder auch nur der vom Menschen bedrohten Schmetterlingsarten. Nichts dergleichen. Ich habe mir nur eins vorgenommen: nicht zu schweigen. Und rufe alle, die noch eine eigene Meinung haben, dazu auf. Wie groß auch die Versuchung angesichts des ringsum triumphierenden Wahnsinns sein mag. Zu manchen Zeiten, wahrscheinlich sehr oft, ist Schweigen eine gute Lösung. Zu anderen Zeiten ist es nichts als Feigheit.

Israelfeindlichkeit als Sender-Standard: Die verbalen Taschenspielertricks des „Deutsche Welle“-Intendanten

Nur allzu leichtfertig versucht auch der Senderchef Peter Limbourg mit begrifflicher Unschärfe die in seinem Sender zur Tagesordnung gehörende Israelfeindlichkeit als gutgemeinte Israelkritik schönzureden.

Von Stefan Frank

Für Konzerne, die gerade in einem Skandal stecken, der ihr Image nachhaltig zu beschädigen droht, gibt es heutzutage allgemein anerkannte Methoden des Krisenmanagements.

In einem vor einigen Jahren erschienenen Beitrag des amerikanischen Magazins „Forbes“ nannten PR-Experten 13 goldene Regeln der Krisenkommunikation, wie: „Versuchen Sie nicht, die PR-Krise zu vertuschen, das würde den Schaden nur verschlimmern. Bewältigen Sie stattdessen die Situation, indem Sie Verantwortung übernehmen, sofort reagieren und auf Feedback reagieren.“

Oder: „Die Grundsätze jeder Krisenkommunikation sind proaktiv, transparent und rechenschaftspflichtig zu sein. In die Tat umgesetzt sieht es so aus: Vorfall anerkennen, Verantwortung übernehmen und sich entschuldigen.“

Oder: „Eine aufrichtige Entschuldigung ist der Schlüssel zum Fortschritt. Wenn Sie dies nicht tun, wird das Feuer angeheizt und die Änderung des Narratives verzögert. Nach einer öffentlichen Entschuldigung muss das Unternehmen einen Aufruf zum Handeln vorzeigen können. Sie müssen etwas Wesentliches tun, um zu zeigen, dass sie zukünftig ihren Weg ändern.“

Irgendjemand muss den Deutsche-Welle-Intendanten Peter Limbourg mit der Nase auf diese Regeln der Public Relation gestoßen haben, denn nach einigem Zögern hat er ja zumindest einige von ihnen halbherzig umgesetzt.

Er ist aktiv, nein: proaktiv geworden, indem er die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, und den Psychologen Ahmed Mansour damit beauftragt hat, das Ausmaß des Antisemitismus in den Redaktionen der Deutschen Welle auszuloten.

Das erfüllt die Anforderung, „proaktiv“ zu sein, denn es ist sicherlich mehr als das, was die meisten von ihm erwartet hatten. Zudem verschafft es Limbourg Zeit und eine wichtige Argumentationshilfe: Fragen zu dem Thema kann er jetzt umgehen, indem er sagt, dass man den Bericht abwarten müsse.

„Deutsche Welle“-Intendant Peter Limbourg

„Definitiv nicht israelfeindlich“

Limbourgs Krisenmanagement – wenn man es denn so nennen will – hat ihm das Lob der eigenen Leute eingebracht. Am 17. Dezember berichtete die Deutsche Welle auf ihrer Website über eine Sondersitzung des Distributionsausschusses des Rundfunkrats, bei der dieser sich „mit Vorwürfen befasst[e], die Medien gegen einzelne Distributoren der DW im arabischen Sprachraum erhoben hatten“.

Das Ergebnis: Limbourg habe „unverzüglich und ausführlich informiert und sofort Maßnahmen zur Aufklärung eingeleitet“, erklärten die Vorsitzende des Ausschusses der DW, Elisabeth Motschmann, und der Vorsitzende des Rundfunkrats, Dr. Karl Jüsten.

Diese Wahrnehmung deckt sich allerdings nicht ganz mit den Fakten, sprich: mit Äußerungen von Limbourg und seinen Pressesprechern, die diese bislang zu der Sache gemacht haben. Von Anfang an wechselten Eingeständnisse möglicher Verfehlungen – nämlich antisemitische Äußerungen von Deutsche-Welle-Redakteuren und die Zusammenarbeit mit antisemitischen Partnersendern – einander ab mit Leugnen und Verharmlosen.

Nachdem das Magazin „Vice Deutschland“ und dessen Chefredakteur Felix Dachsel unzählige Belege dafür vorgelegt hatten, dass der jordanische Partnersender Roya TV den Staat Israel grundsätzlich als „die Besatzung“ und Israelis immer als „Siedler“ bezeichnet und darüber hinaus Karikaturen veröffentlicht, in denen Juden als Schweine dargestellt werden, die getötet werden müssten, war die Deutsche Welle noch der Meinung, dass es an Roya TV nichts auszusetzen gebe:

„Unsere Vertriebs- und Programmverantwortlichen halten Roya TV definitiv nicht für israelfeindlich. Roya TV ist ein christlich-liberal geführtes Medienunternehmen. Der Sender setzt sich für die Rechte religiöser Minderheiten ein und positioniert sich klar gegen Radikalisierung.“

Das war, wohlgemerkt, als man die Deutsche Welle bereits auf die antisemitische Weltanschauung der Journalisten und Funktionäre von Roya TV hingewiesen hatte. In so einer Situation noch Ignoranz vorzuschützen, sollte einem Unternehmen, dessen Geschäft das Recherchieren und Verbreiten von Informationen ist, eigentlich peinlich sein.

Nachdem „Vice“ auf den Antisemitismus von Roya TV aufmerksam gemacht hatte, benötigte der Verfasser dieses Beitrags genau eine Google-Suche, um selbst ein Beispiel dafür zu finden. Gleich der erste Treffer war ein israelischer Zeitungsbericht darüber, dass in einer von Roya TV ausgestrahlten Sendung Juden als die „Nachfahren von Affen und Schweinen“ bezeichnet worden seien.

„Definitiv nicht israelfeindlich“? Wenn das die Maßstäbe der Deutschen Welle sind, erklärt das vieles andere in ihrem Programm.

Das Leugnen der Tatsache beweist die Absicht

Die Deutsche Welle hätte vielleicht die goldene Regel Nr. 12 aus dem „Forbes“-Beitrag zur Krisenkommunikation beherzigen sollen: „Vermeiden Sie reflexartige Reaktionen“:

„Frieren Sie die gesamte externe Kommunikation ein, bis Sie beurteilen können, was vor sich geht. Stellen Sie sicher, dass die erste externe Kommunikation nach der Krise eine durchdachte Reaktion ist.“

Ja, das wäre sicherlich gut gewesen. Dadurch, dass die erste Reaktion der Deutschen Welle auf das Bekanntwerden der antisemitischen Karikaturen bei Roya TV ein Leugnen war, wurden alle nachfolgenden Beteuerungen und Gelöbnisse auf einen Schlag unglaubwürdig.

Das später erfolgte „Aussetzen“ der Zusammenarbeit mit Roya TV ändert daran nichts mehr. Denn wäre das Leugnen erfolgreich gewesen und hätte die Kritiker verstummen lassen, hätte die Deutsche Welle ja einfach weitergemacht.

Vor allem aber zeigte der Vertuschungsversuch, dass die Deutsche Welle mit diesem Sender und seinen antisemitischen Hetzern zusammenarbeiten wollte. Das Leugnen der Tatsache beweist die Absicht: Wenn ein Autofahrer darauf aufmerksam gemacht wird, dass sein Rücklicht nicht funktioniert, wird er sich für den Hinweis bedanken, das Licht überprüfen und auswechseln.

Reagiert er hingegen, indem er gar nichts prüft, sondern die schiere Möglichkeit, dass das Licht defekt sein könnte, rundheraus in Abrede stellt, dann zeigt er damit, dass es ihn überhaupt nicht juckt, wenn er mit kaputtem Rücklicht unterwegs ist und er gar nicht daran denkt, den Mangel zu beseitigen.

Der Antisemitismus von Roya TV war so offensichtlich, dass die Deutsche Welle ihn gar nicht hätte übersehen können. Und dennoch hat sie nicht nur jahrelang mit diesem Sender zusammengearbeitet, sondern Peter Limbourg zeichnete Roya-TV-Chef Fares Sayegh sogar mit einem „Freedom of Speech Award“ (Preis für Meinungsfreiheit) aus. Nicht für seinen Antisemitismus, zwar, sondern dafür, dass Roya TV in der Frühphase der Corona-Pandemie Menschen auf der Straße interviewt und gefragt hatte, was sie vom Lockdown halten.

Aber auch, wenn der Anlass nichts mit Israel, Juden und Antisemitismus zu tun hatte: Wenn man jemandem mit einem Preis auszeichnet, der einen so bedeutungsvoll klingenden Namen hat, informiert man sich doch zumindest flüchtig, wen man da ehrt – oder?

Niedrige Messlatte

Nun, Vergangenes lässt sich nicht ungeschehen machen, und man sollte zufrieden sein, wenn die Deutsche Welle und Limbourg jetzt die richtigen Schlüsse ziehen. Leider gibt es Grund, daran zu zweifeln: neben dem erwähnten anfänglichen Leugnen das Handeln Limbourgs seither; Äußerungen Limbourgs, die dieser ausgerechnet in jüngsten Interviews tätigte, in denen er doch eigentlich zeigen wollte, wie ernst er den Kampf gegen den Antisemitismus jetzt angeblich nimmt.

Da ist etwa die Formulierung „purer Antisemitismus“ – nicht, wohlgemerkt, als ein Ausruf des Abscheus gegenüber dem, was Deutsche-Welle-Redakteure so machen; etwa wenn der Leiter des DW-Korrespondentenbüros in Beirut sagte: „Jeder, der mit den Israelis zu tun hat, ist ein Kollaborateur und jeder Rekrut in den Reihen ihrer Armee ist ein Verräter und muss hingerichtet werden“ – dann kann man das „puren Antisemitismus“ nennen.

Limbourg aber spricht von „purem Antisemitismus“, wenn er ankündigt, was die Deutsche Welle in Zukunft nicht mehr dulden werde. So sagte er in einem Interview:

„Wenn purer Antisemitismus propagiert wird, dann dürfen und wollen wir mit diesen Sendern nicht zusammenarbeiten.“

In einem anderen Interview – diesmal mit der „Jüdischen Allgemeinen“ – sagte er:

„Wer in seinem eigenen Programm puren Antisemitismus verbreitet, mit dem wird die Deutsche Welle nicht zusammenarbeiten.“

Man soll nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen, aber wenn der Deutsche-Welle-Intendant dieselbe Formulierung immer wieder benutzt, dann meint er sie offenbar genau so: Gegenüber purem Antisemitismus grenzt der Sender sich künftig ab. Aber wenn der Antisemitismus ein wenig verwässert oder kaschiert wird, dann ist er okay? Herr Limbourg setzt sich mit seiner Formulierung dem Verdacht aus, die Messlatte sehr, sehr niedrig hängen zu wollen.

Ebenso auffällig sind Limbourgs Versuche, die von der „Süddeutschen“, „Welt“, „Vice“, „Bild“ und anderen aufgedeckten antisemitischen Äußerungen und Karikaturen von Deutsche-Welle-Mitarbeitern und DW-Partnersendern zu verharmlosen und die Öffentlichkeit nachträglich darüber zu täuschen, worum es eigentlich geht:

- Karikaturen, in denen Juden als Schweine oder Mutter des Teufels dargestellt werden;
- einen Sender – Roya TV –, der Israelis als „Besatzungssiedler“ und Israels stets als „die Besatzung“ bezeichnet;
- einen anderen Sender – Al Jadeed (mit dem die DW immer noch zusammenarbeitet), der den Mörder Samir Kuntar – der den Kopf der vierjährigen Einat Haran zwischen einem Felsen und seinem Gewehrkolben zerschmetterte, nachdem er vorher ihren Vater vor ihren Augen ertränkt hatte – als ein großartiges Beispiel „moralischer Standfestigkeit“ lobte;
- einen Deutsche-Welle-Redakteur, der auf Facebook einen Holocaustleugner lobte und schrieb, dass er das Gespräch mit einer Jüdin abgebrochen habe, als er von ihrer Identität erfahren habe;
- ein Ausbilder der Deutsche-Welle-Akademie, der getwittert hatte: „Der Holocaust ist eine Lüge.“ Und vieles mehr.

Ablenkungsmanöver

Ob das alles so war, wie berichtet, werden Frau Leutheusser-Schnarrenberger und Herr Mansour noch herausfinden. Jedenfalls sind das die Vorwürfe, um die es geht. Es geht um Antisemitismus wie bei Adolf Hitler oder Julius Streicher.

Schauen wir uns an, was Peter Limbourg in jüngsten Interviews gesagt hat. Er sagte:

„Es stellt sich aber auch die Frage: Wo ist Israel-Kritik legitim, etwa an der jeweiligen Regierung, an Regierungsorganisationen oder am Siedlungsbau? Die Meinungen in der arabischen Welt unterscheiden sich in diesen Punkten sehr stark von den Diskursen in Deutschland und Europa. Da werden Sie immer einen Abwägungsprozess haben.“

Und noch vor wenigen Tagen:

„Roya TV ist in der arabischen Welt als liberaler und offener Sender bekannt. Er macht sich für Menschenrechte stark und für Demokratie. Grundsätzlich ist es aber eine Tatsache, dass das Bild Israels in der arabischen Welt extrem kritisch ist. Diese Konflikte spiegeln sich auch in den dortigen Medien wider.“

Was tut Limbourg hier? Zunächst einmal versucht er, das Augenmerk von dem wegzulenken, worum es geht. Es wurden Juden als zu schlachtende Schweine dargestellt? Limbourg redet von „Israel-Kritik“ und Siedlungsbau.

Er zündet Nebelkerzen, will die Leser glauben machen, dass da eigentlich nur jemand „Kritik“ an der israelischen Regierung geübt habe und vielleicht dabei eine etwas zu herbe Sprache benutzte – und selbst dieses Urteil darüber könne ja erst nach einem „Abwägungsprozess“ gefällt werden.

Blick von Belegen weglenken

Diese Taktik kennt man vom ehemaligen Londoner Bürgermeister Ken Livingstone, der inzwischen wegen seines Antisemitismus aus der Labour-Partei ausgeschlossen wurde.

Als Livingstone einmal in der Kritik stand, weil er einen jüdischen Journalisten gefragt hatte, ob dieser „ein deutscher Kriegsverbrecher“ sei, schrieb Livingstone im Hinblick auf die gegen ihn gerichtete Kritik: „Viel zu lange ist der Vorwurf des Antisemitismus gegen jeden erhoben worden, der wie ich kritisch gegenüber der Politik der israelischen Regierung ist.“

Livingstone wollte darüber hinwegtäuschen, worum es wirklich ging und so tun, als werde ihm deshalb Antisemitismus vorgeworfen, weil er „kritisch gegenüber der Politik der israelischen Regierung“ sei. Limbourg macht zwar nicht das Gleiche wie Livingstone; er behauptet nicht, dass die Belege für Antisemitismus falsch seien und es keinen Antisemitismus gäbe.

Aber auch er versucht, den Blick von diesen Belegen wegzulenken; weg von den Tatsachen, den echten Vorwürfen, hin zu einer fiktiven „Kritik“ an der „israelischen Regierung“ oder dem „Siedlungsbau“. Als ob das eine irgendetwas mit dem anderen zu tun hätte. Das aber werden – und sollen – manche Leser des Interviews denken.

Es gibt in Deutschland eine starke Propagandakampagne, deren Kern die irrsinnige Behauptung ist, man könne keine „Kritik an Israel“ üben, ohne mit „dem Antisemitismusvorwurf“ belegt zu werden. Das ist das Klischee, das auch Limbourg bedient, wenn er bei einem Gespräch über den Antisemitismus der Deutsche-Welle-Mitarbeiter Wörter wie „Kritik“ an der „israelischen Regierung“ und „Siedlungsbau“ in die Runde wirft.

Kulturrelativismus

Dann ist da der Kulturrelativismus: die Idee, dass man Menschen bestimmter Herkunft mit anderen Maßstäben zu messen habe. Das ist allgemein eine problematische Haltung – aber wenn es um Antisemitismus geht? Um Holocaustleugnung und Karikaturen im „Stürmer“-Stil?

Eine Geisteshaltung, die man bei Deutschen mit Recht verurteilt, soll weniger schlimm sein, wenn sie von jemandem geäußert wird, der aus einem anderen Erdteil stammt? Etwa, weil es dort verbreitet ist, den Holocaust zu leugnen? Werden antisemitische Anschauungen weniger schlimm, je mehr Menschen es gibt, die sie vertreten? Wäre dann auch der Judenhass im Deutschland der 1930er Jahre weniger schlimm gewesen als heutiger, weil er damals so extrem populär war?

Auch seinen Kulturrelativismus verbindet Limbourg mit Floskeln, die man nur als Verharmlosung des Antisemitismus auffassen kann. Er nennt es eine „Tatsache“, „dass das Bild Israels in der arabischen Welt extrem kritisch ist“. Antisemitismus wird also zu einer „extrem kritischen Haltung“ umgedeutet – und damit beschönigt: Was kann man dagegen einwenden, wenn jemand „extrem kritisch“ ist? Heißt das nicht, dass er ein wacher Denker ist, der hohe Ansprüche an die Umwelt stellt und sich nicht mit fadenscheinigen Argumenten abspeisen lässt?

Man muss immer wieder in Erinnerung rufen, worum es geht: Da ist also etwa ein Kommentator des Deutsche-Welle-Partnersenders „Ma’an News“, der im Fernsehen sagt, Juden würden die „Krankheit“ Homosexualität verbreiten. Was sagt Deutsche-Welle-Intendant Peter Limbourg? „Grundsätzlich ist es aber eine Tatsache, dass das Bild Israels in der arabischen Welt extrem kritisch ist.“ Ganz schön kritisch, na klar.

Wenn die Deutsche Welle „Ma’an News“ immer noch (!) als „seriöse Nachrichtenquelle aus den palästinensischen Gebieten“ betrachtet; und wenn Peter Limbourg noch vor wenigen Tagen gegenüber der „Jüdischen Allgemeinen“ behauptete, Roya TV sei „als liberaler und offener Sender bekannt“ – wer soll dann seinen Beteuerungen Glauben schenken, die Deutsche Welle werde in Zukunft keinen Antisemitismus mehr verbreiten?

Doch halt: das sagt er ja nicht – bloß keinen puren Antisemitismus mehr.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Deutsch-Israelische Gesellschaft kritisiert „Israelhetze“ von Amnesty International

„Amnesty International“ will bei einer neuen „Menschenrechts-Kampagne“ ausgerechnet auf ein Mädchen aus dem anti-israelischen Tamimi-Clan als Werbefigur setzen. Dieser Clan wurde bereits mehrfach damit auffällig, seine kleinen Töchter vorzuschicken, um israelische Soldaten anzugreifen – in der Absicht etwaige Überreaktionen der Soldaten medienwirksam gegen Israel verwenden zu können.

GULSHAN KHAN / AFP

Dschanna Dschihad ist als Aktivistin aus dem Tamimi-Clan bereits bekannt. Nun ist sie Protagonistin im „Briefmarathon“ von „Amnesty International“.

(Israelnetz) Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Uwe Becker, übt scharfe Kritik an einer derzeit laufenden Aktion von „Amnesty International“ (AI). Zwischen dem 26. November und dem 22. Dezember veranstaltet die Menschenrechtsorganisation zum 20. Mal ihren sogenannten „Briefmarathon“. Dabei fordert sie Menschen auf, Petitionen an verschiedene Stellen zu schicken, um sich so für Menschenrechte einzusetzen.

Im Zentrum der Aktion stehen neun Menschen und eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die laut AI Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Sie kommen aus Ländern wie Ägypten, China und Weißrussland. Aber auch die Ukraine und Mexiko sind vertreten. Und mit Dschanna Dschihad auch ein 15-jähriges Mädchen aus dem Ort Nabi Saleh im Westjordanland.

Dschihad macht schon seit längerem auf sich aufmerksam und wurde nicht zuletzt in der ARD bereits ausführlich porträtiert. Sie bezeichnet sich selbst als Journalistin und verbreitet etwa Videos von Konfrontationssituationen mit israelischen Soldaten im Internet. Das Mädchen gehört dem berühmten Tamimi-Clan an, aus dem etwa auch die bekannte Aktivistin Ahed Tamimi stammt und aus dem zudem bereits Terroristen hervorgegangen sind.

Becker: Israel auf eine Stufe mit Weißrussland gestellt

AI behauptet, dass Dschihad wegen ihrer Arbeit „schikaniert“ werde und „sogar Todesdrohungen“ erhalte. Sie zeige der Welt, „wie das Leben in den besetzten Gebieten ist“. Viele Kinder würden „traumatisiert und sogar getötet“. Über die Internetseite von AI kann man einen vorformulierten Appell an die Knesset schicken, mit dem man die Parlamentarier auffordert, „die Diskriminierung von Dschanna zu beenden“.

DIG-Präsident Becker meint, dass AI damit zum wiederholten Male „auf eklatante Weise Hetze gegen Israel“ betreibe und sich „auf die Seite von Hamas und Co.“ schlage. Es handle sich um Propaganda und nicht um ausgewogene Aufklärungsarbeit. Israel werde auf eine Stufe mit Weißrussland gestellt. „Ich verurteile diese Form des institutionellen Israelhasses ausdrücklich“, erklärte Becker am Donnerstag in einer Pressemitteilung.

Der DIG-Präsident richtete auch einen mahnenden Appell an Schulen, „vorsichtig im Umgang mit dieser Aktion zu sein“. Sie schüre „nur den Hass junger Menschen gegen Israel“. Tatsächlich zielt der Briefmarathon auch explizit auf Schüler. Auf seiner Webseite stellt AI umfangreiche Begleit- und Arbeitsmaterialien für Lehrer zur Verfügung, damit diese die Aktion in ihren Unterricht einbinden können. So schlägt AI auch einige konkrete Aktivitäten vor, mit deren Hilfe sich die Jugendlichen in die Situation der ausgewählten Menschen hineinversetzen sollen.

Sorge vor Antisemitismus in der Schule

Die Organisation hat zudem zum konkreten Fall Dschanna Dschihad auch eine eigene Handreichung für Lehrer und Jugendleiter herausgegeben. Darin wird Dschihad als „wichtiges Vorbild für junge Aktivist_innen weltweit“ gelobt. Dass ihr Fall ausgewählt wurde, solle dazu beitragen, „die internationale Aufmerksamkeit auf die seit 1967 bestehende Besatzung durch Israel und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen zu richten“.

AI weist auch selbst darauf hin, dass drei Mitglieder aus Dschihads Familie „wegen der Organisation oder Durchführung terroristischer Anschläge in Israel“ verurteilt wurden, betont aber, dass Dschihad dafür nicht verantwortlich gemacht werden könne. Dass sie eine „Ein-Staaten-Lösung“ mit „einer jüdischen Minderheit“ fordere, sieht die Organisation als Ausdruck von Dschihads Meinungsfreiheit.

Gleichwohl scheint Amnesty selbst bewusst zu sein, dass die Verwendung des Falls im Unterricht problematisch werden könnte. Ein eigener Abschnitt der Handreichung widmet sich dem Umgang mit Antisemitismus. „Studien belegen, dass jüdische Menschen in Deutschland oft für die israelische Politik verantwortlich gemacht werden“, heißt es darin. „Falls es im Zusammenhang mit der Briefschreibaktion zu antisemitischen Äußerungen kommt, ist sicherzustellen, dass dagegen eine klare Haltung eingenommen wird“, mahnt AI die Lehrer. (ser)

Das Todesurteil für die europäischen Juden: Die berüchtigte Wannseekonferenz der Nazis jährt sich am 20. Januar 1942 zum 80. Mal

Zum 80. Mal jährt sich am 20. Januar die Wannsee-Konferenz – jenes schreckliche Treffen hochrangiger Nazi-Funktionäre. Sie ordneten im Südwesten Berlins die zu dem Zeitpunkt schon laufende systematische und industrielle Ermordung der Juden in Deutschland und Europa. Das ZDF widmet diesem Jahrestag einen Programmschwerpunkt, der auch Schulen einbezieht. Die korrekte Aufarbeitung in Schulen aber wird durch den immer höheren islamischen Schüleranteil zunehmend schwieriger.

SCOTT OLSON / GETTY IMAGES NORTH AMERICA / Getty Images via AFP

Die Villa der Wannseekonferenz im Südwesten von Berlin

Von Mario Thurnes

Eine mit tiefem Schnee bedeckte Landschaft. Pferde galoppieren durch den Schnee. Wilde Reiter sitzen auf ihren Rücken – mit Bärten, langen filzigen Haaren und gezückten Schwertern. Eine Frau erwartet die Horde. Sie hat ein Kind an der Hand. Der Anführer der Horde geht auf sie zu. Ein Schwert in Großaufnahme. So etwas wie ein fallender Kopf. Mord kann – zumindest filmisch – ein leicht umzusetzendes Motiv sein, wie in der Auftaktszene von „Conan – der Barbar“. Körperlicher Mord ist filmisch leicht umzusetzen. Selbst wenn es ein brutaler Mord ist.

Doch was, wenn der Täter aus der Distanz tötet? Und wenn der einzelne Mord nicht die weitreichendste Dimension des Verbrechens ist, sondern dessen millionenfache Wiederkehr? Der Plan dahinter? Und die Planer? Genau das einzufangen müssen fiktive oder dokumentarische Beiträge aber leisten können, wenn sie die Wannsee-Konferenz darstellen wollen und all das Leid, das sie nach sich gezogen hat. Das die Runde um Reinhard Heydrich geordnet hat und in die unbarmherzige Konsequenz eines bürokratischen Automatismus geführt hat.

Das ZDF stellt sich im Januar mit einem Programmschwerpunkt dieser heiklen Aufgabe. Der Sender hilft sich dabei mit Wucht, mit Masse aus diesem Dilemma: Ein Fernsehfilm, eine Dokumentation, Wiederholungen und Produktionen fürs Netz, die in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte entstanden sind. Viel Sehenswertes ist dabei. Aber bei mancher Ankündigung gruselt es einen:

„ZDF-Morgenmagazin mit ‚Moma vor Ort‘ live aus dem Haus der Wannsee-Konferenz“, kündigt der Sender sein Spektakel an. Ausschnitte aus dem Film, der am gleichen Abend gezeigt werde, würden den historischen Ort in die Übertragung einbeziehen. Warum das Einbeziehen des Ortes notwendig ist, teilt der Sender nicht mit. Schließlich kommt doch die Übertragung von eben dort. Da drängt sich schon eher der Verdacht auf, das Morgenmagazin preise mit den Einspielungen nur eigene Programm-Angebote an. So wie es das fast jeden Morgen macht. Doch der Verdacht ist unfair. Schließlich hat sich der Werbetexter viel Mühe gegeben, dass es anders wirkt. Und die Programmmacher werden ihm da sicher nacheifern:

„Moderator Andreas Wunn begrüßt Gäste aus Gesellschaft und Politik, die Stellung beziehen und aus verschiedenen Perspektiven berichten, warum die Wannsee-Konferenz auch achtzig Jahre danach noch aktuell für uns sein muss“, kündigt der Sender an. Die verschiedenen Perspektiven sind angesichts des vielschichtigen Themas ja noch leicht nachvollziehbar. Doch Stellung beziehen? Ist die Stellung zur Wannseekonferenz und somit zur Schoa nicht einfach? Nicht eindeutig? Ist das Menschheitsverbrechen nicht einfach für jeden halbwegs gesund denkenden Menschen zu verabscheuen? Aber das Buzzwort heißt „aktuell“ und angesichts des selbst erteilten politischen Missionierungsauftrags des ZDF stehen inhaltliche Klammern zu befürchten, die schnell zu Relativierungen werden und neben dem eigentlichen Verbrechen Versatzstücke enthalten wie: „Holocaust ... sieht man auch ... Klimaschutz, Coronaleugner, AfD...“ Natürlich gut gemeint – aber letztlich eine Aneignung des Gedenkens für persönliche Zwecke.

Gut gemeint ist der Programmschwerpunkt natürlich. Im negativen Sinn, dass manches nach hinten losgehen wird. Etwa wenn Teile des Programmschwerpunkts um 2 Uhr nachts ausgestrahlt werden. Aber auch im positiven: Das ZDF nimmt an dieser Stelle seinen Bildungsauftrag mal ernst. Etwa mit einem digitalen Bildungsangebot für Schüler, das der Sender in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ erstellt hat.

Der Film indes scheitert. Muss scheitern. Die Wannsee-Konferenz ist zu abstrakt, ihre Bedeutung nur relativ. Am Konferenztisch ist eben nicht der Mord an den Juden entschieden worden. Dafür hätte ein Heinrich Himmler mit am Tisch sitzen müssen, ein Hermann Göring – und natürlich Adolf Hitler. Und zu erklären, warum das Banale an Menschen deshalb so erschreckend ist, weil es das Wesen des Bösen ist, banal zu sein, daran sind schon ganz andere gescheitert, etwa Hannah Arendt, obwohl sie dabei Großes geschaffen hat.

Die Schoah bleibt unfassbar. Kaum begreiflich. Am besten vermittelt das noch die Dokumentation „Krieg und Holocaust – Der deutsche Abgrund“. Diese hat „ZDF Info“ zwar bereits öfters wiederholt, doch auch mehrfaches Sehen lohnt sich. In zehn Teilen nähert sich die Serie vom Jahr 1918 an den Ereignissen der NS-Zeit. Aus den vielen Facetten werden Zusammenhänge, das Unbegreifliche wird so in manchen Momenten begreiflich. Auch für ein filmisches Medium. Ganz ohne dazu gehöriges Rahmenprogramm.

Die Höhepunkte des Programmschwerpunkts:

„Krieg und Holocaust – Der deutsche Abgrund“: Mittwoch, 19. und 26. Januar, jeweils ab 0.45 Uhr fünf Folgen

Acht Videos mit jeweils zehn bis 20 Minuten Spieldauer: ab Donnerstag, 20. Januar, nur online

Extra-Ausgabe des Morgenmagazins Moma: Montag, 24. Januar 2022, 6.00 Uhr bis 9.00 Uhr

Fernsehfilm „Die Wannseekonferenz“: Montag, 24. Januar, 20.15 Uhr

„Die Wannseekonferenz. Die Dokumentation“: Montag, 24. Januar, 22 Uhr

„Ganz normale Männer. Der ‚vergessene Holocaust‘“: Dienstag, 25. Januar, 20.15 Uhr

„Ein Tag in Auschwitz“: Freitag, 28. Januar, 2 Uhr

Peinlicher und judenfeindlicher Flurfunk im Auswärtigen Amt: Heimliche Lästereien der Bundesregierung über die israelische Organisation „Im Tirtzu“

Das deutsche Außenministerium bezichtigt in einer internen – offenbar versehentlich weitergeleiteten – Email die konservative israelische Organisation „Im Tirtzu“, (in der sich zahlreiche junge Israelis für das Verständnis israelischer Positionen engagieren), in Bezug auf einen von Arabern verübten Terrorangriff zu Unrecht einer Lüge. Doch das Gegenteil ist richtig: Es sind die Vorwürfe des Auswärtigen Amtes, die nachweislich eine Falschbehauptung sind.

Von Yonatan Shay

Das Gebäude des Auswärtigen Amtes in Berlin

Der Abschiedsbesuch der ehemaligen Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, im Oktober 2021 in Israel stieß dort auf großes Medieninteresse und ein fast durchweg positives Echo. Dies ist angesichts der Wahrnehmung Merkels als große Freundin Israels in weiten Teilen der israelischen Gesellschaft kein Wunder. Doch wie hat sie es zu solch großer Popularität in Israel geschafft? Der wohl entscheidende Moment war ihre Rede vor der Knesset im Jahr 2008 – es war die erste Rede überhaupt, die dort auf Deutsch gehalten worden ist – und die von ihr dabei gemachte Aussage, wonach „die Sicherheit Israels deutsche Staatsräson“ sei.

Allerdings ist dieser Ausdruck in den Folgejahren immer stärker zur leeren Phrase verkommen. Wie ist es dazu gekommen?

Ab 2013 bis Ende 2021 konstituierte sich die Bundesregierung aus einer „Großen Koalition“, bestehend aus Union und SPD. Es war wohl der Beginn eines Politikstils in der CDU/CSU, der sich durch kompromisslose Kompromissbereitschaft und der bereitwilligen Aufgabe sicher geglaubter christdemokratischer Grundsätze auszeichnete.

Vor allem war es der Zeitpunkt, in dem im Auswärtigen Amt Frank-Walter Steinmeier (SPD) auf den inzwischen verstorbenen Guido Westerwelle (FDP) folgte. Während die FPD, Merkels früherer Koalitionspartner, sich in den letzten Jahren als pro-israelische Partei profiliert hat, lässt sich dies von der SPD im Allgemeinen und Steinmeiers im Besonderen nicht behaupten. Mit der Ernennung Steinmeiers zum Außenminister begann ein Kapitel deutscher Außenpolitik, die im Hinblick auf Israel vor allem dadurch gekennzeichnet war, dass die wohlfeilen, auf Sonntagsreden gesprochenen Worte zu den tatsächlich ergriffenen, außenpolitischen Handlungen in eklatantem Widerspruch standen.

Der iran-freundliche Sigmar Gabriel

Auf Steinmeier, der Blumen auf das – ebenfalls von der EU finanzierte – Grab Jassir Arafats (der nach Hitler im 20. Jahrhundert die meisten Juden ermordet hat) legte und sich vor diesem verbeugte, folgte Sigmar Gabriel. Gabriel fiel nicht selten durch unsachliche und entweder auf Unwissenheit oder Boshaftigkeit beruhender „Israelkritik“ auf, und warf der einzigen Demokratie im Nahen Osten an für ihn offenbar erlebnisreichen Tagen auch schon einmal „Apartheid“ vor.

Auf mehr Gnade konnten bei seinen Urteilen dafür die Mullahs im Iran hoffen. Dass der Iran offen die Vernichtung Israels anstrebt und den Holocaust leugnet, schien nicht weiter zu stören. So reiste auch Gabriel, wie viele andere deutsche Politiker auch, in den Iran, um dort die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen zu stärken. Diese Beziehungen, welche für die deutsche Wirtschaft kaum, für die iranische aber von großer Bedeutung sind, sollten Geld in die iranischen Kassen spülen. Geld, mit dem der Iran sein Atom- und Raketenprogramm finanziert und Terrorgruppen wie die Hisbollah oder die Hamas finanziert.

> Allein Deutschland hat in den letzten Jahren 34 politische Organisationen in Israel finanziert, die alle der extremen Linken angehören.

Generell scheint die Tatsache, dass eine Institution im Kern antisemitisch ist, kein Grund dafür zu sein, ihre Finanzierung durch deutsche Steuergelder zu beenden. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist das „Palästinenser“-Hilfswerk UNRWA, das regelmäßig durch die Verbreitung antisemitischer Schulbücher und personeller Verflechtung zur Terrorgruppe Hamas auffällt. Deutschland ist neben der EU einer der größten Mäzene der UNRWA und der Betrag deutscher Steuergelder, die an die UNRWA fließen, wächst von Jahr zu Jahr.

All dies findet, wie auch das peinliche deutsche Abstimmungsverhalten in der UN im Hinblick auf Israel, mehr oder weniger öffentlich statt.

Andere Strategien der Bundesregierung bleiben der breiten Öffentlichkeit in Deutschland, aber auch in Israel meist verborgen.

So finanziert die Bundesrepublik Deutschland auf direkten (über das Auswärtige Amt) und indirekten Wegen (über durch Steuermittel finanzierte, politische Stiftungen) Dutzende linksradikale und antizionistische Organisationen in Israel und den „palästinensischen Autonomiegebieten“. Diese Organisationen unterstützen die antisemitische BDS-Bewegung und legitimieren Terroranschläge gegen Juden.

Zwar wurden diese dubiosen Machenschaften bereits in der vielbeachteten Dokumentation „Auserwählt und ausgegrenzt – der Hass auf Juden in Europa“ angeprangert, doch so wirklich interessieren tun sich bis heute nur wenige dafür.

Selbst viele Israelis fallen auf Merkel herein

Es verwundert daher nicht, dass auch die israelischen Medien, noch geblendet von Merkels historischer Rede in der Knesset vor 13 Jahren, ein fast durchweg positives Bild von der scheidenden Kanzlerin zeichneten.

Eine der wenigen Stimmen, welche die Frechheit besaßen, die traute Harmonie zu stören, war die größte zionistische Organisation in Israel, „Im Tirtzu“.

„Im Tirtzu“ spielt im öffentlichen Diskurs in Israel eine gewichtige Rolle und übt auf die politische Agenda im Staate erheblichen Einfluss aus. Dies tut sie durch zionistische Aufklärungsarbeit an Israels Universitäten, Reportagen über verschiedenste Themen, Unterstützung bei Gesetzesvorhaben, juristische Aktionen und Demonstrationen. Seit 2014 leitet Matan Peleg, ein studierter Soziologe und Historiker, die Bewegung als Direktor.

„Im Tirtzu“ prangerte die im letzten Jahrzehnt immer größer gewordene und durch die großzügige Finanzierung linksradikaler und antizionistischer Organisationen erfolgte Einflussnahme einer fremden

Macht, namentlich Deutschland, auf innerisraelische Vorgänge an. Diese Einflussnahme untergräbt die Souveränität eines demokratischen Staates und einer demokratisch legitimierten Regierung.

Demonstration gegen Merkel in Israel

Anlässlich von Merkels Abschiedsbesuch im Oktober hielt „Im Tirtzu" eine kleine Demonstration vor dem Hotel King David in Jerusalem ab, in dem Merkel untergebracht war.

Zudem verfasste „Im Tirtzu" gemeinsam mit der Organisation „Forum Choosing Life", die sich für die Hinterbliebenen der Opfer von „palästinensischen" Terroranschlägen einsetzt, einen offenen Brief, in dem ein Finanzierungsstopp von Organisationen, die BDS und den Terror gegen Juden unterstützen, gefordert wurde. Dieser Brief erfuhr in großen israelischen Medien Beachtung.

Die Organisation, die mit „Im Tirtzu" den Brief verfasste, ist nicht zufällig gewählt worden: Unter den von Deutschland finanzierten Organisationen finden sich mit HaMoked und Adalah zwei Gruppen, die „palästinensischen" Terroristen, die Juden ermordet haben, vor israelischen Gerichten juristisch zur Seite stehen – natürlich kostenfrei, schließlich hat der deutsche Steuerzahler Anwalts- und Prozesskosten schon übernommen.

Im Brief stand u. a.:

„Sowohl durch direkte Finanzierung (über das AA) als auch durch indirekte Finanzierung (über staatliche Stiftungen) stellt Deutschland umfangreiche Mittel für israelische politische Organisationen bereit, die die BDS-Bewegung fördern, internationalen Druck auf Israel ausüben, sich für eine Änderung der israelischen Einwanderungspolitik einsetzen, und die sogar daran arbeiten, Israels Bekämpfung von Terrorismus durch juristischen und internationalen Druck zu ändern.

Allein Deutschland hat in den letzten Jahren 34 politische Organisationen in Israel finanziert, die alle der extremen Linken angehören. Von 2012 bis 2021 hat Deutschland 84.204.316 NIS (22,5 Mio. €) bereitgestellt – eine enorme Summe, insbesondere für israelische Verhältnisse."

Was nun im Anschluss an die Versendung des Briefes geschah, ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert:

Zunächst ging „Im Tirtzu" nicht davon aus, überhaupt eine Antwort zu erhalten. Doch einige Wochen später sandte das Auswärtige Amt (AA) eine äußerst aufschlussreiche Erwiderung.

So wurde der Antwort – entweder mit oder ohne Absicht – auch die komplette interne Korrespondenz zwischen verschiedenen Mitarbeitern im AA beigefügt, welche die Sichtweise des AA auf den Nahostkonflikt im Allgemeinen und die größte zionistische Organisation in Israel im Besonderen offenbart.

Zunächst wurde in der internen Korrespondenz der „Sachstand" erörtert. Dieser stellt sich in den Augen des AA wie folgt dar:

„Sachstand: Der Brief stammt von israelischen NROen, die sich dem rechten politischen Spektrum Israels zuordnen lassen. Ein Kernanliegen insb. von ‚Im Tirzu' in den vergangenen Jahren war es, internationale Unterstützung von ISR und PSE Nichtregierungsorganisationen zu delegitimieren, die sich für den Friedensprozess und eine Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage von Völkerrecht und VNSR-Resolutionen einsetzen. Dazu schreckt die Organisation weder vor polemischer Überzeichnung (‚these propaganda organizations thrive off conflict and need it to survive, and Germany has turned the conflict into a business') noch vor erwiesenen Falschbehauptungen zurück (‚On September 28, 2021, a B'Tselem activist was caught setting fire to an Arab building in the Hebron region in order to frame Jews').."

Der Vorwurf der „polemischen Überzeichnung" lässt sich schnell zurückweisen, da es Fakt ist, dass die von Deutschland finanzierten NGOs naturgemäß ein großes Interesse an der Fortführung des Konfliktes haben. Denn ohne Konflikt gibt es keine großzügige Finanzierung mit deutschen Steuergeldern. Dass diese NGOs zu den großen Profiteuren des Konflikts zählen und ganz sicher nicht zu dessen Lösung beitragen, wurde übrigens erst vor einigen Tagen vom Nahost-Experten Richard C. Schneider im „Spiegel" geschrieben. Überzeichnet dieser auch polemisch?

Lügt das Auswärtige Amt?

Nochmals peinlicher ist die Tatsache, dass das AA „Im Tirtzu" der Lüge zu bezichtigen versucht.

Der infrage stehende Vorfall ist allerdings nicht nur erwiesenermaßen wahr, sondern auch in großen israelischen Medien thematisiert worden:

Was war passiert? Ein Aktivist der Organisation B'Tselem, die Israel „Apartheid" vorwirft, hat von Arabern bewohnte Häuser in Hebron in Brand gesetzt, um die Tat anschließend Juden anzuhängen und somit ein antisemitisches Stereotyp zu bedienen. Nach seiner Festnahme durch die israelische Polizei wurde der Vorfall der breiten Öffentlichkeit bekannt.

Ob die deutsche Botschaft in Tel Aviv diese Information entweder gar nicht erst nach Berlin weitergeleitet oder ob diese dort einfach ignoriert worden ist, ist nicht bekannt.

Jedenfalls steht außer Frage, dass der Vorfall keineswegs wie vom AA behauptet, erwiesenermaßen falsch, sondern vielmehr nachweislich wahr ist.

Bereits in früheren Briefen an das AA machte „Im Tirtzu" auf gewaltbereite Aktivisten von B'Tselem aufmerksam und nannte dabei sogar Namen (Imad Abu Shamsiyeh und Aref Jaber).

Doch auch diese Hinweise führten nicht dazu, dass die Finanzierung von B'Tselem mit deutschem Steuergeld eingestellt worden ist.

So wurden auch im offiziellen Antwortschreiben an „Im Tirtzu" leere Phrasen bemüht:

„Allegations of any involvement with sanctioned individuals or entities as well as misconduct are taken very seriously are and are investigated diligently. Our partner organizations are obliged by law to submit detailed spending and activity reports. In the same vein, we stand by human rights defenders and civil society organizations who face false accusations and disinformation campaigns."

Wie das Beispiel B'Tselem dargelegt, folgen auch diesen hehren Worten keine entsprechenden Taten – doch dies hat in Bezug auf Israel ja bereits Tradition, und so fand sich im Antwortschreiben weiterhin diese Aussage:

„The Federal Government does not cooperate with partners that promote or engage in violence or deny Israel's right to exist. We do not fund projects that actively promote BDS."

Dieser Satz ist, um es mit den Worten des AA zu sagen, tatsächlich eine „erwiesene Falschbehauptung". So ist es belegt, dass deutsches Steuergeld an die Organisationen „Zochrot" und „Who Profits?" geflossen ist – beides Gruppen, die BDS unterstützen.

Die Behauptung, wonach die deutsche Bundesregierung nicht mit Partnern kooperiert, die Israels Existenzrecht negieren oder BDS unterstützen, erscheint vor dem Hintergrund des Antisemitismus-Skandals beim staatlichen Auslandssender „Deutsche Welle", der jährlich mit 390 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt finanziert wird, geradezu realitätsfremd. Und von den Antisemitismus-Skandalen beim ZDF und WDR wollen wir hier gar nicht erst anfangen.

„Von einer (Teil-)Veröffentlichung eines Antwortschreibens muss ausgegangen werden."

Dass die Motivation für das Antwortschreiben weniger in der ernsthaften Auseinandersetzung mit den von „Im Tirtzu" angeführten Punkten und mehr in die eigene Reputation betreffenden Erwägungen lag, zeigt der folgende Ausschnitt aus der internen Korrespondenz des AA:

„(…) Votieren wir für eine Beantwortung des Schreibens auf Ebene Chef BK-Amt oder AL, um Ziel, Ansatz und Prüfmechanismen unserer Zusammenarbeit darzulegen. Das Bezugsschreiben wurde in ISR Medien aufgegriffen. Von einer (Teil-)Veröffentlichung eines Antwortschreibens muss ausgegangen werden."

Im Klartext: Auf die erhobenen Vorwürfe wird überhaupt nicht eingegangen; es geht lediglich darum, das eigene Ansehen in der Öffentlichkeit zu schützen.

Dies ist dank der beigefügten internen Korrespondenz gründlich schiefgegangen.

Sie zeigt die Denkweise im AA auf, nach welcher sich die linksradikalen, antizionistischen und mit deutschem Steuergeld finanzierten Organisationen lediglich für Menschenrechte einsetzten. Daher hat auch keiner der von „Im Tirtzu" vorgebrachten Belege über die BDS-Aktivitäten, die Terrorverherrlichung und nicht zuletzt die Gewaltbereitschaft dieser Gruppen dazu geführt, dass deren Finanzierung mit deutschem Steuergeld gestoppt wird.

Im Gegensatz hierzu wird die größte zionistische Organisation in Israel entgegen der eindeutigen Faktenlage der Lüge und der „polemischen Übertreibung" bezichtigt.

Zuletzt sei noch angemerkt, dass selbst das AA nicht sagen konnte oder wollte, wie viele Steuergelder tatsächlich an antizionistische Organisationen fließen. Auch eine diesbezügliche Anfrage der AfD in der letzten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag konnte keine konkreten Zahlen zutage bringen.

Der bekannte israelische Journalist Eldad Beck, der seit 20 Jahren aus Deutschland berichtet, fragte hierzu in der größten israelischen Tageszeitung „Israel Hayom", die ebenfalls über den Briefwechsel zwischen „Im Tirtzu" und dem AA berichtete:

„Warum verstecken die Deutschen die genauen Zahlen? Wollen sie verhindern, dass öffentlich wird, wie stark sie in Bestrebungen involviert sind, die die politische Wirklichkeit in Israel ändern wollen? Vor nicht allzu langer Zeit in der deutschen Geschichte hießen solche Aktivitäten noch ‚Nacht- und-Nebel-Aktionen'. Hat Deutschland inzwischen aus seiner Geschichte gelernt oder bleibt es seinen alten Mustern treu?"

Die subversiven Bestrebungen und die Untergrabung der israelischen Souveränität, sind Instrumente, die Deutschland allein schon aufgrund seiner Historie nicht mehr nutzen sollte.

Als erstes wird es der deutsche Steuerzahler danken, dessen hart erarbeitete Steuern lieber in deutsche Krankenhäuser als in israelfeindliche Organisationen fließen sollten.

Über den Autor: der Politikwissenschaftler Yonatan Shay wuchs in Herzliya (Israel) auf und lebte fünf Jahre in Deutschland. Er studierte Internationale Beziehungen und Diplomatie an der IDC Herzliya. Sein Masterstudium absolvierte er an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Nach seinem Studium leistete er ein Praktikum im Deutschen Bundestag und beim AJC Berlin ab. Heute arbeitet er als Abteilungsleiter bei „Im Tirtzu", der größten zionistischen Graswurzelbewegung Israels und betreut innerhalb seiner Tätigkeit auch die Hasbara/Israel-Advocacy Desk.

Yonatan Shay ist der ehemalige Gesandter der Jewish Agency for Israel in Süddeutschland und arbeitete auch als Medienanalyst bei dem israelischen Government Press Office. Seit Mai 2019 schreibt er auch für die Jüdische Rundschau.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Linker McCarthyismus in der BRD: Mit dem unübersehbaren Linksrutsch der deutschen Politik wird freie Meinungsäußerung immer mehr zum gesellschaftlichen und beruflichen Wagnis

Es war selbst im schlimmsten Fall nicht zu erwarten, dass nur 77 Jahre nach dem Dritten Reich und 32 Jahre nach der DDR Standpunkte außerhalb des linken Meinungskorridors hierzulande zur Mutprobe werden. Wichtige Kanäle politischer Kritik (wie Achgut) werden gesperrt, Reporter aus der Bundespressekonferenz ausgeschlossen, Nachrichten-Dienste zensiert und bedrängt. Die mediale Freiheit ist in Deutschland unter dem gegenwärtig herrschenden Links-Grün-Bündnis unter Beschuss geraten.

Von Vera Lengsfeld

Screenshot des politischen Blogs „Achse des Guten"

Heute ist der Artikel 5 des immer noch geltenden Grundgesetzes unseres Landes formal noch gültig, de facto aber außer Kraft gesetzt. Die Verfahrensweise ist neu und besonders perfide. Nicht mehr der Staat verbietet etwas, sondern er verlangt, das Privatunternehmen diese Zensur vornehmen.

Ob es wirklich Kanzlerin Merkel war, die auf diese Idee kam, kann ich nicht sagen. Aber seit ihrem legendären Gespräch von 2015 mit Marc Zuckerberg am Rande des UNO-Nachhaltigkeitsgipfels in New York, das wegen eines versehentlich nicht abgeschalteten Mikrophons der Öffentlichkeit bekannt wurde, war klar, was auf uns zukommt. Merkel sprach Zuckerberg damals auf der Regierung unliebsame Posts auf Facebook, genannt „rassistische Hetze", an. Zuckerberg sicherte der Kanzlerin zu, dass sich sein Unternehmen um eine schärfere Kontrolle kümmern werde. „Ich denke, daran müssen wir arbeiten", erklärte er. Seitdem löscht Facebook, dass die Tasten glühen. Was „rassistische Hetze" ist, bestimmt nicht mehr ein Gericht, sondern Facebook. Inzwischen sind viele soziale Netzwerke dieser Praxis gefolgt. Wie willkürlich dabei vorgegangen wird und statt strafbarer Inhalte legitime Meinungsäußerungen, sofern sie regierungskritisch sind, gelöscht werden, beweisen die zahlreichen Niederlagen von Facebook und anderen sozialen Netzwerken vor Gericht, nach denen gelöschte Inhalte wieder zugänglich gemacht werden mussten.

Besonders eifrig ist auch YouTube. Nun wurde bekannt, dass YouTube den offiziellen Kanal der „Achse des Guten" (achgut.pogo) komplett gelöscht hat. Betroffen sind nicht nur alle Videos des Publizisten Henryk M. Broder, sondern auch die beliebte Sendung INDUBIO von Burkhard Müller- Ullrich. Mit Hass oder Hetze haben die Beiträge der Achse nichts zu tun.

Allerdings schauen sie der Politik kritisch auf die Finger, wie es die Aufgabe der Medien in einer funktionierenden Demokratie sein sollte, aber in den Mainstream-Medien kaum noch stattfindet.

Henryk M. Broder stellte schon 2018 auf dem Autorentreffen der „Achse des Guten" als Antwort auf die turnusmäßig am Tag der Wiederkehr der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 auftauchende Frage, wie es so weit kommen konnte, fest:

„Weil sie damals so waren, wie ihr heute seid!"

Der Angriff auf die „Achse des Guten" sieht aus, als wäre er Teil einer konzertierten Aktion gegen die Freien Medien. In letzter Zeit haben sich auch die Attacken auf Boris Reitschuster massiert. Ihren vorläufigen Höhepunkt haben sie in seinem Rausschmiss aus der Bundespressekonferenz gefunden. Die Ironie der Geschichte ist, dass Reitschuster ausgerechnet zu Stalins Geburtstag die Nachricht erreichte. Der sogenannte Anlass ist an den Haaren herbeigezogen. Reitschuster hätte die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der Bundespressekonferenz nicht erfüllt. Nach der Satzung §12 müsste er „eine Tätigkeit aus Berlin oder Bonn für eine Firma, die in Deutschland ansässig ist", ausüben. Das Impressum weise aber eine Firma und Tätigkeit in Montenegro aus. Eine Website wird so lange von willigen Helfern attackiert, bis sie auf einen Server im Ausland ausweicht. Das wird dann zum Anlass genommen, weitere Schikanen einzuleiten.

Noch schockierender als die Repression gegen Reitschuster ist, dass ein Teil des bürgerlichen Milieus in den Jubel der Linken landauf landab einstimmte. Hurra, der unbequeme Fragesteller ist erledigt! Die verbotenen historischen Vergleiche drängen sich machtvoll auf.

Eine FDP, die Freiheitsrechte verteidigt, gibt es nicht mehr. Als das verfassungsbrechende Netzwerksdurchsetzungsgesetz vom damaligen Justizminister Heiko Maaß durchs Parlament geprügelt wurde, meldete FDP-Vorsitzender Lindner entschiedenen Widerstand an. In der Regierung will der FDP-Justizminister Buschmann nun mit dem Netzwerksdurchsetzungsgesetz gegen „Telegram" vorgehen, dass aus Sicht der Regierung zu wenige Beiträge löscht. Er will es nicht hinnehmen, dass auf diesem Netzwerk zu regierungskritischen Demonstrationen aufgerufen wird und angebliche „Querdenker" unbehindert ihre Meinung äußern können.

Buschmann: „Die Vorgaben des NetzDG sind verbindlich." Es gebe „keine pauschale Ausnahme für Messenger-Dienste wie Telegram". Es sollen bereits zwei Bußgeldverfahren gegen den Anbieter von Telegram laufen.

Es sei daran erinnert, dass noch vor wenigen Monaten die FDP im Wahlkampf verkündete, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz abschaffen zu wollen. Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 heißt es: „Wir Freie Demokraten wollen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) abschaffen und durch einen Regulierungsmix ersetzen, der den Schutz der Meinungsfreiheit in vollem Umfang gewährleistet." Begründet wurde diese Position damit, dass das NetzDG „einseitig einen Anreiz zur Löschung von Inhalten" setze. Buschmann behandelt dieses Wahlversprechen, wie das klassische „Geschwätz von gestern", das ihn nicht mehr stört.

Was aber besorgniserregender ist als Umfaller-Politiker, ist neben der Lethargie der Masse gegenüber diesen Entwicklungen das stillschweigende Einverständnis derjenigen, die es besser wissen müssten. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden! Dafür haben die einzigen erfolgreichen deutschen Revolutionäre 1989 gekämpft. Man muss die AfD nicht wählen oder mögen, man muss nicht einmal Boris Reitschuster, Henryk M. Broder oder die Achse und ihre Arbeit mögen. Aber man muss Ihr Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigen, sonst werden wir alle unsere Freiheitsrechte verlieren. Sage hinterher keiner, er hätte das nicht kommen sehen! Wer schweigt, stimmt zu!

Namen von Antisemiten weg von den Straßenschildern! – Aber nicht alle?

Ein Dossier listet rund 290 Straßen und Plätze in Berlin auf, die Namen „mit antisemitischen Bezügen“ tragen. Allerdings werden Namen wie Karl Marx vom selben linken Milieu geschützt, das zeitgleich den Juden Moses Mendelssohn als Straßenpaten verhindert.

Von Peter Hahne

Bin ich jetzt auch noch Antisemit? Oder nur ein harmloser Mitläufer? Coronaleugner, Impfverweigerer, Neurechter, verschwurbelter Verschwörungstheoretiker und irritierender Fakenews-Verbreiter bin ich ja schon. Ganz zu schweigen vom alten weißen Mann, der die Segnungen des Gender-Gagas zu leugnen wagt. Ich habe sogar letzte Woche das Verbrechen begangen, dem Kollegen Boris Reitschuster ein witziges Interview zu geben, das inzwischen Kultcharakter hat. Der erfolgreichste Gesundheitsminister seit Adam und Eva hat wohl recht: „Es wird viel zu verzeihen geben!“

Doch eines ist unverzeihlich: Ich hielt, in der Nachfolge von Bundespräsident Roman Herzog und Wolf Biermann, 2010 die traditionelle „Hoffmann-von-Fallersleben-Rede“ auf Schloss Corvey. Organisiert von Viktor Herzog von Ratibor und Fürst von Corvey, bei dessen Ahnen der Schöpfer des Deutschland-Liedes Bibliothekar war. Dessen erste Strophe „aufgrund ihres aggressiven Nationalismus und revanchistischen Gehalts nach dem NS verboten wurde“, heißt es in einer neueren „akademischen Forschungsarbeit“, deren Autor ich durch Nennung nicht auch noch adeln möchte.

Nein, meint der Kulturjournalist Matthias Nikolaidis richtig. Sogar Wikipedia wisse, dass die ersten beiden Strophen weder geschützt noch verboten sind; das Absingen könne jedoch zu „negativen Reaktionen“ führen. Noch klarer das Bundesverfassungsgericht 1990: Das ganze Lied darf gesungen werden. Punkt. Nationalhymne ist allerdings die schöne dritte Strophe.

Der „Forscher“ wider den Antisemitismus brilliert zudem gleich mit einem Bataillon von Straßennamen, die jetzt alle verschwinden müssen. Von Adenauer über Goethe und Luther bis Wagner gehört alles auf den Index. Man fragt sich: Was und wer bleibt eigentlich noch ungeschoren von diesem Furor der deutschen Gründlichkeit? Und was dieser „Forscher“ nicht bedacht hat: Diese unsere beliebteste Tugend wird doch gerade durch die erste Strophe des Deutschland-Liedes klug besungen. Überall heißt es doch: Deutschland, Deutschland, über alles…

Weltmeister der Hochmoral

Als Weltmeister der Hochmoral beansprucht Deutschland doch seit 16 Jahren die Führer-Rolle: Klima, Corona, Gender, Migration, Kernkraft-Ausstieg etc. pp. An deutschem Wesen soll die ganze Welt genesen. Auf in den Abgrund! Darin hat Deutschland doch Erfahrung. Besser kann man die erste Strophe Fallerslebens doch gar nicht in die Tat umsetzen. Ein Stanford-Professor, also ein ernstzunehmender Forscher der Zeitgeschichte, sagte mir vor ein paar Wochen in Kalifornien: „Angela Merkel sets the tone that Joe Biden should dance to.“ Joseph Haydn lässt also grüßen!

Was noch wenig „erforscht“ ist: Man sollte schleunigst den Begriff „Deutschland“ tilgen, ist er doch untrennbar mit dem Holocaust verbunden. Die ruhmreiche CDU macht es doch bereits beispielhaft vor und spricht statt von Deutschen von den „schon länger hier Lebenden.“ Dummerland schlage ich vor, denn aus dem Land der Dichter und Denker war doch längst das der Richter und Henker geworden. Die Bücher von Goethe oder Luther? Verbrennen! Darin hat Dummerland doch Erfahrung. Besser die Werke von Baerbock und Giffey in den Schulen lesen lassen und damit einen Bogen zur Physik schlagen: Wie funktioniert ein Kopiergerät?

Noch eine kleine Empfehlung an die Flugzeug-Gegnerin im Vielflieger-Ministerium: Man kann ganz einfach den Kampf gegen den Antisemitismus mit dem gegen die Klimakatastrophe verbinden. Das Kfz-Kennzeichen von Hamburg ist natürlich Ansporn für jeden Nazi, dorthin zu ziehen: HH. Fehlt nur noch die nachfolgende Zahl 88. Also verbiete man im Säuberungswahn nicht nur das Kennzeichen, sondern auch gleich das Auto. Und schon ist die Luft rein.

Klima-Schädlinge wenigstens von Straßenschildern tilgen

Natürlich darf es keine Diesel-, Porsche-, Benz- oder Siemens-Straßen mehr geben. Wenn diese vielleicht auch keine Antisemiten waren, aber doch wenigstens Klima-Schädlinge, die es auszumerzen gilt. Wobei mir einfällt, dass es im Hochsauerland ein Städtchen gibt, natürlich CDU-regiert, wo man seinen Hund bei der Steuer als „divers“ anmelden kann.

Ja, wer konnte ahnen, dass George Orwells „1984“ so schnell Realität würde in einem Land, das zumindest noch auf Länder- und Kommunalebene mehrheitlich von CDU/CSU (mit) regiert wird: „Jede Aufzeichnung wurde vernichtet oder verfälscht, jedes Buch überholt, jedes Bild übermalt, jedes Denkmal, jede Straße und jedes Gebäude umbenannt, jedes Datum geändert. Und dieses Verfahren geht von Tag zu Tag und von Minute zu Minute weiter. Die geschichtliche Entwicklung hat aufgehört. Es gibt nur noch eine unabsehbare Gegenwart, in der die Partei immer recht behält.“

Ach so, die Partei… Da wundert es, dass dem „Forscher“ in seinem Weltbeglückungsprogramm neuer Straßennamen entgangen ist, dass es auch so etwas wie Karl-Marx-Straßen gibt. Einen größeren Antisemiten in seiner aktuellen geschichtlichen Bedeutung hat es kaum gegeben. Die Stadt Trier ließ sich 2018 eine 5,50 Meter hohe Karl-Marx-Statue von der chinesischen Diktatur schenken, Wuppertal eine Engels-Statue vom gleichen Absender. Der Aufschrei ist mir entgangen, ganz im Gegenteil, man hat sich arg gefreut und artig bedankt.

Im Jahr 1862 zum Beispiel schrieb Marx an Engels: „Der jüdische Nigger Lassalle, der glücklicherweise diese Woche abreist, hat [...] 5000 Taler in einer falschen Spekulation verloren. Der Kerl würde eher das Geld in den Dreck werfen, als es einem ‚Freunde‘ zu pumpen, selbst wenn ihm Zinsen und Kapital garantiert würden.“ Noch Fragen?

Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz

Apropos Dummerland: 2013 ging es um den Platz vor der Akademie des Jüdischen Museums. Man wollte gern Moses Mendelssohn aufs Straßenschild setzen. Eine späte Ehrung für einen Mann, der die jüdische Kultur in Deutschland wie kein anderer geprägt hat. Bis 1786 lebte er in Berlin. „Nichts da,“ fauchten die Furien aus der zuständigen Bezirksversammlung Friedrichshain-Kreuzberg. Befreit von Bildung und (in diesem Fall besonders notwendiger) Sensibilität walzte der Gender-Wahn den armen Moses nieder.

Kompromiss: Aufs Straßenschild sollte der Doppelname Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz. Da könne man auch gleich den Willy-Brandt-Flughafen (so heißt das Milliardengrab BER offiziell) „Ruth-und-Brigitte-Seebacher-und-Willy-Brandt-Flughafen-Berlin-Brandenburg“ nennen, lästerte der einstige Maoist und jetzige NS-Experte Götz Aly. Für die CDU hatte der Kompromiss jedoch „viel Weisheit“. Fromet sei schließlich eine hochgebildete Frau gewesen. Ach!

Ich kommentierte damals in der „Bild am Sonntag“: Nun hat man die Frau endlich wieder dort, wo man sie weghaben wollte – als Anhängsel ihres Mannes, „die ihm zeitlebens den Rücken freihielt“, wie es in den Annalen verzeichnet ist. Dumm gelaufen also. Die alles entscheidenden Grünen der Öko- und Gutmenschen-Schickeria, weniger in Geist und Bildung bewandert als in Champagner- und Modemarken, waren zutiefst erschrocken über die ätzenden Zeilen des alten weißen Mannes und ersannen einen neuen Vorschlag. Der hatte es in sich: Die Feministin Rahel Varnhagen! Von 1771 bis 1833 lebte sie in Berlin. Endlich eine Frau, und nur eine Frau. Kein Mann und kein Anhängsel, lieber Herr Hahne.

Wenn Dummheit sich mit Ideologie paart

Herr, schick Hirn! Denn ein Blick in den Lebenslauf (eine gewisse Annalena hat da doch Erfahrung) zeigte: Die gute Frau war zwar als Jüdin geboren, doch im Laufe ihres Lebens konvertierte sie zum christlichen Glauben und ließ sich taufen. Toll, ätzte jener alte weiße Hahne: Das ist doch mal ein echtes Zeichen direkt vor dem Jüdischen Museum, das die Herzen höherschlagen lässt. Dann sollte man den Platz vor der Zentrale der „Grünen“ gegenüber der Charité doch gleich in Otto-Schily-Platz umbenennen. Sozusagen in einem Abwasch.

Und die Moral von der Geschicht´: Das kommt davon, wenn Dummheit sich mit Ideologie paart und mit seltenem Sendungsbewusstsein unter das dumme Volk gestreut wird.

Zum Schluss ein paar praktische Vorschläge gegen praktizierten Antisemitismus: Die unsägliche 16-jährige CDU/CSU-„Tradition“ beenden, in der UNO immer wieder zum Nachteil Israels abzustimmen. Oder ein Beispiel an Karl Lagerfeld (2017) nehmen und endlich den eingewanderten Antisemitismus stoppen: „Selbst, wenn Jahrzehnte dazwischenliegen, kann man nicht Millionen Juden töten und später dann Millionen ihrer schlimmsten Feinde holen.“

Und was dem Zentralrat der Juden wohl noch nicht aufgefallen ist: Es soll tausende fest organisierter militanter Antisemiten und Israel-Hasser geben, die ihrem Koran als Handlungsanweisung folgen. Von den Schulhöfen mit dem „Jude, Schwuler, Christ“-Stigma ganz zu schweigen. Es gibt also noch viel zu tun jenseits des Cancel-Culture-Circus.

Von Bestseller-Autor Peter Hahne gerade neu erschienen: „Nicht auf unsere Kosten. Aufstand gegen Lug und Trug der Eliten“ (Quadriga-Taschenbuch, Euro 10,00)

Die skandalöse Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan

Im iranischen Isfahan arbeitet das Mullah-Regime, das dem Staat Israel mit atomarer Vernichtung und Völkermord droht, an der dafür vorgesehenen Atombombe. Ausgerechnet mit dieser Stadt unterhält Freiburg seit über 20 Jahren eine freundliche, das Mordmullah-Regime legitimierende Städtepartnerschaft.

Von Carmen Shamsianpur (Israelnetz)

Die Partnerschaft zwischen dem Städtchen Freiburg in Baden-Württemberg und der iranischen Metropole Isfahan erscheint auf der aktuellen Liste der zehn schlimmsten antisemitischen Vorfälle, die das Simon-Wiesenthal-Center in Los Angeles jährlich herausgibt. Die Stadtverwaltung Isfahans veranstalte Al-Quds-Demonstrationen, auf denen die Zerstörung des jüdischen Staates gefordert werde. Michael Blume, der Antisemitismusbeauftragte des Landes, habe versäumt, auf ein Ende der Partnerschaft zu drängen.

Heiß oder Eis?

Wie lebendig ist die Verbindung der beiden Städte? Das kommt scheinbar ganz darauf an, wer fragt. Von „blühend" über „auf Eis" bis hin zu „beendet" ist alles dabei.

„Deutsche Universität beendet Programm mit iranischer Uni wegen Aufrufen zur Zerstörung Israels" – so titelt die israelische Zeitung „Jerusalem Post" am 22. Dezember 2021. Sie meint damit die wissenschaftliche Zusammenarbeit der Uni Freiburg mit akademischen Programmen in Isfahan im Rahmen der Städtepartnerschaft. Laut einem Sprecher der Universität sei das Austauschprogramm seit 2019 „ausgesetzt" worden. Nur noch „wenige Studierende" besuchten derzeit die Universität Freiburg. Umgekehrt seien derzeit keine Studenten aus Freiburg in Isfahan.

Jedoch ist mehr als fraglich, ob das Austauschprogramm wirklich den wiederholten Vernichtungsdrohungen oder nicht viel mehr COVID-19 zum Opfer gefallen ist. Die Pandemie hat den Iran hart getroffen. Zeitweise schaffte es nicht einmal mehr der Briefverkehr über die Grenze. Dass derzeit iranische Austauschstudenten in Freiburg sind, zeigt eher, wie sehr die beiden Partnerstädte an ihren Programmen festhalten.

Mittel zum Protest?

Auf der offiziellen Webseite der Stadt Freiburg gibt es keinen Hinweis auf einen Bruch in der Beziehung, die seit dem Jahr 2000 besteht. Lediglich während der Amtszeit Machmud Achmadinedschads habe die Stadtverwaltung „als Ausdruck des Protests" keine „politischen Repräsentanten" nach Isfahan geschickt. Die Formulierung lässt offen, inwiefern die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit weiterbestand.

2014, als Hassan Rohani die Präsidentschaftswahl gewann, reiste wieder ein Oberbürgermeister Freiburgs nach Isfahan. Die Seite erwähnt nicht, dass im Iran seit 2020 wieder die sogenannten „Hardliner" an der Macht sind oder dass Antisemitismus, Hinrichtungen und die Unterdrückung von Minderheiten auch unter Rohani keine Flaute erlebt haben.

Dient die Partnerschaft der Demokratisierung?

Ganz offiziell sollen Städtepartnerschaften als Teil kommunaler Außenpolitik nicht nur Begegnungen unter Bürgern, sondern auch politischen Einfluss ermöglichen. Bald nach Ende des Zweiten Weltkriegs nahmen die ersten britischen Städte Partnerschaften in Deutschland auf, um Demokratisierungsprozesse zu unterstützen. In einer ähnlichen Rolle sehen sich deutsche Städte wie Freiburg heute, wenn sie Beziehungen zu Gemeinden unter fragwürdiger rechtsstaatlicher Verwaltung pflegen.

Im Falle eines menschenverachtenden Regimes wie dem im Iran sollte derlei politische Einflussnahme zumindest im Ansatz erkennbar sein. Daran mangelt es bei der Verbindung Freiburg-Isfahan. Im Jahr 2008 hat Freiburg den ehemaligen iranischen Präsidenten Mohammed Chatami zu einem Vortrag über „Dialog zwischen islamischer und westlicher Welt" eingeladen. Despoten eine Bühne zu bieten und sie als „gemäßigt" darzustellen, legitimiert tatsächlich Gewalt an politischen Gegnern, wie sie auch unter Chatami Gang und Gäbe war.

Martin Horn, Bürgermeister von Freiburg

Er muss Freiburg sich fragen lassen, ob eine urkundlich besiegelte Städtepartnerschaft wirklich eine geeignete Form ist. Denn es gibt Alternativen. Städtefreundschaften und -kontakte erlauben es, Völkerverständigung auf der Ebene von Bürgerbegegnungen zu fördern, ohne dabei ein Regime hofieren zu müssen. Die Stadt Weimar beispielsweise unterhält eine „Städtefreundschaft" mit Schiraz im Iran. Die angestrebte „Partnerschaft" kam nicht zustande, da eine Delegation aus dem Iran sich weigerte, die KZ-Gedenkstätte in Buchenwald zu besuchen.

Kein Ende in Sicht

Freiburg allerdings hält an der Städtepartnerschaft fest. Für das Jubiläumsjahr 2020 waren große Veranstaltungen geplant. Im Oktober 2021 lehnte der Gemeinderat mit großer Mehrheit einen Antrag ab, die Verbindung zumindest „auf Eis" zu legen. Künftig werde jedoch bei Delegationsbesuchen aus Partnerstädten die Regenbogenfahne am Rathaus gehisst. Außerdem besteht seit 2015 auch eine Städtepartnerschaft zu Tel Aviv.

Dass Freiburg irgendwelche Programme „beende", entspringt wohlmöglich dem Wunschdenken des Journalisten Benjamin Weinthal, der den Artikel für die „Jerusalem Post" geschrieben hat. Seit Jahren mahnt er ein Ende der Partnerschaft an und kritisiert lautstark Michael Blume. Dass der Beauftragte gegen Antisemitismus die Entscheidung der Stadt Freiburg nicht angreift, hält Weinthal für antisemitisch. Seiner Meinung nach ist der Platz unter den „Top Ten" der weltweiten antisemitischen Vorkommnisse gerechtfertigt.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Degussa
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

Degussa fördert eine unabhängige jüdische Presse in Deutschland!

Paradoxerweise sind linksideologisierte Journalisten häufig die größte Gefahr für Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland

Korruption, inszenierte Angriffe auf Journalisten, Zensur und Unduldsamkeit gegenüber nicht-linken und nicht-grünen Positionen: Die Zunft der deutschen Journalisten berichtet nur selten über ihre eigenen Schattenseiten.

Von Michael Casper

Artikel 5 des Grundgesetzes lautet: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Doch dieser Grundsatz gilt schon lange nicht mehr. In puncto Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Zensur nähert sich Deutschland immer mehr Staaten wie Kuba, Iran, China oder Saudi-Arabien an.

Im Gegensatz zu den letztgenannten Staaten herrschen in der Bundesrepublik allerdings nicht die Politiker, sondern linke Journalisten. Aus Angst vor negativer Berichterstattung oder aus ideologischer Verbundenheit erfüllen die regierenden Volksvertreter die Wünsche und Utopien der Medienmacher. Wer das Zusammenspiel von Journalisten und Politikern stört, bekommt die geballte Medienmacht zu spüren. Presse- und Meinungsfreiheit sollen in den Augen der Presse nur gelten, wenn jemand zu kritisieren oder zu diffamieren ist, der den linken Meinungskorridor missachtet oder verlässt. Die Opfer der Presse sitzen nicht immer nur außerhalb der Redaktionen, sondern sind oft auch Kollegen innerhalb der Medienhäuser, die sich nicht regelkonform verhalten und auf Linie gebracht werden „müssen“. In den Redaktionen setzt sich eine Mehrheitsmeinung durch, die alle anderen Ansichten unterdrückt. Schließlich will niemand von den Kollegen an den Rand gedrängt werden.

Wo mittlerweile überall in Medien, Pressestellen und PR-Agenturen linke Journalisten sitzen, ist heute noch leichter zu erkennen als früher – es reicht oft ein einziger Blick: Man muss nur schauen, ob in Texten grammatikalisch falsche Gendersterne oder künstliche Wortgebilde wie „Forschende“ verwendet werden. Formulierungen à la „Politiker*innen“ oder die durchgehende Aufsplitterung von neutralen Berufsbezeichnungen wie „Bäcker“ in „Bäckerinnen und Bäcker“ haben nichts mit Gleichberechtigung zu tun. Ganz im Gegenteil! Sie machen aus unserer kompakten geschlechtsneutralen eine geschlechtsbetonte unharmonische Bandwurm-Sprache und sind Ausdruck der linken menschenfeindlichen Genderismus-Ideologie amerikanischer Universitätsprofessoren, die unsere Muttersprache – also unser höchstes Kulturgut – künstlich verkompliziert und letztendlich zerstört.

Diffamierungsopfer von Journalistenkollegen: Boris Reitschuster, Jürgen Mladek und Julian Reichelt

Drei Journalisten haben sich in den vergangenen Monaten besonders hervorgetan, weil sie sich der vorgegebenen linken Linie ihrer Kollegenmehrheit nicht anschließen und lieber unabhängig und ausgewogen berichten wollten: der freie Journalist Boris Reitschuster aus Berlin, Jürgen Mladek (Chefredakteur der Tageszeitung „Nordkurier“ aus Mecklenburg-Vorpommern) und Julian Reichelt (Ex-Chefredakteur der „Bild“). Sie hinterfragten u.a. die Einwanderungspolitik Deutschlands, recherchierten selbstständig, und deckten zahlreiche Widersprüche und Unwahrheiten auf. Dafür wurden sie nicht etwa hauptsächlich von den kritisierten und entblößten Politikern angegriffen, sondern von anderen Journalisten!

Boris Reitschuster wurde von Markus Balser in der „Süddeutschen Zeitung“ diffamiert (siehe unseren Artikel „Versuchter Rufmord der Süddeutschen Zeitung gegen Boris Reitschuster“/ JÜDISCHE RUNDSCHAU vom März 2021). Ziel der Kampagne war es, Reitschuster aus dem Journalistenverein „Bundespressekonferenz“ zu drängen, damit er der Bundesregierung in den vom Verein organisierten Pressekonferenzen weniger leicht Fragen stellen und auf die Finger klopfen kann. Balsers Artikel hatte nicht die gewünschte Wirkung. Deshalb versuchen die feindlich gesinnten Journalisten immer neue vorgeschobene Gründe zu finden, um einen Vereinsausschluss zu erwirken – zuletzt eine Spitzfindigkeit bezüglich des Impressums des Internetportals reitschuster.de.

Da der „Nordkurier“ bei Straftaten selbstverständlich alle wichtigen Informationen zur Ergreifung der Täter veröffentlichte, hetzte Benjamin Friedrich, der Macher der linksradikalen Zeitschrift „Katapult“, seine linken Journalistenfreunde aus allen Ecken der Bundesrepublik gegen die Tageszeitung in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) auf. Die Hetze kostete den Chefredakteur Jürgen Mladek so viele Nerven, dass er vorübergehend eine Auszeit nehmen musste.

Auch der ehemalige „Bild“-Chefradakteur Julian Reichelt wurde Opfer einer Diffamierungskampagne linker Journalisten – vor allem initiiert von Daniel Drepper, der die umstrittenen regierungskonformen Journalisten-Organisationen „Correctiv“ und „Netzwerk Recherche“ mitbegründete bzw. leitet. Weil den Linken seine freie Berichterstattung bei „Bild“ und „Bild TV“ nicht passte, sie aber den Fakten seiner Berichte nichts entgegenzusetzen hatten, wollten sie ihn unter der Gürtellinie treffen. Sie spionierten in seinem Privatleben herum und publizierten eine Reihe von Vorwürfen zum verlagsinternen Verhalten Reichelts – viele davon unbewiesen und alle nicht strafrechtlich relevant. Doch der Ruf des Verlags war so angekratzt, dass die Verlagsleitung sich von ihrem Chefredakteur verabschiedete. Ein erfolgreicher Rufmord!

Boris Reitschuster (links) und Julian Reichelt

Journalisten bejubeln Zensur im Internet

Man müsste denken, Journalisten würden beim Kampf gegen Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit zusammenhalten. Aber wenn Verbote den politischen Gegner treffen, dann sind sie in den Augen von linken Medienmachern natürlich berechtigt und notwendig. Mit Hilfe des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) wollen Politiker und Medienmacher Hand in Hand vor allem missliebige Meinungen im Internet unterdrücken. Diese Meinungen benennen sie im Vorfeld als „Hassrede“, um deren Bekämpfung vor schlecht informierten Bürgern zu rechtfertigen. Die linken Medienkonzerne Facebook und Google/Youtube haben beispielsweise unter Berufung auf das NetzDG der Bundesregierung Videos der „Achse des Guten“ (unter anderem des renommierten jüdischen Journalisten Henryk M. Broder) und ein Textbild der Jüdischen Rundschau gelöscht (siehe dazu Artikel bei "Tichys Einblick" vom 10. Februar 2020: „Wahrheit mit Hass verwechselt: Facebook löscht Post der Jüdischen Rundschau wegen angeblicher Hassrede“). Die Inhalte der Videos bzw. des Textbilds waren korrekt und wahrheitsgetreu.

Derzeit läuft eine Diffamierungskampagne der deutschen Medien-Mehrheit gegen Telegram, weil der Dienst bislang vom politischen Arm der deutschen Journaille, also der deutschen Regierung, noch nicht mittels des NetzDG zensiert werden kann und ungehindert unliebsame Informationen verbreitet. Obwohl Telegram täglich von Millionen unterschiedlichster Menschen weltweit genutzt wird, versuchen beispielsweise Jan-Henrik Wiebe bei tagesschau.de (05.01.2022) und Max Hoppenstedt im „Spiegel“ (Nr. 51/18.12.2021) den elektronischen Mitteilungsdienst als Medium darzustellen, das fast ausnahmslos radikalen „Rechten“ und „Querdenkern“ als Plattform dient. Am 20. August 2020 lobte derselbe Jan-Henrik Wiebe auf tagesschau.de Telegram noch als Hilfsmittel der weißrussischen Opposition. Doch wenn die deutsche Opposition Telegram für Aufrufe zu Demonstrationen gegen die rot-grüne Politik benutzt, ist es plötzlich böse.

Die kaum beachtete Zensur durch die Landesmedienanstalten

Ein kaum bekannter Eingriff in die Meinungs- und Pressefreiheit der letzten Monate, ist eine Maßnahme der deutschen Landesmedienanstalten. Sie sind halbstaatliche Institutionen, die eigentlich private Radio- und Fernsehsender in Deutschland genehmigen und beaufsichtigen sollen. Was sie dürfen und nicht dürfen, regeln die Politiker über Medienstaatsverträge und Landesmediengesetze. Mehrere Landesmedienanstalten nutzen nun den neuen im November 2020 in Kraft getretenen Medienstaatsvertrag der Bundesländer, um selbstständig gegen politisch unbequeme Internetseiten vorzugehen. Sie verschicken Mahnschreiben an Internetseitenbetreiber und fordern sie auf, nach bestimmten Regeln und Sorgfaltspflichen zu arbeiten. Wenn die Betreiber das nicht tun, werden Inhalte gelöscht oder ihre Seiten ganz abgeschaltet. Ein ungeheurer Akt von Zensur, der so noch nie dagewesen ist. Diese Briefe wurden natürlich bislang noch nicht an regierungskonform berichtende Medienkonzerne verschickt, sondern nur an kleine kritische alternative Online-Medien. Die Regeln können nach Gutsherrenart festgelegt und ausgelegt werden. Die Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen erklärt: „Wir gucken schwerpunktmäßig, ob es sozusagen handwerkliche Fehler gibt, Quellen nicht klar gekennzeichnet sind, ob Zitate nicht als solche gekennzeichnet sind, ob Recherchepflichten nicht erfüllt worden sind und ob dadurch möglicherweise ein Eindruck erzeugt wird, der in der öffentlichen Wahrnehmung manipulativ sein kann, ob absichtlich

oder versehentlich.“ Der Aufschrei in den großen Medien blieb natürlich aus, weil es die „Richtigen“ trifft. So berichteten die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ oder die „Rheinische Post“ im Februar 2021 unkritisch und wohlwollend über das neue Vorgehen.

Inszenierung von "Angriffen" auf Journalisten

Linkslastige und natürlich Genderismus praktizierende Journalistenorganisationen wie „Reporter ohne Grenzen“ oder der „Deutsche Journalistenverband“ (DJV) versuchen derzeit Kritiker einer anvisierten Corona-Impfpflicht medial als eine der Hauptgefahren für die Pressefreiheit in Deutschland aufzubauen. Stattdessen gibt es tätliche und verbale Angriffe, die von Journalisten selbst ausgehen: Sebastian Scholz, Geschäftsführer des DJV in Thüringen, brachte am 1. Mai 2021 in Weimar einen Demonstranten mit seinem Bein gewaltsam zu Fall. Scholz nahm dabei schwere Verletzungen des Mannes in Kauf. Die Szene wurde gefilmt. Am 12. April 2021 lobte Hendrik Zörner, Pressesprecher des DJV, unter der Überschrift „Na also, geht doch“ unverhohlen, dass Regierungskritiker an der Ausübung ihres Demonstrationsgrundrechtes gehindert wurden. Der DJV sieht Kritik an der Regierung als Kritik an Journalisten und entlarvt damit die Rolle der Meinungsmacher in Deutschland. Der DJV-Bundesvorsitzende Frank Überall spricht sich sogar dafür aus, regierungskritische Medien in Deutschland nicht zuzulassen. 2019 fordert er, dass „RT Deutsch“ (das russische Pendant zur Deutschen Welle) in Deutschland keine Lizenz bekommen solle. Seine Begründung unter anderem: „Russia Today hat in der Vergangenheit immer wieder tatsächliche Ereignisse einseitig dargestellt.“ Doch genau das haben Frank Überall und die Deutsche Welle selbst in der Vergangenheit nachweislich ebenfalls getan.

Wenn keine oder zu wenig Angriffe auf Journalisten nachweisbar sind, werden gerne auch mal harmlose Vorfälle zu „Angriffen“ umgedeutet, Man könnte auch sagen, dass Angriffe „erfunden“ werden, damit die Statistik passt. Im April 2021 erschien ein Artikel mit der Überschrift „TV-Team von WELT von fünf Personen angegriffen“. Die Bundesregierung sah sich nach dem Artikel genötigt, den Angriff zu verurteilen. Später kam jedoch heraus, dass es gar keinen tätlichen Angriff gab. Niemand wurde verletzt. Ein Demonstrant hatte lediglich sein Gesicht in die Kamera gehalten. Über solche „Angriffe auf die Pressefreiheit“ können Journalisten in kommunistischen Regimen wie China oder Kuba nur lachen. Das Aufbauschen belangloser Vorfälle und deren Instrumentalisierung führt lediglich dazu, dass echte Angriffe von der Öffentlichkeit nicht mehr ernstgenommen werden. Ein echter Vorfall war beispielsweise die äußerst gewaltvolle und geplante Attacke auf ein Kamerateam der ZDF-„heute-show“ am 1. Mai 2020. Dabei wurden mehrere Teammitglieder schwer verletzt. Ein Mitarbeiter wurde bis zur Bewusstlosigkeit getreten. Da sich der Überfall am Rande einer Demo gegen die Corona-Maßnahmen ereignete, wurde er von Journalisten zunächst „rechten Querdenkern“ in die Schuhe geschoben. Die Polizei widersprach jedoch und teilte mit, dass die Täter der „linken Szene“ zuzuordnen seien.

Korruption ist ok, wenn das Geld in die richtigen Taschen fließt

Medienvertreter in Deutschland warten oft gar nicht darauf, dass ihre Meinungs- und Pressefreiheit von anderen eingeschränkt wird. Häufig verpassen sie sich selbst einen Maulkorb und berichten freiwillig in einer bestimmten Art und Weise. Das hat entweder mit der eigenen Ideologie zu tun, mit den Wünschen von externen Geldgebern oder mit beidem. Beispielsweise ist vom Hamburger „Spiegel“ kaum noch eine ausgewogene Berichterstattung zu den Themen „Corona“, „Gesundheit“ und „Microsoft“ zu erwarten. Der Verlag in Hamburg bekam und bekommt von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung die beeindruckende Summe von insgesamt rund 5,4 Mio. US-Dollar.

Von der deutschen Bundesregierung fließen Gelder in Form von Anzeigen- und Werbeaufträgen an diverse Medien (2020 allein rund 5 Mio. Euro an kleinere lokale Tageszeitungen in der Bundesrepublik). Die Grünen wollen zukünftig eine systematische Presseförderung in Deutschland einführen, um ihre Freunde in den Redaktionen zu belohnen. Dafür haben sie im Mai 2021 ein Gutachten erstellen lassen, das die rechtliche Zulässigkeit der Förderung positiv bewertete. Mehrere Millionen Euro flossen bereits aus Regierungskassen an den umstrittenen Berliner Verein „Neue deutsche Medienmacher*innen e.V.“, in dem sich Journalisten mit Migrationshintergrund sammeln und lauthals mehr Rechte und mehr Präsenz im deutschen Medienbetrieb fordern. Möchten auch Sie etwas vom Kuchen abhaben? Dann beantragen Sie unter journalismus@bkm.bund.de Ihre Medien-Fördergelder bei der Bundesregierung!

Rund um Jugendclub: Der arabische Antisemitismus fasst Fuß im linken Friedrichshain

Im Ost-Berliner Bezirk und linken Szenekiez Friedrichshain lässt sich ein neues Phänomen beobachten: Antisemitische Graffitis auf Arabisch.

MENAHEM KAHANA/ AFP

Links: Auf diese Hauswand wurde „Free Palestine“ gesprüht, im Hintergrund die Alte Feuerwache. Rechts: Ebenfalls in unmittelbarer Nähe der Alten Feuerwache und ihres Jugendclubs steht dieses Klohäuschen, auf dem seit dem 4. Januar 2022 großflächig auf Arabisch „Tod Israel!“ prangt.

Von Benjamin Kanz

Erstmals sind Anfang Januar 2022 im linken Berliner Bezirk Friedrichshain großflächige antisemitische Graffitis in arabischer Sprache in unmittelbarer Nähe des Kulturzentrums Feuerwache aufgetaucht, darunter der arabische Aufruf „Tod Israel!“.

Ob die seit einigen Monaten in dem Jugendclub Feuerwache verkehrenden orientalischen Jugendlichen, die in der Nachbarschaft bereits mehrfach mit aggressivem Verhalten aufgefallen sind, mit den antisemitischen Schmierereien in Zusammenhang stehen, kann nur gemutmaßt werden. Auffällig bleibt das zeitliche Zusammenfallen beider Phänomene (seit kurzer Zeit erstmals orientalische Jugendliche im Jugendclub Feuerwache, seit ganz kurzer Zeit erstmals arabische antisemitische Graffitis rund um den Jugendclub Feuerwache).

Ein Alarmzeichen ist auf jeden Fall, dass sich in einem Berliner Viertel, das bis jetzt von dieser Art der rassistischen Hassrede verschont geblieben war, nun plötzlich diese Art des arabischen Antisemitismus breit macht. Die Redaktion der JÜDISCHEN RUNDSCHAU hofft, dass die grüne Bezirksregierung um Bürgermeisterin Clara Herrmann der Sache ebenso nachgeht wie die Polizei.

Der DJV und die Löschung der „Achse des Guten“

Trotz eines eklatanten Verstoßes gegen die Pressefreiheit, wie sie die Löschung des Videokanals der „Achse des Guten“ (100.000 Abonnenten) darstellt, bleibt der sonst lautstarke, linkslastige Deutsche Journalisten-Verband tatenlos. Seine Untätigkeit erklärt die angeblich für die Pressefreiheit kämpfende Organisation fadenscheinig damit, dass Zensur ja nur von einem Staat ausgeübt werden könne, nicht aber von einem Privatunternehmen. Scheinheilig wird dabei jedoch ausgeblendet, dass hier der Staat die von ihm gewollte Zensur in Wirklichkeit nur an Privatunternehmen ausgelagert hat, um jede Verantwortung von sich weisen zu können.

Von Henryk M. Broder

Frank Überall, Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV)

Sie haben es vermutlich mitbekommen, dass achgut.com auf YouTube nicht mehr zu finden ist. YouTube hat uns komplett gelöscht. Alle Videos, mehrere hundert Beiträge, obwohl nur eine Handvoll (oder noch weniger) beanstandet wurde, und das mit der immergleichen Begründung: „Verstoß gegen die Gemeinschaftsstandards“. Im normalen Leben würde man so etwas „unverhältnismäßig“ nennen, aber darauf kommt es im Netz nicht an. Sei's drum. Die Sache wird vor Gericht entschieden werden, und YouTube wird, wie in allen vorausgegangenen Fällen, für seinen zensorischen Eifer büßen.

Heute wollen wir Ihnen von einem anderen bedeutenden Player im Großen Haus der Meinungsfreiheit berichten, dem Deutschen Journalistenverband und seinem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Mika Beuster, im Hauptberuf Redaktionsleiter des „Weilburger Tageblatts“ und Reporterchef des „Weilburger Tageblatts“ und des „Usinger Anzeigers“.

Am 30. Dezember berichtete MDR aktuell über die YouTube-Löschaktion. Der kurzen Meldung folgte ein drei Minuten langes Interview zu der Causa mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden des DJV, Mika Beuster. Unser haitianisches Au Pair Mariposa war so freundlich, das Gespräch zu transskribieren. Hier ist es in voller Länge:

MDR: Herr Beuster, die Löschung des YouTube-Kanals der Achse des Guten ist jetzt eine Woche her. Hat der Deutsche Journalistenverband schon dagegen protestiert?

Beuster: Nein, das haben wir nicht und das werden wir auch nicht tun.

MDR: Also wenn es um die Pressefreiheit in Hongkong oder Belarus geht, dann äußern Sie sich schon mal sehr pointiert und protestieren, wenn da kritische Journalisten an der Arbeit gehindert werden. Sind Ihnen deutsche Journalisten, die kritisch berichten, nicht so wichtig?

Beuster: Ganz im Gegenteil Wir stehen für kritischen Journalismus. Wir haben 30.000 Mitglieder im DJV und wir sind das Bollwerk gegen Angriffe auf den kritischen Journalismus. Also ganz im Gegenteil. Aber es ist wirklich fraglich, ob es sich hier um kritischen Journalismus handelt. Das will ich im Einzelfall jetzt auch gar nicht beurteilen. Aber die Pressefreiheit ist hier nicht in Gefahr. Journalismus oder was guter Journalismus ist, das ist im Pressekodex festgehalten, kann jeder nachlesen. Welche Grundsätze gelten für seriösen guten Journalismus? Wahrhaftigkeit gehört dazu. In dem Fall hier kann man sicherlich sagen, dass das kein Angriff auf die Pressefreiheit ist.

MDR: Das heißt, Sie sind damit einverstanden, dass ein amerikanischer Konzern, in dem Fall YouTube, bestimmt, was wahre Informationen sind und was nicht und entscheidet, was quasi in Deutschland auf diesem Kanal zumindest gesagt werden darf und was nicht?

Beuster: Nein, so rum kann man es auch nicht drehen. Wir haben große Probleme damit, wie gerade die Digitalkonzerne aus dem Silicon Valley hier umgehen. Da geht es um so Detailfragen wie Urheberrecht im Journalismus. Eine Rolle spielen also, dass Plattformen Inhalte teilen, die von Dritten produziert werden und die daran aber dann auch nicht partizipieren. Aber ja, es kann natürlich nicht angehen, dass in Amerika bestimmt wird, quasi was zu sehen ist. Aber wenn wir über Journalismus in Deutschland reden und wenn man jetzt hier zum Beispiel das Wort der Zensur auch hört, dann stimmt das natürlich nicht. Zensur ist staatlich und nicht von anderer Stelle. Also da muss man auch die Begriffe deutlich auseinanderhalten. Und wie gesagt, wir als Deutscher Journalistenverband, wir sind für die deutschen Journalistinnen und Journalisten zuständig, also für jene, die qualitative Arbeit leisten, die wahrhaftig ist. Desinformation rügen wir und wir stellen uns dagegen. Und das haben wir zum Beispiel im Fall des staatlichen Propagandasenders RT Deutsch auch getan. Also Propaganda ist was anderes als Journalismus.

MDR: Damit sagen Sie aber eigentlich, dass die Achse des Guten Desinformationen verbreitet.

Das habe ich so nicht gesagt. Das haben wir im Fall von RT Deutsch so gesagt. Wie gesagt, das ist jetzt eine Entscheidung, die YouTube getroffen hat. Das ist die Entscheidung eines Privatunternehmens. Das kann es so treffen. Im Übrigen sind wir ja dafür, dass soziale Netzwerke wie auch YouTube Standards einhalten, die sich an den Gesetzen orientieren. Das gilt ja für alle anderen Medien auch. Also niemand darf ja Hass, Hetze, Häme und Desinformation betreiben und das ist auch gut so. Und wir finden es auch gut, dass dann die Konzerne daran gebunden sind. Wie sie das umsetzen, ist ihre Sache. Das kann man dann im Einzelnen durchaus kritisieren. Aber ja, insofern den Einzelfall jetzt der Achse des Guten, das kann man so oder so bewerten. Die Pressefreiheit sehen wir an dieser Stelle nicht in Gefahr.

Nicht schlecht, oder? So redet ein Apparatschik, der es zum stellvertretenden Vorsitzenden eines Verbandes gebracht hat, dessen 30.000 Mitglieder und Mitgliederinnen dem guten, kritischen, seriösen und wahrhaftigen Journalismus Treue geschworen haben. Schöner hätte es auch Winston Smith vom Ministerium für Wahrheit nicht sagen können.

Was lehrt uns das? Es gibt keine staatliche Zensur in der Bundesrepublik, keine Reichspressekammer, keine Reichspresseschule und kein „Rotes Kloster“ wie in der DDR, in dem angehenden Journalisten beigebracht wurde, wie sie die staatlich verordnete Wahrheit dem Volk vermitteln sollen. Was es dagegen gibt, das sind private Organisationen, Vereine, NGOs und Stiftungen, die an die Stelle staatlicher Zensurinstanzen getreten sind. So ist – neben Influencern, Eventmanagern und Freizeitpädagogen – ein neuer Berufszweig entstanden, die Faktenchecker. Sie führen Aufträge aus, die ihnen niemand erteilt hat. Und der Tropf, an dem sie alle hängen, heißt „Demokratie leben!“, ein millionenschweres Programm der Bundesregierung zur Förderung demokratischen Bewusstseins in der Bevölkerung, die von „Querdenkern“ und anderen negativen Elementen in die Irre geführt wird.

Israelische Politiker kritisieren parteiübergreifend die israel-averse Nahostpolitik der Europäischen Union

In Brüssel nutzt die Knesset-Gruppe für christliche Verbündete eine Konferenz mit pro-israelischen EU-Abgeordneten, um an der seit Jahren widersinnig aufrechterhaltenen schädlichen und unpraktikablen Forderung der EU nach einer „Zwei-Staaten-Lösung" für Israel Kritik zu üben.

Von Elisabeth Hausen

Juli Edelstein (links) und Sharren Haskel von der Knesset-Gruppe für christliche Verbündete

Die Nahostpolitik der Europäischen Union widerspricht den Abkommen, die Israelis und „Palästinenser" miteinander geschlossen haben. Diese Ansicht äußerte der Leiter des Zentrums für internationales Recht und öffentliche Politik in Nahost, Andrew Tucker, am Donnerstag auf einer Konferenz in Brüssel. Die Denkfabrik hat ihren Sitz in Den Haag. Tucker ist zudem seit 2018 internationaler Berater der Organisation „Christen für Israel International".

Die Konferenz fand als Präsenzveranstaltung mit Internetübertragung statt. Sie trug den Titel: „Weg zum Frieden. Ein kritischer Blick auf die Zwei-Staaten-Lösung der EU für den israelisch-palästinensischen Konflikt". Auch Vertreter der Knesset-Gruppe für christliche Verbündete nahmen teil. Unter ihnen waren deren Vorsitzende Juli Edelstein (Likud) und Sharren Haskel (Neue Hoffnung) sowie der israelische Religionsminister Matan Kahana (Jamina).

Tucker stellte die Forderung der EU in Frage, dass Israel einen „Palästinenser"-Staat unter Führung der „Palästinensischen Autonomiebehörde" (PA) akzeptieren müsse. Der Mitautor des Buches „Israel on Trial" (Israel vor Gericht) sagte laut der „Jerusalem Post": „Unser interdisziplinärer Bericht überprüft die Entstehung und Entwicklung dieser Politik über vier Jahrzehnte, analysiert rechtliche Angelegenheiten und untersucht den breiteren regionalen Kontext. Wir schlussfolgern, dass die Politik der EU politisch motiviert und aus rechtlicher Sicht höchst umstritten ist."

Der gebürtige Australier fügte hinzu: „Internationales Recht ordnet nicht die spezifische Lösung an, die von der EU gefordert wird. Die EU übernimmt eine einseitige Politik, die den zwischen den beiden Parteien erreichten Abkommen widerspricht." Offenbar vergesse sie die aktuellen Wirklichkeiten in den „palästinensischen" Gebieten und im Nahen Osten. Das sei besonders alarmierend. „Es ist Zeit für einen neuen Zugang."

Edelstein: „Kennzeichnung von Siedlungsprodukten trägt nicht zum Frieden bei"

Edelstein kritisierte im Vorfeld die Entscheidung der belgischen Regierung, Produkte aus Judäa und Samaria zu kennzeichnen: „Außer, dass sie unter Juden und Palästinensern gleichermaßen Arbeitslosigkeit verursachen, erreichen diese Entscheidungen nichts; sie leisten definitiv keinen Beitrag zum Frieden."

Die stellvertretende Vorsitzende der Knesset-Gruppe, Sharon Weinstein, sagte: „Es ist besonders wichtig, sich in Brüssel mit christlichen Abgeordneten zu treffen, die langjährige Unterstützer Israels sind. So können wir sie ermutigen, ihre Stimme in der internationalen Arena hören zu lassen."

Auf der Konferenz sprach auch der niederländische Abgeordnete des Europäischen Parlamentes, Bert-Jan Ruissen (Staatkundig Gereformeerde Partij). Er leitet die Delegation für die Beziehungen zu Israel in der EU. „Der fortgesetzte Aufruf der EU zu einer Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage der Grenzen von 1967 wird der komplexen Situation in dieser Region und den Oslo-Abkommen nicht gerecht", zitiert ihn die „Jerusalem Post". „Ernsthafte Friedensverhandlungen können nur Erfolg haben, wenn man sich dieser Wirklichkeit stellt und sie anerkennt."

Haskel kritisiert „leere Rhetorik"

Die israelische Politikerin Haskel betonte, wer wirklich eine bessere Zukunft für die Menschen in der Nahostregion wolle, „sollte leere Rhetorik und unproduktive Ideen hinter sich lassen". Sie hätten der „palästinensischen" Gesellschaft noch keine Vorzüge gebracht. Wichtig sei es, sich mit Menschenrechtsverstößen wie denen zu befassen, die die Hamas dem Gazastreifen und den benachbarten Gebieten aufdränge.

„Wir können nur auf eine bessere Zukunft in dieser Region hoffen, einschließlich für die Palästinenser, wenn wir anerkennen, wer die wahren Aggressoren und Verbrecher sind", ergänzte die Knesset-Abgeordnete. „Israel strebt danach, ein Licht für die Nationen zu sein und eine bessere Zukunft nicht nur für seine eigenen Bürger, sondern für die weltweite Gemeinschaft zu formen."

Religionsminister Kahana bezeichnete es als wichtig, „dass die europäischen Gesetzgeber wissen, dass Israel solide rechtliche und morasche Gründe hat, seine Aktivitäten zu verteidigen, vor allem da sie oft anti-israelischer Rhetorik ausgesetzt sind". Er habe als Soldat zusammen mit dem israelischen Premierminister Naftali Bennett (Jamina) in einer Spezialeinheit gedient. Zudem sei er ehemaliger Kampfpilot und Staffelkapitän. Daher wisse er, „dass die Aktionen, die die israelische Regierung im Hinblick auf das Sicherheitssystem in Angriff nimmt, sowohl von unserer Verpflichtung gegenüber Israel als jüdischem Staat herrühren als auch von unserer Verpflichtung, die demokratischen Rechte aller Menschen zu schützen".

Die Knesset-Gruppe für christliche Verbündete wurde 2007 gegründet. Ihr gehören 20 Abgeordnete aus acht Parteien an. Sie hat das Ziel, direkte Kontakte zu christlichen Führungspersönlichkeiten und politischen Vertretern zu knüpfen und zu pflegen. Dachorganisation ist die „Israel Allies Foundation" (Stiftung christliche Verbündete, IAF), die 50 Gruppen in aller Welt umfasst. Veranstalter der Konferenz in Brüssel waren die Europäische Christliche Politische Bewegung (ECPM) und die IAF.

Rettung irakischer Juden organisiert: Früherer Minister Ben-Porat gestorben

Wegen Hilfe bei der Ausreise und der Alija irakischer Juden wurde Mordechai Ben-Porat mehrfach inhaftiert. Nach einer abwechslungsreichen Laufbahn starb der israelische Politiker nun mit 98 Jahren.

(Israelnetz) Er gehörte zu den Vordenkern der illegalen jüdischen Auswanderung aus dem Irak nach Israel: Mordechai Ben-Porat. Im Laufe seines Lebens gründete er in Israel zwei Parteien und war in zwei weiteren Mitglied. Nun ist der ehemalige Minister und Knesset-Abgeordnete im Alter von 98 Jahren gestorben.

Mordechai Ben-Porat kam am 12. September 1923 in der irakischen Hauptstadt Bagdad zur Welt. 1942 schloss er sich mit 19 Jahre der Untergrundbewegung „HeChalutz" an. Im israelischen Unabhängigkeitskrieg kämpfte er 1948 als Kompaniekommandeur. Maßgeblich beteiligte er sich an der Organisation der Operation „Esra und Nehemia", die in den Jahren 1950 und 1951 heimlich 130.000 Juden aus dem Irak nach Israel brachte. In diesem Zusammenhang wurde er viermal verhaftet und auch gefoltert.

Das Engagement mündete 1975 in die Gründung der Weltorganisation für Juden aus arabischen Ländern. Ben-Porat wurde ihr Präsident. Zudem half er 1979 nach der Revolution im Iran der Einwanderungsorganisation Jewish Agency. Sie bemühte sich, Juden aus der neu entstandenen Islamischen Republik bei der Alija zu unterstützen.

Mitglied in Arbeitspartei und Likud

In Israel gehörte Ben-Porat 1965 zu den Gründern der von David Ben-Gurion ins Leben gerufenen „Israelischen Arbeiterliste" (Rafi), die eine Regierung mit der National-Religiösen Partei bildete. In Or Jehuda südöstlich von Tel Aviv war er Ortschaftsratsvorsitzender. 1968 schloss er sich der Israelischen Arbeitspartei (Avoda) an. Für sie saß er von November 1969 bis Juni 1977 zwei Legislaturperioden in der Knesset, deren stellvertretender Sprecher er auch war. Vor den Wahlen für die 9. Knesset gründete er die „Bewegung für die Erneuerung des sozialen Zionismus", sie scheiterte allerdings an der Prozenthürde.

Daraufhin schloss sie sich der Telem-Partei des früheren Verteidigungsministers Mosche Dajan an. So wurde Ben-Porat 1981 auch in die 10. Knesset gewählt. Nach Dajans Tod spaltete sich das Bündnis. Die Fraktion von Ben-Porat beteiligte sich an der Regierung Menachem Begins, er wurde Minister ohne Geschäftsbereich. Den Posten behielt er auch unter Jitzchak Schamir, der 1983 Premierminister wurde. Schließlich trat er nach einem erfolglosen Versuch zurück, eine nationale Einheitsregierung zu bilden. 1988 wurde er Mitglied beim Likud, der konservativen Partei von Begin und Schamir.

Im Jahr 2001 erhielt Ben-Porat den Israel-Preis für sein Lebenswerk. Dieser würdigte gleichzeitig seinen besonderen Beitrag für Gesellschaft und Staat.

Mordechai Ben-Porat starb am Montagmorgen. Er wurde am Dienstag in Holon bei Tel Aviv beigesetzt. (eh)

Endlich mehr Schutz gegen den Terror aus Gaza

Das israelische Verteidigungsministerium hat mit einer Zeremonie den Abschluss des Baus einer neuen und für die Zivilbevölkerung Israels überaus wichtigen Sicherheitsbarriere an der Grenze zum Gazastreifen verkündet.

Von Redaktion Audiatur

Der Bau der Sperre dauerte dreieinhalb Jahre und erstreckt sich über die gesamte Länge der Grenze, insgesamt 65 km. Die Kosten betrugen 3,5 Mrd. NIS (rund 1 Mrd. Euro).

Sie besteht aus einer unterirdischen Komponente mit Sensoren, einem oberirdischen intelligenten Zaun mit einer Höhe von über 6 m, einer Seesperre, Radarsystemen und Kommando- und Kontrollräumen, um das Eindringen aus dem Gazastreifen in israelisches Gebiet zu verhindern.

Bei der Zeremonie sagte Verteidigungsminister Benny Gantz: „Die Sperranlage, ein innovatives und technologisch fortschrittliches Projekt, beraubt die Hamas einer Möglichkeit, die sie zu entwickeln versuchte, und errichtet eine ‚eiserne Grenze', Sensoren und Beton zwischen der Terrororganisation und den Bewohnern im Süden Israels. Diese Barriere wird den israelischen Bürgern Sicherheit geben und es dieser wunderschönen Region ermöglichen, sich weiter zu entwickeln und zu gedeihen."

Die Sperranlage ist ein nicht-tödlicher Ansatz zur Verhinderung von Infiltrationen und Terroranschlägen. Während der Bauarbeiten wurden 20 Terrortunnel der Hamas, die in Richtung Israel gegraben wurden, freigelegt und verschlossen.

Die Technologie der unterirdischen Sperre umfasst Sensoren und Radargeräte, die künftige Versuche, einen Tunnel nach Israel zu graben, verhindern sollen.

Für den Bau der unterirdischen Barriere wurden 220.000 Lastwagen mit Beton, über 2 Millionen Kubikmeter und 40.000 km Eisen verwendet (genug, um eine Linie aus Eisen von Israel nach Australien zu bauen). Die Barriere hat keine Angriffsfunktionen.

Der Zaun wird auch oberirdische Infiltrationen verhindern und einen robusteren Schutz bieten als der alte Zaun, der in den letzten drei Jahren bei Ausschreitungen immer wieder versucht wurde, zu durchbrechen. Im August wurde ein Offizier der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) bei einem Protest am Zaun aus nächster Nähe erschossen.

Die Hamas nutzt schon seit Jahrzehnten Tunnel. In den 1990er Jahren lag der Schwerpunkt auf dem Schmuggel von Waren aus Ägypten. Seit Anfang der 2000er Jahre baute die Hamas die Tunnel aus, um sie für Angriffe innerhalb Israels zu nutzen.

Der letzte von den IDF im November 2020 gefundene Tunnel, der die Grenze überquerte, lag etwa 75 m unter der Erde.

Im Konflikt vom Mai 2021 war das Hauptziel der IDF die Zerstörung des sogenannten Hamas „Metro-Systems", eines Labyrinths von miteinander verbundenen Tunneln unter dem ganzen Gazastreifen. Es gab auch zwei Tunnel in der Nähe der Grenze, die ins Visier genommen wurden.

Seit Mai hat Israel in Abstimmung mit Ägypten Anstrengungen unternommen, um die Bedingungen im Gazastreifen zu verbessern. Dazu gehören die Ermöglichung der Einfuhr von Waren und die Ausweitung der Fischereizone. Im Oktober erhielten weitere 3.000 Menschen aus dem Gazastreifen die Erlaubnis, nach Israel einzureisen, womit die Gesamtzahl der täglichen Einreisegenehmigungen auf 10.000 stieg – die höchste Zahl seit der Übernahme des Gazastreifens durch die Hamas im Jahr 2007.

Moderner israelischer Schutzzaun an der Grenze zu Gaza

Israel erhofft sich von der neuen Sperranlage eine Ergänzung der Bemühungen um eine langfristige Beendigung der Gewalt.

Gestern veröffentlichte Al-Jazeera Kommentare eines anonymen hochrangigen Hamas-Offiziellen, der erklärte: „Wir prüfen die Möglichkeit, die Spannungen mit Israel angesichts der anhaltenden Belagerung des Gazastreifens und der Verzögerung bei der Sanierung des Gazastreifens zu verschärfen."

Verteidigungsminister Gantz sagte in seiner Rede: „Um die Realität in Gaza zu verändern, sind unsere Forderungen einfach und klar: Stopp der militärischen Aufrüstung der Hamas, langfristige Ruhe und die Rückgabe unserer Männer. Wir arbeiten unermüdlich daran, dies zu erreichen. Ich rate der Hamas, sich mit diesen Fragen zu befassen und sich nicht auf Drohungen zu konzentrieren."

Nach dem Bau der Gaza-Sperre wendet sich das Verteidigungsministerium nun der libanesischen Grenze zu, deren bestehender Grenzzaun seit langem als unzureichend kritisiert wird.

Im aktuellen Verteidigungshaushalt sind Mittel für eine ähnliche Beton- und Stahlbarriere entlang der libanesischen Grenze vorgesehen, um die Bedrohung durch Hisbollah-Infiltrationen zu verhindern oder zumindest zu entschärfen.

Das Dreierbündnis zwischen Israel, Zypern und Griechenland gegen den türkischen Hegemonialanspruch

Bereits zum achten Mal treffen sich Vertreter Israels, Zyperns und Griechenlands zu Beratungen. Bei den Gesprächen in Jerusalem geht es um die angespannten Beziehungen mit der besonders unter Erdogan verstärkt aggressiven und expansionistischen Türkei.

(Israelnetz) Israel, Griechenland und Zypern vertiefen ihre Beziehungen. Am Dienstag haben sich führende Politiker der drei Länder zu einem Dreiergipfel in Jerusalem getroffen. Es war das bisher achte Treffen des Bündnisses. Die Politiker sprachen unter anderem über Energie- und Sicherheitskooperationen, sowie über Herausforderungen beim Klimawandel. In einer gemeinsamen Erklärung sagten die drei, dass sie „den Energiesektor, spezifisch Erdgas und erneuerbare Energien, als soliden Grund für eine regionale Partnerschaft" sehen.

Vor dem Gipfel traf sich Israels Staatspräsident Jitzchak Herzog mit dem zyprischen Präsidenten Nikos Anastasiades. In dem Gespräch ging es um globale und regionale strategische Herausforderungen und um Klima-Initiativen. Anschließend traf sich der israelische Premier Naftali Bennett (Jamina) mit dem zyprischen Staatschef. Sie unterschrieben ein Abkommen über wissenschaftliche und technische Kooperation. Bennett war außerdem im Zweiergespräch mit dem griechischen Premierminister Kyriakos Mitsotakis. Letzterer tauschte sich nach dem Gipfel mit Herzog über die Kooperation im Tourismus aus.

Beziehung des Trios zur Türkei

Zentrales Thema bei dem Dreiergipfel war laut Mitteilung des israelischen Presseamtes die Beziehung mit der Türkei. Die Kooperation zwischen den drei Ländern hatte sich entwickelt, nachdem die israelisch-türkischen Beziehungen sich verschlechtert hatten. Zwischen den drei Staaten und der Türkei kam es auch im vergangenen Jahr zu Spannungen, nachdem Israel und Zypern ein reiches Erdgasvorkommen im Mittelmeer gefunden hatten. Zusammen mit Griechenland planen die beiden Länder eine Pipeline nach Mitteleuropa.

Im März dieses Jahres hielten die drei Staaten eine gemeinsame Militärübung ab. International wurde das als Zeichen einer wachsenden militärischen Zusammenarbeit gewertet. Während der Corona-Krise nahm auch die Kooperation des Trios in den Bereichen Tourismus und Waldbrandbekämpfung zu. Beim Gipfel lobte der zyprische Staatspräsident das Abraham-Abkommen zwischen Israel und mehreren arabischen Ländern. Es sei ein „wahrer Paradigmenwechsel" für die regionale Kooperation. Er und der griechische Regierungschef würden „an gemeinsamen Projekten mit den Parteien aus dem Abkommen teilnehmen". (mls)

Zyperns Präsident Anastasiades (l.), Israels Premierminister Bennett (M.) und Griechenlands Ministerpräsident Mitsotakis (r.) beim Gipfeltreffen

Warum die Entwicklung der Golanhöhen gut für die gesamte Region ist

Seit fast 40 Jahren wurde wenig getan, um die Brache der Hochebene zu entwickeln und positiv zu verändern. Zwischenzeitlich scheint die Zeit reif zu sein, der Verödung der Golanhöhen nachhaltig entgegenzuwirken.

Von Yochanan Visser (Israel Heute)

Wer die Golanhöhen heute besucht und schon einmal dort war, wird feststellen, dass sich seit der Eroberung durch Israel vor 55 Jahren wenig verändert hat. Vierzig Jahre nach der Annexion der Golanhöhen durch Israel und mehr als zweieinhalb Jahre, nachdem der ehemalige US-Präsident Donald J. Trump die Golanhöhen als Teil Israels anerkannt hat, leben dort nur 27.000 jüdische Israelis.

Die übrigen (26.500) Einwohner der Golanhöhen sind Drusen oder Alawiten (2.000). Es ist die einzige Region in Israel, in der keine Araber leben. Die Juden auf den Golanhöhen leben in vier überwiegend kleinen Städten, 18 Moschawim und 10 Kibbuzim.

Ein großer Teil des Golan liegt brach

Ein Großteil des von Syrien eroberten Gebiets liegt noch immer brach, in diesen Gebieten weiden nur Rinderherden. Es gibt auch Teile der Golanhöhen, die aufgrund der vor dem Sechstagekrieg verlegten Landminen immer noch unzugänglich sind. Man kann immer noch zerstörte und beschädigte Gebäude und Moscheen sehen, die Syrien während des Konfliktes von 1967 zurückgelassen hat.

Wenn man dem israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett glauben darf, wird diese Situation nun ein Ende haben. Bennetts Kabinett hielt am vergangenen Sonntag eine Sondersitzung im Kibbuz Mevo Hama auf den Golanhöhen ab. Der Premierminister kündigte dabei an, dass seine Regierung eine riesige Summe in das Gebiet pumpen werde.

Investition von 1 Milliarde Schekel

Ein Betrag von einer Milliarde Schekel (312.500.000 $) soll für den Bau von 7.300 Wohnungen und Häusern für 23.000 neue Bewohner der Golanhöhen verwendet werden, hieß es. Darüber hinaus sollen zwei neue Ortschaften (Asif und Matar) mit insgesamt 4.000 Wohnungen gebaut werden. 160 Millionen Schekel (mehr als 50.000.000 $) werden für die Verbesserung von Straßen und öffentlichen Verkehrsmitteln ausgegeben, während 162 Millionen Schekel für die regionale Entwicklung, einschließlich des Tourismus, vorgesehen sind.

Rund 2.000 Arbeitsplätze sollen in der Tourismusbranche, der Landwirtschaft, dem Hotelgewerbe und dem Handel geschaffen werden. Der Rest des Geldes soll dazu verwendet werden, die Golanhöhen zu Israels Hauptstadt der grünen Energie zu machen. Heute gibt es in dem Gebiet nur eine Handvoll Windräder, doch das wird sich laut Bennett bald ändern. Es wird groß angelegte Solarenergieprojekte geben, die 200 Hektar umfassen.

Bennetts Rede

Bennett hielt eine Rede, in der er stolz seinen Plan vorstellte. Nachfolgend finden Sie Auszüge aus der Rede:

„Freunde, dies ist unser Moment; dies ist der Moment für die Golanhöhen. Eine Kombination von Umständen hat uns heute zu einer dramatischen Entscheidung der Regierung geführt, beträchtliche Mittel, etwa 1 Milliarde NIS, für die Stärkung der Gemeinden auf den Golanhöhen bereitzustellen.

Zunächst muss gesagt werden, dass die Golanhöhen israelisch sind; das ist selbstverständlich. Seit 1981 gilt dort israelisches Recht, und das ist unbestritten. Die Tatsache, dass die Trump-Administration dies anerkannt hat, und die Tatsache, dass die Biden-Administration deutlich gemacht hat, dass sich an dieser Politik nichts geändert hat, sind ebenfalls wichtig. Nach rund zehn Jahren eines schrecklichen Bürgerkriegs in Syrien ist jedem vernünftigen Menschen auf der Welt klar, dass ruhige, blühende und grüne israelische Höhen der Alternative vorzuziehen sind.

Außerdem haben in den letzten zwei Jahren viele Israelis entdeckt, dass man von zu Hause aus arbeiten kann und nicht unbedingt im Zentrum des Landes leben muss. In diesem Zusammenhang können die Golanhöhen eine wunderbare Option für alle sein, die saubere Luft, Platz und Lebensqualität wollen. Vor einigen Minuten habe ich hier Kinder im Kindergarten gesehen.

Hier kommt unsere Regierung ins Spiel. Der Plan, den wir heute verabschieden werden, ist seit 40 Jahren in Kraft und – ehrlich gesagt – seit Jahren überfällig. Seit vielen Jahren stagniert der Umfang des Gemeinschaftslebens. Wir haben eine große Lücke zu schließen, und damit beginnen wir heute.

Ich möchte es ganz klar sagen: Nach vielen statischen Jahren, was den Umfang des Gemeindelebens angeht, ist es heute unser Ziel, die Einwohnerzahl auf den Golanhöhen zu verdoppeln. Zu diesem Zweck werden wir die Stadt Katzrin mit zwei neuen Stadtteilen, den Vierteln 12 und 13, stärken. Zu diesem Zweck werden wir zudem zwei neue Gemeinden auf den Golanhöhen gründen, Asif und Matar. Wir stärken hier das Gemeinschaftsleben.

Dafür stellen wir erhebliche Mittel zur Verfügung, und ich möchte allen Ministerien danken. Rund 1 Milliarde NIS werden die Höhen in einen lebenswerten Ort verwandeln. Von diesem Geld sind mehr als 500 Millionen NIS für Planung und Wohnungsbau vorgesehen. 162 Mio. NIS sind für die regionale Entwicklung bestimmt – Tourismus, Industrie, Handel, alles, was hier gute Arbeitsplätze schafft. Weitere 160 Mio. NIS sind für die Verbesserung der Lebensqualität vorgesehen – Verkehr, medizinische Versorgung und andere Aspekte des Lebens.

Die Golanhöhen werden in gewisser Weise sehr grün sein und in der Tat die technologische Hauptstadt der erneuerbaren Energien in Israel werden. In diesem Zusammenhang möchte ich dem Energieminister danken.

Ich möchte auch etwas sagen, was mir persönlich sehr wichtig ist und was meiner Meinung nach auch zur Widerstandsfähigkeit des Staates Israel beiträgt. Die Tatsache, dass die Minister der Regierung hier sind, von der Rechten und der Linken, und hier zusammensitzen, ist sehr beeindruckend. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Unsere Regierung ermöglicht es uns, den nationalen Konsens Israels neu zu finden. Nach vielen Jahren, in denen wir uns ständig auf das konzentriert haben, was uns trennt, versuchen wir hier zu betonen, was uns eint. Die Golanhöhen, die Notwendigkeit, sie zu stärken, zu kultivieren und dort zu leben, ist sicherlich ein Prinzip, das uns alle hier vereint.

Israelis erholen sich in einem natürlichen Heißwasser-Becken auf den Golanhöhen.

Und den Israelis, die auf der Suche nach einem Ort sind, an dem sie ihr Haus bauen können, sage ich: Die Höhen warten auf euch, kommt auf den Golan!“

Überbevölkerung in Zentralisrael

Bislang kommen viele Israelis nur auf den Golan, um Urlaub zu machen, zu wandern oder im Winter auf dem Berg Hermon Ski zu fahren. Der Mangel an Wohnraum und Arbeitsplätzen war der Hauptgrund dafür, dass Israelis den Golan nicht als Wohnort gewählt haben.

Die Überbevölkerung in Zentralisrael zwang die Regierung jedoch zu drastischen Maßnahmen, und die Erschließung der Golanhöhen ist eine davon. Die anderen Maßnahmen sind die weitere Erschließung von Galiläa und die Besiedlung der Negev-Wüste, die bereits der erste israelische Ministerpräsident David Ben-Gurion ins Auge gefasst hatte.

Syrien reagiert scheinheilig

Bennetts Äußerungen haben das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad sehr verärgert, aber der Diktator wird in dieser Frage keinen neuen Krieg mit Israel beginnen können.

„Syrien hat die gefährliche und beispiellose Eskalation der israelischen Besatzungsbehörden auf dem besetzten syrischen Golan scharf verurteilt“, berichtete Assads Sprachrohr, die Nachrichtenagentur SANA.

„Die syrische Regierung bekräftigt ihre ständige und starke Unterstützung für ihre syrischen Bürger, die Bevölkerung des besetzten syrischen Golan, die sich der israelischen Besatzung widersetzt und die Annexionsentscheidung und die Politik der gewaltsamen Landnahme ablehnt“, hieß es später in einer Erklärung des syrischen Außenministeriums.

Der Aufschrei Assads über Bennetts Worte ist jedoch scheinheilig.

Der syrische Diktator ist nicht einmal in der Lage oder nicht willens, die zerstörten Städte und Dörfer in Syrien wiederaufzubauen. Unwillig deshalb, weil die meisten dieser Orte vor Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 von sunnitischen Muslimen bewohnt waren und die meisten dieser Sunniten immer noch gegen das Regime kämpfen.

Infolge von Assads Politik sind mehr als die Hälfte der 22 Millionen Syrer, die das Land vor dem Bürgerkrieg bevölkerten, sowohl innerhalb Syriens als auch im Ausland auf der Flucht.

Israel hat stets deutlich gemacht, dass es die Golanhöhen nicht aufgeben wird, weil das Plateau für die Verteidigung des jüdischen Staates lebenswichtig ist. Vor Beginn des Sechstagekriegs 1967 terrorisierte Syrien die israelischen Gemeinden entlang der Grenze zu Israel, die damals nur wenige Kilometer vom Ufer des Sees Genezareth entfernt war. Seit dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 war die israelische Grenze zu Syrien eine der ruhigsten, bis der Iran in der zweiten Hälfte des zehnjährigen internen syrischen Konflikts begann, Israel mit Raketen- und Drohnenangriffen zu provozieren.

Scheinheiligkeit und Rassismus der selbsternannten „Regenbogen-Nation“ Südafrika

Unverhohlener Antisemitismus und anti-weißer Rassismus machen sich in der Post-Apartheid-Ära Südafrikas breit: Als kürzlich ein jüdischer Südafrikaner in Israel von einem Araber ermordet wurde, war entgegen allen diplomatischen Gepflogenheiten keine wahrnehmbare Anteilnahme der südafrikanischen Regierung zu spüren.

Von Charles Gardner

Von Südafrika geht etwas Schlimmeres aus als die Omikron-Covid-Variante – und das ist die widerliche Scheinheiligkeit der südafrikanischen Regierung. Ich denke dabei an das ganze Thema Rassismus und daran, wie sich der Spieß in der Post-Apartheid-Ära umgedreht hat – allerdings manchmal auf eine höchst wenig hilfreiche Weise.

Eliyahu Kay, ein 26-jähriger südafrikanischer Staatsbürger aus Johannesburg, wurde am Sonntag, dem 21. November, von einem Hamas-Terroristen in der Altstadt von Jerusalem ermordet.

Doch kein offizieller südafrikanischer Vertreter machte sich die Mühe, an der Beerdigung teilzunehmen oder seiner trauernden Familie auch nur seine Anteilnahme zu bekunden. Die Art von Hilfe, die man unter solchen Umständen normalerweise erwarten würde. Auch haben sie die Gräueltat nicht verurteilt. Nicht einmal ein Tweet!

Eli, ein Reiseleiter, hatte sich für die Aliyah (Einwanderung) nach Israel entschieden, die ihm als Jude zusteht, während er gleichzeitig die Staatsbürgerschaft seines Geburtslandes behielt. Er war auf dem Weg zum Gebet an der Westmauer, als der Terrorist zuschlug.

Die Situation wurde noch verschärft, als trauernden Angehörigen aus Südafrika die Einreise nach Israel wegen des Virus verweigert wurde. Die Behörden in Pretoria haben sich in ihrer verbissenen Anti-Israel-Position so sehr verfestigt, dass sie nicht einmal mehr in der Lage sind, diplomatisch angemessen zu handeln. Sie haben sich auch von ihrer eigenen Kandidatin bei der Miss-Universe-Wahl distanziert, weil diese im jüdischen Staat abgehalten wird. Glücklicherweise hat Miss Südafrika Lalela Mswane den Druck, nicht anzutreten, ignoriert, sodass die Schönheit die Bestie besiegt hat.

Südafrika ist nicht der einzige Staat, der einen derart unverhohlenen Antisemitismus an den Tag legt, aber dieser Fall ist meiner Meinung nach besonders schockierend, weil es die jüdische Gemeinschaft Südafrikas war, die die Kampagne zur Abschaffung der Apartheid angeführt hat.

Ich denke dabei an die gefürchtete Helen Suzman, die als einzige Abgeordnete der Anti-Apartheid-Progressivpartei in den 60er und 70er Jahren die herrschenden weißen Nationalisten bei jeder Gelegenheit wegen ihrer Hartnäckigkeit anklagte, von ihrer festgefahrenen Position abzurücken, den Farbigen das Wahlrecht und viele andere Rechte zu verweigern. Ich selbst wurde in ihrem Namen politisch aktiv. Die jüdische Gemeinschaft war in großem Maße auch für den Aufbau der Wirtschaft des Landes verantwortlich (zugegebenermaßen mit unbestreitbarer Hilfe billiger schwarzer Arbeitskräfte), die die derzeitigen Machthaber nach Kräften zu zerstören scheinen.

Es hat keinen Sinn, darüber zu jammern, dass die westlichen Länder sie jetzt wegen der neuen Covid-Variante mit einem Flugverbot nach Kapstadt und Johannesburg „bestrafen“. Vielleicht sollten sie darüber nachdenken, ob diese „Disziplin“ von höherer Stelle kommt!

Werden diejenigen, die immer wieder darauf hinweisen, dass Israel angeblich Apartheid praktiziert, nun vor der südafrikanischen Botschaft wegen des eklatanten Rassismus des Landes gegenüber einem seiner eigenen Bürger demonstrieren?

Trauernde tragen den Leichnam des 25-jährigen Eliyahu Kay während seiner Beerdigung in Jerusalem, nachdem er einen Tag zuvor von einem bewaffneten „Palästinenser“ auf dem Weg zur Klagemauer ermordet worden war.

Missbrauch der Rassismus-„Karte“

In der Zwischenzeit wird die Karte „Rasse“ weiterhin rücksichtslos missbraucht, wobei der ehemalige englische Kricket-Kapitän Michael Vaughan das jüngste Opfer ist. Er wurde wegen einer angeblichen Bemerkung, für die es außer dem Beschwerdeführer offenbar keine nennenswerten Zeugen gibt, aus dem BBC-Übertragungsteam für die Ashes-Serie in Australien in diesem Winter gestrichen. Azeem Rafiq behauptet, Vaughan habe 2009, als er Kapitän von Yorkshire war, zu einer Gruppe asiatischer Spieler gesagt: „Es gibt zu viele von euch, wir müssen etwas tun.“

Vaughan weist Rafiqs Version der Ereignisse kategorisch zurück. Und doch wird Vaughan entgegen dem Grundgedanken von Demokratie und Gerechtigkeit, auf dem unsere große Nation aufgebaut ist, ohne das ihm zustehende ordentliche Gerichtsverfahren für schuldig erklärt. Was ist aus dem Diktum „unschuldig, bis die Schuld bewiesen ist“ geworden?

Wie viele inzwischen wissen, ist Rafiq inzwischen selbst des Rassismus überführt worden – insbesondere wegen antisemitischer Nachrichten, die er vor zehn Jahren auf Facebook gepostet hatte. Und hat die jüdische Gemeinde nach seiner zugegebenermaßen ausführlichen Entschuldigung mit Steinwürfen auf ihn reagiert?

Nicht im Geringsten. Marie van der Zyl, Präsidentin des Board of Deputies of British Jews, akzeptierte seine Entschuldigung einfach als „herzlich“ und „aufrichtig“ – und beließ es dabei.

Der Kolumnist der „Daily Mail“, Richard Littlejohn, war sehr angetan von der Art und Weise, wie er mit dieser Angelegenheit umging: „Menschen tun und sagen dumme Dinge, besonders wenn sie jung sind. Der Glaube an Vergebung und Wiedergutmachung ist die Grundlage jeder zivilisierten Gesellschaft.“

Vielleicht sollten sie bedenken, dass es ohne die Juden kein Weihnachten gegeben hätte. Jesus wurde als Jude geboren, starb als Jude und wird als Löwe aus dem Stamm Juda wiederkommen (Offb 5,5). Er kommt als Richter aller und als König der Könige zurück. Und irgendwann werden wir alle für jedes unbedachte Wort, das wir gesprochen haben, Rechenschaft ablegen müssen (Mt 12,36). Es ist besser, wenn wir die Dinge jetzt in Ordnung bringen.

All das muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass Israel bald im Auge des Sturms eines neuen großen Konflikts stehen könnte (ausgelöst durch den Iran), der die Rückkehr unseres Herrn einleiten könnte. Sind wir bereit für das, was für jeden von uns entweder Gericht oder Freude bedeuten wird?

Israel: Weltweit erster Schwangerschaftstest auf Speichelbasis entwickelt

Die Stäbchen-Urinprobe zur Ermittlung der Schwangerschaft wird bald überflüssig sein – dank SaliStick, einem revolutionären israelischen Schwangerschaftstest-Kit auf Speichelbasis.

Von Redaktion Audiatur

Das Produkt hat die klinischen Studien und Tausende von analytischen Versuchen in Israel erfolgreich abgeschlossen und wird voraussichtlich bald das CE-Zeichen der Europäischen Union erhalten. Die Zulassung durch die amerikanische FDA könnte nächstes Jahr erfolgen.

SaliStick wurde von dem in Jerusalem ansässigen Unternehmen Salignostics auf der Grundlage seiner proprietären Hormondetektionstechnologie auf Speichelbasis entwickelt, die in dem in Europa und Afrika weit verbreiteten SaliCov-Speichel-Schnelltestkit zum Nachweis von Covid-19 verwendet wird.

Der SaliStick weist das Schwangerschaftshormon β-hCG bereits am ersten Tag einer ausbleibenden Periode nach.

„Speichel ist der Schlüssel zu einer schnellen Diagnostik aus einer Vielzahl von medizinischen Gründen. Im Grunde ist er das einzige nicht-invasive, einfache und hygienische Mittel, um Hormone, Viren und sogar Krankheiten nachzuweisen“, sagt Guy Krief, Mitbegründer, stellvertretender CEO und Leiter der Geschäftsentwicklung von Salignostics.

„Wir liefern ein Produkt, das die Notwendigkeit von Blut- und Urinproben bei Schwangerschaftstests vollständig überflüssig macht“, sagte er. „Mit SaliStick hoffen wir, dass die Frauen in die Lage versetzt werden, die Feststellung einer Schwangerschaft würdevoller und besser zu gestalten.“

Das Unternehmen wird das neue Produkt diese Woche auf der Messe Medica 2021 in Düsseldorf vorstellen.

Salignostics wurde 2016 von Guy Krief und vier weiteren Doktoranden gegründet: Prof. Aaron Palmon, ehemaliger Dekan der zahnmedizinischen Fakultät der Hebräischen Universität, Omer Deutsch, Yoav Neumann und Raluca Cohen.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

Abonnementspreis einschliesslich LITERATURBLATT vierteljährlich:
1. durch die Expedition: a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement: 1,25 Mark.

Insertionspreis die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Allgemeine Jüdische Zeitung.

Redaktion: BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3387.

Expedition und Adresse für Geldsendungen und Bestellungen: Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H. Berlin N. 54, Auguststr. 48a.

Geschäftsstunden der Expedition täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 5—7 Uhr.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 1 | Berlin, 20. Tebeth 5667 — 6. Januar 1907 | XII. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm.)

Ein neuer Jahrgang

Bodenreform in Israel
Von Adolf Damaschke
(Schluss)

Rechtsverhältnisse der jüdischen Religionsgesellschaft
Von Dr. jur. Dobrzinski

Leitsätze des Verbandes der Deutschen Juden

Rundschau
Jüdische Kunst
Verband der Deutschen Juden
Vom Hilfsverein der Deutschen Juden
Russische Zionistenkonferenz in Helsingfors
Jüdischer Kolonisationsverein

Salomon Buber
Abwanderungsversuche aus New-York

Kleine Mitteilungen

Beilage: Aus d. zion. Bewegung

Oberschlesischer Zionistentag

Berliner Zionistische Vereinigung

Aus den Ortsgruppen
Berlin — Halberstadt — Dresden — Posen — Posen — Hannover — Ratibor — Gleiwitz — Rybnik — Regensburg — Köln — Teplitz

Zehn Jahre Zionismus

Nationalfond

Zur gefälligen Beachtung!

Die heutige Nummer erscheint infolge des bürgerlichen Neujahrsfestes und der damit verbundenen Störungen verspätet. Die nächste Nummer erscheint am Freitag, dem 11. Januar 1907.

Scharfer Blick aus dem Exil: Chaim Noll ist „Der Rufer aus der Wüste"

Im israelischen „Exil" hat sich der Journalist und Autor Chaim Noll den schon in der DDR trainierten siebten Sinn für Denunziation, Lüge und Gleichschaltung bewahrt. Präzise beschreibt er, wie 16 Merkel-Jahre Deutschland unaufhaltsam zum Negativen verändert haben.

Von Roger Letsch

„In einem Land, in dem man die kreative Kontroverse abschafft, das alternative Denken, die intellektuelle Infragestellung, wird es auch nichts mit neuer Technologie und der digitalen Revolution."

(Chaim Noll)

Ich weiß gar nicht, wie oft ich mir schon gewünscht habe, genau wie Chaim Noll von Israel aus den Lauf der Dinge in Deutschland zu betrachten. Zumindest zeitweise. Zwar sitze ich in meiner Phantasie dann nicht in einem Haus mitten in der Negev-Wüste, wie Noll, sondern irgendwo oberhalb der Hänge des Golan mit Blick auf den Hermon und den See Genezareth, aber das Prinzip wäre dasselbe. Die Entfernung schärft den Blick, so sagt man. Ich glaube jedoch, hier wirkt etwas anderes. Das Gute, das einen an den Ort der Kindheit und Jugend bindet, nimmt man mit, wohin auch immer man geht. Die Missstände aber, die man aus der Ferne beschreibt, reichen im Alltag nicht an den Betrachter heran, sie haben keine Macht über ihn, kompromittieren und attackieren ihn nicht, und

Chaim Noll

wenn doch, dann nur als Echo aus der Weite. Die Entfernung hilft also nicht dem Blick, sondern dem Urteil. Nolls regelmäßige Aufenthalte in Deutschland sorgen zudem dafür, dass eine Verklärung des Blicks gar nicht erst einsetzen kann. Auch den absichtsvollen Verletzungen fehlt es an Wucht.

„Ich kann hier in Israel darüber lachen, doch viele, die hier in Deutschland von solchen Verwandlungen heimgesucht werden, können es nicht." – so schreibt Noll über die Anschmutzungen seiner Person durch die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung, die ihn wegen einer Kritik an der Nahostpolitik des deutschen Außenministers 2019 mal eben schnell in die rechte Ecke stellte und eine Veranstaltung kurzerhand absagte. Es hat einen gewissen Charme, sich Deutschlandbesuchen wie Kuraufenthalten unterziehen zu können – Reizklima inbegriffen. Schön, hier zu sein, noch schöner, auch wieder verschwinden zu können.

Für alle, die wie ich hier zwischen Rhein und Oder im politischen Brei sitzen, eingemauert in ein ganzes Labyrinth von Denk-, Sprech-, und Entscheidungsverboten, ist es deshalb eine Freude, solche sämtlich nicht im Buch zu finden – es sei denn als Gegenstand der Betrachtung. Auf Chaim Nolls Bühne ziehen sie alle noch einmal am Leser vorüber, die Merkeliaden und Merkelianer der vergangenen Jahre, es ist ein Parforceritt durch Jahre politischer Anmaßung und menschlicher Katastrophen, samt ihren Kammerdienern und Erfüllungsgehilfen. So etwa Anetta Kahane, die sogar versuchte, gerichtlich gegen einen von Nolls Artikel vorzugehen, entschlossen, noch die leiseste Regierungskritik über das Bindeglied „Verschwörungstheorie" zum Antisemitismus aufzublasen. Der Versuch war vergeblich. Sie finden den Text auch im Buch, ab Seite 53.

Merkel: roter Faden und rotes Tuch

Merkels häufige Besuche in seiner Wahlheimat Israel sorgten zusätzlich dafür, dass Chaim Noll diesen „roten Faden", der sich mit der Zeit zu einem roten Tuch aufwebte, nicht aus den Augen verlieren konnte. Die Kanzlerin begegnet dem Leser auf vielen Seiten und in vielen Episoden, auch in persönlichen Begegnungen. Den vielen leeren Kanzlerinnenworten stehen unschöne Tatsachen wie die fortwährende deutsche Finanzierung israelfeindlicher NGOs und der Hamas sowie ein beschämendes deutsches Abstimmungsverhalten in der UNO gegenüber. Die 16 Merkel-Jahre haben nicht nur in Deutschland, sondern auch in den deutsch-israelischen Beziehungen großen Schaden angerichtet.

Warum ist Merkel etwa im Oktober 2021 noch einmal nach Israel gereist, entmachtet und dank vielfacher Wortbrüche von der Bevölkerung eher frostig empfangen? Vielleicht wirklich nur, um sich noch die Ehrendoktorwürde des Technions Haifa abzuholen, was schon für 2016 geplant war, wie ihre Rede dort durchblicken ließ? Es sind Episoden wie diese, die – unbeachtet von der heimischen Presse – mit scharfem Blick aus dem israelischen Exil ein ernüchterndes Bild von der Ära Merkel zeichnen, wie es dem Leser auf keinem CDU-Parteitag jemals gezeichnet wird.

In drei Abschnitten kämpft sich Noll durch die deutsche Zeitgeschichte der Ära Merkel und zeichnet mit sich geradezu aufdrängenden Wüstenmetaphern das Verdorren des deutschen Realismus nach. Da ist die einst blühende Vielfalt der Meinungen, die sich zu einem trockenen Wadi verwandelt hat, über dem die drückende Hitze wie Hefeteig jede Regung erstickt. Dann die einst prosperierenden Produkte deutschen Selbstbewusstseins, unsere wirtschaftliche Stärke, Bildungsstolz und Sprachgefühl, die heute samt und sonders ideologisch überformt, verzerrt und infrage gestellt werden. Lippenbekenntnisse zur historischen Verantwortung und Politiker, die „wegen Auschwitz in die Politik gegangen sind" treffen auf Terrorfinanzierung der Hamas und einen Kuschelkurs gegenüber den Mullahs in Teheran, die Israel offen mit Vernichtung drohen.

Da passt vieles nicht zusammen, die Politik hat das Land in 16 Merkel-Jahren immer weiter in den Treibsand geführt, und je tiefer wir sinken, umso heftiger strampeln diejenigen, die das Land in die Wüste schicken. Im dritten Abschnitt behandelt Noll die geradezu pathologische deutsche Toleranz gegenüber der Intoleranz, den naiven bis gefährlichen Umgang mit muslimischer Masseneinwanderung, welche den Terror im Namen des Islam im Gepäck hat. Noll diagnostiziert Deutschland hier ein verkümmertes Gefahrenbewusstsein, denn offensichtlich denkt niemand darüber nach, die Karawane noch aufzuhalten, die sich – auch zu Lasten unserer EU-Nachbarländer und Verbündeten – nach Deutschland auf den Weg gemacht hat.

Chaim Nolls neues Buch – eine Auswahl von Texten zum deutschen Zeitgeist und Zeitgeschehen, die er in den vergangenen drei Jahren bei Achgut.com veröffentlicht hat – ist das Protokoll einer Zeitspanne, in der Deutschland wieder kleinlicher, verbohrter, ideologischer, hinterhältig und konspirativ geworden ist. Denken und Handeln des halben Landes haben sich dieser Charakterverschiebung angeglichen, was wir nicht zuletzt in der Wiederkehr des DDR-Sprechs und der technokratischen Unverschämtheiten in der Corona-Politik erleben durften. Chaim Noll, der „Rufer aus der Wüste", hat sich das schon in der DDR trainierte Näschen für Denunziation, Lüge und Gleichschaltung bewahrt. Gut, dass es sie beide gibt, die Wüste und den Chaim Noll.

„Der Rufer aus der Wüste – Wie 16 Merkel-Jahre Deutschland ramponiert haben. Eine Ansage aus dem Exil in Israel" ist im Achgut.com-Shop bestellbar.

Über jeden Verdacht erhaben? Antisemitismus in Kunst und Kultur

Die nationalsozialistische Vergangenheit vieler Kulturinstitutionen blieb nach 1945 weitgehend verdrängt. Dasselbe gilt für personelle und ideologische Kontinuitäten in der Kunst. In der DDR „legitimierte“ die Selbstsicht als „antifaschistischer“ Staat aggressiven Antizionismus. Wie aber steht es um den bis heute bestehenden Antisemitismus in gegenwärtigen künstlerischen und kulturellen Kontexten?

Von Dr. Nikoline Hansen

Antisemitismus in Kunst und Kultur wird gerne ignoriert und nur dann wahrgenommen, wenn eine Grenze überschritten wurde, die Betroffene zum Protestieren veranlasst – man denke insbesondere an die wiederholten Entgleisungen der „Süddeutschen“. Antisemitismus ist, zumindest in der deutschen Mehrheitsgesellschaft, ein nicht wegzudenkendes Phänomen, nicht nur am Rand der Gesellschaft, sondern auch in Kunst und Kultur. Umso wichtiger ist es, sich zu diesem Thema differenziert Gedanken zu machen. Dem vorliegenden Band, der eine Vielzahl von Autoren versammelt hat, ist das in sehr vielfältiger Weise und mit sehr unterschiedlichen Ansätzen gelungen. Er verstört. Und das nicht nur, weil er dem Leser vor Augen führt, wie durchgängig Antisemitismus die Kulturlandschaft in Deutschland prägt, sondern weil viele der Autoren deutlich machen, mit welcher Verwundbarkeit die Betroffenen selbst zu kämpfen haben. Auf den Punkt bringt es das Gedicht von Ramona Ambs: „Doch am Ende bist Du immer nur Jude … Nie ein Künstler“.

Das Buch ist hervorgegangen aus der Arbeit des Vereins „Institut für Neue Soziale Plastik e.V.“, der kulturelle und politische Bildungsarbeit zusammenbringt. Er versteht seine Arbeit als Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Kultur und engagiert sich gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus. Die im Buch veröffentlichten Beiträge reichen von literarischen Beiträgen bis zu wissenschaftlichen Essays, die Themen sind vielfältig, aber Antisemitismus ist in jedem Fall der Bezugspunkt, auf den alle Beiträge referieren: ob im Alltag, in der künstlerischen Auseinandersetzung oder in der Erinnerungskultur. Das Buch lebt von dieser Vielfalt und besonders auch von den persönlichen Erfahrungen einiger Autoren. So bleibt der Band bis zum Ende kurzweilig und bietet dem, der sich darauf einlässt, viele tiefer gehenden Einsichten. Denn: Antisemitismus ist nicht über jeden Verdacht erhaben – Antisemitismus trifft Juden und verletzt sie, auch wenn sie oftmals nicht einmal gemeint sind. Verblüffend und zugleich erschreckend ist dabei die Tatsache, dass eine derart systematische Auseinandersetzung mit dem Thema wie sie die Autoren hier unternehmen, in Deutschland bislang noch nicht stattgefunden hat. Die Autoren betreten somit Neuland und zeigen auf, wie es um die Aufarbeitung von Antisemitismus in der Kultur in Deutschland bestellt ist. Dabei widmen sie sich auch den unterschiedlichen Perspektiven der beiden deutschen Staaten und dem Umgang mit dem Antifaschismus in der DDR, der über antisemitische Ressentiments keineswegs erhaben war. Im Gegenteil, die Politik der DDR war aggressiv antizionistisch und unterstützte die „Palästinenser“ sogar militärisch.

Ein Buch, das die Finger in viele deutsche Wunden legt und wichtige Themen anspricht, deren Bearbeitung oftmals noch ganz am Anfang steht. Dies hat gerade erst aktuell die Initiative GG 5-3 gezeigt, über die auch die Autoren des Buches unterschiedlicher Auffassung sind. Die Herausgeberin Stella Leder stellt in ihrer Einleitung allerdings klar: „An die Stelle des Engagements gegen Antisemitismus trat in dem Plädoyer jedoch schlichtweg der Einsatz gegen den „Antisemitismusvorwurf“. Und: „Wenn über Antisemitismus in (hoch)kulturellen oder künstlerischen Kontexten gesprochen wird, ist man sich schnell einig: Direkte antisemitische Beschimpfungen oder körperliche Übergriffe werden nicht geduldet, damit räumte schon Lessing in seinem Stück auf. Zu anderen Formen von Antisemitismus ist wenig zu vernehmen. Damit wird dieser implizit auf seine Ausdrucksformen im Rechtsextremismus oder bei Jugendlichen reduziert, weit weg jedenfalls von der Kultur der Mehrheit und ihren Institutionen.“

Die Spitze des Eisbergs

Auch wenn man schon wegen der Vielzahl der Autoren und der Zugespitztheit der Themen nicht jede vertretene Meinung teilen kann - die gelieferten Denkanstöße sind wertvoll und können als weitere Grundlagen für notwendige Diskussionen dienen. Das Lesen lohnt in jedem Fall. Und vielen Autoren wünscht man, dass sie mit ihrer weiteren Arbeit Erfolg haben mögen. So etwa der „unvollendeten Geschichte von Bettina Leder, die schreibt: „Es gibt vieles, das ich niemals wissen werde.“ In ihrem Beitrag beschreibt sie sehr eindringlich die Probleme bei sogenannten „Wiedergutmachungsverfahren“ - und ist entschlossen begangenes Unrecht aufzuklären: „Gemeinsam mit der Historikerin Beate Schreiber habe ich einen Antrag beim Zentrum für Kulturgutverluste gestellt, der im März 2021 bewilligt worden ist: wir werden die Geschichte der Sammlung meiner Großeltern erforschen, und wir werden die Bilder aus dem Lift finden“. In den Lifts, großen Umzugskisten, hatten die Großeltern ihre Habe, die sie ausführen durften, verstaut als sie nach England emigrierten. Dort angekommen waren die Lifts aber nie, ihr Verbleib ist nach wie vor unklar. Es hat viel zu lange gedauert, bis diese Forschungsarbeit überhaupt begonnen werden konnte. Diejenigen, die sich mit staatlicher Hilfe bereichert haben, leben nicht mehr so wie jene, die alles verloren haben. Ohne ein derartiges persönliches Engagement würde aber die zweifelhafte Handhabung im Umgang mit jüdischem Besitz durch das nationalsozialistische Unrechtsregime und seine Vertreter wohl niemals aufgeklärt werden und es ist davon auszugehen, dass die Fälle, die nun untersucht werden, nur die Spitze des Eisbergs sind.

Sehr erhellend ist auch der Beitrag von Tania Martini „Wenn Erinnerung diffus wird. Die Shoah im postkolonialen Denken“. Sie zeigt sehr deutlich, wie in dem gegenwärtigen Trend den Kolonialismus zu betrachten eine Unschärfe entsteht, die für eine Aufarbeitung der Vergangenheit nicht hilfreich ist, sondern zu neuen Konfusionen und Unrecht beiträgt. Der von Historikern wie Michael Rothberg geforderten Neuverhandlung der Erinnerungskultur begegnet sie skeptisch, so wie dem „deutschen Gedenktheater“, über das sie schreibt: „Doch Versöhnungskitsch und Mystifizierung stehen eher im Dienste eines neuen Nationalbewusstseins als der Aufklärung“. Differenzierung und eine klare Benennung der Unterschiede bleiben nach wie vor die Voraussetzung für ein künftiges friedliches Miteinander und den Abbau von diskriminierenden Vorurteilen.

So kann man das vorliegende Buch fast als eine Art Referenzwerkzeug zum Thema Antisemitismus in Kunst und Kultur in der jüngsten deutschen Vergangenheit und Gegenwart verstehen. Die Vielzahl der Autoren zeugt davon, wie brennend das Thema nach Bearbeitung schreit.

Stella Leder (Hg.)
Über jeden Verdacht erhaben? Antisemitismus in Kunst und Kultur
Hentrich & Hentrich 2021
242 Seiten, Broschur
ISBN: 978-3-95565-464-1, € 19,90
Mit Beiträgen von Ronen Steinke, Dmitrij Kapitelman, Mirna Funk, Ben Salomo, Lena Gorelik, Samuel Salzborn, Max Czollek, Ali Tonguç Ertuğrul, Sabri Deniz Martin, Vojin Saša Vukadinović, Aram Lintzel, Sharon Adler, Debora Antmann, Leo Fischer, Julia Weinreich, Lars Fischer, Benno Plassmann, Katharina Stengel, Jyl Brandler, Bettina Leder, Ramona Ambs, Matthias Naumann, Rebecca Ajnwojner, Martín Valdés-Stauber, Türkân Kanbiçak, Manfred Levy, Mirjam Wenzel, Tahera Ameer, Julya Rabinowich, Tania Martini, Philipp Peyman Engel

Der ranghöchste jüdische General der Sowjetunion

Der Jude Kreiser war einer der ersten Helden der Sowjetunion. Obwohl er der führende jüdische Soldat war, der zu Sowjetzeiten den Rang eines Armeegenerals erreichte, waren viele Details seiner Biografie bisher unbekannt. Unser Korrespondent sprach über ihn mit Alexander Engels, dem Autor eines neuen Buches, das dem roten Kommandeur gewidmet ist.

Von Viktoria Katz

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Ihr Buch trägt den einfachen Titel „General Kreiser. Historische und biographische Forschung". Es gibt bereits zahlreich Bücher über jüdische Frontsoldaten – sowohl Soldaten der regulären Einheiten der Roten Armee als auch Partisanen. Warum haben Sie sich gerade für diese Person entschieden?

Alexander Engels: Jakow Kreiser wurde im Juli 1941 der Titel „Held der Sowjetunion" verliehen, weil er als Kommandeur einer motorisierten Schützendivision eine Panzerdivision Guderians in Grenzschlachten vorübergehend stoppen konnte. Nach der Medaille „Goldener Stern" folgte die Beförderung: Oberst Kreiser wurde General, führte später Armeen an, bewährte sich in vielen Schlachten. Den Höhepunkt erreichte sein Ruhm im Mai 1944 beim Angriff auf Sewastopol (eine strategisch wichtige große Stadt auf der Halbinsel Krim, direkt am Schwarzen Meer, - Anm. d. Übers.). Heute steht dort, auf dem Sapun-Berg, ein Denkmal für den Kommandeur der 51. Armee. Die Figur des Generals mit dem Säbel in der Hand ist auch in den Aufnahmen der Siegesparade zu sehen. Glücklicherweise entwickelte sich seine Nachkriegskarriere ebenfalls erfolgreich: Jakow Kreiser wurde der einzige sowjetische Militärführer jüdischer Herkunft, der den Rang eines Armeegenerals erhielt.

Vor vielen Jahren habe ich während meiner Arbeit im Museum der Gedenksynagoge auf dem Poklonnaja-Hügel in Moskau versucht, den Besuchern eine Vorstellung von der Geschichte des jüdischen Volkes während der Kriegsjahre als Ganzes zu vermitteln, in dem sowohl der Holocaust als auch das militärische Heldentum untrennbar miteinander verbunden waren. Im Blickfeld von Historikern und Politikern auf der ganzen Welt liegt jedoch nur der erste Aspekt, wobei selbst die Menschen mit einer judenfeindlichen Gesinnung bereit sind, das Thema des Opfertums der jüdischen Menschen, den Holocaust und 6 Millionen Tote zu respektieren. Aber ich habe noch nie Antisemiten getroffen, die bereit wären, Juden als Helden Achtung zu zollen. In diesem Sinne kann argumentiert werden, dass die Erforschung des jüdischen Heldentums im Kampf gegen Antisemitismus an vorderster Front steht.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was war Kreiser für ein Mensch?

Alexander Engels: Als Kommandeur verband er eine hohe Kultur im Umgang mit Untergebenen mit hoher Genauigkeit im Fordern. Einer der schwierig zu diskutierenden Aspekte sind die unvermeidlichen Exzesse, die bei der Befreiung der feindlichen Territorien entstehen. Aber wir wissen, dass Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung dort vermieden wurden, wo die Kommandeure der Truppen militärische Disziplin zu wahren wussten und den Titel des „Befreiers" hochhalten wollten. Der Befehl von Heereskommandant Kreiser lautete daher schwarz auf weiß: „Plünderer an Ort und Stelle erschießen."

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie würden Sie die wichtigste Botschaft Ihrer Forschung formulieren?

Alexander Engels: Die Schlachten, für die Jakow Kreiser mit höchsten militärischen Preisen ausgezeichnet wurde, sind gut beschrieben. Aber die Episoden, die mit den härtesten Belastungsproben verbunden waren, sollten neu erzählt werden. Eine von ihnen geschah im Herbst 1941, als seine Armee zusammen mit der gesamten Brjansker Front umzingelt wurde (es handelt sich um die sog. Kesselschlacht – eine blutige Schlacht von Brjansk, die der deutschen Wehrmacht zunächst einen Sieg und die Aussicht auf Erfolg beim geplanten Angriff auf Moskau bescherte; bald darauf wurde jedoch der Mythos von der Unbesiegbarkeit deutscher Truppen zerstört, - Anm. d. Übers.). Noch schrecklichere Ereignisse fanden im Mai 1942 statt, als die falschen Handlungen der Militärführung der Roten Armee der südwestlichen Richtung zur Einkesselung und Niederlage der Gruppierung südlich von Charkow führten. Jede dieser Einkesselungen überstieg in Bezug auf das Ausmaß der Verluste den Schaden der deutschen Armee in Stalingrad, obwohl für sie keine Trauer angekündigt wurde. Und in beiden Fällen gelang es Kreiser mit ungeheuren Anstrengungen, die Überreste seiner Armeen aus dem Ring des Todes zu ziehen.

General Jakow Kreiser

Die Tatsache, dass Historiker die Rolle dieser Schlachten herabsetzen und vermeiden, sie zu beschreiben, führt dazu, dass die Dramatik des Krieges und die Leistung der Menschen, die Schreckliches durchgemacht haben, nicht angemessen eingeschätzt werden kann.

Das Konzept meines Buches ist umgekehrt aufgebaut. Die Beschreibung der Kämpfe, als sich nicht mehr als 10 % der Truppen aus der Einkesselung zurückziehen konnten, lässt den Preis für den Parademarsch auf dem Roten Platz ganz anders aussehen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Kreiser war Mitglied des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAK). Was war seine Rolle?

Alexander Engels: Materialien zu diesem Thema zu sammeln, war nicht einfach. Dass Kreiser in das JAK-Präsidium gewählt wurde, ist bekannt, aber die Einzelheiten seiner Tätigkeit oder zumindest seine Kontakte zu Kollegen im Komitee werden nirgendwo beschrieben. Nur ein Beweis für Kreisers Teilnahme am JAK-Treffen ist überliefert – in einem Artikel von David Bergelson, dem größten sowjetischen Jiddisch-Schriftsteller (David Bergelson 1884-1952 zählte zu jenen – den meisten – Mitglieder des JAK, die bei Stalins „Säuberungsaktion", im Volksmund „Die Nacht der ermordeten Dichters" genannt, exekutiert wurden. Die Anklage, wie so oft bei den Prozessen der Stalinzeit, lautete „Spionage" und „Planung eines Staatsstreiches". Insgesamt wurden in der Nacht von 12. auf den 13. August 1952 – knapp sieben Monate vor Stalins Tod – 13 Personen hingerichtet. Unter ihnen befanden sich auch der Dichter Leib Kwitko, s. Jüdische Rundschau vom August 2019 sowie Perez Markisch, s. JR vom Februar 2021, - Anm. d. Übers.). Die Suche nach diesem Exemplar der Zeitung „Ejnikajt" von 1944 war mühsam: Es befand sich nicht im Besitz der Russischen Staatsbibliothek in Moskau, aber Kollegen in St. Petersburg konnten helfen.

Das Kapitel „Rot und Schwarz" schildert alle Stationen dieser Geschichte, beginnend mit der ersten Erwähnung des JAK in einem Brief Kreisers an seine Frau im Sommer 1942. Ich erwähne in diesem Kapitel Kontakte mit den Juden des Mandatsgebiets Palästina und den Juden der Vereinigten Staaten.

Das traurige Schicksal seiner Kollegen, die unter erfundenen Anschuldigungen hingerichtet wurden, ist bekannt. Wie ist es dem General gelungen, Repressalien zu vermeiden?

Alexander Engels: Nach dem Krieg waren Leben und Schicksal meines Protagonisten dreimal bedroht. Eine dieser Episoden ist die Ermittlung des sogenanntes „Falls des Jüdischen Antifaschistischen Komitees". Eigentlich hätte das Wort „Ermittlung" in Anführungszeichen stehen sollen, da es sich um Verhöre handelte, die vier endlose Jahre dauerten, oft unter Anwendung von Folter. Das Buch enthält ein Beispiel dessen, wie die Zeugenaussage gegen Kreiser im Rahmen der sensibelsten und seit der Wiedereinführung der Todesstrafe – der stärksten, zur Hinrichtung führenden Anklage gegen das JAK – fabriziert wurde. Angeblich soll versucht worden sein, die Halbinsel Krim durch die Juden zu besetzen, mit dem Ziel einer gewaltsamen Abtrennung. Jakow Kreiser könnte von den Ermittlern als Schlüsselfigur dieser Verschwörungstheorie bezeichnet worden sein. Im Protokoll der Vernehmung eines der verhafteten Schriftsteller ist festgehalten, dass Michoels im Frühjahr 1944 seinen Mitstreitern gesagt haben soll: „Kreiser ist schon auf der Krim." (der anerkannte, verehrte Regisseur Solomon Michoels, der das JAK leitete, war viel zu berühmt, um „einfach" erschossen zu werden: Er kam 1948 bei einem Autounfall ums Leben, der ganz offensichtlich mit Stalins Wissen vom Geheimdienst organisiert worden war, - Anm. d. Übers.).

Glücklicherweise fand die Festnahme des Generals nicht statt. Ich vermute, dass nur eine Person in dieser Angelegenheit eine Entscheidung treffen konnte – dieselbe Person, die den gesamten gefälschten Prozess angeordnet hat.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Stalin.

Alexander Engels: In jeder Phase entschied dieser Strippenzieher über das Schicksal von Tausenden und Hunderttausenden von Menschen, abhängig von den sich ändernden politischen Interessen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Der Titel des Kapitels über die Tätigkeit von General Kreiser im JAK heißt „Rot und Schwarz". Ist er in Anlehnung an den Stendhals Roman gewählt? Als eine Redewendung oder ein Hinweis?

Alexander Engels: Das Kapitel basiert auf einer realen Tatsache aus der Geschichte des „Jüdischen Antifaschistischen Komitees", der wichtigste Teil dessen Arbeit die Materialsammlung für „Das Schwarze Buch" war. Neben den Beweisen für die Schrecken des Holocaust sollte es mehrere Essays über jüdische Soldaten enthalten, aber im Allgemeinen ist das Thema des Buches eine Beschreibung der Tragödie. In dieser Form und unter diesem Namen hat „Das Schwarze Buch" das Stadium des typografischen Satzes erreicht. Gleichzeitig konzipierte das JAK „Das Rote Buch" – eine ausführliche Geschichte über das Heldentum jüdischer Krieger, eine Geschichte über Menschen wie Jakow Kreiser. Aber das JAK, das vollständig von den Behörden kontrolliert wurde, konnte mit diesem Buch nicht einmal beginnen. Tatsache ist, dass die sowjetische Führung zunächst ein Interesse daran hatte, Beweise für Nazi-Verbrechen gegen Juden zu sammeln. Dieses Material war sowohl für die Beziehungen zu den jüdischen Kreisen des Westens, als die Hilfe der Alliierten kam, als auch für die Vorbereitung der Nürnberger Prozesse wichtig. Später verschwand dieses Interesse, und auf den Denkmälern der Opfer durften nur „zivile Sowjetbürger" erwähnt werden. Die sowjetische Führung bemühte sich also um die Erschaffung des Bildes „Juden als Opfer", dabei war es unzulässig, das Thema des jüdischen Heldentums zu propagieren. Und auch der Satz des „Schwarzen Buches" wurde nach Abschluss vernichtet.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Auf welches Material haben Sie sich bei Ihrer Recherche gestützt?

Alexander Engels: Jakow Grigoriewitsch Kreiser hat keine Memoiren hinterlassen, sein Schicksal muss nach Notizen, Memoiren von Waffenkameraden, mündlichen Interviews von Veteranen, nach fragmentarischen Daten, die in den Archiven aufbewahrt sind, wiederhergestellt werden. Ich habe Gespräche mit drei Veteranen der Streitkräfte genutzt, die General Kreiser persönlich kannten: Vladimir Kriwulin, David Selvenski und Grigori Kroschner. Im Vorwort ist vermerkt, dass sie unsere wahren Co-Autoren wurden. Die Kollegen aus den Archiven „Holocaust", Mitarbeiter des Museums „Schlacht von Stalingrad", des Museums für Verteidigung und Befreiung von Sewastopol haben bei der Suche nach Materialien sehr geholfen.

Alexander Engels

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Seit mehreren Jahren beschäftigen Sie sich mit dem Thema des Heldentums der sowjetischen Juden. Was ging der Entstehung des Buches über General Kreiser voraus?

Alexander Engels: Vor zwei Jahren hatte ich die Gelegenheit, eine Wanderausstellung vorzubereiten: Damals wurde im Zentralen Kriegsmarinemuseum eine Reihe von Plakaten mit Biographien von 35 Juden – Helden der Sowjetunion – gezeigt, herausgegeben mit Unterstützung des Verbandes der jüdischen Gemeinden Russlands. Die Frage, ob wir genug tun, um die Erinnerung an die jüdischen Krieger aufrechtzuerhalten, kann ich vermutlich mit „nein" beantworten. Es gibt keine auf diesen Bereich spezialisierten Museen, keine wissenschaftlichen Konferenzen. In Israel entsteht das Museum des jüdischen Kriegers. Die Konferenz zur Geschichte der Kriegsbeteiligung der Juden wird von einer internationalen Organisation vorbereitet, die ich vertrete: „Die vierte Generation". Es gibt weitere sichtbare Ergebnisse: Dank der Bemühungen unserer Kollegen aus der israelischen Organisation „Ma'alot" konnte beschlossen werden, den Namen General Kreiser an zwei Straßen – in Aschdod und in Lod – zu vergeben. Diese Organisation plant die Vorbereitung und Durchführung einer Online-Konferenz zum Gedenken an den General Jakow Kreiser. Ich lade Historiker und alle, die sich für das Thema Jüdische Krieger interessieren, ein diese Initiative zu unterstützen. Es wäre richtig, diese Konferenz „Kreisersche Lesungen" zu nennen.

Das Interview mit dem Autor Alexander Engels führte Viktoria Katz

Alexander Engels ist Historiker und Pädagoge, geboren in Moskau, dort verbrachte er sein gesamtes Berufsleben, dessen wichtiger Teil die Arbeit im Museum der Gedenksynagoge auf Poklonnaja-Hügel in Moskau war. In den 1990ern Jahren leitete er die jüdische Schule „Migdal Or". In den letzten Jahren lebt er in Frankreich.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik · Friseur · Maniküre · Pediküre · Permanent Make-up · Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung · Lipolaser · Kryolipolyse · Kavitation · Mesotherapie
Faltenunterspritzung · Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 · 10719 Berlin · Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE

120 Jahre „AltNeuLand“

Theodor Herzls Roman aus dem Jahr 1902 beschreibt den Entwurf eines selbstbewussten jüdischen Gemeinwesens und ist eine Hommage an das heutige, hochtechnisierte und multikulturelle Israel (Teil 1)

Von Simone Schermann

Vor 120 Jahren erschien der Roman „AltNeuLand“ als letztes Werk, zwei Jahre vor Herzls Tod, den manche als reine zionistische Utopie, umrahmt von einer phantastisch-romantischen Erzählung sehen. Er ist aber kein Roman im klassischen Sinne, sondern Teil eines Stufenplans, der letzte Baustein des Nachlasses Herzls an das jüdische Volk, der gleichzeitig ein imaginäres Konzept eines jüdischen Staates ist, aber eben auch eine Art Gebrauchsanweisung, eine Überzeugungsschrift dahingehend, dass die Rettung der Juden aus ihrer Not und die geographische Widerherstellung eines jüdischen Gemeinwesens für ihn alles andere als Utopien sind.

Herzl erschafft ein durchaus realistisches zionistisches Zukunftsmärchen, das nicht nur von heute aus betrachtet die Konturen zwischen Leben (Realität) und Roman (Fiktion) verschwimmen lässt, und zudem Züge eines autobiographischen Bildungsromans enthält. Die dichterische Phantasie und seine zionistischen Aktivitäten eröffneten ihm den Spielraum, um dem Roman „Leben“ und dem Leben einen „Roman“ abzutrotzen.

Welches literarische Stilmittel wäre da angebrachter, als der von Herzl fast schon provokant zum Märchen stilisierte utopische Roman? Und der Untertitel: „Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen.“ An Erzherzog Friedrich von Baden schreibt er im Oktober 1902: „Es ist ein Märchen, das ich gleichsam bei den Lagerfeuern erzähle, um meine armen Leute auf den Wanderungen bei gutem Mute zu erhalten.“

Bereits der Titel ist jedoch Programm: AltNeuLand! Das neue Land als alte Heimat, das alte Land als neue Heimat. Wie auch immer: das Neuland als Altland, (aus dem alten Land ein Neues erbauen); für ein heimkehrendes jüdisches Volk, dass zurecht für sich in Anspruch nimmt, Teil vom Ende und vom Anfang einer alten und neuen Geschichte zu sein, die ineinander übergleitet, bei der die Grenzen von jetzt und damals verschwimmen und zu einer Nation verschmelzen. Der Roman liest sich aber auch wie eine Entdeckungsreise zwischen Wien 1902 und Palästina 1923, mit Theodor Herzl als Reiseleiter.

Theodor Herzl

Sein jüdisches Leiden an den Juden

Was ich ganz persönlich an Theodor Herzl schätze, ja geradezu liebe, sind seine Geistesschärfe und seine jüdische Traurigkeit, wie man sie auch bei Heinrich Heine findet. Jener litt an seinem Heimweh nach Deutschland; es ist sein jüdisches Leiden an den Deutschen, dass zutiefst berührt. Diese jüdische Traurigkeit erkennt man auch in dem literarischen Vermächtnis von Herzl; in seinen Tagebüchern oder in der Art, wie er in AltNeuLand seinen jüdischen Protagonisten aus der Wiener Diaspora darstellt.

Herzl krankt an einer Art „jüdischen Sensibilität“. Sie ist sein jüdisches Leiden an den Juden, die ihn dennoch unaufhörlich antreibt, sein literarisches Schaffen, vollständig in den Dienst einer Sache zu stellen: Dem jüdischen Volk, an dessen Unbelehrbarkeit er jedoch ebenso litt wie am antisemitischen Europa selbst. Wenn etwas bei Herzl aus dem tiefsten seines Herzens kam, dann sein zionistisches Engagement. Er passt noch heute in keine Schublade, ist nicht auf den Bühnenautor, den Literaten oder den Journalisten zu reduzieren; schon gar nicht auf den Politiker. Es ist die Metamorphose all dieser Verpflichtungen und Leidenschaften, die es ihm gestattete, sich der jüdischen Sache, der „Lösung der Judenfrage“, anzunehmen und ihr bestmöglichsten Ausdruck zu verleihen.

Am 14. März 1901 notierte er, von der scheinbaren Erfolglosigkeit seiner zionistischen Tätigkeit erschöpft, in sein Tagebuch:

„Ich bin jetzt eifrig an AltNeuLand. Die Erfolgshoffnungen im Praktischen sind zerflossen. Mein Leben ist jetzt kein Roman. So ist der Roman mein Leben.“

AltNeuLand erschien im Oktober 1902, als die zionistische Bewegung viel von ihrer ehemals breiten Aufmerksamkeit verloren hatte, die der Erste Zionistenkongress fünf Jahre zuvor in Basel erregt hatte. Herzls diplomatische Bemühungen waren ergebnislos geblieben; er hatte auch die notwendigen Geldsummen zur Unterstützung der Bewegung nicht auftreiben können. Weder Zusammentreffen mit europäischen Politikern, noch Kontakte nach Konstantinopel hatten das zionistische Vorhaben weitergebracht und die wohlhabenden Juden der westlichen Diaspora hatten sich als ausgesprochen zugeknöpft, knauserig und desinteressiert bis gleichgültig bezüglich der Not der Juden erwiesen. Erbittertste Ablehnung erfuhr er von westeuropäisch-assimilierten Juden, die sich sogar in den religiösen Reihen befanden, die als „Protestrabbiner“ in die Geschichte eingehen sollten und Herzl schlichtweg für geisteskrank erklärten, als dieser in einem klar strukturierten Programm die Staatsschrift: „Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ am 14. Februar 1896 veröffentlichte.

Verlieren die Juden ihre Seele?

Für andere Kritiker war Herzls Zionismus-Konzept von einer stolzen und selbstbewussten jüdischen Gemeinschaft, ein zu säkulares: Nicht die jüdische kulturreligiöse Tradition schien aus deren Sicht bei Herzls Priorität zu haben. Und bei der Ausgestaltung eine hebräisch-jüdischen Renaissance schien seine Phantasie zu versagen, da im Roman erwähnte jüdische Gebräuche nicht im Vordergrund standen. Gegner wie Achad Haam missbilligten, dass in dem Zukunftsbild mit all den technischen Errungenschaften, die jüdische Eigenheit und die jüdische Seele fehlten.

Der Schritt, seine Vorhaben und Pläne in einen zweckmäßigen Roman zu verpacken, galt daher der Absicht, aus dem kleinen Kreis der Aktivisten herauszutreten, um ein breiteres Publikum zu erreichen. Heute würde man sagen: Die eigene Bubble zu verlassen. Herzl war ein brillanter Essayist und Journalist, jedoch ein schwacher Bühnenautor und Romancier.

Wie andere utopischen Romane leidet auch AltNeuLand an einer gewissen Sentimentalität und Schwermütigkeit. Die Handlung ist vorhersehbar. Den Figuren fehlt leider der Tiefgang. Der Roman oszilliert zwischen der allgemeinen vorherrschenden Stimmung des Fin-de-Siecle- Weltschmerzes und Pionierromantik, schafft es aber, ein glaubhaftes Sozialgemälde zu entwerfen.

Wer also gewillt ist, über jene Mängel hinwegzusehen, dem eröffnet sich beim Lesen ein packendes Zeitdokument, wie es kein anderer Protagonist der zionistischen Literatur hervorgebracht hat. Herzls Moral der Geschichte ist, dass gesellschaftliches Glück durch wirtschaftlichen Fortschritt herbeigeführt werden könne, und das weder Religion noch Ethnie diesem Gemeinschaftsprojekt entgegenstünden, da alle daran partizipierend eine gemeinsame Zukunft erschaffen könnten.

In Herzls zionistischem Streben nach einem jüdischen Staat in Palästina, war der Roman ein Puzzle im Handlungsverlauf eines von ihm ersonnenen Drehbuchs. Über den Zionismus sagte er einst, er sei „das jüdische Volk unterwegs“, also so eine Art „work in progress“. Erster Akt war die innovativ-revolutionäre Staatsschrift „Der Judenstaat“, das Erscheinen seines kritischen Dramas ohne Happy End, „Das Neue Ghetto“, war die Ouvertüre gewesen und der zweite wirkungsmächtige Streich war die geradezu bühnenreife, in der Außenwirkung gelungene Veranstaltung des ersten Baseler Zionistenkongresses. Letzter Akt ist, nach dem Intermezzo einer Palästina-Reise, wieder ein Buch: AltNeuLand. Ein utopischer Roman, in den aber alle bisherigen Erlebnisse einflossen und der einen greifbaren Gründungsmythos entstehen ließ.

Der verzweifelte jüdische Anwalt in der Südsee

Der junge Anwalt Friedrich Löwenberg, die Hauptfigur des Romans, ist zutiefst verzweifelt. Sein Freund Heinrich hat Selbstmord begangen, ein anderer Freund, Oswald, ist in Brasilien, wo er sich um die Ansiedlung jüdischer Proletarier bemühte, am gelben Fieber umgekommen. Seine große Liebe verschmäht ihn wegen eines reicheren Bewerbers, sodass Löwenberg ein ungewöhnliches Angebot annimmt.

Er antwortet auf die Zeitungsannonce des Millionärs Kingscourt: „Gesucht wird ein gebildeter und verzweifelter junger Mann, der bereit ist, mit seinem Leben ein letztes Experiment zu machen.“ Der sonderbare Mann wirbt Löwenberg an, ihm auf seine Pazifik-Insel im Cook Archipel zu folgen, wo jener die Schlechtheit der Menschen vergessen will und der jüdische Anwalt Zuflucht vor „Liebeskummer, Weltschmerz und Judengram“ zu finden hofft.

Zuvor trifft Friedrich auf die bettelarme Hausiererfamilie Littwaks. Sie sind jene sogenannten „Luftmen-

schen"; Ostjuden aus Galizien, die von Luft, Gottvertrauen und der Auswanderung nach Erez Israel träumen. Ihr schenkt er eine stattliche Geldsumme, die ihm Kingscourt zur Verfügung gestellt hatte, wodurch die Littwaks vor dem Hungertod bewahrt werden und der Sohn, David, verspricht ihm ewige Dankbarkeit.

Geschildert wird auch die Lage unzähliger junger Juden, die dem aufgeklärt-liberalen und gebildeten Proletariat angehörten und kaum berufliche Aussichten hatten. In einem Wiener Caféhaus sinniert der mittellose Anwalt über seine Schicksalsgenossen:

„Es waren angehende Ärzte, neugebackene Doktoren der Rechte, absolvierte Techniker. Die höheren Studien hatten sie vollendet, und zu tun gab es nichts. Die Söhne sollten etwas anderes werden, als die Väter gewesen. Los vom Handel, von den Geschäften. Da hatte ein Massenauszug des Nachwuchses nach den gebildeten Berufen stattgefunden. Das Ende war ein jammervoller Überschuss an studierten Leuten, die keine Beschäftigung fanden, zu bescheidener Lebensführung nicht mehr taugten, in Ämtern nicht unterschlüpfen konnten, wie ihre christlichen Kollegen, uns sozusagen auf dem Markte lagen."

Friedrich wurde von der Tochter eines Tuchfabrikanten zurückgewiesen, die eine arrangierte Verbindung mit einem ungebildeten, dafür aber vermögenden Geschäftsmann vorzog. Herzls Schilderung der Verlobungsfeier im Salon der Brauteltern, entfaltet ein beißend scharfes Bild der vulgär-neureichen, assimilierten jüdischen Bourgeoisie, ähnlich wie Herzl dieses Milieu der „Mimikryjuden" bereits zuvor in dem Theaterstück „Das Neue Ghetto" spöttisch erfasst hatte.

Die assimilierten Juden, die den Antisemitismus akzeptieren

Er porträtiert ein exaktes Spiegelbild der „besseren" jüdischen Gesellschaft und lieferte in AltNeuLand das Produkt seiner scharfsinnigen Analyse: Eine zutiefst unsympathische Clique, die Karikatur eines jüdischen Volkes, das sich seiner jüdischen Identität und Sensibilität entledigt hatte, den Antisemitismus dabei sogar vollständig akzeptierend.

In dieser Atmosphäre begutachten stark herausgeputzte Damen neidvoll die Brillanten-Ausstattung der weiblichen Konkurrenz, während die Herren Firmeninhaber und Großspekulanten den Reichtum anderer taxierten. Gleichzeitig mögen die Hausherren es nicht, wenn man vor den Dienstboten „jüdische Sachen" redet, schließlich, so die Dame des Hauses, müsse man „es doch nicht an die große Glocke hängen." Die Tafelrunde wird durch die Ankunft zweier stadtbekannter „Witzbolde" komplettiert, zwei groteske Figuren, deren Späße das Gelage vervollkommnen sollten.

In diesen Kreisen macht man sich gerne lustig. Sei es über die zionistische Bewegung oder über jüdische Siedlungsvorhaben in Palästina. „Ich werde Botschafter in Wien," ruft einer der Gäste auf der Feier. „Ich auch, ich auch", erwidern die Umstehenden unter lautem Gelächter. Umrahmt von diesem Reigen der Taktlosigkeiten versinkt Dr. Löwenberg nicht nur ob seiner persönlichen Probleme in tiefste Hoffnungslosigkeit.

Das Abenteuer beginnt, als die Männer auf einer luxuriösen Yacht Kurs auf Polynesien nehmen. Als sie Kreta passieren, fragt Kingscourt seinen Begleiter, ob dieser nicht Lust auf einen Abstecher in sein „Vaterland" habe. Löwenberg reagiert ablehnend, lediglich Antisemiten hätten ihn dorthin gewünscht, sodass Kingscourt obliegt zu erwidern, er „wäre auf so etwas furchtbar stolz, wenn er ein Jude wäre."

„Ich, wenn ich an eurer Stelle wäre, ich würde irgendwas Mutiges, Großes unternehmen, dass auch die Feinde vor Staunen die Mäuler aufreißen müssten."

Überall buntes orientalisches Elend

Jaffa und Jerusalem werden geschildert, wie Herzl sie 1898 auf seiner eigenen Reise gesehen und in Tagebüchern festgehalten hatte. Der Leser bekommt eine authentische und lebendige Beschreibung, wie sich das Land Herzl bei seinem Besuch dargeboten hatte, ein Ort der allgemeinen Vernachlässigung mit dem Potential für Veränderungen, war sein Eindruck. Jaffa ist ein „unangenehmer" Ort: „Die Gässchen von den übelsten Gerüchen erfüllt, unsauber, verwahrlost, überall buntes orientalisches Elend." Die Lage am „blauen Meere" ist wohl anmutend, jedoch ist bereits die Landung beschwerlich und der „elende Hafen" selbst wirkt heruntergekommen. Die Reisenden fahren „auf der schlechten Eisenbahn nach Jerusalem," diese Strecke ist Herzl 1898 von Fieber geschüttelt, nicht in bester Erinnerung geblieben.

Auf der Zugfahrt bietet sich ein Bild „tiefster Verkommenheit", „das flache Land fast nur Sand und Sumpf." Angekommen ist der Skeptiker Löwenberg doch überwältigt: „Jerusalem" sagte er mit „leise bebender Stimme" und ist zu Tränen gerührt. Es sind jüdische Ansiedlungen, „die als Oasen in der verdorrten Umgebung lagen." „Sie sahen wohlbebaute Felder, eine stattliche Weinkultur und üppige Orangengärten." Herzl verwendet hier wieder eigene Aufzeichnungen von seinem Besuch in Rishon le Zion und Rechowoth, wo jüdische Siedler die Wüste bereits urbar gemacht haben.

Immer wieder erklingt Kingscourts Optimismus, der die Rolle des griechischen Chors einnimmt, als eine Art Stimme der Vernunft und allwissender Kommentator das Sprachrohr des Autors ist: „Und doch ließe sich da viel machen. Aufforsten müsste man. So eine halbe Million Riesentannen…" Dem eher ablehnenden Löwenberg gegenüber vertritt Kingscourt die Ansicht, die Juden sollten der Menschheit zeigen, wie man im Zeitalter der Technologie erschaffen könne. Als sie durch den Suezkanal weiterfahren, zieht Kingscourt Bilanz: „Alles Nötige ist schon vorhanden, um eine bessere Welt zu machen. Und wissen Sie, wer den Weg zeigen sollte? Ihr! Ihr Juden! Gerade weil's euch schlecht geht. Ihr habt nichts zu verlieren. Ihr könnt das Versuchsland für die Menschheit machen, dort drüben, wo wir waren, auf dem alten Boden ein neues Land schaffen. AltNeuLand!" Die modernen Techniken anpreisend wagt er die Voraussage, dass mit ihrer Hilfe einst die Wüsten erblühen werden. Aus ihm spricht Herzls Traum; soweit der erste Teil des Romans.

Rückkehr nach 20 Jahren

Haifa 1923: Hier beginnt die eigentliche Geschichte, als die beiden Freunde nach zwanzig Jahren auf der Pazifikinsel in die Welt der Zivilisation zurückkehren, erneut Palästina besuchen und ein völlig verändertes Land vorfinden. Dabei unterteilt sich der Roman in zwei Handlungsstränge. In dem einen wird ein etwas sentimental ausfallender biographischer Bericht über die mittlerweile nach Palästina ausgewanderten Littwaks ausgerollt, die führende Persönlichkeiten geworden sind.

Im Mittelpunkt des Romans steht die Beschreibung eines blühenden, liberalen jüdischen Staates, eine optimistische und autarke Gesellschaft, die modernste technische Errungenschaften besitzt und einsetzt, in der eine rege Kulturszene floriert und die auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet ist. Eine jüdische Gemeinschaft, in der alle Mitglieder vom technischen Fortschritt, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen profitieren, der eine florierende, industrialisierte Landwirtschaft besitzt und jeden nach seiner Fasson selig werden lässt. „Ob einer im Tempel, in der Kirche, in der Moschee, im Kunstmuseum, oder in den philharmonischen Konzerten die Andacht suchte, die ihn mit dem Ewigen verbinden sollte, darum hatte sich die Gesellschaft nicht zu kümmern."

Die Geschichte der Staatsgründung wird im Verlauf eines Seder-Abends, an Pessach, erzählt. Die neue Gemeinschaft besitzt Institutionen, eigene Gesetze, eine Regierungsinstanz, es gibt Parlamentsgebäude und es werden Wahlen zur Abgeordnetenversammlung abgehalten. Es gelten Regeln für den Besitz von Eigentum, Staatsangehörigkeit, öffentlichen Dienst und klare Bestimmungen für Rechte und Pflichten aller Bürger, und die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist beispielhaft. Freie Religionsausübung, der Respekt heiliger Stätten haben Bedeutung, aber mit Jerusalem als Hauptstadt der Gemeinschaft, während Haifa das wirtschaftliche Zentrum bildet.

Der Roman betont mehrfach, dass Araber gleichwertige Staatsbürger sind, gleiche Rechte und Pflichten haben und das Land als gemeinsames Vaterland betrachten, dass es aber einen natürlichen „jüdischen Charakter" besitzt.

Akko beschreibt Herzl „in alter orientalischer Bauschönheit, graue Festungsmauern, dicke Kuppeln und schlanken Minaretts, die sich vom Morgenhimmel reizend abhoben." „Tausende weißer Villen tauchten leuchteten aus dem Grün üppiger Gärten heraus. Von Akko bis an den Carmel schien ein großer Garten angelegt zu sein, und der Berg selbst war auch gekrönt mit schimmernden Bauten." Hier ließ der Autor seiner Phantasie freien Lauf, wie bei der Beschreibung Haifas mit „hochgeschwungenen Arkaden", wo Palmen tagsüber Schattenspender waren und an denen nachts elektrischen Straßenlampen hingen, „wie große, gläserne Früchte." Es herrscht ein großes Gewühl, ein „Verkehr aller Völker", Menschen unterschiedlichster Kleidung, „Chinesen, Perser, Araber."

Es verkehren Schwebebahnen in den Städten Palästinas, ein Netz von Schnellzügen verbindet alle Landesteile miteinander und ein Kanal vom Mittelmeer bis zum tief gelegenen Toten Meer versorgt nicht nur den jüdischen Staat, sondern den gesamten Nahen Osten mit Elektrizität.

Es herrscht das Recht auf Arbeit, Arbeitshilfe, zweijährige allgemeine Arbeitspflicht, Siebenstundentag, freier Schul- und Universitätsbesuch, Wahlrecht für Frauen, alles progressive Ideen für die Zeit. Die Regierung sorgt für umfängliche medizinische Betreuung, Krankenhausbehandlung und Seniorenhilfe. Grundsatz des neuen Landes ist die gesellschaftliche Solidarität. Es ist eine Gesellschaft ohne jegliche Diskriminierung, in der religiöse und ethnische Gleichheit herrscht; nicht zuletzt auch zwischen den Geschlechtern.

Die Wirtschaft ist genossenschaftlich, also „mutualistisch", die Waage zwischen Individualismus und Kollektivismus haltend. Der Mutualismus strebt danach, die Freiheit und Privatinitiative des Kapitalismus mit dem Streben nach Gerechtigkeit des Sozialismus zu vereinen, um so Gleichberechtigung zu gewährleisten. „In unserer neuen Gesellschaft", so lässt Herzl die Vertreter der jüdischen Gemeinschaft erzählen, „sind wir durchaus nicht für die Gleichmacherei. Jedem nach seinen Werken: „Den Wettbewerb haben wir nicht abgeschafft. Aber die Bedingungen sind für alle gleich, wie bei einem Preiskampf oder einem Wettlauf."

Außerdem sollen Industrie und Handel auf Partnerschaften und Kooperativen gründen, Fabrikarbeiter besitzen Anteile an ihrer Fabrik, Angestellte an den Kaufhäusern, die Presse wird von Zeitungsgenossenschaften betrieben, wobei das Aktienkapital den Abonnenten gehört. Korrespondenten, Journalisten und Redakteure werden von den Lesern selbst bestimmt. An dieser Stelle erlaubte sich Herzl einen Seitenhieb auf die Eigentümer der Neuen Freien Presse, die ihm, dem Starkorrespondenten und Feuilletonchef untersagte hatten, von der zionistischen Bewegung zu berichten, die Herzl ja selbst anführte und ins Leben gerufen hatte.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Das Ghetto von Borisov: Selbst nach dem Ende des Krieges musste ein Jude wahrheitswidrig gestehen, ein deutscher Spion zu sein

Vor 80 Jahren wurde das Borisover Ghetto vernichtet. Noch Jahre später vollendeten die sowjetischen Kommunisten, was die Nazis begonnen hatten: Sie trieben einen weißrussischen Juden und ehemaligen Rotarmisten in den Selbstmord, nur weil er ein Denkmal für die ermordeten Juden seiner Heimat errichten wollte.

Von Boris Nisnevich

Meine Mutter sagte: „Ejnes hat selbst nicht einmal verstanden, wie er den Krieg überlebt hat. Wie er dort überleben konnte, wo es eigentlich unmöglich war. An vorderster Front war er von den ersten Tagen an. Im Schlamm, im Blut, im Graben. Und dort – an der Front – ist er mit allen in den Tod gegangen. Vor seinen Augen wurden aus den Lebenden in einer Sekunde Leichen oder Entstellte; aus den Krankenhäusern kamen sie als Krüppel, wie abgehauene Stücke Holz. Und er betete zu Gott, ihn sofort zu sich zu nehmen und nicht in Teilen."

Er war einer unserer entfernten Verwandten; wir näherten uns nach dem Krieg an: Die Eltern von Mutter und Vater, ihre Geschwister, alle nahen Verwandten wurden von den Nazis ermordet. Einige wurden im Ghetto zu Tode gefoltert, andere an einer Schlucht erschossen. Unsere Landsleute, die die Besatzung überlebten, erzählten Ejnes bei seiner Rückkehr von der Front, dass die Morde an den Juden unmittelbar nach der Einnahme der Stadt, noch vor der Einrichtung des Ghettos, begannen.

In einer Stadt, wo jeder Fünfte Jude ist, konnten sich selbst die schlimmsten Antisemiten nicht vorstellen, was anzurichten die Nazis in der Lage sein würden. Eine Evakuierung der Bewohner fand praktisch nicht statt: In den ersten Kriegstagen bombardierten die Deutschen alle Bahnstrecken. Am 25. Juli 1941 begannen die Nazis, am Rande des Städtchens Borisov ein Ghetto abzusondern, und einen Monat später wurden dort mehr als 8.000 Menschen zusammengetrieben. Für die Sicherheit sollten die örtlichen Polizisten sorgen. Den Bewohnern des Ghettos war es verboten, mit der Außenwelt zu kommunizieren. Und niemandem konnte Ejnes von seinen Kindern erzählen – Isja und Fanja, und von seiner Mara. Die, die zusammen mit ihnen schmachten, sind mit ihnen gegangen. Wie schwer, wie quälend war ihr Los? Wie bei all den anderen, so stellte er es sich vor. Harte und schmutzige Zwangsarbeit. Welche Arbeit hat seine dünne, zarte Mara machen müssen, um die Essensration zu bekommen – 150 g Brot?

Anfang Oktober 1941 schickten die Deutschen Kriegsgefangene, um am nördlichen Stadtrand, in der Nähe des Flugplatzes, zwei große Gräben (ca. 100 m lang, 5 m breit und 3 m tief) auszuheben. Die Organisation des Mordes übernahm die „Russische Sicherheitspolizei" unter dem Kommando des Wolgadeutschen Eckhoff.

Vor den Augen der lokalen Bevölkerung

Das Morden begann in der Nacht vom 19. auf den 20. Oktober um drei Uhr morgens mit der Einkreisung des Ghettos. Zuerst wurden die Männer zum Ort der Hinrichtung gebracht, und am Morgen die restlichen Juden. Lastwagen voller Frauen und Kinder fuhren von der Polozkaja-Straße zum Flugplatz, wo die Todesgruben ausgehoben wurden. Den ganzen Tag fuhren nacheinander die Autos, transportierten Menschen zum Ort des Mordes und kehrten mit den Kleidern der Getöteten zurück. Und es gab immer noch nicht genug Autos; die Polizisten trieben Gruppen von Frauen und Kindern zu Fuß und schlugen sie mit Eisenstangen. Alles geschah von morgens bis abends vor den Augen der lokalen Bevölkerung.

Die Mörder wurden mit Wodka versorgt, und beim Trinken erschossen sie die Menschen. Den Opfern wurde befohlen, sich vollständig auszuziehen und mit dem Gesicht nach unten hinzulegen – so sparte man Platz... Als die Grubenreihe gefüllt war, mussten die Juden die Leichen mit einer Sandschicht bedecken und feststopfen. Viele Opfer waren nur verwundet – sie wurden lebendig begraben. Die Deutschen, die das alles beobachteten, machten Fotos und lachten oft. Durch eine dünne Erdschicht hindurch, die über die Toten gestreut wurde, kam Blut, und damit es nicht in die Beresina, den Fluss, gelangte und eine Seuche auslöste, wurde befohlen, das Grab zusätzlich mit Brandkalk und einer weiteren Sandschicht zu füllen.

Als Ejnes nach Borisov zurückkehrte, war das Massengrab bereits mit hohem Unkraut bedeckt: Auf dem mit Blut gedüngten Boden wuchs alles schnell. Er bahnte sich seinen Weg durch dieses Dickicht und beschloss, all diese Schande zu beseitigen. Er lieh bei einem Nachbarn eine Sense. Nachbar Trachim erklärte ihm: Da hilft die Sense nicht, man muss mehr Menschen anheuern und, Sichel um Sichel, zusammen durchgehen. Und Borisovs Leute kamen: Sie schnitten aus, entwurzelten das gesamte Unkraut und versuchten sogar Gras zu säen. Die Weißrussen in Borisov lebten schon vor dem Krieg mit ihren Juden in Eintracht. Mutter erinnerte sich oft an das Borisov der Vorkriegszeit: Das Jüdische Volkstheater, wo sie selbst und Ejnes spielten. Dieses schlichte Theater belebte die jüdische Gemeinde, in deren Leben es nur wenige helle Ereignisse gab. Vielleicht die Hochzeit von Ejnes' Schwester, ach, war das eine romantische Liebesgeschichte! Sie – Rosa – fiel ohnmächtig an einem Apothekenfenster. Der junge Apotheker half ihr, so begann ihre Liebe. Rosa und der Apotheker sind noch vor dem Krieg nach Amerika abgereist. Ejnes schrieb ihr vorsichtige Briefe – er wusste wohl, dass sie in bestimmten Behörden gelesen werden. Auf die Frage seiner Schwester, wie es denn ihren Landsleuten in Borisov ergehe, antwortete er, es sei alles genauso wunderbar wie bei dem ihr bekannten Schlimazel Sjoma. Natürlich wusste Rosa sofort Bescheid: Der besagte Sjoma war stets hungrig und zerlumpt. Ejnes schrieb der Schwester auch, was für ein Fest an der Front die amerikanischen Rationen seien, Konserven mit Speck.

Mit meiner Mutter sprach er Jiddisch, sein Russisch war aber korrekt. Er las viel, fand sogar alte Bücher auf Hebräisch – auch das konnte er. Mit einem solchen Kopf, meinte meine Mutter, hätte er ein Philosoph oder ein Schriftsteller werden können. Er könnte als Frontsoldat problemlos anfangen, zu studieren. Aber er begann sofort nach einer anständig bezahlten Arbeit zu suchen und fand eine Anstellung als Lieferant im Bezirksverband der Konsumgenossenschaften. Er ging mit Geldbündeln von Dorf zu Dorf, kaufte alles, was die Bauern noch verkaufen konnten. Wie genau diese Einkäufe abliefen, wusste man nicht so recht, aber er hatte anständiges Geld verdient. Jedoch erlaubte er sich nichts, nicht mal das Nötige. Wofür er gespart hat, stellte sich erst später heraus, als ein Ermittler der Staatssicherheit namens Klesch (auf Russisch „Zecke", - Anm. d. Übers.) sich seiner annahm.

Das Denkmal am Ort der Ermordung der Gefangenen des Ghettos von Borisov.

Ejnes sammelte Geld für ein Denkmal. Weitere Verwandte der Opfer des Massakers schlossen sich ihm an. Er ging nach Leningrad, um einen geeigneten Stein zu suchen, eine Art großer Felsbrocken, von denen es, wie er hörte, viele am Ufer des Finnischen Meerbusens gibt. Als jedoch ein geeigneter Felsbrocken gefunden wurde, stellte sich heraus, dass es keine Möglichkeit gab, ihn zu transportieren. Man schaute ihn an als jemanden, der nicht verstand, in welchem Land er lebte. Wenn es noch möglich war, sich für Schmiergeld auf einen Kran zu einigen, so wollte mit ihm niemand von der Eisenbahnverwaltung reden, ohne entsprechende Papiere von offiziellen Stellen vorgelegt zu bekommen.

Ejnes kehrte nach Borisov zurück und sagte bitterlich zu den Angehörigen der Opfer: „Ich wünschte, ich würde im Kapitalismus leben – fürs Geld kann man dort alles kaufen..." Und er begann, den Bau eines Denkmals aus lokalen Materialien zu organisieren. Der Entwurf wurde von einem Architekten aus Borisov angefertigt. Ejnes grübelte, was man als das Epitaph nehmen könnte. Er wollte es auf Jiddisch und Russisch schreiben lassen. Er suchte nach den richtigen Worten, um den Schmerz und das tiefe Mitleid der Juden und die Verachtung für das faschistische Monster zu vermitteln. Auch hielt er es für notwendig, dort eine Menora oder einen sechszackigen Stern abzubilden.

Warum die Vertuschung durch die Sowjets?

Aber all dies stellte sich als unmöglich heraus. Der Vorsitzende des Parteikomitees der Stadt Borisov warnte: Es sollten keine Juden auf dem Denkmal erwähnt werden. Ebenfalls käme eine Beteiligung der Stadt am Bau der Gedenkstätte nicht in Frage. „Wir müssen die Stadt wieder aufbauen, an die Lebenden denken! In diesem Krieg hat es alle Nationen erwischt, warum sollten die Juden ausgesondert werden?"

Das war die „Logik" der Behörden und der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Nachdem er dies alles von einem jungen Architekten gehört hatte – einem kultivierten Russen –, schlief Ejnes nachts nicht und diskutierte in Gedanken mit der neuen Stadtmacht, die ihm jetzt in Bezug auf die Juden nicht besser erschien als die damaligen Polizisten. Vor wem muss man jetzt, nach dem Krieg, die Tatsache verbergen, dass es einen Ort gibt, an dem Tausende von Juden begraben sind, deren einzige Schuld es war, Juden zu sein?

Ejnes konnte damals nicht mal erahnen, wie lange dieses von den Behörden angeordnete Vergessen des Völkermords dauern würde.

Ganze 48 Jahre sind vergangen, seit 1947 an der leidvollen Schlucht das Bild einer Menora auf einem bescheidenen Denkmal erschien. Das Denkmal wurde nicht vom Staat, sondern von den Angehörigen der Opfer errichtet. Es gab keine Erwähnung von Juden auf dem Stein. Erst im November 1991 fand am Denkmal eine Kundgebung statt, die von der Gesellschaft für jüdische Geschichte und Kultur „Licht der Menora" zum Gedenken an den 50. Jahrestag der Hinrichtung von Gefangenen des Borisover Ghettos organisiert wurde. Das Gebet las ein amerikanischer Rabbiner: In ganz Weißrussland gab es keinen eigenen Rabbiner. Und noch vier Jahre später wurde schließlich am Ort der Hinrichtung eine Gedenkstätte errichtet.

Die Tapferkeitsmedaille der Roten Armee

Doch Ejnes konnte sich zu Lebzeiten nicht vorstellen, dass dies möglich war, zumal sich ein Ermittler des MGB (später Komitee für Staatssicherheit, - Anm. d. Übers.) um ihn kümmerte. Im Herbst 1946 war er aktiv damit beschäftigt, die für die Fundamentierung des Denkmals benötigten Materialien vorzubereiten. Zuerst wurde er vom Ermittler des Innenministeriums Iwan Olenitschev vorgeladen, der am Kampf gegen den Diebstahl sozialistischen Eigentums beteiligt war. Auf seinem Schreibtisch erkannte Ejnes sofort die Quittungen, die er beim Einkauf von Landwirtschaftserzeugnissen ausgeschrieben hatte. Er verstand alles und war in Sorge: Die Dokumente waren zwar korrekt, aber sie entsprachen nicht den tatsächlichen Berechnungen mit den Dorfbewohnern, diese erklärten sich oft einverstanden, höhere Zahlen abrechnen zu lassen. Nachdem er die Vorladung erhalten hatte, fürchtete Ejnes sich nicht: Sie kamen nicht, um ihn zu holen, er wurde nicht verhaftet, vielleicht wird er als Zeuge von etwas gebraucht, dachte er zunächst. Doch alles wurde schnell ernst... Der Ermittler warf einen Blick auf die Ordensspange an seiner Jacke: So wollte Ejnes zu verstehen geben, wo er kämpfte, welche Städte er eroberte. Nun, wenn die Bandschnalle diesem Beamten nichts sag, dann kann er ihn aufklären,

ihm zeigen, wo die Tapferkeitsmedaille ist. Obwohl er selbst glaubte, sich durch keine Tapferkeit hervorgetan zu haben, war er ja lediglich nach einem schwierigen Kampf einer der drei, die überlebten. Aus einem ganzen Infanteriezug.

„Nicht gut ist das, gar nicht gut", sagte der Ermittler zu ihm. „Siehst du, was du jetzt hast. Den Krieg überwunden – den Knast gefunden", und der Beamte lächelte, zufrieden, so gut reimen zu können.

Ein Telefonanruf ertönte. „Jetzt sagst du mir aber, woher das Geld kommt", sagte dann Olenitschev und legte auf. „Und noch besser, machen wir ein Geschäft, wie es bei euch heißt: Du wirst mir beschreiben, wie du den Staat und die sowjetische Bauernschaft betrogen hast, und das wird meine Arbeit verkürzen, und ich werde deine Gefängnisstrafe verkürzen, du verstehst."

Ja, Ejnes verstand. Und wusste, dass dieses „Kooperieren" nicht in Frage kommen kann; er versuchte sogar gegen die Arroganz des Ermittlers anzukämpfen. „Alle materiellen Beweise, von denen Sie sprechen, gehören möglicherweise nicht mir. Ich war bei der Durchsuchung nicht anwesend, ich habe keine Ahnung, wer dort während des illegalen Eindringens in meine Wohnung hätte Zeuge werden können." Er begann anzugreifen und zeigte seine Kompetenz in einigen Rechtsfragen. Olenitschev brach in Gelächter aus – bewusst laut. „Willst du vielleicht noch einen jüdischen Anwalt anrufen? Aber ich sage dir was: Alles in den Papieren wird korrekt sein, du wirst alles schön ordentlich unterschreiben, über die Durchsuchung und alles andere..."

Ohne zu klopfen kam ein Mitarbeiter herein und breitete Beweismaterial auf dem Tisch aus. Olenitschev beobachtete den Gesichtsausdruck von Ejnes, der, um ihm keinen Gefallen zu tun, völlige Gleichgültigkeit vortäuschte, obwohl alles in ihm pochte. Olenitschev begann mit dem Verhör: „Wofür brauchst du also so viel Geld?", fragte er und hob mehrere Bündel Banknoten hoch. „Du kaufst kein Gold, Diamanten interessieren dich auch nicht, also für wen und wofür?" Ejnes antwortete und deutete auf den blauen Notizblock auf dem Tisch: „Hier steht es geschrieben. Jeder Rubel wird registriert." Olenitschev begann laut vorzulesen: „Kosten für das Denkmal für die Juden von Borisov. Eine Fahrt nach Leningrad für einen Stein... Dann gibt es hier Tickets, lauter Quittungen. Zahlungen für Zement, Sand. Für wen ist dieser Bericht bestimmt?" „Für mich selber." „Und wir denken, dass du nur eine Ausrede vorbereitet hast. Du hast eindeutig etwas vor, und das wirst du uns bald erzählen." Das „wir" beunruhigte Ejnes sofort: Wirtschaftskriminalität ist das eine, politisches Verbrechen wäre etwas völlig anderes. Und dieses „wir" hörte sich an nach der Zusammenarbeit des Innenministeriums mit der Staatssicherheit. Ejnes behielt recht. Der Hauptmann Klesch – die „Zecke" – betrat den Raum, sein Gesicht drückte tiefe Besorgnis um die Staatssicherheit aus. So erzählte es Ejnes später über ihn. Ejnes wusste, mit wem er es zu tun bekam: Er hatte bereits vor dem Krieg von der „Zecke" als einem Meister der ausgeklügelten Folter von „Volksfeinden" gehört.

Der dümmste Jude in der Stadt

Klesch starrte Ejnes mit einem durchdringenden, verächtlichen Blick an:

„Unsere Heimat verleumden? Wir leben gut, wie Schlimazel Sjoma – der Bettler und der dümmste Jude in der Stadt! Und Amerika loben; dass wir den Krieg ohne seine Rationen nicht gewonnen hätten!" „So denke ich nicht, ich habe nicht so geschrieben." „Du denkst, du denkst, der wurzellose Kosmopolit, du! Wir wissen alles über dich. Es ist uns bekannt, warum du an dem Denkmal arbeitest. Das sind deine Zeichnungen mit Inschriften auf Jiddisch, Menora, der Davidstern – was ist das? Das ist eine direkte Bestätigung deiner Verbindung mit den zionistischen Organisationen!" „Solche Organisationen kenne ich nicht." „Sicher kennst du sie, und bringst ihnen das Geld. Dein Denkmal ist nur die Ausrede! Ich kann dich an den Zionismus erinnern. Zionistische Organisationen nahmen ihre Aktivitäten bei uns in Weißrussland unmittelbar nach dem Krieg wieder auf. Noch während der Kriegsjahre in der UdSSR wurde das Jüdische Antifaschistische Komitee gegründet, an dessen Spitze der berühmte Zionist Michoels stand. Du kennst ihn nicht? Wer unter den Juden kennt nicht eine solche Theater-Berühmtheit! Also begann sein Komitee, das sich mit dem Kampf gegen den Faschismus befassen sollte, mit den zionistischen Führern zusammenzuarbeiten..."

Klesch fing den verwirrten Blick den Beschuldigten auf und sagte belehrend:

„Tu' nicht so, als hättest du damit nichts zu tun, du wüsstest nichts davon. Oder hältst du dir die Ohren zu, wenn das Radio spricht? Oder verbrennst du Zeitungen, ohne sie zu lesen? Da du vielleicht ein Bindeglied in der zionistischen Verschwörung bist, muss ich dich daran erinnern, dass die Aktivisten des Komitees, die angeblich so antifaschistisch sein soll, insbesondere Ehrenburg, Michoels, Grossman, den Mythos vom ‚Holocaust' erfunden haben, angeblich den Tod von sechs Millionen Juden (Ilja Ehrenburg (1891 - 1967) und Wassili Grossman – Josif Solomonowitsch Grossman (1905 - 1964) – waren russisch-jüdische Schriftsteller; als Kriegsreporter dokumentierte Grossman das von ihm Gesehene in ethnisch gesäuberten Ukraine, Weißrussland und Polen, im Vernichtungslager Treblinka und im KZ Majdanek. Seine Aufzeichnungen gehörten 1943 zu den ersten Augenzeugenberichten dessen, was später als der Holocaust bekannt wurde. Das 1948 von Wassili Grossman und Ilja Ehrenburg gemeinsam für die Herausgabe fertiggestellte „Schwarzbuch" über den Völkermord an den sowjetischen Juden, die erste große Dokumentation der Schoah, wurde zunächst von dem Jüdischen Antifaschistischen Komitee ausgearbeitet, aber selbst später nicht veröffentlicht. Solomon Michoels (1890 - 1948) war ein hervorragender jüdischer Schauspieler und Regisseur, der Gründer des Jüdischen Theaters in jiddischer Sprache. Zum Vorsitzenden des Jüdischen Antifaschistischen Komitees gewählt, reiste Michoels während des Krieges ins Ausland und warb bei den Jüdischen Komitees in nicht-kommunistischen Ländern um die Unterstützung der UdSSR im Kampf gegen Nazi-Deutschland. Diese Verbindungen führten nach dem Krieg dazu, dass das Jüdische Theater auf Stalins Befehl geschlossen wurde und die Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees als „Spione" verhaftet und hingerichtet. Michoels selbst war allerdings eine zu bekannte und auffällige Persönlichkeit; um sich seiner zu entledigen, wurde mit Stalins Billigung von der Geheimpolizei ein Autounfall inszeniert; Michoels erhielt ein Staatsbegräbnis. Das war eine der Stalins größten antisemitischen Kampagnen gewesen; wie es damals hieß, gegen „Juden als wurzellosen Kosmopoliten", - Anm. d. Übers.). Die Juden haben immer das Wasser getrübt und das Volk aufgewühlt! Heute gibt es in der Zeitung ‚Prawda' einen Artikel „Über eine antipatriotische Gruppe von Theaterkritikern' – über die Intrigen der Zionisten in der Rolle von Kulturschaffenden. Es dreht sich alles um deine Idole – Zionisten und Kosmopoliten. Wenn du jetzt als freier Mann keine Zeit zum Lesen hast, kannst in der Zelle lesen."

Der Hauptmann Klesch hielt inne, damit sein Opfer das Gehörte verdauen konnte. Er würde sich keine Einwände anhören! Aber „der wurzellose Kosmopolit" sprach ihn an, als sei er ein vernünftig denkender Mensch: „Ich habe gelesen, was man über den Zionismus in unserem Land schreibt. Aber ich habe nichts mit den Aktivitäten solcher Organisationen zu tun. Mein Zionismus bedeutet, dass ich Jiddisch beherrsche, den Davidstern zeichne und eine Gedenkinschrift auf dem Denkmal für Juden – Opfer der Nazis – in ihrer Muttersprache schreiben möchte. Wissen Sie, die Deutschen haben nur Juden ins Ghetto getrieben und nur sie wurden in der Schlucht erschossen. Gilt die Gedenkinschrift als Manifestation des Zionismus, so kann dies als eine Art Fortsetzung des Völkermords verstanden werden. Die Trauer der Leidtragenden kann man nicht gegeneinander aufwiegen, sie ist unteilbar, sie nimmt bei den weiteren Opfern nicht ab. Für mich ist es nicht leichter, dass meine Familie zu den 8.000 anderen Opfern gehört. Die Zeit wird vergehen, und unser Land wird zusammen mit der ganzen Welt den Holocaust anerkennen, dem Misstrauen gegenüber Juden ein Ende setzen..." „Du vergisst, wo du dich befindest, du Demagoge-Trotzkist. Dein Gedanke ist also, dass die Bolschewiki den Nazis in der nationalen Politik gleichzusetzen sind?", mischte sich der Ermittler Olenitschev ein. „Das haben Sie gesagt", erwiderte Ejnes mit einem bitteren Lächeln.

Der Hauptmann Klesch stellte sich währenddessen vor, wie vier kleine Sterne an seinen Schulterklappen durch einen großen ersetzt würden. Ja, er würde Major werden, und dieser lebensfremde Jude, der ihm gegenübersitzt, wird ihm dabei helfen.

„Vielleicht bist du der klügste Jude in Borisov, aber auf Kolyma bist du verloren (Kolyma ist ein Fluss im Fernen Osten Russlands; in diesem Gebiet befanden sich die sog. „Besserungslager", die zu den brutalsten im ganzen GULAG zählten, - Anm. d. Übers.). Ich biete dir Folgendes an: Du gibst uns eine Liste von Personen, die der zionistischen Borisov-Organisation angehören, vorzugsweise 15 Personen, das reicht; Protokoll der Sitzung – zum Beispiel, über den Text der Grabinschrift, die du verfasst hast. Es ist wichtig und notwendig, die Haltung von Mitgliedern der Organisation zur Kritik in der Presse von Aktivisten des sogenannten Antifaschistischen Komitees wiederzugeben. Jetzt hast du einen Tag zum Nachdenken – in Freiheit, zu Hause. Dort wird es einfacher sein, sich Namen, Nachnamen, Sitzungstermine zu merken. Wenn du dich an nichts erinnerst, wird dein Gedächtnis in unserer Zelle mit unserer Hilfe schon besser funktionieren… Jetzt geh und denk nach! Unser freundschaftliches Gespräch unterliegt keiner Offenlegung: Sonst kann man ohne Zunge zurückbleiben", sagte er zum Schluss, und schaute ausdrucksvoll auf seine Uhr: Die Zeit des Nachdenkens lief. Aber Ejnes hatte in diesem Moment bereits eine Entscheidung getroffen, die für alle unerwartet war, auch für die Ermittler.

„Der schlimmste Feind des Volkes und des Sowjetregimes"

Seine Gedanken waren unglaublich schnell. Er erinnerte sich an Zeitungen mit Materialien aus dem Trotzkisten-Bucharin-Prozess, Informationen über die „Entlarvung" parteifeindlicher Gruppen, Verschwörungen von „Feinden des Volkes und des Sowjetregimes"... Auch vor dem Krieg konnte er sich nicht vorstellen, wie man einen Menschen so „vorbereiten" kann, dass er im Prozess sagt: „Ich bin der schlimmste Feind des Volkes und des Sowjetregimes." Er dachte an die Folter seines Verwandten, meines Onkels Berl: Danach legte Berl ein „Geständnis" ab, ein deutscher Spion zu sein.

Klesch versteht natürlich sehr gut, dass er nichts mit den zionistischen Organisationen zu tun hat, dachte Ejnes. Es war klar, was Klesch von ihm will: Eine solche Organisation muss erfunden werden! Eine Liste von Juden hatte Ejnes, sie wurde bei der Durchsuchung beschlagnahmt: Dort standen die Namen der Menschen, die das Geld für das Denkmal gespendet haben. Sie müssen jetzt nach dem Kleschs Plan als eine Organisation präsentiert werden. Ejnes wusste: Das wäre eigentlich die Gleichsetzung mit ihren Verwandten in dem Massengrab. Außer diesen Menschen hatte er zu der Zeit keine weiteren jüdischen Bekannten in Borisov. Nein, er konnte es nicht durchziehen. Und er sah keinen Ausweg aus der von Klesch geschaffenen Situation. Plötzlich stellte er sich Klesch in Uniform des Hitlers Erschießungskommandos vor – schließlich vernichtet dieser Mann seine Landsleute, ganz gleich, ob schuldig oder unschuldig. Aber dieser Gedanke machte es ihm nicht leichter.

Nach dem Verhör erzählte Ejnes meiner Mutter alles und bemerkte: „Er wird keine Zeit haben, meine Zunge herauszureißen." Sie fragte nicht, was er meinte – dieser Satz kam ihr nicht tragisch vor... Er erzählte ihr die Dialoge in allen Einzelheiten und spielte die Szenen wie am Theater vor. Und genau so gab meine Mutter mir alles weiter, damit ich diese Geschichte mit ihr noch einmal erleben und später erzählen konnte, nachdem mir das Geschehene das Herz zerbrach.

Tod auf der Toilette

„Verzeih mir, Emma", sagte er an diesem Abend zu ihr und ging in sein Zimmer. „Wenn ich diese Nacht schlafen kann, würde ich wirklich gerne von Mara und meinen Kindern träumen. Weißt du, im Krieg, im Schützengraben, habe ich oft von ihnen geträumt. Und nach dem Krieg nie..." Sie dachte nur: Warum „Verzeih"? Aber sie fragte nicht noch einmal: Er sah so elend aus; nur eine spitze Nase ragte an einer blassen Stelle heraus. Seine Augen, immer klug, Freundlichkeit ausstrahlend, schienen erloschen, mit einem Schleier der Gleichgültigkeit. Sie tröstete sich mit dem Gedanken: Ejnes ist weise, er wird schon einen Ausweg finden...

Am nächsten Tag wollte sie zu einer anderen Familie nach Minsk fahren und wollte ihm am Morgen für seine Gastfreundschaft danken. „Am Morgen, als ich meine Sachen geholt hatte, ging ich nach oben – sein Zimmer war im zweiten Stock; Ejnes war nicht da", erinnerte sich meine Mutter. „Ich musste mich verabschieden, ging auf den Hof – er war voller Menschen. Was da war, kann ich dir nicht sagen. Ich weiß nicht mehr, worüber die versammelten Nachbarn sprachen, alles verschmolz für mich zu einem vielstimmigen schrecklichen Stöhnen. Dann wurde mir klar: Er hatte keine andere Wahl..."

Ejnes hat sich erhängt – auf der Toilette. Warum dort? Was meinte er damit? Dass er gezwungen ist, seinen Körper dieser beschissenen Macht zu überlassen, reißt aber seine Seele vom Körper weg und verlässt dieses Land voller Zecken? So denke ich, so verstehe ich die Geschichte eines der Leidenden, der das Unglück hatte, zur damaligen Zeit und an diesem Ort geboren zu sein.

Einer, der die irdische Hölle in Bildern festhielt

Am 77. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erinnern wir auch an den 120. Geburtstag des jüdischen Künstlers und Lagerinsassen David Olère, der gezwungen wurde im jüdischen Sonderkommando des Lagers zu arbeiten und später die Schrecken des KZ in Bildern festhielt.

Von Esther Ginsburg

„Hüte deine Seele, dass du nicht vergisst die Ereignisse, die deine Augen gesehen haben und dass sie dein Herz nicht verlassen all dein Leben lang. Und sollst deinen Kindern und Kindeskindern kundtun."
Dvarim, 4:9-10

Weltweit ist David Olère der einzige Künstler, der in den Krematorien von Auschwitz-Birkenau gewesen ist – und überlebte. Er entkam und widmete all seinen Willen und sein Talent der genauen Darstellung dessen, was „seine Augen gesehen haben". Nach Olères Freilassung wurden seine Gemälde und Zeichnungen zu einer ehrenden Erinnerung an diejenigen, die dem Schicksal des Holocaust nicht entkommen konnten. David Olère war überzeugt, der Welt von ihrem schrecklichen Schicksal erzählen zu müssen.

Olère wurde am 19. Januar 1902 in Warschau in eine jüdische Familie hineingeboren. Sein Vater war Arzt, die Mutter Hebamme. Der junge Künstler, der ein für sein Alter hervorragend entwickeltes Talent besaß, erhielt im Alter von 13 Jahren ein Stipendium und wurde in die Akademie der Schönen Künste in Warschau aufgenommen. Das Studium absolvierte er 1918 und ging nach Deutschland. „Sieben Jahre hat er in Berlin gelebt", erinnert sich Olères Enkel David. „Er hat am Bauhaus studiert, weil es damals der beste Studienort war." Anschließend stellte er seine Holzschnitte in Galerien in München und Heidelberg aus.

Olère wollte in Frankreich leben. Es zog ihn 1923 nach Paris, damals das Mekka der Kunst. Wie viele andere Künstler dieser Zeit, lebte er in der Gegend von Montparnasse, wo er Vertreter der Pariser Schule wie Max Ernst und Amedeo Modigliani kennenlernte. Schnell in die französische Filmindustrie aufgenommen, arbeitete Olère später als Produktionsdesigner, entwarf Bühnenbilder, Kostüme und Plakate für Paramount Pictures, Fox Film und Columbia Pictures und unterrichtete an der Académie de la Grande Chaumière.

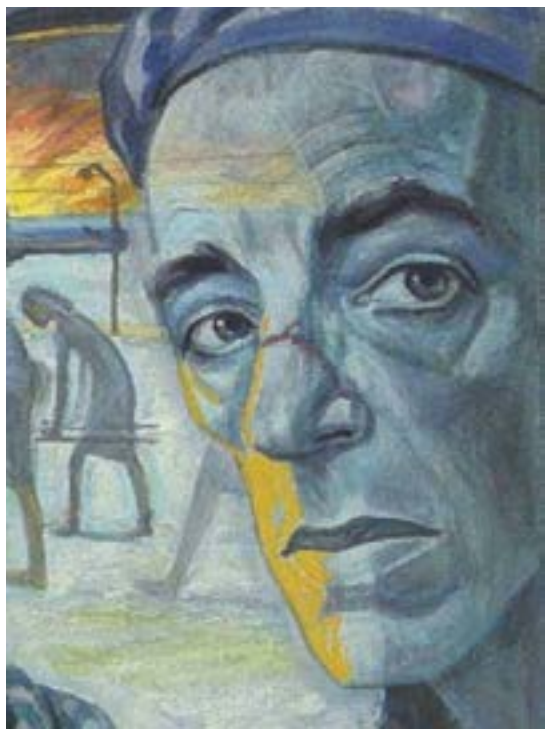
1930 heiratete Olère die französische Hutmacherin Juliette Ventura und beide zogen in den Pariser Vorort Noisy-le-Grand, wo ihr einziger Sohn Alexander geboren wurde. 1937 wurde Olère französischer Staatsbürger.

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wandte Frankreich eine passive Verteidigung an, als „seltsamer Krieg" bezeichnet. Anfang 1940 wurde David Olère zum 134. Bataillon der französischen Infanterie in Lons-le-Saunier eingezogen, wurde aber bald demobilisiert und kehrte nach Hause zurück.

Leben in Paris mit dem Stern

Derweil startete Deutschland am 10. Mai 1940 eine Offensive gegen Frankreich, und einen Monat später, am 14. Juni, wurde Paris widerstandslos dem Feind übergeben. Zwei Drittel der Landesfläche waren von Nazi-Truppen besetzt. Es begann eine massive Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung. Die Vichy-Regierung erließ eine Reihe von antijüdischen Gesetzen, daraufhin wurde David Olère seine französische Staatsbürgerschaft entzogen. Zu alledem wurde am 3. Oktober 1940 das erste Judenstatut verabschiedet, wonach Juden neben vielen Verboten auch keine Arbeit mehr im Filmgeschäft gestattet wurde. Olère war arbeitslos und musste einen sechszackigen Davidstern und die Aufschrift „Jude" auf seiner Kleidung tragen.

Am 20. Februar 1943 wurde David Olère bei einer Razzia gegen Juden von der französischen Polizei festgenommen und in das Durchgangslager Drancy am Stadtrand von Paris gebracht. Drancy erlangte bereits zu dieser Zeit eine traurige Berühmtheit als „Auschwitz-Wartezimmer". Über Drancy wurden 65.000 Juden nach Auschwitz deportiert, von denen 63.000 ermordet wurden, darunter 6.000 Kinder.



David Olère, Selbstbildnis

Nach einem zweiwöchigen Aufenthalt dort wurde Olère am 2. März 1943 mit dem Transport Nr. 49, der etwa tausend Juden zählte, nach Auschwitz II (Auschwitz-Birkenau) gebracht. Er hatte Glück: Er wurde für die Arbeit ausgewählt, während die anderen Gefangenen noch am selben Tag, kurz nach ihrer Ankunft im Konzentrationslager, in die Gaskammern geschickt wurden. In Auschwitz wurde David Olère als Häftling 106144 registriert. Diese Nummer wird von ihm später in den Zeichnungen und Gemälden angegeben. Er wurde einer speziellen Arbeitsgruppe zugeteilt – dem Sonderkommando, das die Gaskammern leeren und die Leichen zunächst in einem der Bunker, später im Krematorium verbrennen sollte. Die Lebensbedingungen der Angehörigen des Sonderkommandos waren besser als die der sonstigen Häftlinge: Sie bekamen, zum Beispiel, besseres Essen. Die meisten von ihnen wurden später jedoch wie die übrigen Lagerinsassen ermordet. Von den 2.200 Mitgliedern des Sonderkommandos überlebten nur etwa 110.

David Olère hatte unglaubliches Glück. Er wurde einer der wenigen Häftlinge von Auschwitz, die die dunklen Räume der Krematorien und Gaskammern betraten und am Leben blieben. Mitglieder des Sonderkommandos wurden regelmäßig alle vier bis sechs Wochen in die Gaskammern geschickt. Um mögliche Enthüllungen zu vermeiden und Zeugen der Massenvernichtung von Juden, so wie die Mitglieder des Sonderkommandos es waren, zu eliminieren, praktizierten die „umsichtigen" Deutschen im Lager die Beseitigung des alten Sonderkommandos und die Rekrutierung anderer Häftlinge aus den Neuankömmlingen. Laut Erinnerungen der Überlebenden war das Sonderkommando von Auschwitz gezwungen, auch die Leichen seiner „Vorgänger" im Krematorium zu verbrennen, eigene Verwandte und Freunde, die mit ihnen zusammen angekommen waren, in die Gaskammern zu schicken. Es ist schlicht unmöglich, sich vorzustellen, wie sich diese Menschen dabei haben fühlen müssen.

> Zur gleichen Zeit warf das Sonderkommando in einem anderen Krematorium zwei SS-Männer bei lebendigem Leibe in einen brennenden Ofen.

Olère verbrachte fast zwei schreckliche Jahre in dieser Todeshöhle. Er musste zusehen, wie sich die Opfer in der Schlange vor den „Duschen" entkleideten, wie Tausende von Leichen der Greise, Frauen und Kinder verbrannt wurden, wie Nazi-„Ärzte" medizinische Experimente an Häftlingen durchführten, mit welcher sadistischen Grausamkeit die SS-Männer Menschen folterten, Säuglinge quälten. Und all das geschah täglich, zur Musik des Lagerorchesters, das die herzzerreißenden Schreie und das Stöhnen der Opfer übertönen sollte. Nach dem Krieg sagte David Olère, dass ihm auf diesem „Fließband des Todes" nur seine künstlerischen Fähigkeiten und seine Fremdsprachenkenntnisse geholfen hätten.

Die SS-Leute hörten englisches Radio

Die Lagerleitung konnte seine Fähigkeiten erkennen und einsetzen: Die Deutschen ließen den Künstler ihre Briefe und Postkarten gestalten, die sie nach Hause schickten, auf die er Rahmen, Vignetten, Engel und Blumen zeichnete. Skizzen von dem, was er in Auschwitz sah, gelang ihm erst in den letzten Tagen seines Aufenthalts anzufertigen, als die SS-Kontrolle über die Häftlinge schwächer wurde. Außerdem sprach er viele Fremdsprachen: Jiddisch sprach er mit seinen Eltern; während er in Warschau lebte und studierte, lernte er Polnisch und Russisch; sein Aufenthalt in Deutschland bescherte im Deutschkenntnisse, in Paris lernte er Französisch und sprach außerdem auch Englisch. Englischkenntnisse halfen ihm, Übersetzer für die Deutschen im Lager zu werden: Von der Welt und den Nachrichten abgeschnitten, hörten sie das BBC-Radio aus London, um über die Entwicklungen an den Fronten auf dem Laufenden zu bleiben. Olère übersetzte ihnen die Nachrichten. So erfuhr er von der Befreiung von Paris und Straßburg.

Am 7. Oktober 1944 ereignete sich in Auschwitz ein Aufstand des Sonderkommandos. Einige Mitglieder, die erkannten, dass sie zum Tode bestimmt waren, beschlossen, das Krematorium K IV, in dem sie arbeiteten, in die Luft zu sprengen. Die Explosion donnerte um 3 Uhr nachmittags. Zur gleichen Zeit warf das Sonderkommando in einem anderen Krematorium zwei SS-Männer bei lebendigem Leibe in einen brennenden Ofen, tötete mehrere andere, steckte das Gelände in Brand und verließ, einen Zaun mit Stacheldraht durchbrechend, das Lager. Die SS schlug Alarm und erschoss jeden, der sich zufällig in der Nähe der explodierten und brennenden Krematorien befand. Die Flüchtlinge wurden mit Hilfe der lokalen Bevölkerung gefunden, ins Lager zurückgebracht und erschossen. Von den 663 Arbeitern des Sonderkommandos wurden 450 getötet. David Olère gelang es auf wundersame Weise, dem Tod zu entgehen.

Mit dem Anrücken der Roten Armee im Januar 1945 begannen in Auschwitz die Vorbereitungen für einen Evakuierungs-Todesmarsch. Alle noch arbeitsfähigen Häftlinge wurden in verschiedene Konzentrationslager im Westen transportiert. Niemand hatte eine Wahl.

David Olère wurde in das KZ Mauthausen in Österreich eingeliefert. Dort musste er Tunnel in deutschen Militärfabriken graben und später im Lager Melk im Bergwerk arbeiten. Er unternahm fünf erfolglose Fluchtversuche; wurde daraufhin am 7. April 1945 zur Zwangsarbeit in das Lager Ebensee geschickt und dort am 6. Mai 1945 von amerikanischen Truppen befreit. Am Tag seiner Befreiung übergab er die in Auschwitz angefertigten Zeichnungen den Offizieren der US-Armee.

Zu gleicher Zeit erreichte ihn eine schreckliche Nachricht aus Warschau: Alle seine Verwandten wurden ermordet. Am Boden zerstört, mit der von Trauer zerrissenen Seele, in ein „lebendes Skelett" verwandelt, ging David nach Paris zu seiner Familie, wo er bis zu seinem Tod lebte.

Die eigene Ehefrau glaubte ihm nicht

Sohn Alexander schrieb später: „Als mein Vater im Juni 1945 nach Hause zurückkehrte, war von ihm außer seinen Augen nur noch wenig übrig. Er war völlig erschöpft. Er konnte nicht essen, weil er seine Zähne verloren hatte.“ „Ich weiß, dass er seine Frau, meine Großmutter, sehr liebte“, erinnert sich sein Enkel David. „Sie war die einzige Person, die nach seiner Rückkehr bei ihm sein konnte. Es war schwierig, mit ihm zu kommunizieren, er zeigte keine Zuneigung oder Aufmerksamkeit. Meine Großmutter war so liebevoll und kümmerte sich so sehr um meinen Großvater! Er musste wie ein Baby gefüttert werden, weil er keine Zähne hatte und sehr wenig aß. Einige Zeit lang bekam er alle zwei bis drei Stunden flüssige Nahrung. Sie war geduldig und hörte ihm aufmerksam zu. Aber zuerst glaubte sie ihm nicht. Sie hielt ihn für verrückt. Sie war sich sicher, dass er schreckliche Dinge sah, glaubte aber nicht, dass seine Geschichten wahr sein könnten. Als andere Zeugen nach einiger Zeit begannen, auszusagen, Beweise zu erbringen – erst dann erkannte sie, dass er nicht verrückt geworden war, dass er die Wahrheit sagte, nur die Wahrheit; dass es keine Halluzinationen waren.“

Es war sein Schicksal, zu leben. Was seinen Verwandten in Warschau oder denen, dort drüben, in Auschwitz, nicht gegeben wurde... Deshalb hatte er, nach Paris zurückgekehrt, nur ein Ziel: Die Erinnerung an die Opfer zu bewahren, der Welt zu erzählen, was geschah und was er mit eigenen Augen gesehen hat, damit das nie wieder geschehen kann. Er traf eine Entscheidung. Er musste zeichnen, was er sah, was ihm in Erinnerung blieb. Denn wer von der Tragödie des Krieges nicht berührt wurde, weiß nichts von der Massenvernichtung der Juden in den Todeslagern. Sie können sich das Unvorstellbare nicht vorstellen: Dass Millionen von Juden in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern zu Rauch aus Krematorien wurden.

„Er fand keine Worte, um zu beschreiben, was er sah, obwohl er fünf Sprachen sprach“, sagte Sohn Alexander. Er begann, es zu malen. Mit fotografischer Genauigkeit erstellte er Zeichnungen und Pläne für Krematorien. Zeugnis ablegen: Fast sein ganzes späteres Leben war dem gewidmet; er schilderte, was er in Auschwitz erlebte.

Innerhalb weniger Monate nach seiner Rückkehr in die Heimat wurde David Olère vom Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa in Louveciennes bei Paris beauftragt, seine Erfahrungen zu dokumentieren, um dieses umfassende Zeugnis zur Manifestation der NS-Verbrechen vorzulegen. Später dankte US-Präsident Eisenhower dem Künstler persönlich für seine historisch bedeutsamen Zeugnisse und seinen Beitrag zum Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Einige Jahre nach seiner Rückkehr schuf David Olère nur noch Zeichnungen. Er erstellte eine Serie von etwa 70 Zeichnungen, die später als Grundlage für die schockierenden Ölgemälde dienten. Diejenigen, die diese Hölle nicht überlebten, erscheinen auf seinen Leinwänden als gespenstische Gestalten, als Gesichter der Zeugen, die die dargestellten Szenen beobachten. Bisweilen trat Olère in seinen Bildern selbst auf, einem stillen traurigen Geist gleich, der unmenschliche Szenen erblickt.

Seine Werke stellen alle Stationen des Horrors der „Hölle auf Erden“ dar: Ankunft auf einer Rampe, Selektion, Tod in Gaskammern und Einäscherung der Leichen; Szenen, die niemand fotografieren oder filmen konnte. Die Entschlossenheit, jedes Detail offenzulegen, ist heute von unschätzbarem Wert bei der Untersuchung der Massenvernichtung von Juden während des Holocaust. In den folgenden Jahren übertrug Olère einzelne Szenen seiner Zeichnungen auf die Leinwand und schuf so neue, durch seine Emotionen gefilterte Bilder. Es wurden riesige, schreiende Gemälde geboren, die von traumatischen Erlebnissen geprägt waren.

Erblindung

Die Verletzungen, die er im Lager erlitten hatte, führten dazu, dass er mit der Zeit sein Augenlicht verlor. Je schwächer seine Sehkraft wurde, desto größer waren die Formate seiner Bilder. „Er hatte nur ein Auge“, sagt Enkel David. „Das andere hat er im Lager verloren. Also tat er alles mit einem Auge. Er zeichnete Pläne – richtig professionell, wie ein Architekt, mit Maßen und Perspektive. Und ich, ein Kind, durfte ihm dabei zusehen.“ Alexander erinnert sich: „Das Leben in unserem kleinen, bescheidenen Haus in einem Vorort von Paris war nicht einfach. Das Wohnzimmer war wie alle anderen Räume des Hauses auch ein Atelier, und alle Wände bis zur Decke waren mit Zeichnungen, Skizzen und Gemäldeskizzen bedeckt. Er blieb immer noch hinter dem ‚Stacheldraht‘ zurück, und wir draußen konnten ihn durch diesen ‚Stacheldraht‘ nicht erreichen…“

„Brot für Lebende“ von David Olère

David Olère stellte seine beinahe fotografischen Werke auf der ganzen Welt aus: In Frankreich, in Deutschland – der Heimat des Hitlerismus, in Amerika, wo man wenig vom Krieg wusste. Aber diese Ausstellungen fanden oft in halbleeren Sälen statt, und die Museumskassen hatten kaum etwas davon. Die schrecklichen Szenen, die auf den Leinwänden präsentiert wurden, überwältigten das Publikum, waren bedrückend und lösten bei den Besuchern der Ausstellungen unwillkürlich Entsetzen und Ablehnung aus.

Das Buch zur Kunst von David Olère

Die Handlung seiner Bilder sei zu grausam, denn die Realität sei ungeheuer grausam gewesen, meint Beate Klarsfeld, deutsche Journalistin und berühmte „Nazi-Jägerin“. „Es gibt keine Fotos von dem Geschehen in den Gaskammern und Krematorien. Aber Olère, der über ein fotografisches Gedächtnis und künstlerisches Geschick verfügte, schaffte es, den ganzen Schrecken dessen, was dort passierte, zu vermitteln. Daher verspürten die Leute, die zu seinen Ausstellungen kamen, Angst.“ „Die Leute wollten sich diese schockierenden Bilder nicht ansehen, und vor allem wollten sie nicht akzeptieren, dass die Bilder echte Ereignisse darstellten“, sagt Alexander. Der Künstler wurde zudem häufiger von Holocaust-Leugnern angegriffen, die oft treue Diener ehemaliger Nazi-Verbrecher waren, die versuchten, ihre Todsünden zu verbergen. Es war ein unerträglicher Schmerz für ihn.“

„Dies trug letztendlich zu seinem Tod als Künstler bei, der sich nicht mit der Welt abfinden konnte, die die Geschehnisse in Auschwitz leugnete, seine Arbeit nicht akzeptierte und sogar seine Ausstellungen boykottierte“, schrieb der französische Historiker, Rechtsanwalt und „Nazi-Jäger“ Serge Klarsfeld über Olère.

David Olère musste mit Verbitterung feststellen, dass sein Werk nicht angenommen wurde und nicht die gewünschte Resonanz fand. Was er für seine Bestimmung, seine Mission in der Nachkriegswelt hielt, konnte er nicht erfüllen. Dies wurde zu seiner persönlichen Tragödie. Das fotografische Malen, was David Olère im Fahrwasser des Lebens hielt, verlor für ihn jede Bedeutung. 1962 hörte David Olère auf zu malen und Zeichnungen und Gemälde zu erstellen. Und er lebte noch mehr als 20 Jahre lang allein mit seinen schmerzhaften Erinnerungen...

An die nächsten Generationen weitergegeben

Olères Werke befinden sich im Invalidendom und im Grand Palais in Paris, im Jüdischen Museum in New York, im Berkeley Art Museum der University of California und in Chicago sowie in der Sammlung der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Vormals Olères Witwe, der Sohn und mittlerweile sein Enkel erzählen der Welt weiterhin die Wahrheit über Auschwitz mit seinen in der Nachkriegszeit entstandenen Zeichnungen und Gemälden. 1998 veröffentlichte sein Sohn Alexander in Paris einen Werkkatalog des Künstlers „Witness: Images of Auschwitz“, der Bleistiftskizzen von David Olère, Reproduktionen von Gemälden und Pläne für Krematorien umfasst. 2004 erschien ein Album in deutscher Sprache, vorbereitet von Alexander und David Olère: „Vergessen oder Vergeben“

Die Arbeiten von David Olère haben einen außerordentlichen dokumentarischen Wert: Er war der einzige überlebende professionelle Künstler und Mitglied des Sonderkommandos. Die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz wurden nicht gefilmt, und nur Olères Erinnerungen, von ihm in Zeichnungen und Gemälden umgesetzt, geben eine reale Vorstellung davon, was im Todeslager tatsächlich geschah.

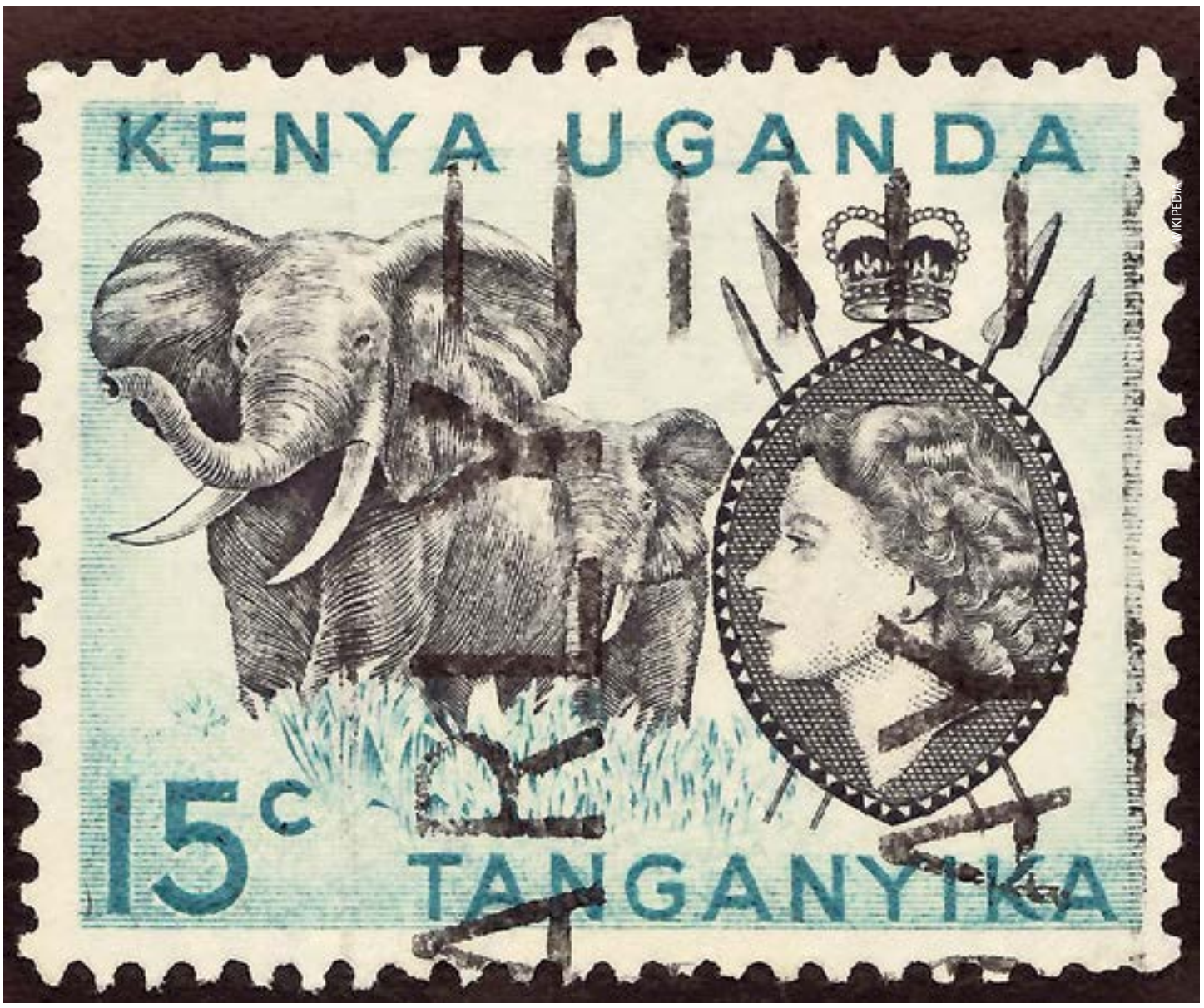
Nach Olères Tod wurde seine Arbeit vom Historiker Robert Jan van Pelt als juristischer Beweis für die Expertise in einem Prozess zwischen dem Schriftsteller, Holocaust-Leugner David Irving und der Historikerin Deborah Lipstadt verwendet, um die Existenz der Gaskammer in Auschwitz zu beweisen. Dieser Prozess fand im April 2000 in London statt.

Am 21. August 1985 verließ David Olère im Alter von 83 Jahren diese Welt. Am 19. Januar 2022 hätte er 120 Jahre alt werden sollen. Nach unserer Tradition ist dies die Zeit für das Leben eines Juden. Aber für die Erinnerung gibt es eine solche Frist nicht: Solange sie lebt, lebt ein Mensch... Erinnern wir uns also an David Olère – einen Künstler, einen Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und einen mutigen Menschen, der für uns alle die irdische Hölle in seinen Werken festhielt.

Das Uganda-Programm – Eine zum Glück verhinderte Idee der britischen Kolonialherren in Nahost

Statt der Rückgabe ihres nahöstlichen Mandatsgebietes boten die Briten den Juden brachliegendes und schwer zu bewirtschaftendes Land in ihrer afrikanischen Kolonie als Siedlungsgebiet an. Das Angebot wurde von jüdischer Seite verworfen, weil Uganda weder ein Teil der jüdischen Geschichte ist, noch den seherischen Ideen Herzls auf die Wiederherstellung der historischen jüdischen Heimat auf dem alten Gebiet des Königreichs Judäa entsprach. Dazu hätte es den Briten als Alibi gedient den Juden eine Rückkehr in ihr von den Briten besetztes Heiliges Land zu verwehren.

Von Gorki Netstinov



Alte Briefmarke aus Britisch-Ostafrika

Die Hintergründe

Denkt man an wichtige Kongresse der letzten zwei Jahrhunderte mit Relevanz für das jüdische Volk, denkt man selbstverständlich sofort an die Zionistenkongresse, welche von 1897 an jährlich in der Schweiz tagten. Die im Basler Stadtcasino abgehaltenen Veranstaltungen unter Leitung von Theodor Herzl definierten erstmals die Gründung eines jüdischen Nationalstaates als erklärtes Ziel der unzähligen Kinder Abrahams in der Diaspora.

Ein eigener Staat in der Heimat, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die eigene Kultur und Sprache zu fördern und allen Juden auf dem Planeten Sicherheit zu gewährleisten, sollte her.

Leider war dies kein leichtes Ziel, veranschaulicht man sich die geopolitische Lage jener Tage. Im Zeitalter des europäischen Kolonialismus und der expansionswilligen Großreiche wollte niemand – wie zu erwarten war – auf ein Stück Land verzichten. Erst recht nicht, wenn es sich um eines der geschichtsträchtigsten Gebiete der Welt handelt.

Den Pragmatikern unter den frühen Zionisten war durchaus klar, dass die Errichtung ihres Staates in Erez Israel Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern würde, sofern sich dieser Wunsch überhaupt jemals erfüllen sollte.

In Hinblick auf 2000 Jahre Vertreibung, Zwangskonversionen, Enteignungen und anderen Gräueltaten sowie die damals tagesaktuellen Eindrücke von antisemitischen Pogromen vor allem in Osteuropa und Russland, konnten und wollten viele Juden jedoch nicht länger warten.

Das Angebot der Briten

Genau in diese klaffende Lücke des Anspruchs auf nationale jüdische Autonomie und der Wirklichkeit grausamer Verfolgung und Misshandlung stieß ein Plan englischer Diplomaten, der heute bei vielen in Vergessenheit geraten ist: Das Uganda-Programm.

Diese Idee wurde 1903 vom britischen Kolonialsekretär Joseph Chamberlain an Theodor Herzl ausgesprochen und sah vor, den Zionisten ca. 13.000 km² Fläche zum Siedeln in Ostafrika anzubieten.

Zum einen wollte man von Seiten Großbritanniens den akut von Pogromen geplagten Juden Osteuropas und Russlands einen sicheren Hafen bieten, zum anderen würden böse Zungen wohl vermuten, dass man den Sehnsüchten der Juden nach einer Heimat nachkommen wollte, ohne ihnen „Palästina“ und damit ein umkämpftes Gebiet anbieten zu müssen.

Bei den meisten Stimmberechtigten auf dem sechsten Zionistenkongress im Jahr 1903 stieß diese Idee daher auf wenig Gegenliebe. Obwohl Befürworter des Uganda-Programms fortlaufend betonten, dass es sich bei dem Gebiet lediglich um einen Zufluchtsort, und nicht um einen Ersatz für Zion als Heimat aller Juden handeln sollte, überwog die Skepsis der Kritiker.

Faires Angebot oder fauler Kompromiss?

Aus Sorge, Israel dauerhaft als Standort zu verlieren, sollte man Ostafrika als sicheren Hafen akzeptieren, votierte eine deutliche Mehrheit gegen den Plan.

Nachdem zwei Jahre nach der erstmaligen Unterbreitung der Idee eine dreiköpfige Delegation das Gebiet besuchte, wobei zwei von drei Delegierten das Areal für untauglich befanden, wurde das Angebot im Jahr 1905 höflich abgelehnt. Einige Juden verließen daraufhin aus Protest gegen diese aus ihrer Sicht fatale Fehlentscheidung den zionistischen Weltkongress und organisierten sich fortan in anderen Verbänden, darunter der Jewish Territorial Organization.

Was wäre, wenn?

Der weitere Verlauf der Geschichte sollte den Gegnern des Uganda-Programms Recht geben. Der Erste Weltkrieg, an dessen Ende der Zusammenbruch des Osmanischen Reichs stand, die nach und nach verlorenen britischen und französischen Kolonien und selbstredend die Katastrophe der Schoah und das Ende des Zweiten Weltkrieges sollten die Karten neu mischen.

Wer weiß, ob die Briten sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges derart beherzt für die Errichtung eines souveränen jüdischen Staates in Israel eingesetzt hätten, wenn sie auf ein Refugium in Ostafrika hätten verweisen können?

Wer weiß, wie sich die seit Urzeiten in der Region beheimateten Massai mit den fremdartigen Nachbarn arrangiert hätten?

Andererseits: Wer weiß, wie viele Juden dem NS-Terror hätten entkommen können, hätten sie ein britisches Protektorat weit entfernt von Europa ihr Eigen nennen können?

Wer weiß, ob die Region nicht möglicherweise von einem Zuzug gutausgebildeter Juden hätte profitieren können?

Letzten Endes ist es müßig, über alternative Geschichtsverläufe zu sinnieren. Zu vieles ist unwägbar und was heutzutage wie ein vernünftiger Vorschlag daherkommt, kann sich in wenigen Jahrzehnten als katastrophaler Fehler erweisen. Interessant ist es jedoch alle Male, denn es lehrt uns alle, politische Entscheidungen in weiser Voraussicht zu planen. Manchmal verhindert die Orientierung an kleinen Lösungen und Kompromissen die langfristige Erreichung großer Ziele. Wenn die Freunde Israels diese Erkenntnis aus dem Scheitern des Uganda-Programms ziehen, ist es vielleicht nicht komplett gescheitert.

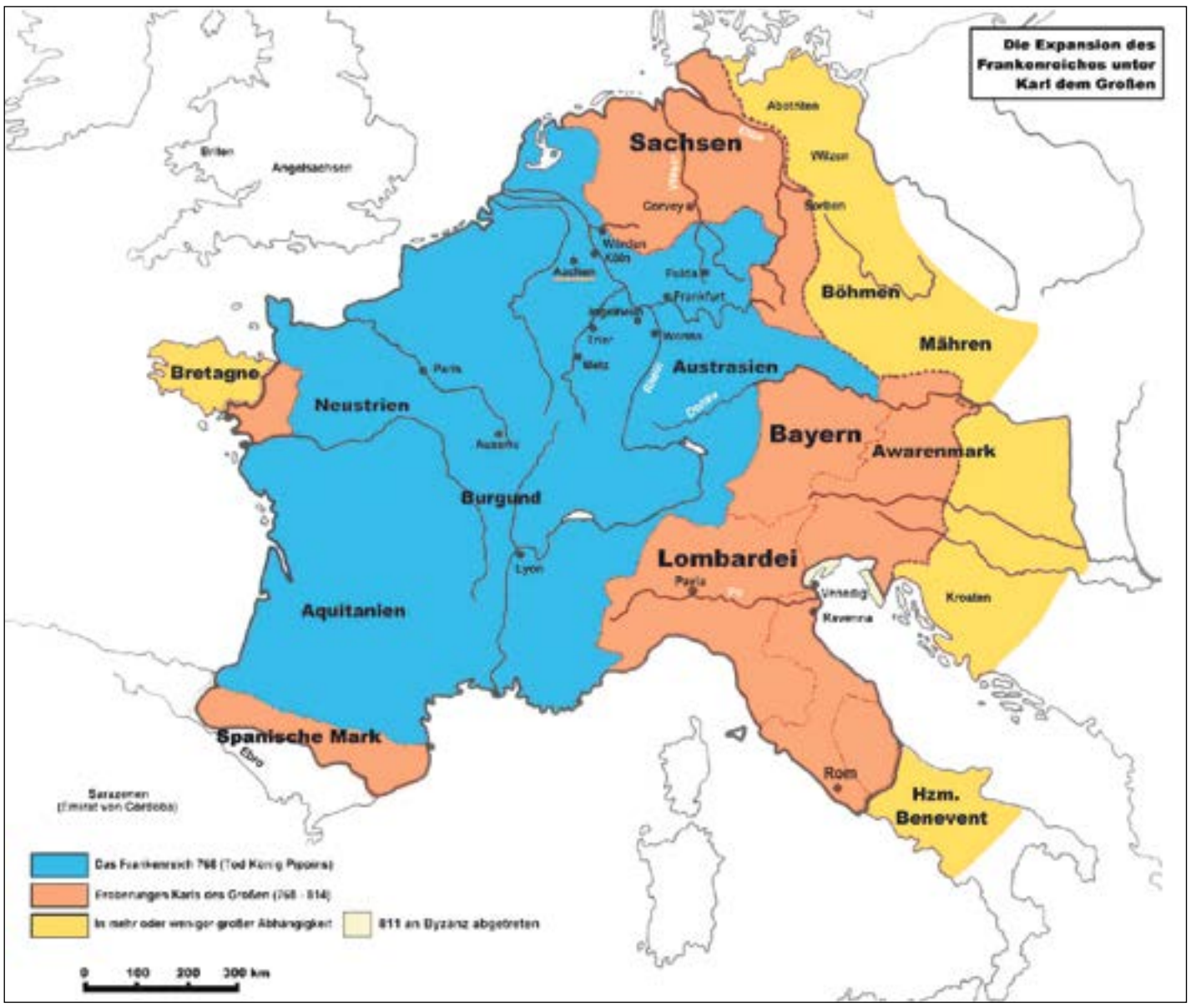
Jiddisch: Die sprachliche Tochter eines Edikts von Kaiser Konstantin

1700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland: Wie sich das Jiddisch vor allem am Rhein zur Zeit des Frankenreiches bildete.

Von Philipp Ammon

Als Kaiser Konstantin vor 1700 Jahren die Existenz jüdischen Lebens in der Hauptstadt der Germania secunda (vor Diocletian „Germania inferior“) Colonia Claudia Ara Agrippinensium am 11. Dezember 321 in einem Edikt beurkundete, in welchem er die Berufung von Juden in Ämter gestattete und die Reparatur einer Rheinbrücke durch einen Kölner Juden namens Isaac ermöglichte, gab es noch kein deutsches Land oder eine deutsche Sprache. Was es aber bereits schon damals gab, war ein Zusammenleben von römischen zivilen und militärischen Kolonialverwaltern, ihren örtlichen Hilfstruppen, jüdischen, germanischen und keltischen Bewohnern der Kolonialstädte entlang des Rheins und ihres Hinterlandes und entlang der durch die Römer angelegten und ausgebauten Verkehrswege.

Es ist davon auszugehen, dass die Juden bereits im ersten nachchristlichen Jahrhundert – insbesondere nach der zweiten Tempelzerstörung im Jahre 70 – mit den Römern in die Germania inferior zugewandert sind. Dort trafen sie auf Reste keltischer Eburonen und die von dem Schwiegersohn des Augustus Marcus Agrippa im Jahre 18 v. Chr. auf dem linken Rheinufer angesiedelten Ubier, die auf seinen Befehl auf einem Hügel am Rheinufer eine Siedlung errichtet hatten, deren Namen die Stadt Köln als oppidum ubiorum bis zur Erhebung zur Veteranenkolonie Colonia Claudia Ara Agrippinensium im Jahre 50 n. Chr. zunächst trug. Die Ubier galten bereits Caesar zu Zeiten des gallischen Krieges durch die Nähe zum Rhein und die sich daraus ergebenden Handelskontakte als kultivierter als die anderen Germanen.



Im östlichen Teil des Frankenreiches, am Rhein, entwickelte sich das Jiddische.

Das neue Frankenreich und die Entstehung des Jiddischen

Als die römische Reichsgrenze im Jahre 352 zusammenbrach, gesellten sich ihnen im vierten Jahrhundert noch die Franken bei, die 355 Köln eroberten und 388/89 den niederrheinischen Limes durchbrachen, um die römischen Kaiser in diesem und im darauffolgenden Jahrhundert darauf als foederati vor Plünderern zu schützen. Nach Zusammenbruch der römischen Herrschaft gründeten sie das bedeutendste romanisch-germanische Nachfolgereich im Westen. Im von ihnen gestifteten fränkischen Kulturraum, der sich im Hochmittelalter bis weit nach Osten aufspannen sollte, galt den karolingischen Christen die Lehre von den drei heiligen Sprachen (tres linguae sacrae sive sapientales – Griechisch, Latein und Hebräisch), in den Gott zu preisen sei, während Juden Gott in der heiligen Sprache der Väter (Hebräisch und Aramäisch) lobten.

Im Gegensatz zur heiligen Sprache des Gotteslobes, der Gelehrten und des Klerus stand eine Laien- und Volkssprache, die man im 9. Jahrhundert als „diutiscus“ zu bezeichnen begann und als deren Schwestersprache zur gleichen Zeit die Sprache entstand – das Iwritaitsch, Judendeutsch oder Jiddisch, welches im Südwesten des heutigen Deutschlands das Oberdeutsche mit dem überlieferten Sprachgut aus dem Romanischen, Aramäischen und Hebräischen verquickte und später nach seiner Verbreitung im Osten Elemente des Slawischen aufnahm.

Im Iwritaitsch, Judendeutsch oder jiddischen Idiom lässt sich die Kulturgeschichte des Raumes ablesen, der sich bis ins 20. Jahrhundert bis weit ins östliche Europa erstreckte und dessen zartes verbindendes Band die Sprache war, die zwar in ihrem Entstehungsraum bereits in der Neuzeit zugunsten der Standardsprache wieder zurückgedrängt wurde, aber durch ihre Rückwirkungen auf die Umgebungssprachen der zahlreichen Mundarten und Gruppensprachen bis heute in dem Gebiet sprachlich anwesend ist, in dem wir in diesem Jahr das tausendsiebenhundertjährige Dasein jüdischen Lebens feiern.

Das Idiom ist gewachsener Ausdruck einer Symbiose, deren zarte Anfänge in dem Bittschreiben des Kölner Stadtrats an den römischen Kaiser sichtbar werden. Es bildete zunächst eine Brücke zwischen dem romanischen und dem germanischen, dann zwischen dem germanischen und slawischen Sprachraum.

Als er vor 1700 Jahren den Kaiser Konstantin bat, Juden in den Rat aufnehmen zu dürfen, um gemeinsam eine Reparatur einer Rheinbrücke ausführen zu können, legte der Stadtrat von Köln den Grundstein zum Haus der jiddischen Sprache.

Die Brücke über den Rhein sollte erneuert werden.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Die Juden von Albanien

Jüdische Albaner sind ein wahres Exotikum: Ein Interview mit Amos Dojaka von der jüdischen Gemeinde Tirana (Teil 1)

Von Filip Gaspar

Amos Dojaka (rechts) beim Entzünden der Chanukka-Kerzen

Donnerstagmittag in einem vietnamesischen Restaurant in Berlin. Normalerweise gehe ich bei mir unbekannten Nummern nicht ans Telefon, doch ich hatte die Woche zuvor ein neues iPhone erhalten, und irgendwie gedacht, dass dies eventuell der Apple Support sein könnte, was mich dazu veranlasste den Anruf entgegenzunehmen. Es meldete sich ein männliche Stimme auf Deutsch mit dem mir aus Ex-Jugoslawien vertrauten albanischen Akzent, untermalt vom Schwäbischen, stellte sich als Amos Dojaka vor. Amos Dojaka, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Tirana!

Es dauerte ein wenig, bis es Klick bei mir machte, denn ich fragte mich, was denn nun mit meinem iPhone sei, bis mir einfiel, dass ich auf gar keinen Anruf vom Apple Support wartete, dafür aber tatsächlich vor zwei Monaten die jüdische Gemeinde Albaniens angeschrieben hatte. Ohne Erfolg wie ich dachte – bis jetzt. Mein Wissen über Albanien stammt aus den Karl-May-Büchern, und während meines studentischen Austauschjahres in Italien hatte ich mich an der Universität mit ein paar Albanern angefreundet und so ein wenig zur Geschichte und Kultur Albaniens aufgeschnappt, mir aber nie die Frage gestellt, ob es überhaupt eine tief verwurzelte oder überhaupt noch eine jüdische Gemeinde in Albanien gibt.

Doch ich wurde eines Besseren belehrt. Mein erster Impuls war, dass die Juden Albaniens nach der Vertreibung aus Spanien 1492 im Osmanischen Reich Zuflucht gefunden hätten, und Amos somit logischerweise auch Sepharde sein müsste. Aber von wegen! Hermina Stein, die Großmutter von Amos, war Aschkenasin aus der damaligen Tschechoslowakei und gebürtig aus der Stadt Brünn (tschechisch Brno). Mein ursprünglicher Plan war es gewesen für eine albanischstämmige Kollegin den Kontakt herzustellen, damit diese bei ihrem nächsten Heimaturlaub über die Gemeinde in Tirana berichten kann, doch dies werde ich jetzt wahrscheinlich selbst machen. Aber eins nach dem anderen: Amos und ich verabreden uns für ein Telefoninterview für den kommenden Tag. Vor unserem Gespräch habe ich Amos nicht gegoogelt, war dafür umso neugieriger, wie stark er in seinem Judentum verwurzelt ist und auch auf seine Verbindung zu Israel. Der Vorname lässt es natürlich erahnen, aber er begrüßte mich am Telefon gleich mit:

Shalom. Sprichst du Hebräisch?

Damit hatte ich nicht gerechnet, und da ich es nicht so gut wie Amos spreche, unterhielten wir uns auf Deutsch.

Jüdische Rundschau: Amos, du hast nicht gerade einen typisch albanischen Vornamen, sondern einen israelischen. Wie kommt's?

Amos Dojaka: Ja, das ist wahr! Es ist ein typisch israelischer Name, den mir meine Großmutter, Hermina Stein, Gott hab sie selig, gegeben hat.

Jüdische Rundschau: Erzähl mir ein bisschen über deine Großmutter.

Amos Dojaka: Meine Großmutter war aschkenasische Jüdin. Geboren und aufgewachsen in der Tschechoslowakei, Kyjov, 100 km von Brünn. Die Familie Stein besaß eine Druckerei und war sehr angesehen.

Jüdische Rundschau: Wie kam deine Großmutter nach Albanien?

Amos Dojaka: Mein Großvater Gafur Langu ging aus Albanien in die damalige Tschechoslowakei. Dort besuchte er die Mittelschule und absolvierte ein Studium der Agrarwissenschaft. Während des Studiums lernte er meine Großmutter kennen und lieben. Sie heirateten und flohen 1939 zwei Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor den Nazis nach Albanien.

Jüdische Rundschau: Also über deinen Großvater?

Amos Dojaka: Ja, es war mein Großvater mütterlicherseits!

Jüdische Rundschau: Sie kommen also zwei Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieg nach Albanien. In welche Stadt?

Amos Dojaka: Sie ließen sich in Tirana nieder und führten ein einigermaßen normales Leben, bis die Nazis 1943 nach Albanien kamen. Während dieser Zeit wurde der Aufenthalt für meine Großmutter in Tirana gefährlicher, obwohl die Menschen um uns herum Albaner waren. Aber um ganz sicher zu sein, zog die Großmutter nach Milot, und dann von Milot nach Velika Dibra. Sie blieb eine Weile dort, bis Ruhe einkehrte.

Jüdische Rundschau: Wie viele Geschwister hatte deine Großmutter?

Amos Dojaka: Sie hatte zwei Schwestern und einen Bruder. Ihre Familie hatte weniger Glück als meine Großmutter, denn sie „verschwanden" alle im berüchtigten Lager Auschwitz.

Jüdische Rundschau: Also hat aus der Familie Stein nur deine Großmutter überlebt?

Amos Dojaka: Sie hatte Glück, nach Albanien gekommen zu sein. Sonst hätte sie dasselbe Schicksal ereilt wie ihre Eltern, Schwestern, Brüder, Enkel, Nichten. Über 15 Familienmitglieder werden vermisst.

Jüdische Rundschau: Ich habe gelesen, dass in Albanien fast kein einziger Jude während der Schoa ermordet wurde. Sogar, dass Albanien das einzige Land ist, dessen jüdische Bevölkerung während der Schoa wuchs und nicht sank, oder um Machmud Ahmadinedschad zu zitieren „von den Seiten der Geschichte verschwinden".

Amos Dojaka: Das stimmt. Zu Beginn 1939 lebten ca. 300-400 Juden in Albanien. Zum Ende stieg die Zahl auf über. 3.500 Juden. Sie wurden von Albanern unter gerettet.

Jüdische Rundschau: Warum riskierten so viele Albaner ihr Leben für Leute, die sie meist gar nicht oder nicht gut kannten?

Amos Dojaka: Das hat mit „Besa" zu tun. Das ist Teil unserer albanischen Kultur, Teil unserer DNA.

Jüdische Rundschau: Was ist „Besa"?

Amos Dojaka: Besa ist der albanische Ehrenkodex. Wortwörtlich bedeutet es „ein Versprechen halten". Also jemand, der sein Wort hält und dem man sein eigenes und das Leben seiner eigenen Familie anvertrauen kann.

Jüdische Rundschau: Die Albaner weigerten sich also Juden an die Deutschen auszuliefern und riskierten ihr eigenes Leben aufgrund eines Ehrenkodexes?

Amos Dojaka: Besa ist heute noch der höchste ethische Wert im Land. Es spielte dabei keine Rolle, ob es sich um Nicht-Muslime handelte. (Anmerkung: Albanien ist ein Land mit einer muslimischen Mehrheit). Der albanische König hatte sogar an alle albanischen Botschaften die Devise ausgegeben, Juden mit Pässen zu versorgen.

Jüdische Rundschau: Also brachte ein kleiner Staat auf dem Balkan zustande, woran andere europäische Länder scheiterten? Wieso ist darüber so wenig bekannt?

Amos Dojaka: Klingt unglaublich, aber das hat mit der Geschichte Albaniens nach 1945 unter dem kommunistischen Diktator Enver Hoxha zu tun.

Jüdische Rundschau: Dazu kommen wir noch. Wie erging es deinen Großeltern während der Schoa?

Amos Dojaka: in der Zwischenzeit waren sie Eltern geworden. Eine Familie versteckte meine Großmutter. Alle Nachbarn wussten Bescheid, doch niemand hat sie an die Nazis verraten.

Jüdische Rundschau: Hat deine Großmutter zu der Zeit noch Kontakt zu ihrer Familie gehabt?

Amos Dojaka: Gelegentlich bekam sie Briefe von ihrer Mutter, ihrem Vater, ihren Brüdern, aber es wurden immer weniger. Anfang 1945 erfuhr sie von ihrem Nachbarn, dass ihre ganze Familie nach Auschwitz gebracht worden sei.

Jüdische Rundschau: Leider war das nicht ihr einziger Schicksalsschlag. Was passierte nach der Befreiung Albaniens 1945?

Amos Dojaka: Als ob der Verlust der gesamten Familie in der Schoa nicht reichte, wurde mein Großvater direkt von den neuen Machthabern festgenommen. Meine Großmutter, deren Albanisch nicht perfekt war, stand plötzlich mit drei Kindern alleine da.

Jüdische Rundschau: Was passierte mit deinem Großvater?

Amos Dojaka: Er kam in mehrere Lager und verstarb schließlich 1965 in der Verbannung.

Jüdische Rundschau: Was hat deine Großmutter gemacht?

Amos Dojaka: Wieder waren es Albaner, die Familie Caslli, die sie bei sich mit den drei Kindern aufnahmen und sie somit retteten. Unter Enver Hoxha waren Religionen de facto verboten. Es wurde auch nicht über die Zeit im Zweiten Weltkrieg in den Familien geredet. Für viele Albaner war es eine Selbstverständlichkeit Menschen zu helfen.

Lesen Sie in der kommenden Ausgabe den zweiten Teil des Interviews und erfahren Sie wie Amos Alija machte, warum er so gut Deutsch spricht, und wie es um die heutige Situation der jüdischen Gemeinde in Albanien steht.

GETTR: Die neue Plattform für zensurmüde Twitter-User ist ein weiterer, offensichtlich sehr erfolgreicher Stachel im Fleisch der Internet-Riesen

Die von linker Ideologie durchdrungenen Sozialen Medien aus dem Hause Meta wie Instagram, Facebook und WhatsApp zensieren ohne jede Scham im Auftrag westlicher Staaten und ihrer häufig ebenfalls links und grün durchseelten Regierungen – wobei antisemitische Hassangriffe von islamischer und linker Seite nahezu durchweg unbeanstandet bleiben. Diese Gängelungspolitik macht andere, zensurfreie Soziale Medien wie das derzeit boomende GETTR für neue Nutzer attraktiv.

GETTR

Von Jason Miller (CEO GETTR)

GETTR mischt momentan den Markt der Sozialen Medien auf.

Von der US-Präsidentschaftswahl 2020 bin hin zur immer noch anhaltenden Corona-Pandemie waren die letzten zwei Jahre ein Wendepunkt für die Social-Media-Giganten – und zum Guten.

Große Internet-Unternehmen, die einst stolz darauf waren, den freien Informationsaustausch zu ermöglichen und sich für eine freie Demokratie einzusetzen, zensieren jetzt routinemäßig Benutzer und Inhalte. Plattformen, die einmal großes Potenzial hatten, Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, sind stattdessen zum verlängerten Arm der Regierungen zur Beschränkung der Meinungsfreiheit zu werden. Eine Branche, die einst versprach, die Medienlandschaft auf den Kopf zu stellen, ist stattdessen zum Komplizen der Mächtigen geworden.

Es zeigt sich jedoch, dass diese Art von Zensur und Diskriminierung durch die Internet-Giganten nicht nur schlecht für die Demokratie ist, sondern schlecht fürs Geschäft.

Ein perfektes Beispiel ereignete sich soeben, zum Jahreswechsel 2021/2022.

Ende Dezember sperrte Twitter den Miterfinder der mRNA-Impfung, Dr. Robert Malone, aufgrund seiner Kritik an der aktuellen Corona-Impfpolitik. Malone trat dann beim weltführenden Podcaster Joe Rogan auf. Dieses Interview wurde ebenfalls auf YouTube und Twitter gesperrt. Während des Gesprächs erwähnte Dr. Malone die neue Social-Media-Plattform für freie Meinungsäußerung, GETTR, als Alternative zu den Silicon-Valley-Giganten.

Eine Abgeordnete wird zensiert

Im neuen Jahr sperrte Twitter außerdem eine gewählte Kongressabgeordnete, die Republikanerin Marjorie Taylor Greene aus Georgia, aufgrund ihrer Kommentare zu COVID-19 endgültig. Am nächsten Tag sperrte auch Facebook Taylor Greene vorübergehend.

Einige Online-Kommentatoren fragen sich, ob sich die Internet-Riesen sich nun selbst ins Abseits zensiert haben.

Wir haben diesen Sommer GETTR als direkte Reaktion auf diese radikalen Grenzüberschreitungen der Internet-Plattformen ins Leben gerufen. Wir haben quasi unser Geld darauf gewettet, dass die Nutzer eine Plattform wollen, die sich dem Schutz der Meinungsfreiheit verschreibt. Diese Wette ging auf: In wenigen Monaten hat GETTR ein explosionsartiges Wachstum erlebt – es nähert sich jetzt rapide 4 Millionen Nutzern. Allein in der ersten Woche 2022 traten beinahe eine Million Menschen der Plattform bei – und es geht weiter.

Den Bedarf nach einer Social-Media-Plattform, die nicht zensiert und diskriminiert, gibt es nicht nur in den Vereinigten Staaten. GETTR entwickelt sich zu einer wahrhaft internationalen Plattform, und das zeigt sich in unseren Neukundenzahlen.

An mehreren Tagen im Dezember gab es in Deutschland sogar die meisten Neuanmeldungen weltweit. In Brasilien haben sich mehr als eine halbe Million Nutzer registriert. Frankreich verzeichnete kürzlich einen Anstieg der Neuzugänge um 1360 Prozent an nur einem Tag. Die Bürger in all diesen Ländern haben eines gemeinsam: die gemeinsame Überzeugung, dass der freie und unzensierte Informationsaustausch im Internet für eine gesunde Demokratie von entscheidender Bedeutung ist.

GETTR wurde entwickelt, um ein breiteres Spektrum an Ausdrucksmöglichkeiten zu ermöglichen als auf anderen Social-Media-Plattformen. Anstatt Posts auf 280 Zeichen zu begrenzen, können Nutzer auf GETTR Nachrichten mit bis zu 777 Zeichen posten. Nutzer können längere Videos posten, wobei GETTR jeweils drei Minuten zulässt, während Twitter auf zwei Minuten und 20 Sekunden beschränkt ist, und diese Videos innerhalb der Plattform selbst bearbeiten (eine Funktion, die Twitter nicht bietet). Unsere Livestream-Funktionen erhalten in der Testphase begeisterte Kritiken, und Benutzer können live aus GETTR direkt übertragen, anstatt sich auf eine andere App verlassen zu müssen.

Und diese Funktionen sind nur der Anfang. Später in diesem Jahr werden wir noch mehr aufregende und innovative Funktionen einführen, die GETTR wirklich einzigartig machen.

So wie wir an den gesunden Austausch von Ideen glauben, glauben wir auch an den gesunden Markt des Wettbewerbs. Die Benutzer lernen, dass es andere Möglichkeiten gibt, zu hören und gehört zu werden, und die Ergebnisse sprechen für sich. Jedes Mal, wenn eine neue Social-Media-Plattform die Arena betritt, nehmen die Anmeldungen bei GETTR deutlich zu. Unser stetiges Wachstum ist ein Indikator dafür, dass unser Produkt das Beste ist.

Direkte Herausforderung für das politische Online-Monopol

Vor diesem Hintergrund sehen wir GETTR jedoch nicht nur als weiteren Wettbewerber in der Branche. GETTR ist eine direkte Herausforderung für das politische Online-Monopol, das Facebook, Twitter und YouTube geschaffen haben und für unverrückbar halten. GETTR ist der Stachel im Fleisch der Internetriesen, der diesen einvernehmlichen Mantel des Schweigens lüftet.

Diese Unternehmen zensieren, flaggen, shadowbannen, diffamieren und sperren konsequent konservative Meinungen – und manchmal sogar medizinische oder zeitgeschichtliche Tatsachen, die nicht ins Narrativ des linksgrünen Establishments passen.

Millionen von Social-Media-Nutzern auf beiden Seiten des politischen Diskurses wünschen sich mehr Freiheit im Internet. Doch es wird immer deutlicher, dass Big Tech diese Sorgen nicht ernst nimmt. Das ist der Grund, aus dem die neuen Quertreiber in den Sozialen Medien das Jahr 2021 in einer unglaublich starken Position beendet haben und mit einer wahren Explosion in 2022 starten.

Jason Miller war Wahlkampfberater von Präsident Donald J. Trump 2016 und 2020, und ist jetzt Chief Executive Officer der Social-Media-Plattform GETTR.

Dieser Beitrag erschien zuerst in Newsweek und erscheint hier mit freundlicher Genehmigung des Autoren auf Deutsch.
www.newsweek.com/great-disruption-social-media-platforms-opinion-1665595

Was ist „Daf Yomi“?

Seit 1923 gibt es auf Anregung des Rabbi Meir Shapira aus Lublin die spirituelle Bewegung täglich zwei Seiten des Talmuds zu lernen. An dieser beachtlichen jüdischen Lern-Initiative beteiligen sich mittlerweile mit großem Erfolg zehntausende jüdische Gläubige auf der ganzen Welt.

Von Patrick Casiano

Die Initiative „Daf Yomi“ geht zurück auf Rabbi Meir Shapira aus Lublin. Dieser schlug 1923 die Festlegung eines Lernzyklus vor, in dem man jeden Tag ein Blatt (zwei Seiten) des babylonischen Talmuds lernt und diesen somit in siebeneinhalb Jahren einmal komplett durchgelernt hat, bevor man zwecks Wiederholung wieder von vorne beginnt. Die Beschränkung auf nur ein Blatt bedeutet, dass sich diese Initiative nicht an Berufsrabbiner richtet, sondern an durchschnittliche Juden. Und die Etablierung eines festen Zyklus führt dazu, dass jeder Jude überall auf der Welt als Teil einer Gemeinschaft dasselbe Blatt lernt. Heute befinden wir uns im 14. Zyklus und die Jüdische Rundschau stellt etwas vom Inhalt des Talmuds dar, der in die Tage der jeweiligen Ausgabe fällt.

Eines der aktuellen Blätter

4. Januar 2021 (Megilla 23): Die besagte Stelle zählt verschiedene Gebote auf, die nur in Anwesenheit eines Minjan durchgeführt werden können. Ein Minjan ist ein Quorum von zehn religionsgesetzlich erwachsenen, jüdischen Männern, wobei man mit 13 Jahren erwachsen ist. Aufgezählt werden zum Beispiel die laute Wiederholung des Hauptgebets („Schoma Esre“ oder „Amida“) durch einen Vorbeter, nachdem bereits jeder Einzelne für sich leise gebetet hat. Weiterhin das Erheben der Hände durch die Cohanim (Nachfahren von Aharon dem Priester) zwecks Segnung der Anwesenden, das Vorlesen aus der Tora-Rolle, das Vorlesen der Maftir-Lesung aus den Büchern der Propheten, verschiedene Trauerbräuche, Segenssprüche bei einer Hochzeit, die Einfügung des Namen Gottes beim Dankgebet über Brot, etc. Für das Kaddisch-Gebet gilt bekanntlich dasselbe, auch wenn es an dieser Stelle nicht aufgeführt ist.

In der kurzen Stelle werden zwei Charakteristika talmudischer Diskussionen deutlich, die beide für den Talmud sehr typisch sind.

Eines betrifft die Frage, wie die schriftliche Tora ausgelegt werden kann. Diesbezüglich sind uns die 13 hermeneutischen Regeln von Rabbi Jischmael überliefert. Die zweite dieser Regeln betrifft das Prinzip von „Gesera Schawa“. Dies besagt, dass wenn in zwei verschiedenen Kontexten dasselbe zentrale Wort vorkommt, man von einem Kontext Rückschlüsse auf den zweiten ziehen kann. (Ich meine hiermit zum Beispiel Wörter, die eine eigenständige Bedeutung haben und nicht etwa grammatikalische Funktionswörter wie Artikel, Personalpronomen, Präpositionen, etc.). Im vorliegenden Fall gibt es sogar eine Kette aus zwei Gesera Schwawa.

„… ich werde in der MITTE der Kinder Israels geheiligt werden …“, 3. Buch Moses 22:32.

„Trennt euch ab aus der MITTE dieser schlechten GEMEINSCHAFT…“, 4. Buch Moses 16:21.

„Wie lange noch soll diese schlechte GEMEINSCHAFT existieren …?“, 4. Buch Moses 14:27.

Der erste Vers besagt, dass obwohl Gott überall ist und man viele Gebete auch alleine beten kann, eine Anwesenheit eines Minjan zu einer höheren Stufe der göttlichen Präsenz führt und das Gebete somit auch eher angenommen werden. Der erste Vers ist mit dem zweiten durch das Wort „Mitte“ verbunden, welches in beiden Versen einen wichtigen Stellenwert hat und somit einen Analogieschluss ermöglicht. Und der zweite Vers ist mit dem dritten durch das Wort „Gemeinschaft“ verbunden. Somit sind indirekt durch Vermittlung des zweiten Verses auch der erste und der dritte miteinander verbunden, obwohl sie kein gemeinsames zentrales Wort haben.

Der letztgenannte Vers handelt von den 12 Kundschaftern, die zwecks Informationsbeschaffung ins Land Israel vorausgeschickt wurden, während das Volk Israel nach seinem Auszug aus Ägypten noch in der Wüste verharrte. Von diesen 12 Kundschaftern haben zwei das Richtige getan (vgl. den breiteren Kontext an der genannten Bibelstelle) und „schlechte Gemeinschaft“ bezieht sich somit nur auf die übrigen zehn. Die Erkenntnis, dass „Gemeinschaft“ mit der Zahl zehn zusammenhängt, wird nun auf den ersten Vers zurückübertragen und so kommen wir zu der Erkenntnis, dass ein Minjan aus mindestens zehn religionsgesetzlich erwachsenen, jüdischen Männern besteht. Analogieschlüsse dieser Art sind nicht willkürlich und man kann sie nicht selbstständig ziehen. Nur diejenigen Analogieschlüsse, die bereits in autoritativen Quellen wie dem Talmud genannt werden, sind gültig.

Das zweite Charakteristikum besteht darin, dass das Thema des Minjan hier an dieser Stelle nicht konzentriert und ausschöpfend behandelt wird. Es wird hier vielmehr nur im Verlauf einer anderen Diskussion angeschnitten. Das Kapitel im Talmud befasst sich mit Regeln des öffentlichen Vorlesens aus einer Torarolle. Die Anwesenheit eines Minjan ist nur eine dieser Regeln und bei der Gelegenheit der Erwähnung werden noch weitere Fälle genannt, in denen ein Minjan von Nöten ist. Andere Aspekte des Minjan werden an anderen Stellen des Talmuds behandelt.

Die Verbindung zu unserem heutigen Alltag

Das Gesagte ist von großer Relevanz für viele Juden in Deutschland. Ebenso wie sich Menschen generell zu Gesellschaften zusammenschließen, da sich nicht jeder seine privaten Straßen, Flughäfen und Krankhäuser für den Eigenbedarf errichten, und sich selbst unter Narkose am Rücken operieren kann, so müssen sich auch Juden zur Verwirklichung ihrer speziell jüdischen Anliegen zusammenschließen.

Man kann als Jude sein Judentum nicht alleine leben, und selbst wenn jemand gefühlsmäßig meint, dies zu können, so wird er doch an praktischen Hindernissen scheitern. Wie in der obigen Talmudstelle dargelegt, erfordern viele Gebete und das Vorlesen aus der Tora-Rolle an Schabbat oder Feiertagen eine Anwesenheit von zehn Juden über 13 Jahren. Aber darüber hinaus braucht man auch für weitere Belange eine „jüdische Infrastruktur“ wie zum Beispiel eine Mikwe. Dies ist besonderes Wasserbecken, in dem eine verheiratete Frau nach Beendigung ihres monatlichen Zyklus untertauchen muss, bevor sie sich erneut mit ihrem Mann vereinen darf. Eine Mikwe hat besondere Anforderungen und kann nicht durch die häusliche Badewanne ersetzt werden. Des Weiteren sollte einem an einer zumindest grundlegenden jüdischen Bildung für die Kinder gelegen sein und dies erfordert eine jüdische Schule oder zumindest Nachmittagsprogramme. Koscheres Essen zu besorgen ist einfacher, wenn man an seinem Wohnort nicht der einzige Kunde dafür ist. An Rosch ha-Schana muss man die Töne eines Widderhorns hören, und wer hat ein solches denn schon zu Hause? An Sukkot muss man eine Laubhütte zur Verfügung haben und deren korrekte Errichtung erfordert spezielle Kenntnisse. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Rabbi Meir Shapira, der Initiator des Projektes

Daher ist es verwunderlich, oder sogar traurig zu sehen, dass manche Juden in Deutschland in Kleinstädten oder abgelegenen Dörfern leben, vollkommen abgeschnitten von anderen Juden. Es gibt Orte in Deutschland, von denen aus man selbst mit dem eigenen Auto nur für die Hinfahrt fast drei Stunden fahren muss, um zu einer jüdischen Gemeinde zu kommen, die nicht nur auf dem Papier existiert, sondern auch tatsächlich aktiv ist, auch werktags.

Mit Berlin, München, Frankfurt und Düsseldorf gibt es in Deutschland vier Zentren, in denen man als Jude seine Religion einigermaßen ausleben kann.

Daneben gibt es noch ein Mittelfeld von Städten, in denen sich jüdische Gemeinden noch am Leben erhalten können. Genaue Zahlen über die Verteilung von Juden in Deutschland liegen natürlich nicht vor, da viele in keiner Gemeinde registriert sind. In Ermangelung solcher Zahlen verwende ich die Daten des Zentralrats zu den Mitgliederstatistiken nur als Indikator. Demzufolge gibt es auch in Hannover und Köln über 4.000 Mitglieder und in den folgenden Städten gibt es zwischen 2.000 und 3.000 Mitglieder: Stuttgart, Dortmund, Duisburg, Hamburg, Nürnberg, Wuppertal. Die Anzahl an Juden ist also nicht proportional zur Anzahl der Gesamtbevölkerung und in Hannover scheint es sehr viel mehr Juden zu geben als im dreimal so großen Hamburg. Von den genannten Zahlen ist leider nur ein geringer Bruchteil wirklich in der Gemeinde involviert. Somit repräsentiert eine Statistik von 2.000 Leuten in Wahrheit nur eine geringe Anzahl von Personen, die sich mal in der Gemeinde blicken lassen.

Im Fall der Städte des besagten Mittelfeldes wäre es für den Einzelnen zwar besser wegzuziehen, aber damit würde er die zurückbleibende Gemeinde noch weiter schwächen und jeder solche Fälle erfordert seine eigenen Abwägungen.

Und dann gibt es noch die verloren Fälle. Kleinstädte und Dörfer, in denen es niemals ein jüdisches Leben geben wird. Und es ist schade, dass Juden dort ausharren. Ein Arbeitsplatz lässt sich wechseln und ein Eigenheim lässt sich verkaufen oder vermieten. Und sollte es doch noch eine zweite jüdische Familie vor Ort geben, kann man auch in Absprache gemeinsam in eine der obengenannten Städte ziehen und so die Gemeinschaft bewahren.

Es ist zwar gut, dass die Jahrhunderte vorbei sind, in denen man Juden vorgeschrieben hat, wo sie zu leben haben und sie in einige wenige Orte zusammengepfercht hat (vgl. z.B. das Frankfurter Judenghetto) und dass sich heute jeder niederlassen kann, wo er will. Aber es liegt im jüdischen Eigeninteresse einen gewissen Grad der Konzentriertheit zu erreichen, um ein besseres jüdisches Leben in handlungsfähigen jüdischen Gemeinden mit einer funktionierenden jüdischen Infrastruktur zu ermöglichen.

Artikel von: Patrick Casiano, www.intellectual-services.com